

Zum 150. Geburtstag

Klimt persönlich

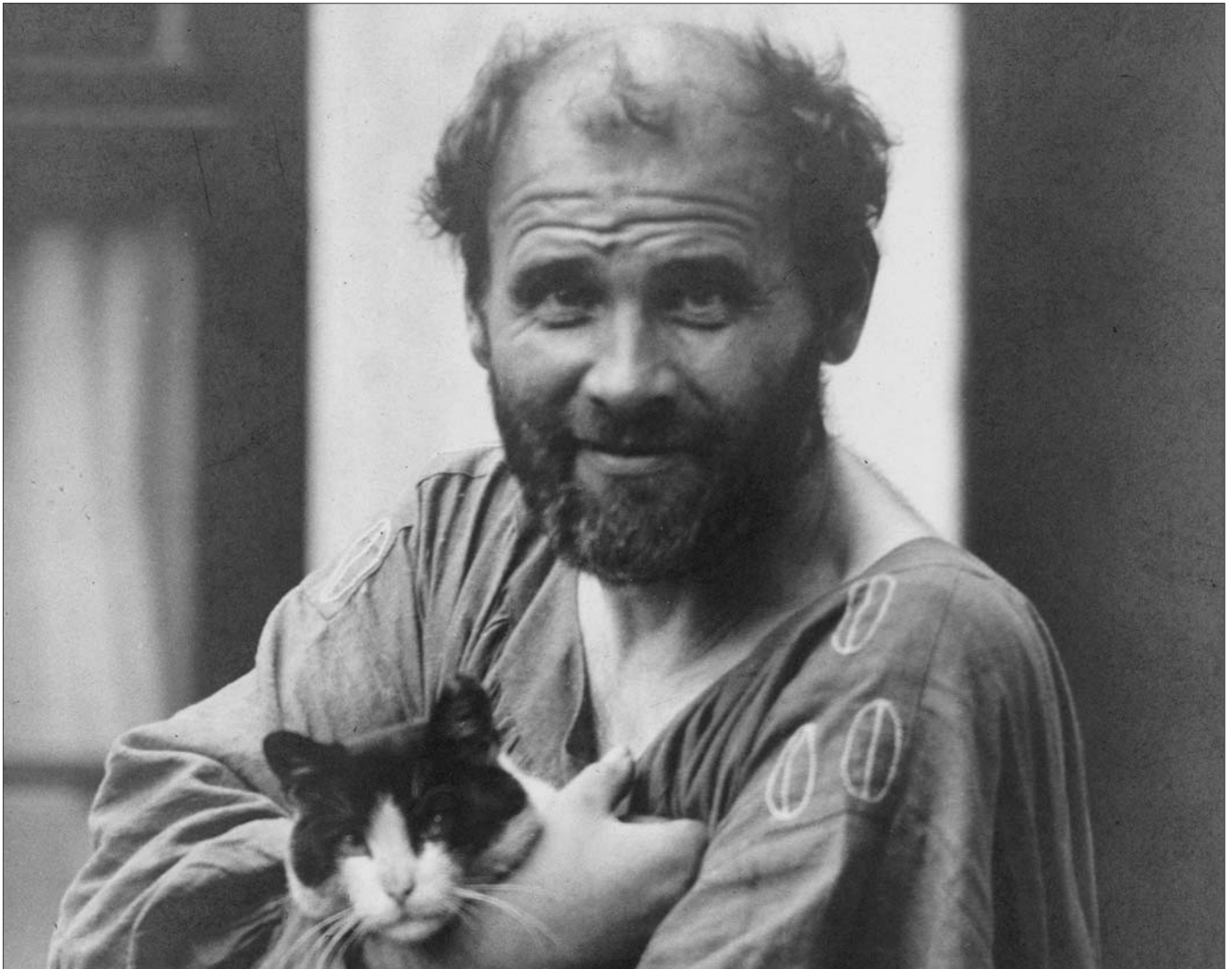


Foto: Imagno/Austrian Archives

*Gustav Klimt eine seiner Katzen im Arm haltend vor seinem Atelier in
Wien VIII. Josefstädter Straße 21. Photographie von Moriz Nähr um 1912*

Aus Anlaß des 150. Geburtstags von Gustav Klimt widmet das Leopold Museum, das über Hauptwerke wie die späte Allegorie „Tod und Leben“, großartige Landschaftsgemälde und eine faszinierende Sammlung herausragender Zeichnungen verfügt, dem Ausnahmekünstler eine hochkarätige Ausstellung. Die Jubiläumsausstellung „Klimt persönlich. Bilder – Briefe – Einblicke“ im Leopold Museum rückt aber nicht nur diese Bilder in den Mittelpunkt,

sondern konfrontiert sie mit den Postkarten und Korrespondenzen, die Gustav Klimt über 20 Jahre hinweg an seine Lebensgefährtin Emilie Flöge schrieb. Dabei lenkt das Museum erstmals den Blick auf die private, persönliche Seite des Künstlers, so, wie er sich ansonsten nur seiner Familie und engsten Freunden gegenüber zeigte.

Das Werk von Gustav Klimt ist weltbekannt, aber der Mensch und Künstler dahinter blieb bisher fast völlig verborgen. Die

Ausstellung präsentiert neben den Bildern der eigenen Sammlung rund 400 Postkarten, somit den Großteil jener Karten, die Klimt im Laufe seines Lebens an Emilie Flöge adressierte. Mehr als die Hälfte davon befindet sich in der Sammlung Leopold II, die andere Hälfte wird von der Österreichischen Nationalbibliothek verwahrt. In der Ausstellung werden beide Teile wieder zu einer Einheit zusammengeführt.

Lesen Sie weiter auf der Seite 87 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen einen guten Jahresbeginn – auch wenn uns alle möglichen Sparpakete in den nächsten Monaten und Jahre wohl mehr begleiten werden, als uns lieb ist. Dabei könnte Politik so interessant sein, wäre sie nicht von so viel Populismus und Schlagzeilenorientierten Medien geprägt.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 104

Sparen ja, aber wo?	3	Österreicher sparen 2012 rund 5460 Euro	69
Neujahrs-Ansprache des Bundespräsidenten	9	50 Jahre Schnellbahn in Wien	70
Auschwitz-Gedenktag	11	Therme Wien begrüßt ihren millionsten Gast	72
Plädoyer für umfassende und nachhaltige Reformen	12	Klagenfurt hat eigene »Landkarte« für Rollstuhlfahrer	72
Studiengebühren sollen wieder eingeführt werden	14	Deutlich höheres Bevölkerungswachstum in Vorarlberg	73
Lob und Tadel von Senioren	16	Hohe Auszeichnung für Grazer Berufsfeuerwehrmann	73
Außenpolitische Leistungsbilanz	18	Der Innsbrucker Ferienzug ist wieder auf Schiene	74
Wien ist die Nummer 1 unter den »Smart Cities«	21	Faschingsitzung im steirischen Landtag	74
Zwei Österreicher an Spitzenpositionen im EU-Parlament	23	DO & CO ist neuer ÖBB-Caterer	75
Nationalfonds der Republik Österreich erhält Ehrung von Yad Vashem	25	»Großes goldenes Ehrenzeichen« für Herbert Stepic	76
Gedenken in Linz	27	Erhard Busek erhielt Ehrenzeichen des Landes Salzburg	76
YOG brachten Gold für Tirol	29	Goldenes Ehrenzeichen an Welser Bürgermeister Peter Koits	77
Hoher Besuch in der »Österreichischen Schule« in Brüssel	32	Ernst Wolfram Marboe gestorben	77
Ins neue Jahr mit der ÖDG Berlin-Brandenburg	33	Die Selige Hildegard Burjan	78
»Zeit für Kärnten«	34	Die flüssigste Flüssigkeit des Universums	80
-----		Mit Hilfe von Nanopartikeln Hörverlust therapieren	81
»Burgenland Journal«		Jupiters »Trojaner« im Atom-Format	82
Arnold Schwarzenegger in Güssing	35	Neue Therapieformen bei Haut- und Bauchspeicheldrüsenkrebs	84
»Jahr der Sicherheit«	41	Dreidimensional ohne 3D-Brille	85
Grenzübergänge umgestaltet	42	Visionen für den Oman – Made in Austria	86
BKF - Das Burgenlandfernsehen über Satellit	43	Klimt persönlich	87
»Schatzkiste Burgenland« stellt immaterielles Kulturerbe vor	43	Arnulf Rainer – die Schenkung	90
Gesundheitsversorgung: Zufriedenheit ist unverändert hoch	44	Ägypten, Nubien und die Cyrenaika	92
Geburtstagsfest für Intendant Professor Harald Serafin	44	Anselm Kiefer in der Sammlung Essl	95
Serie »Die Geschichte des Burgenlandes«, Teil 11	45	Radikale Kompromisse und verlassene Räume	97
-----		The Urban Cultures of Global Prayers	98
LH Durnwalder auf Wien-Besuch	54	Die Breuer-Fidel	99
Südtiroler treffen sich in London	56	Von »Imago Dei« bis »Kontraste«	100
Martin Schulz ist neuer Präsident des EU-Parlaments	57	Erfolgslauf für ORF-Kinofilme beim Österreichischen Filmpreis	101
Erfreuliche Zahlen aus dem Tourismus	59	Diagonale 2012	103
Verhaltener Konjunkturaufschwung	61	Serie »Österreich in Hollywood« von Rudolf Ulrich: der Regisseur und Produzent Fritz Lang	104
Weinexporte übertreffen Erwartungen	62	Wellness, Beauty & Gesundheit in der Steiermark	108
Erkennbare Trendwende	63		
Neue Richtlinien für die Lehrlingsförderung	64		
Linz-Wels belegt Platz 1 der Wirtschaftsregionen Österreichs	66		



Sparen ja, aber wo? S 3



Ehrung von Yad Vashem S 25



Arnold Schwarzenegger in Güssing S 45



Ägypten, Nubien und die Cyrenaika S 92



Entspannung in der Steiermark S 108

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos Seite 2: BKA/HBF / Peter Lechner; Yad Vashem/ Yitzhak Harari; Stadtgemeinde Güssing; Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien; Rogner Bad Blumau.

Sparen ja, aber wo?

Seit vielen Wochen beherrscht die Debatte um die »Schuldenbremse« nicht nur die heimische Innenpolitik. Nun wurde sie durch die Herabstufung der Bonität Österreichs durch die Ratingagentur Standard & Poor's zusätzlich angeheizt.

Am 14. Dezember hatten Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) im Rahmen einer Sondersitzung des Nationalrats mittels einer Erklärung die Abgeordneten über die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Rats vom 8. und 9. Dezember zur Eindämmung der Schuldenkrise in Europa informiert. Da hatten sich die Staats- und RegierungschefInnen – mit Ausnahme des britischen Premierministers – darauf geeinigt, in ihren Ländern eine sogenannte Schuldenbremse in den einzelnen Verfassungen festzuschreiben. Länder, die über keine solche verfügen (wie z. B. Großbritannien) sollten sie in verfassungähnlichem Rang beschließen, was heißt, daß eine nachfolgende Regierung dies nicht mit einfacher Mehrheit wieder rückgängig machen könne. Damit solle den Märkten signalisiert werden, daß es die Regierungen wirklich ernst nehmen und nicht nur einfach auf momentane Beruhigung aus wären.

In Österreich hatte die Koalitionsregierung ein diesbezügliches Verfassungsgesetz beschließen wollen, richtete nochmals einen eindringlichen Appell an die Opposition, sich der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung nicht länger zu verweigern. Dennoch war der Antrag aber am 7. Dezember am Widerstand der Opposition im Nationalrat gescheitert: FPÖ, BZÖ und die Grünen konnten nicht „ins Boot“ geholt werden, zu unterschiedlich stellten sich die Standpunkte zum „nachhaltigen Sparen“ dar. Einige der Abgeordneten meinten, Märkte und Ratingagenturen würden sich wohl nicht darum kümmern, ob Österreich ein diesbezügliches Verfassungsgesetz beschließen würde oder nicht. Da sich die Regierung auf „Gegenforderungen“ der Opposition nicht einlassen wollte, wurde die Schuldenbremse einfachgesetzlich im Bundeshaushaltsrecht verankert.

Über die Weihnachtsfeiertage herrschte dann so ziemlich Friede, bis ein Gerücht zu Ende der ersten Jännerwoche Unruhe ins Land brachte: Die US-amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's würde beabsichtigen, so hieß es, Österreichs Triple-A-Bewertung herabstufen. Wir würden also nicht mehr zu der Handvoll der besten Schuldner



Foto: BKA/HBF / Peter Lechner

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) und Vizekanzler Michael Spindelegger stellten in einer gemeinsamen Erklärung fest, daß es unverständlich sei, wenn sich eine von drei US-Ratingagenturen im Alleingang dazu entschleibe, die Bonität fast aller Länder der Eurozone herabzusetzen bzw. den Ausblick negativ zu bewerten.

weltweit zählen. Und nicht nur der gute Ruf würde hier leicht angekratzt werden, auch die Zinsen für jenes Kapital, das der Staat auf den Finanzmärkten aufnimmt, würden damit ansteigen. Wobei, so sei hier angemerkt, auch bei Triple-A-Bewertungen die Zinssätze unterschiedlich sind. Deutschland (ebenfalls „AAA“-bewertet, zahlte in diesem Zeitraum etwa um einen halben Prozentpunkt weniger Zinsen als Österreich).

Insgesamt gibt es rund 100 Agenturen auf der ganzen Welt, die sich der Bewertung von Staats-, Länder- und Unternehmensfinanzen verschrieben haben. Drei davon, eben Standard & Poor's, Fitch und Moody's, haben ihren Stammsitz in New York und sind die tonangebenden. Alle drei hatten bisher für Österreich Bestnoten vergeben, bis am 13. Jänner aus dem Gerücht bittere Wahrheit wurde: Standard & Poor's Österreichs Langfrist-Rating auf AA+ gesenkt. Ausblick: negativ. Daß es fast alle anderen Länder der Eurozone ebenso getroffen hatte, war da wohl kaum Trost.

Freitag, der 13.

Am 13. Januar 2012 senkte Standard & Poor's Ratings Services die langfristigen Kreditratings für Österreich von „AAA“ auf

„AA+“. Die Ratings wurden von der Beobachtungsliste „CreditWatch“ genommen, auf die sie am 5. Dezember 2011 mit negativer Tendenz gesetzt worden waren. Gleichzeitig bestätigte man das kurzfristige Länderrating für Österreich von „A-1+“. Der Ausblick für das langfristige Länderrating ist negativ. Dies weist darauf hin, daß für eine weitere Herabstufung des Ratings in 2012 oder 2013 eine Wahrscheinlichkeit von mindestens einem Drittel besteht, so S&P.

Der Ausgang des EU-Gipfels vom 9. Dezember 2011 und spätere getätigte Äußerungen von Politikern veranlassen S&P zu der Annahme, so steht es in der Begründung, daß die erzielten Vereinbarungen keinen ausreichenden Durchbruch gebracht haben, der zur Lösung der finanziellen Probleme in der Eurozone beitragen könnte. Nach Meinung von S&P ergeben sich aus den politischen Vereinbarungen keine ausreichenden zusätzlichen Ressourcen oder operative Flexibilität zur Stärkung der europäischen Rettungsmaßnahmen und auch nicht genug ausgedehnte Unterstützungsmaßnahmen für solche Länder der Eurozone, die erhöhtem Marktdruck ausgesetzt sind.

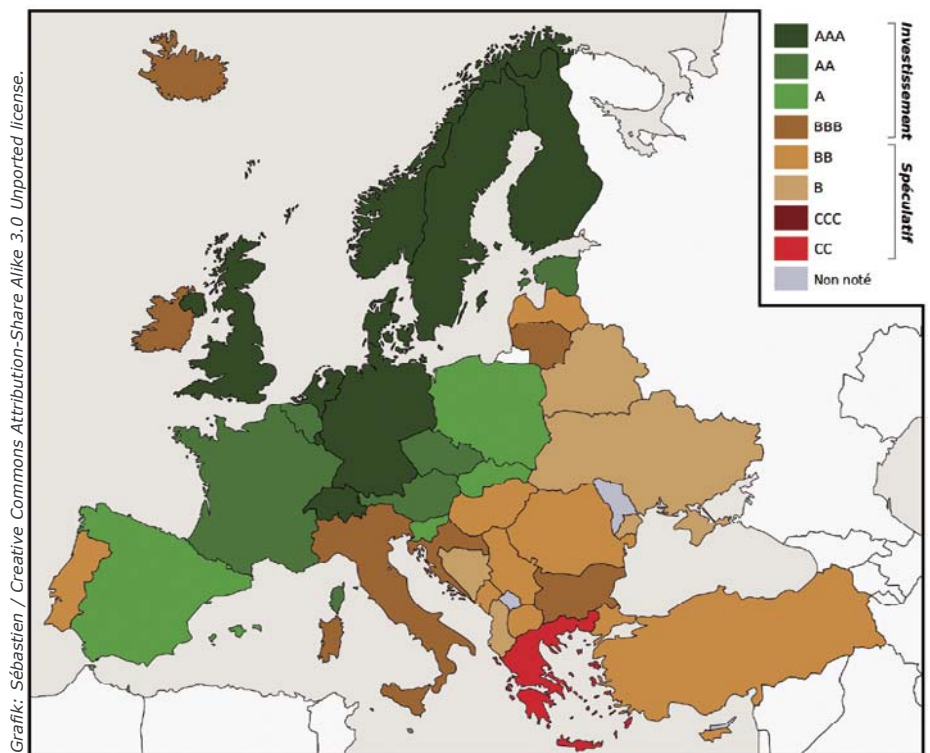
S&P ist auch der Auffassung, daß die Gipfelvereinbarung von einer lediglich ein-

Innenpolitik

seitigen Interpretation der Ursachen der Staatsschuldenkrise geprägt ist, nämlich da die derzeitigen finanziellen Unsicherheiten primär von mangelnder budgetärer Disziplin in den Peripheriestaaten der Eurozone herühren. Nach Meinung von S&P sind die finanziellen Probleme in der Eurozone jedoch gleichermaßen ein Ergebnis der steigenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und auseinanderlaufender Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Kernländern der Eurozone und den sogenannten Peripheriestaaten. Daher glaubt man, daß ein Reformprozeß, der einseitig auf fiskalischen Sparmaßnahmen beruht, unwirksam sein könnte, indem die Inlandsnachfrage in gleichem Maße sinkt wie die Sorge der Verbraucher um ihre Arbeitsplätze und ihre verfügbaren Einkommen steigt und damit die nationalen Steuereinnahmen erodiert.

Daher habe man im Einklang mit den veröffentlichten Länderratingkriterien vom 30. Juni 2011 – nach denen sich die S&P Länderratinganalyse zusammengefaßt auf die Scores „Political“, „Economic“, sowie „External“, „Fiscal“ und „Monetary“ stützt – den Score „Political“ für Österreich nach unten revidiert. Darin spiegelt sich die Ansicht von S&P, daß die Effektivität, Stabilität und Vorhersagbarkeit der europäischen Politik und der politischen Institutionen (in die Österreich sehr eng eingebunden ist) nicht so stark sind, wie es nach S&P-Meinung angesichts der ernststen Lage einer sich ausweitenden und vertiefenden Finanzkrise in der Eurozone erforderlich wäre.

Die Ratings für Österreich reflektieren weiterhin die Meinung von S&P, seiner stabilen Staatsführung und vorhersehbaren Wirtschaftspolitik, die wesentliche Eckpfeiler der österreichischen Politik sind. S&P sieht Österreichs Wirtschaft als wohlhabend, diversifiziert und in hohem Maße wettbewerbsfähig an. Man geht davon aus, daß das Tempo der fiskalischen Konsolidierung noch zunimmt, was nach S&P-Meinung nach rascher zu einer Verringerung der Haushaltsdefizite und Verschuldung führen dürfte, als es im Finanzrahmen 2011 und vielleicht sogar im Haushalt für 2012 dargelegt war. Voraussetzung dafür ist, daß sich das Umfeld in der Eurozone nicht verschlechtert, was die Zielerreichung erschweren würde. Österreich ist immer noch ein Nettoschuldner in seiner externen Vermögensposition, hat aber nach S&P-Auffassung in den letzten 10 Jahren solide Leistungsbilanzüberschüsse erzielt und damit seine Schuldnerposition immer weiter verbessert. Die Eventualver-



Standard & Poor's Bonitätsbewertungen europäischer Staaten von Standard & Poor's 13/01/2012

bindlichkeiten sind nach Meinung von S&P moderat und stammen primär aus dem Engagement des Bankensektors in Mittel- und Osteuropa.

Nach Ansicht von Standard & Poor's könnten die österreichischen Bankbilanzen unter den negativen Entwicklungen bei wichtigen Handels- und Direktinvestitionspartnern (wie etwa Italien und Ungarn) leiden. In diesem Falle könnten die Banken zusätzliche Unterstützung von der Regierung benötigen. Wenn darüberhinaus das Wirtschaftswachstum sehr viel schwächer wäre als man erwartet, könnte dies die Bemühungen der Regierung untergraben, den Haushalt zu konsolidieren, und könnte strukturelle Reformen unwirksam werden lassen.

Ausblick

Der Ausblick für das langfristige Rating Österreichs ist negativ, was besagt, daß S&P zumindest von einer Ein-Drittel-Wahrscheinlichkeit ausgeht, daß man das Rating 2012 oder 2013 weiter senken könnte. Man könnte das Rating herabstufen, wenn man zu der Auffassung gelangt, daß

- eine Schwächung der Bilanzen österreichischer Banken aufgrund negativer Entwicklungen bei wichtigen Handelspartnern und Direktinvestitionspartnern bedeutet, daß die österreichische Regierung die Banken rekaptalisieren muß. Dies

wiederum könnte zu einem Anstieg der Nettostaatsverschuldung über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und außerdem zu höheren Eventualverbindlichkeiten führen; und/oder

- das Wirtschaftswachstum ist viel schwächer als S&P derzeit erwartet. Dies könnte die Bemühungen der Regierung zur Haushaltskonsolidierung untergraben und strukturelle Reformen verpuffen lassen. Dies könnte zu einem Anstieg der Nettoverschuldung über 80 Prozent des BIP führen.

Die Ratings könnten sich auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren, wenn die Risiken aus dem Bankensektor unter Kontrolle bleiben, und wenn Österreich durch strukturelle Reformen eine etwas ambitioniertere Phase der Konsolidierung einleitet, dies aber ohne seine wirtschaftlichen Wachstumsaussichten und Wettbewerbsfähigkeit zu schädigen. S&P nach könnte Österreich mithilfe solcher Maßnahmen seinen Haushalt strukturell ausgleichen und seine Staatsverschuldung verringern.

Soweit die Einschätzung von Standard & Poor's, die von österreichischer Seite weitgehend nicht geteilt wird.

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger stellten in einer gemeinsamen Erklärung fest, daß es

Innenpolitik

unverständlich sei, wenn sich eine von drei US-Ratingagenturen im Alleingang dazu entschleibe, die Bonität fast aller Länder der Eurozone herabzusetzen bzw. den Ausblick negativ zu bewerten.

Faymann: Schuldenbremse ist wichtiger denn je

Kanzler Faymann unterstrich, daß es jetzt wichtiger denn je ist, daß die Opposition der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung zustimme. Er macht auch deutlich, daß Österreichs Wirtschaftsdaten nach wie vor sehr gut seien. Allerdings bestätigte sich erneut, daß Österreich unabhängiger von den Finanzmärkten werden müsse. Die Regierungsspitze erinnerte vor dem Hintergrund der jüngsten Mitteilung von „Standard & Poor's“ daran, daß die Agentur „Moody's“ Österreichs Triple-A-Rating Ende Dezember aufrecht erhalten hatte. Und auch die Ratingagentur „Fitch“ hat noch am 10. Jänner 2012 festgestellt, daß Österreichs AAA-Rating nicht gefährdet sei.

Faymann bekräftigt, daß die intensiven Gespräche der Regierung über die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt und bis Ende Februar abgeschlossen werden würden. Faymann: „Wichtig ist, die Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen sind so zu setzen, daß die Gesamtnachfrage, Konjunktur, Wachstum und Arbeitsmarkt nicht gefährdet werden.“ Die Regierungsspitze verwies darauf, daß S&P im übrigen erneut bestätigt hat, daß Österreich weiterhin von einer stabilen Regierungsführung und voraussehbarer Wirtschaftspolitik gekennzeichnet sei.

Spindelegger: Reformen angehen

„Mit der Schuldenbremse hat die Regierung bereits das richtige Signal geschickt. Diese gilt es nun auch in der Verfassung zu verankern, wozu bereits seit einiger Zeit Gespräche mit der zurückhaltenden Opposition geführt werden“, sagte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger. „Bis Ende Feber werden auch die Verhandlungen über die zusätzliche Haushaltskonsolidierung für die Jahre 2012 bis 2016 abgeschlossen sein. Die ÖVP hat dazu ein 6-Punkte-Programm vorgelegt.“ Und Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) ergänzte, die Regierung müsse die ohnehin geplanten Konsolidierungsmaßnahmen noch ernster nehmen: „Unsere Schulden sind ein Damoklesschwert, denn sie machen uns mehr und mehr abhängig vom Kapitalmarkt. „Wir haben in Europa eine Schuldenkrise der Staaten, aber die Reformen der Staaten las-

sen noch auf sich warten“, so Fekter weiter: „In Österreich sind die Schulden ein Risiko, wenn sie weiter anwachsen. Die Herabstufung ist ein ganz klares Signal mehr beim Schuldenabbau zu tun, als wir es bisher getan haben.“ Fekter hoffte, daß nun auch die Oppositionsparteien aufwachen und einsehen würden, „daß wir die Schuldenbremse auch in der Verfassung verankern müssen“.

Zugleich wies sie darauf hin, daß die anderen beiden großen Ratingagenturen – Moody's und Fitch – Österreichs gutgehende Wirtschaft und die schon eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen berücksichtigt und auf dieser Basis Österreich weiter das „AAA“-Rating zugestanden hätten. „Denn das Fundament der österreichischen Wirtschaft ist wirklich sehr gut. Das Jahr 2011 ist für den heimischen Haushalt wesentlich besser als geplant gelaufen. Dennoch muß Österreich ein Nulldefizit anstreben, um Schulden nachhaltig abbauen zu können. Es darf nicht sein, daß wir weiterhin Geld aufnehmen müssen, um die Zinsen für die Schulden aus der Vergangenheit zu bezahlen. Wir müssen unseren Haushalt sanieren, unabhängig davon, wie die internationalen Ratingagenturen unsere Bonität einstufen“, so die Finanzministerin.

Strache: Systematisches Versagen der EU und der österreichischen Regierung

„Noch vor wenigen Wochen bin ich von Regierungsvertretern als Schwarzmalerei bezeichnet worden, weil ich den Verlust des



Heinz-Christian Strache
Bundesparteiohmann der FPÖ
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Triple-A auf Basis der Faktenlage angekündigt habe. Heute ist die Herabstufung Österreichs bittere Wahrheit“, sagte der freiheitliche Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache in einer ersten Reaktion. Es sei völlig klar, daß die Aufrechterhaltung der Fehlkonstruktion des Euro, die darin bestehe, schwache und starke Volkswirtschaften in ein Währungskorsett zu zwingen und dieses trotz des offenkundigen Scheiterns ohne

Wenn und Aber aufrecht erhalten zu wollen, eine optimale Voraussetzung für jene seien, die dieses System von außen spekulativ angreifen wollen, sagte Strache. Genau das zeige sich jetzt.

Es gehe den Eurokraten keine Sekunde um irgendeine hochtrabende europäische Idee und schon gar nicht um das Wohl der Bürger, sondern einzig und allein um die Rettung ihrer nationalen Banken aus den möglichen Schäden, die durch unverantwortliche Spekulationsgeschäfte und Zockerei entstanden seien, so Strache. Mit dem Hineinpumpen der Gelder in Pleitestaaten wie Griechenland ohne Aussicht auf Erfolg würden die starken Staaten weiter geschwächt ohne die Schwachen zu stärken. „Es kann in dieser Situation nur einen Weg geben: Ausscheiden Griechenlands aus der EURO-Zone und die Teilung der Eurozone in einen Nord- und einen Süd-Euro“, betonte Strache, der darauf verwies, daß dies mittlerweile auch viele Experten so sehen würden.

Mit der Herabstufung bekomme Österreich nun auch die Rechnung für den Expansionswahnsinn der heimischen Banken in Osteuropa präsentiert, sagte Strache. So hätten die heimischen Banken an die 300 Milliarden Ostkredite (meist Fremdwährungskredite mit Tilgungsträgern) offen, von denen laut Experten bis zu 40 Prozent wackeln würden. Statt das Risiko abzubauen, sei jedoch 2011 noch weiter kräftig in Osteuropa investiert worden. Statt sich fette Prämien auszuzahlen, sollten die diesbezüglich hyperaktiven österreichischen Banker selbst die Verantwortung übernehmen und nicht via einer unfähigen SPÖ-ÖVP-Regierung die Steuerzahler zur Kasse bitten, so Strache.

„Eine klare Antwort auf die Herabstufung Österreichs durch die Ratingagentur S&P wäre die Ausschreibung sofortiger Neuwahlen“, sagte Strache. Wenn Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger als erste Reaktion darauf nichts anderes einfalle, als ihr „Unverständnis“ zu äußern, dann sei „es höchste Zeit, diese Herrschaften in die Wüste zu schicken“, betonte Strache.

Bucher: Nationaler Schultertschluß für Reformen unverzichtbar

BZÖ-Chef Josef Bucher forderte nach der Abstufung Österreichs durch S&P einen „Reformfrühling für Österreich“. Jetzt müsse am System gespart werden, um das Land nachhaltig zu sanieren und wieder an die Spitze Europas zu bringen. „Österreich braucht einen Modernisierungsschub und

Innenpolitik

eine Verwaltung die vom überflüssigen Speck der letzten Jahrzehnte befreit wird.“ Der BZÖ-Chef warnte davor, das Budget, wie von SPÖ und ÖVP mit Unterstützung der FPÖ und Grünen geplant, hauptsächlich mittels Steuererhöhungen sanieren zu wollen. „Das wird Österreich seine Bestbewertung nicht zurückbringen. Nur eine nachhaltige Reformoffensive wird Österreich zukunftsfit halten. Ein nationaler Schulterschluss aller Reformkräfte in den Parteien ist das Gebot der Stunde“, so Bucher.

Bucher warnt aber auch davor, jetzt in Panik zu verfallen. „Österreich ist immer noch Triple A, nur diese Große Koalition hat bestenfalls Ramschstatus. Bitter ist, daß die Untätigkeit von Faymann und Spindelegger Österreich höhere Zinsbelastungen von rund zwei Milliarden Euro pro Jahr bringt. Als das BZÖ vor Monaten vor der drohenden Abstufung gewarnt hat, haben Faymann und Spindelegger nur herablassend gelächelt. Es hilft aber nichts, wenn das BZÖ im Zuge der Eurokrise mit seinen Warnungen immer Recht behält und SPÖ und ÖVP im Reform-Wachcoma liegen. Vielleicht nehmen Faymann und Spindelegger die Experten von S&P ernst, denn auch diese fordern eine ausgabenseitige Sanierung des Budgets. Es muß endlich mutig und ohne Tabus gehandelt werden. SPÖ und ÖVP nehmen mit ihrer Stillstands- und Schuldenpolitik den Jungen die Zukunft. Das BZÖ sieht sich als Anwalt des Mittelstandes und der Jungen. Wir wollen auch den nächsten Generationen ein sicheres, faires und soziales Österreich erhalten“, so Bucher.

Kogler: Wir wollen Reformen statt Schuldenbremse

Angesichts von Eurokrise und Druck zum Schuldenabbau sind die Grünen bereit, den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP bei Steuer- und Verwaltungsreform unter die Arme zu greifen, sagte Werner Kogler, Finanzsprecher der Grünen. „Nicht denkbar ist dagegen ein ‚Blankoscheck‘ für die Schuldenbremse in der Verfassung.“ Kogler rief zu einer Reformpartnerschaft für Österreich auf. „Dafür braucht es allerdings beide Regierungsparteien an einem Tisch. Derzeit agieren SPÖ und ÖVP so, als trauten sie einander nicht über den Weg. Man muß dort sparen, wo es wenig Schaden anrichtet und die Steuern in jenen Bereichen erhöhen, wo es nicht wachstumsschädigend ist“, so Koglers Credo.

Die Grünen wollen einen „Verschwendungsstopp“ in der Verwaltung. Bei den



Josef Bucher
BZÖ-Bundesparteiobmann
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE



Werner Kogler
Wirtschaftssprecher der Grünen
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE



Univ.-Prof. Ewald Nowotny
Gouverneur der Österr. Nationalbank
Foto: OeNB

Steuern braucht es dagegen einen „Privilegienstopp“ für Reiche, vor allem, was die Stiftungen betreffe. Eine langfristig geordnete Entwicklung der Staatsfinanzen ist wichtiger, als eine „richtungslose Null“ in der Bundesverfassung, meinte Kogler.

„Wir sind ja nicht aus Trotz skeptisch“, sagte er in Richtung der Kritiker in der ÖVP, der er im Gegenzug ideologische Blockaden in Steuerfragen vorwarf. „Einen Blankoscheck zu unterschreiben, für wie blöd hält man uns eigentlich?“ Außerdem habe ja schon bisher niemand die Regierung am Regieren gehindert.

Unterstützen wollen die Grünen die Koalitionsparteien bei der Entmachtung der Landeshauptleute-Konferenz, die Kogler als „Epizentrum der Reformverweigerung“ und „Blockadeelite“ bezeichnete. Dann könnten

Hunderte Millionen Euro an „herausgeschmissenen“ Förderungen gestrichen werden. Einsparungsmöglichkeiten ortete er zudem bei Spitälern, Wetterdiensten oder den Sozialversicherungen, auch hier stehen die Grünen für Zweidrittelmehrheiten bereit.

Die Aberkennung des AAA-Ratings durch die Agentur S&P betrachtete er unaufgeregt, die Argumentation mit Verweis auf die Verflechtung mit Ungarn und Italien nannte er nachvollziehbar. Im übrigen finde sich bei S&P kein Hinweis darauf, daß das Downgrading irgendetwas mit der Frage der Schuldenbremse in der Verfassung zu tun habe, so Kogler.

Nowotny: Spektakuläre Maßnahmen gegenüber Euroraum

Laut dem Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny, sind die Rating-Herabstufungen mehrerer Euroländer durch S&P als spektakuläre Demonstration einer Rating-Agentur gegenüber dem Euroraum zu werten. Wie schon vor einiger Zeit angekündigt, will S&P damit betonen, daß aus Sicht dieser Agentur die Fortschritte zur Finanzstabilisierung im Euroraum noch ungenügend sind und die Umsetzung der Fiskalregeln zu langsam erfolgt. Diese Einschätzung ist ernst zu nehmen, sie berücksichtigt aber nicht die geldpolitischen Maßnahmen und wirtschaftspolitischen Fortschritte der letzten Wochen und Monate, welche seit Jahresbeginn auch auf den Kapitalmärkten sichtbar geworden sind. Eine Sichtweise, die mit Ausnahme Deutschlands für alle AAA-Staaten des Euroraumes zu einer Rating-Verschlechterung führt, ist ökonomisch schwer nachvollziehbar und wird auch von den anderen Rating-Agenturen nicht geteilt.

Österreich ist von der Runde der Rating-Verschlechterungen durch S&P ebenfalls betroffen, obwohl gerade die Zinsdifferenz zu Deutschland (10jährige Spreads) für Österreich sich in der Anfang der zweiten Jännerwoche von über 150 Basispunkte auf gut 100 Basispunkte deutlich verbessert hat. Die Einzelmeinung von S&P sollte daher in ihrer Wirkung nicht überschätzt, aber auch nicht ignoriert werden. Österreich weist eine ausgewogene und dynamische Wirtschaftsstruktur mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten, einem deutlichen Leistungsbilanzüberschuß sowie der niedrigsten Arbeitslosenrate der EU auf. Dennoch ist für Österreich grundlegend die Herausforderung gegeben, die Maßnahmen der Budgetkonsolidierung und der Sicherung der Nach-

Innenpolitik

haltigkeit des Geschäftsmodells österreichischer Banken in Mittel- und Osteuropa fortzusetzen und zu intensivieren.

Nach dem Ministerrat am 17. Jänner, der erste Schreck war sozusagen verraucht, sagte Bundeskanzler Werner Faymann, die Herabstufung der österreichischen Bonität durch eine amerikanische Ratingagentur sei „kein Grund zur Aufgeregtheit. Aber es gibt genug andere Gründe, um mit all unserer Energie an der Rückführung des österreichischen Defizits zu arbeiten, denn jeder Cent, der in die Zinsrückzahlung gehe, sei für die Wirtschafts- und Sozialpolitik verloren“. Daher werde, unabhängig von aktuellen Bewertungen, an einer Reduzierung der österreichischen Staatsverschuldung gearbeitet.

Auf Nachfrage stellte der Bundeskanzler fest, daß eine Schuldenbremse im Verfassungsrang noch immer sein Ziel bleibe. „Österreich wird damit zeigen, wie ernst wir es mit einer nachhaltigen Konsolidierung meinen. Ich sehe bei der Opposition derzeit allerdings wenig Bewegung“, sagte Faymann.

Vizekanzler Michael Spindelegger nahm zu den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen Stellung: „Wir arbeiten mit Hochdruck an einem vielfältigen Maßnahmenbündel zur Konsolidierung des Staatshaushalts. Bereits jetzt ist klar, daß kein Bereich ausgespart wird und alle möglichen Sparpotentiale genutzt werden. Österreich muß wieder stark für die Zukunft gemacht werden, damit wir wieder durchatmen können und nicht von dieser Schuldenlast erdrückt werden“, so Spindelegger. „Wichtig ist, daß dieser Beschluß ein qualitätsvoller ist. Wir wollen bestehende Systeme ändern und Struktureffekte erzielen“, erklärte der Vizekanzler und weiter: „Die Neubewertung durch eine Ratingagentur darf uns nicht zweifeln lassen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen das klare Ziel formulieren, mit diesen Maßnahmen das Triple-A für Österreich wieder zu gewährleisten. Auch in Zukunft wollen wir wieder bei allen Ratingagenturen die beste Bonität für Österreich vorweisen können.“

Die FPÖ werde eine Subventionsbremse beantragen, kündigte der freiheitliche Bundesparteiohmann HC Strache an. „Die Republik Österreich hat allein im Jahr 2010 6,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts – 18,5 Milliarden Euro – für Subventionen ausgegeben. Das BIP 2010 betrug 282,5 Milliarden Euro. Damit ist unsere Republik

nach Angaben von Eurostat Europameister. Der europäische Durchschnitt liegt nämlich bei lediglich drei Prozent. In Deutschland sind es 3,6 und in Schweden 1,8 Prozent. Die Schweiz hat ihre Subventionszahlungen zuletzt reduziert und kommt nur noch auf 4,5 Prozent“, so Strache.

Angesichts der angespannten Budgetsituation und der erfolgten Herabstufung der Kreditwürdigkeit Österreichs sei diese Art des Umgangs mit Steuergeld untragbar. „Es ist unausweichlich, die zahllosen Subventionstöpfe zu reduzieren“, so Strache.

BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher forderte eine Regierungserklärung von Bundes- und Vizekanzler im Nationalrat. „Österreich wurde laut dem S&P Bericht herabgestuft, weil die rot-schwarze Bundesregierung reformunfähig ist. Damit wurde nicht das Land, sondern die Regierungspolitik Faymanns und Spindeleggers herabgestuft. Daher hätte ich mir erwartet, daß die Regierungschefs klar sagen, welche Maßnahmen und Reformen sie jetzt setzen werden. Stattdessen wurde zu einem ergebnislosen Kaffeekränzchen mit den Banken geladen.“

Bucher forderte der Regierung eine Initiative für den Kauf österreichischer Staatsanleihen durch österreichische Bürger und Unternehmen. „Österreich ist zu 70 Prozent im Ausland verschuldet, das heißt, die Zinsen fließen ab. Es wäre daher klug, wenn die Anleger vorzugsweise Anleihen des eigenen Landes kaufen. Ein solcher Anlegerpatriotismus muß daher rasch gefördert werden.“

Grünen-Finanzsprecher Werner Kogler konstatierte, die Regierung sei, was die Budgetkonsolidierung betreffe, „weiterhin sowohl strategie- als auch konzeptlos. Sie ist sich nach wie vor weder über die Zeit noch den Inhalt für die für heuer geplanten Budgetkonsolidierungsmaßnahmen einig; von den weiteren Schritten in den nächsten vier Jahren ganz zu schweigen.“

Insbesondere ÖVP-Obmann Spindelegger sei angesichts seiner aktuellen Aussagen entweder intellektuell nicht in der Lage, die Grünen Konsolidierungsvorschläge zu erfassen oder er verlege sich auf politische Trickerei in einer kritischen Lage für Österreich, in der es eigentlich staatspolitische Verantwortung bräuchte. „Spindelegger erweist sich weiterhin als der patscherte Pflichtverteidiger der Stiftungsmilliardäre, Millionenerben und Superverdienere“, so Kogler.

Faymann und Spindelegger würden versuchen, die Schuld an ihrer eigenen Regierungsunfähigkeit der Opposition in die

Schuhe zu schieben. Kanzler und Vizekanzler seien aber nicht in der Lage, gemeinsame Verhandlungen an einem Tisch zu führen, weil sie sich offensichtlich gegenseitig nicht über den Weg trauten. „Die Regierung soll endlich regieren und nicht lamentieren.“

Sparen ja, aber wie? Und: Ja, aber wo?

Der Konsolidierungsbedarf bei den Staatsfinanzen liegt für die kommenden fünf Jahre bei jeweils zwei Milliarden Euro. Die Phantasie ist groß, ebenso unerschöpflich ist die Liste jener Ausgaben, die ohne weiteres reduziert oder überhaupt gestrichen werden könnten. Nur schlimm, daß sich jeder der Betroffenen sofort querlegt und mit einer Fülle an Argumenten zu belegen sucht, daß es wesentlich Unwichtiges gebe, als den eigenen Anteil aus dem gemeinsamen Steuertopf. Es ist, wie Umfragen ergeben, jedem klar, daß es so nicht weitergehen kann, die meisten der Befragten würden sich auch damit abfinden, da oder dort auch von Sparmaßnahmen betroffen zu sein, doch nur dann, „wenn es gerecht ist“.

Fekter: Wir müssen Steuerlücken schließen

Für Finanzministerin Maria Fekter steht auch weiterhin die ausgabenseitige Sanierung des Budgets sowie die Mißbrauchsbekämpfung im Steuersystem im Vordergrund, wie sie am 19. Jänner im Parlament bekräftigte. Erneut betonte die sie: „Eine Steuer auf Vermögenssubstanz wird es mit mir nicht geben. Ich bekenne mich zum Eigentum. Was sich der Bürger mühsam erwirtschaftet und erarbeitet hat, soll die Finanzministerin nicht



Innenministerin
Maria Fekter (ÖVP)

Foto: BMI

wegsteuern und damit kalt enteignen.“ Auch eine Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die zuletzt ohnehin nur 140 Mio. Euro gebracht habe, schloß sie aus.

Ansetzen will Fekter bei den Kostentreibern im Budget. Erneut verwies sie hier etwa auf die Frühpensionen und die ÖBB.

Innenpolitik

„Wir müssen das faktische Pensionsantrittsalter erhöhen, Anreize für die Frühpension eliminieren und zu besseren Zu- und Abschlägen bei Frühpensionen kommen. Wenn wir Fachkräfte, die wir im Arbeitsprozeß dringend brauchen, nicht mehr in Frühpension gehen lassen, ersparen wir uns viel Geld. Gleichzeitig nützt das der Wirtschaft.“

Beim Förderwesen will sie sich mit Ländern und Gemeinden besser abstimmen. „Wir müssen klar und einheitlich definieren, was wir wollen und die Finanzströme entsprechend lenken“, so Fekter. Beim Gesundheitswesen verwies sie auf die laufenden Bemühungen um eine Strukturreform.

Keinesfalls will Fekter Änderungen bei der Gruppenbesteuerung zulassen. „Wer hier ansetzt, der vernichtet Arbeitsplätze“, so die Finanzministerin.

Schieder: Schuldenabbau durch gerechte Einnahmen und intelligentes Sparen

SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder erklärte, für Österreich gelte es, die Leitprinzipien „Schuldenabbau und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen“ durch gerechte Einnahmen und durch intelligentes Sparen zu erreichen, um der zukünftigen Generation eine faire Chance zu geben. „Denn die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern ist eine reale Auswirkung der Finanz- und Bankenkrise und eine der gefährlichsten Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union.“



Staatssekretär
Andreas Schieder (SPÖ)
Foto: BMF/Ludwig Schedl

Österreich sei durch effiziente Gegensteuerungsmaßnahmen bisher gut durch die Krise gekommen, wie man an den niedrigsten Arbeitslosen- und speziell Jugendarbeitslosenzahlen innerhalb Europas sehen kann. „Nun ist es aber wichtig, die richtigen Schlüsse aus der Krise zu ziehen und gemeinsam, auf europäischer Ebene, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen“, so Schieder. Denn die Europäische Union habe in der

jüngsten Vergangenheit zu spät und zu wenig engagiert auf die Krise reagiert.

Österreich könne hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Um das Budgetdefizit auszugleichen müsse sowohl über ausgabenseitige als auch über einnahmenseitige Maßnahmen nachgedacht werden. „Das ist sowohl aus Gerechtigkeitsgründen ein wichtiger Punkt, sowie auch aus steuerstrukturellen Gesichtspunkten“, so Schieder. Vermögensbezogene Steuern etwa seien nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll, da sie keine negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.

Welche Belastungen auf uns zukommen, ist aus der Vielzahl der Vorschläge und Forderungen nicht herauszulesen. Tatsache ist aber, daß vor der Regierung noch ein harter Verhandlungsweg liegt, wenn sie, wie angekündigt, bis Ende Februar das fertige Sparpaket präsentieren will. Teile davon sind schon in die Öffentlichkeit gelangt und vom Koalitionspartner bereits (zumindest in der jeweiligen Form) abgelehnt, von Interessensvertretungen und anderen Betroffenen mit angekündigten Protesten quittiert worden, man werde sich das so nicht gefallen lassen, heißt es etwa.

Auch die Länder geraten unter Druck

S&P hat nun auch, wegen deren unmittelbarer Abhängigkeit vom Bund, die Bundesländer herabgestuft. Oberösterreich, Tirol und Wien haben ihren Triple-A-Status eingebüßt, der Ausblick für das Burgenland, Niederösterreich und die Steiermark wurde auf „negativ“ gestellt.

Oberösterreich

Oberösterreichs Finanzreferent, Landeshauptmann Josef Pühringer, erklärte, er sei nicht überrascht von der Entscheidung von S&P, er habe schon damit gerechnet. „Denn wenn ein ganzes Haus abgewertet wird, kann ein Stockwerk nicht ausgenommen werden“, sagte er in einem ORF-Interview. Er habe schon die Herabstufung des Bundes als nicht gerechtfertigt gefunden, umso unverständlicher sei daher jene der drei Bundesländer, vor allem Oberösterreichs angesichts der geordneten Finanzen des Landes.

Tirol

Tirols Finanzlandesrat Christian Switak sagte, die Herabstufung sei zwar sehr unerfreulich, hätte aber auf die Gebarung des Landes Tirol nach derzeitigen Einschätzungen keine direkten Auswirkungen. „Das

Land Tirol begibt weder Anleihen noch hat es andere Refinanzierungen zu tätigen. Auswirkungen auf das Schuldenportfolio des Landes Tirol sind durch den momentanen Verlust der Bestbewertung durch die Ratingagentur Standard & Poors jedenfalls nicht zu erwarten.“ Die Herabstufung sei als Konsequenz der Abhängigkeit vom Bund erfolgt und nicht ursächlich vom Land Tirol verschuldet worden. „Das Land Tirol hat mit dem Budgetpfad sowie einer konsequenten und nach vorne gerichteten Budgetpolitik seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt liegt der Ball beim Bund, der nach dem Triple-A-Verlust endlich den Ernst der Lage erkennen und entsprechende Taten setzen muß“, fordert Switak. Die Opposition ist gefordert, in staatspolitischer Verantwortung über ihren Schatten zu springen und der viel diskutierten Schuldenbremse zuzustimmen.

Wien

Wiens Finanzstadträtin, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, stellte in einer Fragestunde des Gemeinderats fest, die Herabstufung habe nichts mit der Bonität der Stadt zu tun. Wien verfolge schon länger die auch von der Ratingagentur vorgeschlagene Konsolidierung der Wirtschaft. Eine intelligente Mischung aus Sparen und Investieren sei das Ziel. Damit seien strukturelle Sparmaßnahmen gemeint, wie zum Beispiel die Umsetzung des Wiener Spitalkonzepts und die Erhaltung der Investitionsfähigkeit der Stadt Wien. Eine direkte Auswirkung auf Wien durch die Herabstufung erwarte sich Brauner nicht. Vom bevorstehenden Sparpaket der Regierung erwartete sie sich ein ähnliches Vorgehen wie in Wien, wobei sich der Spargedanke nicht negativ auf die Konsumquote auswirken solle.

Der Druck der Finanzmärkte hat natürlich auch etwas Gutes für sich, denn er zwingt dazu, alte „Sünden“ zu bereinigen und künftig Augenmerk auf Nachhaltigkeit zu legen. Darin sind sich alle einig. Und auch darin, daß in den vergangenen Jahrzehnten zu viel ausgegeben wurde, Entscheidungen für viele Investitionen getätigt wurden, die vielleicht sinnvoll waren, aber späterhin laufende Kosten verursachten, die heute bereits einen wesentlichen Teil der Staatseinnahmen aufbrauchen.

Man darf gespannt sein, wie es der Regierung gelingen wird, diese mißliche Lage in den Griff zu bekommen – und das, ohne die Konjunktur und die Kaufkraft der Menschen zu gefährden. ■

2012 ist das Jahr der Entscheidungen und gemeinsamen Anstrengungen

Wortlaut der TV-Neujahrsansprache von Bundespräsident Heinz Fischer über Schuldenbremse, Sparpaket, Wachstumsimpulse, Eurokrise, Finanzmärkte und Vertrauen in die Zukunft Österreichs und Europas.

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Ich freue mich sehr, Sie auch heuer, am ersten Tag des neuen Jahres, begrüßen zu dürfen.

Ich bin mir bewußt, daß viele Menschen diesem neuen Jahr mit Unsicherheit und Skepsis gegenüber stehen. Sie wollen mehr Klarheit haben und fragen sich:

Womit hat die österreichische Wirtschaft im Jahr 2012 zu rechnen?

Wohin geht die Europäische Union?

Wie sicher ist der Euro?

Wird es Inflation geben? e.t.c.

Seriöse Antworten zu diesen Fragen sind sicher nicht einfach. Vor allem in einer Zeit, wo nicht nur die zähl- und meßbaren Fakten der Realwirtschaft, sondern auch psychologische Faktoren und Fragen des Vertrauens eine große, aber schwer berechenbare Rolle spielen.

Denken Sie zum Beispiel an die sogenannten Rating-Agenturen und ihren enormen, aber kaum nachvollziehbaren Einfluß auf Wirtschaft und Politik. Wie kann es sein – fragen sich viele zu Recht – daß Rating-Agenturen so viel Macht haben?

Die Antwort lautet, daß man Finanzmärkte und auch einzelne Elemente der Finanzmärkte nur supranational regulieren und kontrollieren kann, und dafür ist in den letzten Jahren sicher nicht genug geschehen.

Eine sinnvolle und wirksame Regulierung der Finanzmärkte ist jedenfalls ein Schlüssel zur Lösung bestehender Probleme.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Unser Land hat die Krise bisher insgesamt gut gemeistert. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst gemeinsamer Anstrengungen. Allerdings sind die Staatsschulden auch in



Foto: ORF/Milenko Badzic

Bundespräsident Heinz Fischer bei der Neujahrs-Ansprache in der Wiener Hofburg

Österreich stark angestiegen. Darauf müssen wir mit Entschlossenheit reagieren und das Defizit im Staatshaushalt gezielt und schrittweise absenken. Die sogenannte Schuldenbremse, über die in den letzten Wochen und Monaten so viel diskutiert wurde, ist ein wichtiges Instrument dazu.

Was bedeutet Schuldenbremse eigentlich? Schuldenbremse bedeutet im wesentlichen, daß wir Obergrenzen der Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Relation zur Wirtschaftsleistung in glaubwürdiger Weise – also am besten verfassungsrechtlich abgesichert – festlegen. Damit wäre nicht nur eine Leitschiene zum Abbau der Staatsverschuldung vorhanden, sondern auch ein verlässliches Zeichen künftigen Handelns gesetzt.

Daher unterstütze ich diesen Gedanken und appelliere mit Nachdruck an Regierung und Opposition, bei dieser ganz wichtigen

Frage aufeinander zuzugehen und Verantwortungsbewußtsein zu beweisen.

Liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Es gibt aber noch einen weiteren Faktor, der von Experten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Krise immer wieder angesprochen wird, und zwar auf Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nicht zu vergessen. Somit haben wir es im Grunde mit einem magischen Dreieck zu tun, nämlich

1. gezielte Sparsamkeit auf der Ausgabenseite,
 2. eine dem sozialen Ausgleich dienende Erschließung zusätzlicher Einnahmen und
 3. wachstumsfördernde Maßnahmen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.
- Eine schwierige Aufgabe. Aber in diese Richtung muß sich Österreich im Jahr 2012 und auch in den Folgejahren bewegen.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Zuletzt noch ein Blick über unsere Grenzen:

Die Weltbevölkerung hat im abgelaufenen Jahr die Zahl von 7 Milliarden Menschen überschritten. Von diesen 7 Milliarden sind nur etwa 8 Prozent Europäer und gerade 1,2 Promille Österreicher. Die gemeinsame Formulierung und Vertretung europäischer Interessen wird also immer wichtiger.

Das von den größten europäischen Staatsmännern der Nachkriegszeit auf den Weg gebrachte Projekt der Europäischen Integration und Zusammenarbeit dürfen wir daher unter keinen Umständen kleinmütig fallen lassen. Im Gegenteil: Wir brauchen ein entschluß- und handlungsfähiges Europa.

Und auch wenn die derzeitige Finanzkrise Menschen und Märkte verunsichert, ist es berechtigt, unter Bezugnahme auf ein berühmtes Zitat von Leopold Figl zu sagen:

Glaubt an Österreich, aber glaubt auch an Europa!

Denn die Europäische Union ist und bleibt der wichtigste Rahmen für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Der Euro wird trotz aller Probleme weiterhin die zweitwichtigste Weltwährung bleiben.

Und Österreichs Wirtschaft wird 2012 nach übereinstimmenden Prognosen zwar nur sehr wenig wachsen, aber auch die Inflation wird in Österreich heuer voraussichtlich niedriger sein als 2011.

Soweit der Versuch, auf einige der zu Beginn gestellten Fragen zu antworten.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Alles in allem muß 2012 ein Jahr gemeinsamer Anstrengungen und ein Jahr der Entscheidungen sein. Was wir uns vornehmen, müssen wir auch umsetzen. Das ist notwendig, um das Vertrauen in die Kraft unseres demokratischen Systems nicht aufs Spiel zu setzen.

Darüber hinaus muß der politische Stil und die Qualität politischer Debatten dringend verbessert werden, wenn wir dem Ansehensverlust der Politik wirksam begegnen wollen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen und auch jenen Österreicherinnen und Österreichern, die derzeit im Ausland leben und arbeiten, ein gutes und friedliches Jahr 2012.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

<http://www.hofburg.at>

Der Bundespräsident bei »Licht ins Dunkel«



Bundespräsident Heinz Fischer am Spendentelefon im Kreise der Gardesoldaten des Österreichischen Bundesheeres – rechts im Bild seine Gattin Margit

Die Sorge bzw. das Bemühen um soziale Ausgewogenheit hat angesichts eines erwartbaren Sparpaketes die Politiker-Statements am Heiligen Abend geprägt. Bundespräsident Heinz Fischer wünschte sich in der ORF-Sendung „Licht ins Dunkel“ von der Regierung „gerechte Verteilung von Lasten“ und Bedachtnahme auf sozial Schwache.

Das Bemühen um die Reduzierung des Budgetdefizits sei „richtig“, unterstrich der Bundespräsident. Wichtig sei aber, darauf zu achten, beim Sparpaket nicht „jene, die am unteren Bereich der Einkommensskala sind“ womöglich stärker zu belasten. Einmal mehr trat Heinz Fischer neben Sparmaßnahmen auch für „gut überlegte Einnahmen“ ein.

Mehr als 6,2 Millionen Euro sind bei der diesjährigen Aktion gespendet worden, wie der ORF in einer Aussendung mitteilte. Genau waren es 6.252.520 Euro, die bei der insgesamt 39. Aktion von „Licht ins Dunkel“ und der 34. Fernsehshow am Heiligen Abend im ORF gesammelt wurden. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres (5.703.236 Euro) um rund 550.000 Euro deutlich übertroffen.

Auch heuer unterstützen über 150 Soldaten der Garde die Spendengala und nahmen Spendenanrufe aus dem ganzen Land entgegen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Veranstaltung.

Selbst die von der Heimat weit entfernten Österreicher im Auslandseinsatz beteiligten sich an der Spendenaktion. Sie sammelten im Kameradenkreis eine beträchtli-

che Summe, die von Generalleutnant Günter Höfler vor laufender Kamera übergeben wurde.

Bundeskanzler Werner Faymann unterstrich: „Die Gefahr besteht immer, wenn es wirtschaftlich schlechter geht, daß dies zuerst die Schwachen bemerken. Reich und Arm geht bei uns so stark auseinander, daß die Reichen sehr rasch reicher werden und der Mittelstand hart darum kämpft, Mittelstand zu bleiben. Das ist aber sehr wichtig, diese Basis zu erhalten, denn Österreich ist ein Land mit einem traditionell starken Mittelstand, der sich vieles hart erarbeitet hat. Die wichtigste Maßnahme, um Wohlstand zu erhalten, ist die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine starke Bildungspolitik: denn Armut ist nicht vererbbar – gute Bildung ist einer der Schlüssel für den Wohlstand.“

Vizekanzler Michael Spindelegger betonte vor allem auch die Notwendigkeit des ausgabenseitigen Sparens: „Jeder muß einen Beitrag leisten: die mehr haben mehr und die weniger haben weniger. Wir müssen aber auch die Ausgaben sehr stark reduzieren, also systemseitig sparen, um eine gute Ausgangsbasis für die nächsten Jahre zu haben.“ Auf die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden angesprochen, unterstrich der Vizekanzler, an dieser auch die nächsten Jahre festhalten bzw. sie noch ausbauen zu wollen, denn es sei „das richtige Signal, die Menschen, die sich engagieren auch von staatlicher Seite anzuerkennen.“

<http://lichtinsdunkel.orf.at>

Auschwitz-Gedenktag

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz

Bundespräsident **Heinz Fischer** bezeichnete am Internationalen Holocaust-Gedenktag, der an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Jänner 1945 erinnert, den Holocaust als ein unfassbares, systematisch geplantes und organisiertes Verbrechen gegen die Menschheit, das unvergänglich bleiben wird. Wer Auschwitz leugne, verharmlose oder relativiere, schließe sich aus dem Kreis jener aus, denen die historische Wahrheit, das menschliche Leben und die Menschenrechte wertvoll sind. Die Überlebenden, die im Dritten Reich den Gaskammern entkommen sind, haben Zeugnis abgelegt über die Greuel des nationalsozialistischen Völkermordes und dafür sind wir ihnen dankbar. Daher ist es wichtig am Internationalen Holocaust-Gedenktag die Verbrechen der Nationalsozialisten in Erinnerung zu rufen und der Opfer dieses Unrechts-Regimes zu gedenken.

„An diesem Tag appelliere ich insbesondere an junge Menschen, sich für eine friedliche Welt einzusetzen, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Haß keinen Platz haben dürfen“, so Fischer.

Bundeskanzler Werner Faymann sagte, es bleibe auch heute noch von größter Bedeutung, die Erinnerungsarbeit zu forcieren und wachsam zu bleiben. „Ich möchte daher den Internationalen Holocaust-Gedenktag zum Anlaß nehmen, um der Millionen Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft zu gedenken.“ Dieser besondere Jahrestag müsse Anlaß sein, den sechs Millionen jüdischen Opfern, darunter auch 1,5 Millionen Kinder, und allen Opfern der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft zu gedenken. In dieses Gedenken wollen wir aber auch jene mit einbinden, die später durch Traumatisierung, Krankheit, Verfolgung sowie durch den Verlust naher Menschen gelitten haben oder daran zugrunde gegangen sind“, so der Bundeskanzler.

Gerade in Zeiten der Krise bestehe die erhöhte Gefahr, daß Ressentiments gegen Minderheiten, Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus auf fruchtbaren Boden fallen. „Wir müssen uns daher noch vehementer gegen das Leugnen oder Verharmlosen von NS-Greueln einsetzen. Das sind wir nicht nur den Opfern dieses barbarischen



Foto: Stunter / Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license

Regimes schuldig. Wir tragen auch die Verantwortung, Menschenrechte und Demokratie in Zukunft mit noch mehr Nachdruck gegen Provokationen zu verteidigen und weiterzuentwickeln“, so Faymann.

Besonderes Augenmerk müsse auch auf die Jugend gerichtet werden, die zur Wachsamkeit ermuntert werden müsse. „Jüngere Generationen sollen die Möglichkeit haben, sich ausreichend mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Daher müssen Bildungs- und Jugendprojekte einen wesentlichen Bestandteil der Erinnerungsarbeit bilden, um eine Wiederholung der Geschichte mit allen Mitteln zu verhindern.“

Faymann dankte den vielen Organisationen, Opferverbänden und Vereinen für ihr unschätzbare Engagement. „Nur durch ein gemeinsames Ankämpfen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Intoleranz und jede Form von Diskriminierung werden wir unsere zentralen Werte wie Freiheit und Demokratie sowie den sozialen Zusammenhalt auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene sichern“, so der Bundeskanzler abschließend.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger erklärte, „das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz als Symbol für die unfassbaren Verbrechen des Nationalsozialismus muß uns eine ständige War-

nung sein, wohin Rassismus und Intoleranz in letzter Konsequenz führen können. Das Gedenken an die Opfer ist uns zugleich Verpflichtung zum entschlossenen Eintreten für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Spindelegger erinnerte daran, daß gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit rassistische und undemokratische Strömungen oft verstärkt auftreten. „Eine Krise darf aber nie Vorwand sein, um menschenrechtliche Standards zu relativieren. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, hier klare Grenzen zu ziehen. Demokratie und Menschenrechte sind einmalige Güter, die es zu verteidigen gilt. In diesem Sinn engagiert sich Österreich auch als Mitglied des UNO-Menschenrechtsrats für Rechtsstaatlichkeit, Kinderrechte und den Schutz von Minderheiten“, so der Außenminister.

Auch in anderen Foren wie der Internationalen Holocaust Task Force ist Österreich aktiv. Mit der am 1. Jänner in Kraft getretenen Novelle des Nationalfondsgesetzes stellt Österreich 6 Millionen Euro für die Instandhaltung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau bereit und leistet damit seinen Beitrag, um eine der wichtigsten internationalen Erinnerungsstätten an die Verbrechen der Shoah der Nachwelt zu erhalten. ■

<http://www.auschwitz.org.pl> (englisch)

Plädoyer für umfassende und nachhaltige Reformen

Der neue – steirische – Präsident des Bundesrates, Gregor Hammerl, hielt seine Antrittsansprache vor dem Bundesrat



Foto: Parlamentsdirektion/BildagenturZolles KG/Mike Ranz

Antrittsrede von Bundesratspräsident Gregor Hammerl während der 804. Bundesratssitzung

In seiner Antrittsansprache vor dem Bundesrat hat der neue – steirische – Präsident des Bundesrates, Gregor Hammerl, am 2. Feber zunächst an den „Steiermark-Empfang“ vom Vortag in der Säulenhalle des Parlaments erinnert, der ein Zeichen der Stärke der bundesstaatlichen Ordnung gesetzt hat. Von der Steiermark und der dort praktizierten „Reformpartnerschaft“ gehen wesentliche Reformimpulse aus und werden – ebenso wie von anderen Bundesländern – auch in Zukunft noch ausgehen. Der „steirische Weg“, für den Hammerl Landeshauptmann Franz Voves und Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer lobte, bringe andere in Zugzwang, sagte Hammerl, was für eine positive Entwicklung notwendig ist, zeigte sich Hammerl überzeugt.

Auf eine Umfrage, wo man Ausgaben kürzen soll, haben die Befragten nach den ÖBB die Abschaffung des Bundesrats an

zweiter Stelle genannt, berichtete Hammerl und knüpfte daran die Frage: „Warum das? Ist der Bundesrat wirklich verzichtbar, oder ist den Menschen seine Bedeutung nur zu wenig sichtbar?“ Reformen sind notwendig, meinte Hammerl, weil aktuelle politische Veränderungen, etwa die Einbeziehung Österreichs in die EU oder die Veränderungen in der Gesellschaft, etwa die neuen Kommunikationsmedien, nach Reformen verlangten. Auch Recht und Verfassung bedürften daher der Weiterentwicklung und nachhaltiger Reformen. Solche Reformen brauchten aber Zeit, sagte Hammerl und erteilte plakativen Forderungen und unkoordinierten Reformschritten, die nicht im Zusammenhang gesehen werden, eine Absage.

Den halbjährlichen Wechsel im Amt des Bundesratspräsidenten sieht Hammerl als einen Grund dafür, daß Reformen zwar angesprochen, aber nicht durchgeführt werden.

Auch sei es problematisch, Debatten über die Verfassung unter dem Blickwinkel des Sparens zu führen. Wichtige grundsätzliche Punkte werden dabei übersehen, etwa die Tatsache, daß der Bundesrat eine wesentliche Konsequenz des bundesstaatlichen und des föderalen Prinzips ist, auf dem unsere Verfassung aufbaut.

Daß die Reformdebatte zuallererst am Bundesrat ansetzt, zeigt für Hammerl, daß die Bedeutung des Bundesrates bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft und der Politik zu wenig bedacht und bewußt gemacht worden sind. „Ich weiß aus vielen Gesprächen, daß ein Großteil der Bevölkerung wenig Bescheid weiß um den Bundesrat und die Bundesverfassung insgesamt. Wenn etwa gefordert wird, die Landeshauptleutekonferenz solle Agenden des Bundesrates wahrnehmen, werde deutlich, wie wenig bewußt uns das gewaltenteilige Prin-

Innenpolitik

zip in manchen Punkten ist, ist doch die Landeshauptleuterkonferenz ein Moment der Exekutive, aber nicht der Gesetzgebung.“ Solche Vorschläge sind laut Hammerl nicht verfassungskonform.

Jüngste „Zahlenspiele“ über Einsparungen durch Verminderung von Abgeordneten, die Abschaffung von Bundesrat oder Bundespräsident und die Zusammenlegung von Landtagen oder die Verkleinerung der Zahl der Nationalratsabgeordneten kommentierte Präsident Hammerl mit dem Satz: „Alles ist denkbar, aber ist es auch gut?“ Bei Diskussionen über Verfassungsänderungen will Hammerl Grundsätzliches nicht ausklammern. Änderungen im Bundesrat haben Auswirkungen auf das gesamte Gefüge der Verfassung, gab Hammerl zu bedenken und zeigte sich besorgt um die Stabilität der Verfassung insgesamt.

Die Diskussion um den Bundesrat sei daher in eine Grundsatzdebatte über die gesamte Verfassung einzuordnen und der Standort des Bundesrates neu zu bestimmen. Man müsse die Frage stellen, wie das bundesstaatliche und das föderale Prinzip unter den neuen Gegebenheiten verwirklicht werden soll, sagte Hammerl und wandte sich entschieden gegen die Aushöhlung dieser Prinzipien durch neue Zentralisierungstendenzen.

Der neue Bundesratspräsident will die Länderinteressen im Prozeß der Gesetzgebung stärken, sagte Hammerl und erinnerte dabei auch an den Vertrag von Lissabon, der den Zwei-Kammer-Parlamenten und damit dem Bundesrat neue Chancen für die Mitwirkung der Länder an der EU-Willensbildung einräumt, die es zu nutzen gelte. Bei der Subsidiarität gehe es um die Konstruktion eines Staates von unten nach oben mit der entsprechenden Gewalt- und Machtteilung und damit auch um den Schutz des Bürgers und der Bürgerin vor zentraler Vereinnahmung. Der Mensch muß ja den Mittelpunkt der Politik bilden, hielt der Bundesratspräsident fest, er darf nicht zu ihrem Mittel werden.

Hammerl erinnerte an die vielen Aspekte einer Bundesratsreform, die etwa schon im Österreich-Konvent oder im „Entwurf einer Expertengruppe zur Staats- und Verwaltungsreform“ im Jahr 2007 angesprochen wurden, und an die „gemeinsame Länderposition“ der Landeshauptleuterkonferenz im April 2008, sowie an Persönlichkeiten wie die ehemaligen Bundesratspräsidenten Herbert Schambeck und Herwig Hösele sowie an Nationalratspräsident Andreas Khol.

Auch Bundespräsident Heinz Fischer hat Reformvorschläge zum Bundesrat unterbreitet, führte Hammerl aus. Fischer hielt es für sinnvoll, zu allen Verfassungsgesetzen eine ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates vorzusehen, weil damit eine Aufwertung des Bundesrates und der Verfassungsgesetzgebung verbunden wäre. Für ebenso wichtig



Bundesratspräsident Gregor Hammerl

hält der Bundespräsident die mit dem Nationalrat gleichberechtigte Mitwirkung des Bundesrates nicht nur an Änderungen der Finanzverfassung, sondern auch am Zustandekommen des Finanzausgleichsgesetzes. Hammerl zitierte auch die Forderung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Clemens Jabloner, den Bundesrat in seiner derzeitigen Zusammensetzung – 62 Mitglieder – zu belassen.

Der Bundesratspräsident sprach sich für die Aufwertung des Bundesrates aus und will möglichst alle Kräfte des Landes zu einem Reformdialog an einen Tisch zusammenführen, um eine tiefgreifende Reform des Landes zustande zu bringen, die von möglichst allen getragen werden könne. „Es dürfen nicht nur Betroffene geschaffen werden, sondern es gilt aus Betroffenen Beteiligte zu machen“, schlug Gregor Hammerl vor. Die Diskussion über gegensätzliche Positionen sei wichtig, vor kontroversen Diskussionen, die alles blockieren, warnte Hammerl jedoch. Das Gemeinsame komme unter die Räder, wenn die Konkurrenz der Parteien bestimmend wird und der Blick auf das Gemeinsame sich zugunsten der Eigenprofilierung einenge.

In der Steiermark könne man derzeit erleben, wie wichtig ein konkreter, von verschiedenen politischen Gruppierungen getragener Reformdialog für die positive Entwicklung ist, ein Reformdialog, der auch vor „heiligen Kühen“ nicht Halt macht. Dafür brauche man auch eine neue Diskussionskultur, die von der Sache ausgeht und von dieser her verschiedene Meinungen zusammenzuführen sucht. Hier liegt laut Präsident Hammerl der Vorteil des Bundesrates: Er kann an der Entwicklung einer Diskussionskultur mitwirken, die auf der Basis von Länderinteressen über Parteiinteressen hinausgeht. Sein Amtsvorgänger Gottfried Kneifel habe sich etwa erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Gemeinden zu verbessern und durch eine Verwaltungsvereinfachung auch finanzielle Vorteile erreicht.

Er werde seine Präsidentschaft dem Bemühen um eine Reform des Bundesrates im Blick auf alle mit der verfassungsmäßigen Ordnung in unserem Land Befassten widmen, versprach Gregor Hammerl. Besonderes Augenmerk wolle er dabei den Ländern und deren Anliegen schenken. Für diese Reform ist – über die politischen Gremien hinaus – auch eine Veranstaltung mit VfGH-Präsident Gerhart Holzinger geplant.

Hammerls Blick geht aber auch über Österreich hinaus und wird sich besonders auf das neue EU-Land Kroatien richten, wobei der steirische Politiker die Drehscheibenfunktion von Graz für den Südosteuropäischen Raum hervorhob und eine Europakonferenz des Bundesrates am 9. Mai in der Landstube des Grazer Landhauses ankündigte. An dieser Konferenz werden unter anderem auch der Präsident der Republik Kroatien, Ivo Josipovic, EU-Kommissar Johannes Hahn, Vizekanzler Michael Spindlegger und die neue Rektorin der Karl-Franzens-Universität Graz, Christa Neuper, teilnehmen.

„Aus Nachbarn müssen Bekannte gemacht werden, damit das Einigungsprojekt EU weiterhin Erfolg haben kann“, schloß der neue Bundesratspräsident und äußerte seine Absicht, bewußt Schritte zu einem Verständnis von Politik zu setzen, das bei den betroffenen Menschen ansetzt und sich als wichtiger Faktor in der Gestaltung unserer von Veränderung geprägten Zeit versteht. Dazu bat Präsident Hammerl alle Fraktionsvorsitzenden und alle Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat um eine gute Zusammenarbeit. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Studiengebühren sollen wieder eingeführt werden

Die Beschlüsse der Ausschüsse des Salzburger Landtages führen zu kontroversieller Neuauflage der lange anhaltenden Debatte.

Unter dem Vorsitz von **LAbg. Sonja Ottenbacher** (ÖVP) nahm der Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuß am 25. Jänner bei den Ausschlußberatungen des Salzburger Landtages mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und Grünen einen Antrag der ÖVP, abgeändert durch die SPÖ, zur Wiedereinführung von Studiengebühren an. In dem Antrag wird die Landesregierung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten, Studiengebühren wieder einzuführen und gleichzeitig durch ein sozial gerechtes, ausgebauten Stipendiensystem sicherzustellen, daß für sozial schwächere Schichten keine Zugangsbeschränkungen aufgebaut werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß die aufgrund des derzeitigen Systems nachteilige Situation der unselbständigen Erwerbstätigen verbessert wird.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller ist überzeugt, daß Studiengebühren alleine die Situation der Universitäten nicht verbessern. Die Wiedereinführung der Studiengebühren würde die soziale Schieflage der Lage der Studierenden nicht verbessern. Auf den Universitäten fehle die in der Gesellschaft existierende soziale Durchmischung, hier seien Studiengebühren nur ein Nebenthema. Bei der Frage nach einer Lösung des Problems der vielen deutschen Studierenden in Salzburg setzt Burgstaller auf eine EU-weite Einigung.

Sozial ausgewogenes und gerechtes Stipendiensystem ist notwendig

LAbg. Josef Sampl (ÖVP) verwies auf das in Salzburg spezielle Problem des großen Anteils Studierender aus Deutschland. In

budgetär schwierigen Zeiten sei es notwendig, jede Finanzierungsmöglichkeit zu prüfen. Wenn man ein sozial ausgewogenes und gerechtes Stipendiensystem sicherstelle, sei die Wiedereinführung der „Lenkungsmaßnahme Studiengebühren“ gerechtfertigt.

Klubvorsitzender LAbg. Roland Meisl (SPÖ) forderte, darauf zu achten, daß die aufgrund des derzeitigen Systems nachteilige

lität als auch Finanzierung der Universitäten sicherzustellen.

Ackerl: Parteiintern diskutieren

Der Landesvorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl sagte dazu, Studiengebühren seien der falsche Weg. „Sie haben bereits bei ihrer Einführung 2001 dazu geführt, daß tau-

sende Studierende ihr Studium abgebrochen haben. Darüberhinaus ist die Erwerbstätigkeit neben dem Studium stark angestiegen, was zu massiven Studienverzögerungen geführt hat. Der daraus resultierende Beihilfenverlust drängt gerade sozial schwache Studierende aus dem Studium. Das ist durch mehrere Studierendensozialerhebungen belegt.“ Die SPÖ Oberösterreich unterstützt geschlossen das Engagement des Verbands Sozialistischer StudentInnen und der österreichischen Hoch-



Situation der unselbständigen Erwerbstätigen verbessert werde. Der Antrag wurde um diesen Passus von der SPÖ ergänzt.

Für LAbg. Astrid Rössler (Grüne) sei dies keine Bildungs-, sondern eine Budgetdebatte, in der es um das Ausschöpfen neuer Finanzierungsquellen gehe. Im Zentrum der Diskussion müsse stehen, wie man die soziale Durchlässigkeit an den Universitäten erhöhe, wie ein Studium „leistbar zu machen“ sei und wie man die Qualität erhöhe. LAbg. Lukas Essl (FPÖ) signalisierte die ablehnende Haltung seiner Fraktion, da wegen der Budgetknappheit des Bundes mit Hilfe der Studiengebühren wieder eine Umverteilung stattfinden werde. Es müssen andere Maßnahmen gefunden werden, um sowohl Qua-

schülerInnenschaft gegen Studiengebühren. „Nur ein Hochschulzugang, der für alle frei und offen ist, ohne Zugangsbeschränkungen, ohne Studiengebühren und mit einem ausgebauten Stipendiensystem, ist ein sozial gerechter Zugang, der dem Anspruch der Sozialdemokratie gerecht wird“, führt Ackerl weiter aus.

„Warum sucht Gabi Burgstaller lieber das Gespräch mit der ÖVP, als sich dem innerparteilichen Diskurs zu stellen? Wovor hat Burgstaller Angst? Vor den tatsächlichen Lebensrealitäten der Studierenden? Den eigenen GenossInnen ständig etwas über die Medien auszurichten, anstatt parteiintern zu diskutieren, wirkt destruktiv auf die gesamte Hochschuldebatte. Die Rechnung für einen

Innenpolitik

unseriösen Dialog bekommen letzten Endes die Studierenden präsentiert. Das ist einer Sozialdemokratie unwürdig“, so Ackerl. „Die Jugend ist unsere Zukunft und die gilt es zu unterstützen. Wir stehen auf der Seite der Studierenden und werden uns aktiv dafür einsetzen, auch die letzten GegnerInnen von Studiengebühren von der Wichtigkeit eines freien und offenen Hochschulzugangs zu überzeugen“, so Ackerl.

Töchterle hofft auf Einführung bereits im Wintersemester 2012

Mit Freude nahm ÖVP-Wissenschaftssprecherin Katharina Cortolezis-Schlager zur Kenntnis, daß sich der Salzburger Landtag in einem Ausschlußbeschuß für die Aufnahme von Studienbeiträge ausgesprochen hat. „Ich gratuliere der Salzburger ÖVP, daß die Überzeugungsarbeit Früchte getragen hat und die auf Bundesebene noch skeptische sozialdemokratische Fraktion zu einem positiven Votum in Sachen Studienbeiträge überzeugen konnte.“

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) hofft darauf, daß sein Modell für Studiengebühren bereits im Wintersemester 2012 in Kraft treten kann. In einem Interview mit der Tageszeitung „Österreich“ Mitte Dezember lehnt Töchterle eine Reparatur des vom VfGH aufgehobenen Studiengebühren-Gesetzes zwar ab, aber: „Wenn es der SPÖ gelingt, ihre Haltung zu ändern, können wir sehr schnell sein. Bis zum Wintersemester 2012 könnte sich ein neues Modell ausgehen.“

Töchterle glaubt, daß sein Modell mit einer Gebühr von maximal 500 Euro auch für die SPÖ annehmbar sei. „Stipendienbezieher sind ausgenommen. Dazu plane ich einen Sozialtopf: 10 Prozent der Einnahmen sollen für sozial bedürftige Studierende da sein. Und: Man soll die Studienbeiträge auch stunden können. Daß man bis zu 5.000 Euro für sein gesamtes Studium im Laufe mehrerer Berufsjahre zurückzahlt – das halte ich für machbar.“

Töchterle will von ausländischen Studenten (aus nicht EU-Ländern) deutlich mehr verlangen: „Bei Drittstaaten-Studenten, die nicht aus Entwicklungsländern kommen, sollen wie an den FHs Beiträge in Richtung der tatsächlichen Kosten möglich sein. Ein Einzelstudium in Musik kann bis zu 30.000 Euro kosten – warum soll das für ausländische Studenten zur Gänze der österreichische Steuerzahler übernehmen?“

Abgelehnt wird von Töchterle indes die von der SPÖ ins Spiel gebrachte Akademi-

kersteuer: „Erfreulich ist, daß die SPÖ nicht mehr einfach abblockt. Den Vorschlag einer Akademikersteuer finde ich aber weniger hilfreich: Eine Steuer ginge an den Staat und nicht direkt an die Unis. Zweitens würden ausländische Studierende nicht zahlen. Drittens möchte ich einen begrenzten Beitrag: Eine Akademikersteuer – zahlt man die ein Leben lang?“

Widmann: Neuer Vorschlag zu den Studiengebühren

Einen neuen und, wie er sagt, innovativen Vorschlag zum Thema Studiengebühren präsentierte BZÖ-Wissenschaftssprecher Rainer Widmann eine Woche zuvor: „Bei den Studiengebühren muß es endlich einen echten Leistungsanreiz geben. Daher sollen Studiengebühren in der Höhe von 500 Euro eingeführt werden. Wenn dann ein Student innerhalb der Mindeststudiendauer sein Studium abschließt, bekommt dieser die Studiengebühr samt Zinsen vom Staat wieder zurück. Das wäre ein vernünftiger Vorschlag, der neu, leistungsorientiert und innovativ ist. Vor allem würde dieses System keinen Studenten in Österreich von einem Studium ausschließen, aber es würde jene von den Universitäten vertreiben, die diese Bildungsstätte nur dazu verwenden, um dort zu bummeln und um Vergünstigungen zu bekommen“, so Widmann.

Grünwald: Machen Länder nun die Bundespolitik?

Der Wissenschaftssprecher der Grünen, Kurt Grünwald, warnt: „Unsere einheitliche Hochschulpolitik im Bund darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wenn Schulen, Universitäten und Fachhochschulen nun verländert werden, dann sind die Vereinigten Staaten von Österreich nicht weit.“

Aber die Aussage, daß Studiengebühren nur dann vertretbar wären, wenn gute Studienbedingungen und ein sozial ausgewogenes Stipendienwesen geboten werden können, verunmöglicht Studiengebühren über viele Jahre. Allein die vorhandenen Struktur-schwächen, Baumängel und vielerorts unzureichende technische Ausstattungen zu beseitigen würde ein Budget benötigen, von dem die Unis und FHS derzeit nur träumen. Die Quote der Studienbeihilfen-EmpfängerInnen müßte sozial ausgewogen sein. Das würde mehr Geld kosten, als durch Studiengebühren lukriert werden kann“, so Grünwald.

„Wenn die Stimmen aus Salzburg ernst zu nehmen sind, dann wird es unter diesen

Auflagen in absehbarer Zeit keine Studiengebühren geben. Wir Grüne lehnen regional unterschiedliche Lösungen strikt ab. Wir dürfen aus der Hochschulpolitik keinen Fleckerlteppich werden lassen“, warnt Grünwald.

Leitl: Sind seit jeher für Studiengebühren

Von Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl kommen Zustimmung und Unterstützung für den aktuellen Vorstoß der Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zur Wiedereinführung von Studiengebühren, der sich zuletzt ebenfalls im Rahmen des Bildungsdialogs der Sozialpartner für Zugangsregulierungen ausgesprochen hat. Der von der Salzburger SPÖ und ÖVP eingebrachte Antrag zur Wiedereinführung von Studiengebühren bei gleichzeitigem Ausbau eines sozial gerechten Stipendien-systems entspreche genau den Forderungen der WKÖ. Leitl: „Als Wirtschaftskammer Österreich sind wir seit jeher für Studiengebühren bei gleichzeitiger Neugestaltung des Stipendien-systems eingetreten und wir unterstützen daher auch das dementsprechende von Bundesminister Karlheinz Töchterle entwickelte Modell.“

Hochschülerschaft: Verärgert über »Blauäugigkeit« der SPÖ

Simon Hofbauer vom Vorsitzteam der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) erklärte, die ÖH Salzburg sei zutiefst davon enttäuscht, „daß der SPÖ-Landtagsklub dem Studiengebühren-Antrag der ÖVP zugestimmt hat. Auch die zahlreichen Fehlinformationen, die im ÖVP-Antrag enthalten sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Studiengebühren prinzipiell unsozial sind.“

Der ÖVP-Antrag stütze sich, so Hofbauer, in weiten Teilen auf Zahlen aus Deutschland. Valide Forschungsergebnisse, wie die im Auftrag des deutschen Bundesbildungsministeriums erstellte Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) in Hannover zum Abschreckungseffekt von Studiengebühren, würden darin bewußt ignoriert. „In der Studie des HIS wird ganz deutlich aufgezeigt, daß in Deutschland allein aus dem AbiturientInnenjahrgang 2008 zwischen 6000 und 18.000 Studienberechtigte wegen der Studiengebühren kein Studium begannen“, ärgert sich Tobias Aigner (ÖH Vorsitzteam) über die Blauäugigkeit der SPÖ. „Nicht zuletzt deswegen gibt es in 13 von 15 deutschen Bundesländern mittlerweile keine Studiengebühren mehr“, so Aigner. ■

Lob und Tadel von Senioren

»Senioren-Rose« und »Senioren-Nessel« im Parlament überreicht

Auf Einladung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gab am 25. Jänner der Österreichische Seniorenrat die Preisträger des Senioren-Medienpreises für 2011 bekannt. Sowohl die „Senioren-Rose“ als auch die „Senioren-Nessel“ wurden dabei jeweils in den Kategorien „Journalismus“ und „Bild“ vergeben. An der Veranstaltung nahmen auch die ehemaligen Minister Lore Hostasch, Franz Hums, Hilde Havlicek und Marilies Flemming sowie Bundesratspräsident Gregor Hammerl teil.

In ihren Begrüßungsworten wies Prammer auf die besondere Bedeutung der Veranstaltung im heurigen Europäischen Jahr für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen hin und hob die Wichtigkeit des sozialen Zusammenhalts hervor, wofür man sensibel miteinander umgehen müsse.

Seniorenrats-Präsident Andreas Khol dankte dafür, daß die Preisverleihung heuer erstmals im Parlament abgehalten werden konnte und erklärte, die Gesellschaft müsse erkennen, daß das Alter ebenso wie die Jugend mittlerweile 20 Jahre dauere, die von hoher Aktivität gekennzeichnet seien. Dem trügen die Medien nicht immer Rechnung, weshalb man diesen Preis ins Leben gerufen habe, um ein korrektes Bild der älteren Generation, die in der Gesellschaft ihre Aufgabe habe, zu transportieren.

Seniorenrats-Präsident Karl Blecha betonte die Wichtigkeit einer objektiven Berichterstattung über die ältere Generation. Ziel dieses Preises sei es, das Bild, das sich die Öffentlichkeit von Seniorinnen und Senioren auf Grund von Medienberichten mache, zurechtzurücken. Man brauche die Älteren mit ihrem enormen Potential an Erfahrung und Schaffenskraft, um die Zukunft der Jugend zu sichern. Daher wolle man allen Bestrebungen einen Riegel vorschieben, die darauf abzielten, einen Keil zwischen die Generationen treiben zu wollen, schloß Blecha.

Der Präsident des Journalisten Clubs, Fred Turnheim, erläuterte als Vorsitzender der Jury die Vergabekriterien des Preises als Grundlage der Entscheidung und betonte dabei, wie wichtig es sei, ein Bewußtsein für die Situation der Senioren in der Gesellschaft zu schaffen.



Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ott

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit den PreisträgerInnen und JurorInnen

Der Österreichische Seniorenrat verfolgt mit der öffentlichen Verleihung der beiden Medienpreise folgendes Ziel: Die „Senioren-Nessel“ wird jenen überreicht, die in der Auswahl von Wort und Bild weiterhin mit längst überholten schablonenartig vorgefassten Meinungen arbeiten. Die „Senioren-Rose“ wird an jene verliehen, die sich einer zeitgemäßen Darstellung der Lebensrealitäten der Seniorinnen und Senioren bedienen.

Die Preisträger

Die „Senioren-Rose“ in der Kategorie Journalismus ging an Johannes Kaup für das vierteilige Ö1-Radiokolleg „Nach der Pensionierung“. Ausschlaggebend dabei war, daß sich der Redakteur in mehreren Beiträgen mit dem Thema befaßt hat. Die bunte Mischung aus Interviews mit ganz unterschiedlichen in Pension befindlichen Menschen führte zu einem einstimmigen Juryergebnis: Die Vielfalt der Interessen älterer Menschen wurde in vorbildlicher Weise dargestellt.

Die „Senioren-Rose“ in der Kategorie Bild ging an die Illustration von Ilse Scheibin vom Tag des Sports, das einen jungen und einen älteren Menschen beim Boxtraining abbildet.

Einhellig und auch mit voller Zustimmung des Publikums erhielt die Tageszeitung „Heute“ für Ihre Artikelüberschrift „...und

auch diese Feschaks lieben Ihre Promi-Kukident-Partner“ die „Senioren-Nessel“.

Nach Jurymeinung wurde die Wortwahl gegenüber älteren Menschen als verächtlich angesehen und scharf verurteilt, da diese lediglich auf ihre möglichen Defizite reduziert werden.

Die „Senioren-Nessel“ in der Kategorie Bild ging an den Online-Kurier wegen der Verwendung eines Bildes von Reinhard Vogel zum Artikel „Weihnachtsgeld der Pensionisten kommt später“. Das Bild stellt eine junge und eine ältere jeweils weibliche Figur auf einem Stoß von Euromünzen dar, wobei sich die Münzen in Richtung der älteren Figur neigen. Die Jury empfand die Verwendung dieser Fotos zum ansonsten recht guten gelungenen Artikel als völligen Fehlgriff der Seitenbetreiber und als typisches Beispiel eines unpassenden Griffes in das Bilderarchiv.

Die Preise „Senioren-Rose“ und „Senioren-Nessel“ wurden zum dritten Mal vergeben. Auch heuer soll es wieder die Möglichkeit geben, daß Vorschläge für die Senioren-Rose seitens Journalisten und Redaktionen aller Print- und Funkmedien in Österreich beim ÖJC eingereicht werden können. Vorschläge für die Senioren-Nessel können alle Seniorinnen und Senioren sowie Seniorenorganisationen in Österreich einreichen. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Briefwahl-Mißbrauch: Bisläng lediglich zwei Verurteilungen

Seit der Einführung der Briefwahl in Österreich hat die Justiz in rund 20 Fällen wegen Manipulationsverdacht ermittelt. Bisläng wurden allerdings nur zwei Personen strafrechtlich verurteilt. Das geht aus einem Bericht von Justizministerin Beatrix Karl hervor, der dem Nationalrat übermittelt wurde. Betroffen sind ein Bürgermeister und ein Ortsvorsteher, sie erhielten jeweils eine bedingte Freiheitsstrafe, weil sie Unterschriften auf mehreren Wahlkarten gefälscht und die betreffenden Stimmzettel eigenmächtig ausgefüllt hatten. In der Mehrzahl der Fälle wurde das Ermittlungsverfahren jedoch eingestellt. Ein Verfahren in Zusammenhang mit der Wirtschaftskammerwahl 2010 war zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht abgeschlossen.

Laut Bericht erhärtete sich etwa der Verdacht von Manipulationen bei der Anforderung von Wahlkarten für Pflegeheiminsassen und für Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund im Zuge von verschiedenen Ermittlungen nicht. Auch in bezug auf angeforderte Wahlkarten für mehrere rumänische Untermieter im Rahmen der niederösterreichischen Gemeinderatswahlen konnte keine Verletzung der Briefwahlvorschriften nachgewiesen werden. In einem Einzelfall in Osttirol, bei dem eine auf einen fremden Namen lautende Wahlkarte zugestellt wurde, gehen die Ermittlungsbehörden aufgrund der Aussage der zuständigen Gemeindebediensteten von einem Versehen aus.

Ebenso ohne Sanktionen blieb eine Werbeinschaltung der ÖVP Wien, in der das nachträgliche Abschicken von Wahlkarten

beworben wurde, weil lediglich das Ausfüllen, nicht aber das Einwerfen einer Wahlkarte nach Wahlschluß unzulässig gewesen wäre. In einem weiteren Fall stellte sich heraus, daß einer 85jährigen Wahlberechtigten deshalb die Ausübung des Wahlrechts vor Ort verweigert worden war, weil der Sachwalter eine Wahlkarte für die altersdemente Frau beantragt hatte.

Bei den Wiener Gemeinderatswahlen hat ein Wiener die Wahlkarte nachweislich erst nach der Wahl erhalten und trotzdem gewählt – er hatte jedoch Glück: Das Verfahren wurde aufgrund seiner Unbescholtenheit und in Abwägung der Folgen der Tat eingestellt. Ebenso mit einem blauen Auge kam eine Frau davon, die die für ihren kurz vor der Wahl verstorbenen Ehemann ausgestellte Wahlkarte selbst ausfüllte und abschickte: Sie hatte sich damit verantwortet, daß sie lediglich dem letzten Wunsch ihres Gatten nachgekommen sei.

Insgesamt kommt das Justizministerium zum Schluß, daß die Straftatbestände zur Verhinderung von Mißbrauch bei der Briefwahl ausreichend sind und die Ermittlungsbehörden hinreichende Ermittlungsbefugnisse zur Aufdeckung von Manipulationen haben. Im vergangenen Jahr wurden vom Parlament außerdem weitreichende Änderungen der Briefwahl-Bestimmungen beschlossen: Künftig muß entweder bei der Beantragung oder bei der Zustellung der Wahlkarte die Identität nachgewiesen werden. Auch eine Stimmabgabe nach Wahlschluß ist nicht mehr möglich. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Stellenanzeigen und Wohnungsinserate müssen dem Gleichbehandlungsgesetz entsprechen

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft wird im Februar österreichweit Inserate in Printmedien überprüfen: „Wir wollen wissen, wie viele Unternehmen die notwendige Entgeltinformation geben. Und wir wollen wissen, wie hoch der Prozentsatz der Inserate ist, die bereits diskriminierungsfrei formuliert sind. Bei den Anträgen auf Bestrafung werden wir uns auf gravierende Fälle von diskriminierenden Stelleninseraten und Wohnungsinseraten konzentrieren“, so die Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, Ingrid Nikolay-Leitner. Die Ergebnisse der Aktion werden im Internet veröffentlicht.

<http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at>

Neu seit 2012 ist, daß bei Stelleninseraten, die keine Entgeltinformation enthalten, eine Verwaltungsstrafe droht. Diskriminierungsfrei formuliert mußten Stelleninserate schon bisher sein. Auch in Wohnungsinseraten darf es keine diskriminierenden Formulierungen in bezug auf die ethnische Zugehörigkeit oder das Geschlecht von Interessierten geben. Unternehmen, die gesetzeskonform handeln wollen, finden unter obiger Adresse die Information „Stelleninserate: So machen Sie es richtig“ und die „Empfehlung zur Einkommenstransparenz in Stelleninseraten“.

Für Stellenwerbende und Interessierte für Wohnraum gibt es Informationen, wie sie bei diskriminierenden Inseraten selbst aktiv werden können. ■

Neue Online-Frauenratgeberin bietet Überblick über große Zahl frauenrelevanter Themen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek freut sich sehr, „daß die ‚Frauenratgeberin‘ in den letzten Jahren stark nachgefragt wurde. Aus diesem Grund haben wir die Website gänzlich neu überarbeitet, aktualisiert und verbessert.“ Damit werde wieder ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, wichtige Informationen für alle österreichischen Frauen zugänglich zu machen.

„Die überarbeitete Online-‚Frauenratgeberin‘ bietet einen guten Überblick über

http://www.frauenratgeberin.at/cms/frauenratgeberin/stichwort_detail.htm

viele frauenrelevante Themen, von A wie Alleinerzieherinnen bis Z wie zweiter Bildungsweg“, so die Bundesministerin. Sie präsentiert sich als übersichtliches Nachschlagewerk mit alphabetisch gereihten Stichwörtern, Kontaktadressen sowie umfangreichen Informations- und Serviceangeboten. „Diese barrierefreie Website erleichtert einer breiteren Öffentlichkeit den optimalen Zugang zu laufend aktualisierten Informationen“, so die Frauenministerin. ■

Zivildienst in Österreich: Rekordzuweisung 2011

Im Jahr 2011 war der Zivildienst so erfolgreich wie noch nie zuvor in seiner mittlerweile 36jährigen Geschichte. Mehr als 14.000 Wehrpflichtige haben sich durch die Abgabe einer Zivildienstklärung für den Zivildienst entschieden, über 13.500 junge Männer wurden zu Organisationen im Rettungswesen, in der Sozialhilfe, der Behindertenbetreuung und zu vielen weiteren Einrichtungen zugewiesen. Durchschnittlich waren 2011 exakt 9644 Zivildienstleistende gleichzeitig im Einsatz. ■

<http://www.zivildienst.gv.at>

Eine außenpolitische Leistungsbilanz

Nationalrat diskutiert Außen- und Europapolitischen Bericht

Nach der Aktuellen Europastunde wandten sich die Abgeordneten in der Sitzung des Nationalrats vom 18. Jänner dem vorliegenden Außen- und Europapolitischen Bericht 2010 zu. Dabei wurden selbstverständlich auch europäische Fragen angesprochen. Die RednerInnen lobten vor allem die Arbeit Österreichs im UN-Sicherheitsrat und das Engagement für den Schutz der Zivilbevölkerung in Krisengebieten. Der Bericht wurde schließlich mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Erfolgreiche Arbeit Österreichs im UN-Sicherheitsrat

Abgeordneter Johannes Hübner (FPÖ) stellte fest, dieser sei zwar sehr umfangreich, er lasse aber eine objektive Darstellung der österreichischen Außenpolitik vermissen. Alles werde in hellem, rosarotem Licht dargestellt, negative Entwicklungen blieben hingegen ausgeblendet, kritisierte er. So werde etwa nicht erwähnt, daß Österreich, jahrelang ein Hartwährungsland, in einer „Weichwährungszone“ gelandet sei.

Kritisch setzte sich Hübner auch mit den Struktur- und Kohäsionsfonds der Europäischen Union auseinander und sprach von einem verfehlten System. Seiner Ansicht nach haben diese Fonds zur „Blasenbildung“ in den südosteuropäischen Ländern beigetragen. Durch die hohen Subventionen sei ein Druck auf Preise und Löhne entstanden, der das volkswirtschaftliche Gleichgewicht gestört habe.

Ein von Hübner eingebrachter Entschliessungsantrag zielt darauf ab, sämtliche Inhaber von Diplomatenpässen künftig im außenpolitischen Bericht zu veröffentlichen. Weiters forderte er, die Mehrwertsteuerbefreiung zumindest für Diplomaten aus anderen EU-Ländern abzuschaffen.

Abgeordneter Reinhold Lopatka (ÖVP) machte auf einen Bericht des Beratungsunternehmens McKinsey aufmerksam, dem zufolge es richtig gewesen sei, in der EU

eine Gemeinschaftswährung einzuführen. Nicht nur Österreich habe stark vom Euro profitiert, selbst in Griechenland habe dieser enorm zum Wohlstandsgewinn beigetragen, schilderte er. Europa stehe wirtschaftlich außerdem nicht schlechter da als die USA, machte er geltend.



Außenminister Michael Spindelegger im Nationalrat

Ausdrücklich begrüßte Lopatka das österreichische Engagement auf europäischer Ebene. Seiner Meinung nach bieten sich für Österreich durch den Beitritt Kroatiens zur EU neue Chancen. Die Beitrittsperspektive muß seiner Ansicht nach auch für Serbien und die anderen Balkanstaaten offen sein. Erfreut äußerte sich Lopatka weiters über den von Außenminister Spindelegger gestarteten EU-Dialog-Prozeß in Österreich.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ) konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf das Thema Südtirol und begrüßte es zunächst, daß das diesbezügliche Kapitel im Außenpolitischen Bericht 2010 ausführlicher sei als 2009. „Es ist aber immer noch skandalös kurz und inhaltlich unzureichend“, kritisierte Neubauer und erinnerte daran, daß sich der Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder angesichts der dramatischen Situation in seiner Heimat an die Schutzmacht Österreich gewandt hat.

Südtirol werde von Rom in finanziellen Belangen in einer existenzgefährdenden und das Autonomiestatut verletzenden Weise behandelt. Außerdem bestehen die faschistischen Denkmäler in Südtirol weiter, klagte Neubauer und legte einen Entschliessungsantrag seiner Fraktion vor, der darauf gerichtet ist, die Schutzfunktion Österreichs für Südtirol in der Verfassung zu verankern und faschistische Relikte in Südtirol zu beseitigen. Vehement drängte der Abgeordnete auch auf die Einberufung des Südtirol-Unterausschusses im Parlament.

Abgeordneter Josef Cap (SPÖ) besprach den außenpolitischen und europapolitischen Bericht 2010 positiv und qualifizierte die Arbeit Österreichs im UN-Sicherheitsrat sowie die außenpolitischen Aktivitäten im arabischen Raum als herzeigbar. Ausdrücklich bekannte sich der SP-Klubobmann dazu, demokratisches Know-how Österreichs in den demokratischen Prozeß der Länder des arabischen Frühlings einzubringen.

Europa ringt derzeit um ein Modell, wie die europäische Union künftig aussehen soll, konstatierte Cap weiter. Das Modell der USA könne nicht einfach auf Europa übertragen werden, weil die politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern zu groß seien, hielt der SP-Klubobmann fest und bekannte sich nachdrücklich zum Respekt vor den ausgeprägten Identitäten in Europa. Dazu gehöre auch der Respekt vor der Priorität der nationalen Parlamente und ihrer Budgethoheit. Es sei wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA aber auch gegenüber aufstrebenden Ländern wie China und Brasilien sicherzustellen, zugleich seien aber auch die politischen, sozialen, wirtschaftlichen, und kulturellen Identitäten zu berücksichtigen, betonte Josef Cap.

Abgeordneter Andreas Karlsböck (FPÖ) lobte die gute Arbeit der österreichischen

Österreich, Europa und die Welt

Vertretungsbehörden im Ausland, vermisse aber zugleich eine zukunftsorientierte Außenpolitik von seiten der Bundesregierung. „Es genügt nicht nur nachzuvollziehen, was Deutschland vorgibt“, bemängelte Karlsböck. Sein Appell an den Außenminister lautete, an die große Vergangenheit Österreichs anzuknüpfen und beim EU-Beitritt der Balkanländer eine aktivere Mentorrolle zu übernehmen. Als Vorbild für eine aktivere Nachbarschaftspolitik nannte Karlsböck die skandinavischen Länder. Eine Lanze brach der Abgeordnete in diesem Zusammenhang für die freundschaftlichen Beziehungen mit Ungarn und relativierte Vorwürfe an das Nachbarland, es würde EU-Recht verletzen: „Gegen Deutschland laufen insgesamt 80 Vertragsverletzungsverfahren, weder gegen Deutschland noch gegen Frankreich wurden Verfahren eingeleitet, als sie ihre Hausaufgaben beim Budget nicht erledigt haben“, sagte Karlsböck. Wer meine, die Demokratie werde in Ungarn ausgehebelt, weil dort Parteileute in den Rundfunk, in die Nationalbank und in die Justiz gebracht werden, sollte nicht übersehen, daß derartiges auch in Österreich schon vorgekommen sein soll, merkte Karlsböck pointiert an. Offenbar soll ein Land, das aus sozialdemokratischer und grüner Sicht falsch gewählt habe, an den Pranger gestellt werden, sagte der Abgeordnete. Er warnte auch vor finanziellem Druck auf das Nachbarland, weil dies auch für Österreichs Banken und Wirtschaft schlimme Folge hätte.

Abgeordneter Alexander Van der Bellen (Grüne) stimmte seinem Vorredner zu, wenn es darum gehe, den ungarischen Bürgerinnen und Bürgern zur Seite zu stehen, widersprach Karlsböck aber bei der Einschätzung der politischen Lage in Ungarn. Man dürfe nicht übersehen, daß dort eine Einheitspartei mit Zweidrittelmehrheit an der Regierung sei. Und es sei jedenfalls die Aufgabe der Europäischen Kommission, über die europäischen Verträge zu wachen, fügte Van der Bellen hinzu.

Auch Abgeordneter Van der Bellen lobte die Arbeit und das Engagement des diplomatischen Korps, äußerte aber zugleich Sorgen darüber, wie lange die österreichischen DiplomatInnen ihre gute Arbeit noch fortsetzen können, denn das Außenministerium und die Entwicklungszusammenarbeit werden „krankgeschrumpft“. Dies sei umso bedauerlicher, da Österreichs Außenpolitik angesichts der fortschreitenden Globalisierung vor immer größeren Herausforderungen stehe. Politische Positionierungen Österreichs im

internationalen Kontext vermisse er zunehmend, klagte Van der Bellen, allzu oft verstecke sich der Außenminister hinter internationalen Gremien und warte ab, welche Mehrheit sich entwickle, und allzu oft schliesse sich Österreich einfach der Meinung Deutschlands an, von der sich Österreichs Position in Europa kaum noch unterscheidet. Mehr Mut verlangte Van der Bellen auch bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge und bei der Positionierung zum Thema Ungarn.

Abgeordneter Herbert Scheibner (BZÖ) würdigte die Rolle der österreichischen Außenpolitik bei der Entwicklung im Sudan, wo die Chancen gut genutzt worden seien, die sich boten, als sich ein Diktator in Richtung Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte bewegte. Positiv sah Scheibner auch das Engagement des Bundesheeres im Tschad. Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates habe sich Österreich auch mit den Themen Schutz der Zivilbevölkerung in Krisengebieten sowie von Frauen in Krisenregionen profilieren können. Allzu leise trete Österreich allerdings bei Menschenrechtsverletzungen in Libyen auf, meinte Scheibner, der generell darauf drängte, daß Österreich sich für friedliche Lösungen der Konflikte im arabischen Raum und im Nahen Osten engagierter einsetzen und seine Stimme für Konfliktlösungen im Sinne des Dialogs erheben soll. Man sollte aber nicht meinen, es wäre möglich, unser demokratisches Modell in alle Krisenherde der Welt exportieren zu können, schloß Scheibner.

Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) berichtete zunächst über die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie über die Vorbereitung der nachfolgenden Mitgliedschaften im Menschenrechtsrat und im UNESCO-Exekutivrat, in denen die internationale Wertschätzung für die österreichische Arbeit im Sicherheitsrat zum Ausdruck komme. Die aktuellen Ereignisse in Äthiopien gaben Spindelegger Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie sehr die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland bei der Unterstützung von Österreichern gefordert seien, führte der Minister aus. Spindelegger warnte in diesem Zusammenhang einmal mehr davor, Reisewarnungen zu ignorieren und sich in militärischen Sperrgebieten zu bewegen.

Der Außenminister berichtete auch vom österreichischen Beitrag zu der demokratischen und gut verlaufenen Teilung des Sudan. Abgeordnetem Neubauer kündigte der Außenminister ein Gespräch mit dem Lan-

deshauptmann von Südtirol an und sagte ihm auch zu, das Thema Autonomiestatut Südtirols auch bei seinen Kontakten mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti anzusprechen.

Schon wenige Tage später werde er sich in Budapest selbst ein Bild von der Situation in Ungarn machen und sowohl bilaterale Fragen als auch Fragen der EU-Rechtsordnung bei der ungarischen Regierungsspitze ansprechen, teilte der Außenminister mit. Wofür er allerdings nicht zur Verfügung stehe, seien Versuche, Innenpolitik in einem EU-Land zur Außenpolitik zu machen.

Beim Thema Syrien informierte der Außenminister über einen in Vorbereitung stehenden Bericht der Arabischen Liga zur Lage in Syrien, der jedenfalls in die europäischen Entscheidungen einbezogen werden wird. Es sei jedenfalls nicht zu dulden, daß Menschen in Syrien weiterhin ums Leben kommen.

Abgeordneter Martin Bartenstein (ÖVP) unterstrich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Nebel bald lichten mögen, die über dem Nachbarland aufgezogen sind. Drohungen der Europäischen Kommission seien ernst zu nehmen und Vertragsverletzungsverfahren zu respektieren, sagte Bartenstein, der aber zugleich darauf hinwies, daß die Ungarn bei den letzten Wahlen eine Entscheidung mit Zweidrittelmehrheit getroffen haben. Kritisch sah der Abgeordnete das Verhalten Ungarns beim Thema Fremdwährungskredite. Es gehe nicht an, die Fremdwährungsrisiken ungarischer BürgerInnen auf österreichische Banken abzuwälzen.

In seinen weiteren Ausführungen bekannte sich Abgeordneter Bartenstein zur Unterstützung der Balkanstaaten bei der Integration in die EU und zur Weiterentwicklung der Donauraumstrategie, die es im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Österreichs in Richtung Schwarzes Meer und Kaspisches Meer zu erweitern gelte. Schließlich ermunterte der Abgeordnete den Außenminister, sein Engagement zugunsten der österreichischen Exportwirtschaft weiter fortzusetzen.

Abgeordnete Christine Muttonen (SPÖ) zeigte sich erfreut darüber, daß es Österreich als Mitglied des UN-Sicherheitsrates mit seinem Engagement für den Schutz der Zivilbevölkerung und insbesondere von Frauen in Konflikt- und Krisenregionen gelungen sei, sich international einen guten Ruf zu erarbeiten, was seinen Niederschlag in der Mit-

Österreich, Europa und die Welt

gliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat und im UNESCO-Exekutivrat gefunden hat.

Auch Abgeordnete Muttonen hielt es für notwendig, Druck auf Syrien von seiten des UN-Sicherheitsrates aufzubauen und den internationalen Strafgerichtshof einzuschalten. Solidarität mit den Palästinensern hielt die Rednerin auch deshalb für angebracht, um dort die demokratischen Kräfte zu stärken. In diesem Zusammenhang bedauerte Christine Muttonen, daß es nicht gelungen sei, eine einheitliche Position der EU zu erarbeiten. Österreichische Interessen enden nicht am Balkan und am Schwarzen Meer, hielt die Rednerin fest, vielmehr sei es notwendig, friedliche und demokratische Entwicklungen in Nordafrika und im gesamten Nahen Osten zu unterstützen.

Abgeordnete Judith Schwentner (Grüne) übte Kritik daran, daß in Ungarn Menschenrechte und die Pressefreiheit mit Füßen getreten werden. Auch die Zweidrittelmehrheit einer Partei rechtfertige eine solche Politik nicht, hielt Schwentner fest und begrüßte daher das EU-Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Ungarn. Die Reise des Außenministers in den Sudan lobte die Abgeordnete ausdrücklich und wies die diesbezügliche Kritik der FPÖ zurück. Zu begrüßen sei auch die Reise des Außenministers nach Budapest sowie seine Absicht, die österreichische Position dort deutlich zum Ausdruck zu bringen. Eine Positionierung hätte sich Schwentner auch für die Demokratiebewegung in Rußland gewünscht, sagte Schwentner. Es reiche für die österreichische Außenpolitik nicht aus, in Rußland wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen, demokratiepolitische Entwicklungen aber nicht zu unterstützen. Generell sprach die Mandatarin den Wunsch aus, das Thema Menschenrechte in der österreichischen Außenpolitik stärker zu akzeptieren. Beim Thema Entwicklungszusammenarbeit beklagte die Rednerin einmal mehr den geringen Stellenwert der Entwicklungspolitik in der österreichischen Außenpolitik.

Abgeordneter Gerhard Huber (BZÖ) monierte einmal mehr, daß der Nationalrat dem Anliegen der Südtiroler Gehör schenken sollte. Diese hätten eine überaus tragische Geschichte und verdienten es daher, daß Österreich ihnen entgegenkomme und den Weg für eine doppelte Staatsbürgerschaft der Südtiroler freimache. Hier sollte, so Huber, vor allem die ÖVP-Spitze ihre bremsende Haltung überdenken. Zudem brachte er einen Entschließungsantrag ein, gemäß dem die

Regierung Maßnahmen ergreifen solle, den deutschsprachigen Bewohnern in der Region Sappada Zugang zu den heimischen Medien und Bildungseinrichtungen in deutscher Sprache zu ermöglichen.

Abgeordnete Katharina Cortolezis-Schlager (ÖVP) erklärte, der Bericht zeige, wie vielfältig Außen- und Europapolitik sein könne. Dieser sei nicht nur informativ, sondern auch ein Dokument einer engagierten und erfolgreichen Politik. Es gehe darum, Europa gemeinsam weiterzuentwickeln, und dazu leiste die österreichische Regierung einen wichtigen Beitrag, wovon auch der vorliegende Bericht Zeugnis ablege. Konkret verwies die Rednerin dabei auf Initiativen hinsichtlich der Donauraum- und der Schwarzmeerregion.

Abgeordnete Gisela Wurm (SPÖ) beleuchtete den Bericht aus der Sicht des Kampfes um die Menschenrechte und ging dabei vor allem auf die Aktivitäten der österreichischen Delegation im Europarat ein. Generell gehe es um eine Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten in allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarates, sagte sie. Insbesondere zeigte sich die Rednerin stolz darauf, daß die Konvention gegen häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen auf eine Initiative zurückgehe, die ihren Anfang in Wien genommen habe.

Abgeordneter Hermann Gahr (ÖVP) sagte, es gebe ein klares Bekenntnis zu einem frühestmöglichen Termin für eine Sitzung des Südtirol-Unterausschusses, denn selbstverständlich seien die Wünsche der

Südtiroler auch seiner Fraktion ein Anliegen. Insbesondere würdigte der Redner die Zusammenarbeit zwischen Tirol, Südtirol und dem Trentino. Hier werde konkret an Europa gebaut, hielt der Mandatar fest. Europa müsse zusammenwachsen, und dafür stehe gerade die Zusammenarbeit der Regionen.

Abgeordnete Petra Bayr (SPÖ) setzte sich mit konkreten Fragen der Bevölkerungsentwicklung auseinander. Seit dem Vorjahr gebe es sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten, weshalb man sich fragen müsse, wie man diese ernähren und unterbringen könne. Damit hingen dann auch Themen wie Ressourcengebrauch, Klimaerwärmung etc. zusammen, sodaß es ein klares politisches Konzept brauche, um die Erde auch in Zukunft lebenswert zu erhalten.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ) schloß an seine Vorrednerin an und meinte, Außenpolitik dürfe nicht allein als Wirtschaftspolitik verstanden werden. Gerade auf entwicklungspolitischer Ebene sollte sich Österreich auch weiterhin engagieren und dürfe sich nicht aus Gebieten zurückziehen, in denen es sich in den letzten Jahrzehnen einen hervorragenden Ruf erworben habe.

Der Bericht wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Die Anträge der Opposition verfielen hingegen der Ablehnung. Dies betraf den FPÖ-Antrag betreffend Auflistung von Trägern von Diplomatenpässen, den FPÖ-Antrag betreffend Verankerung der Schutzfunktion Österreichs für Südtirol und den BZÖ-Antrag betreffend Sappada. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreichs Rolle in den internationalen Kulturbeziehungen eindrucksvoll bestätigt

Seit Jahresbeginn hat Österreich im Rahmen des Netzwerks nationaler Kulturinstitute der Europäischen Union (EUNIC) in insgesamt 9 von 71 sogenannten Clustern, das sind die Vereinigungen der an den jeweiligen Orten vertretenen EU-Kulturinstitute, den Vorsitz übernommen, unter anderem in Brüssel, New York, Peking, Washington und Warschau.

„Österreichs Rolle im Rahmen des Netzwerks ist eine sichtbare Anerkennung und Wertschätzung des Erfolgs der österreichischen Auslandskulturpolitik durch unsere europäischen Partner. Denn gerade über die Grenzen Europas hinweg spielt EUNIC eine zunehmend wichtige Rolle bei der Präsentation europäischen Kulturschaffens“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindlberger. Österreich ist darüber hinaus in der

Strategiegruppe von EUNIC vertreten, die Prioritäten und Empfehlungen zur Effizienzsteigerung des Netzwerkes vorschlägt.

Mit der Gründung eines gemeinnützigen Vereins in Brüssel hat EUNIC Anfang 2012 seine internationale Zusammenarbeit auf eine neue Ebene gehoben. Das bisher informell organisierte EUNIC-Netzwerk erhielt damit solide Strukturen, die eine aktive Rolle in den internationalen kulturellen Beziehungen aber auch den Außenbeziehungen der Europäischen Union ermöglichen und eine effiziente Außenvertretung sicherstellen sollen. Dank der starken Verwurzelung seiner Mitgliedsinstitute in der lokalen Zivilgesellschaft hat sich EUNIC als zentraler Akteur in der Vermittlung zentraler europäischer Werte über den künstlerischen Bereich hinaus etabliert. ■

Wien ist die Nummer 1 unter den »Smart Cities«

Wien weltweit führend beim ersten globalen Technologie- und Nachhaltigkeitsranking

Der erste weltweite Vergleich von Städten im Hinblick auf Innovation, Technologie und Nachhaltigkeit listet Wien – vor Toronto, Paris und New York – als „Nummer 1“ der sogenannten „Smart Cities“. Das von dem US-amerikanischen Klimastrategen Boyd Cohen erstellte und Ende Jänner von dem Online-Magazin "Co.Exist" publizierte Ranking legte anerkannte Kriterien zugrunde und wertete sämtliche bestehenden Untersuchungen aus. Es bescheinigt der Stadt Wien – nach der mehrfachen Prämierung zur lebenswertesten Stadt der Welt in der Mercer Studie und der Top-Platzierung beim World Smart Cities Award 2010 – erneut seine Vorreiterrolle in Fragen der Stadtentwicklung.

Der Begriff „Smart Cities“ bezeichnet Städte, die Ressourcen intelligent und effizient nutzen und innovative Technologien einsetzen, um Kosten und Energie zu sparen, ihr Dienstleistungsangebot zu erweitern und die Lebensqualität zu erhöhen. Auf dem Weg zur emissionsarmen Wirtschaft werden der ökologische Fußabdruck und damit die Umweltbelastung reduziert. Laut Studienautor Boyd Cohen betonen ExpertInnen und BranchenkennerInnen, daß die Entwicklung zur „Smart City“ ein stark wachsender Markt sei und bedeutende Investitionen in die Entwicklung „smarter“ Stadttechnologien zu erwarten seien.

Daß Wien in dem Ranking Platz 1 eroberte, überraschte zunächst selbst den Studienautor: Wien sei ihm im Zusammenhang mit Smart Cities zuvor kein Begriff gewesen. Als Gründe für die Top-Platzierung nennt er die Tatsache, daß Wien als einzige Stadt in sämtlichen einbezogenen Untersuchungen und Erhebungen unter den Top 10 aufscheint, sowohl was Innovative Stadt (Platz 5), Regional Green City (Platz 4), Lebensqualität (Platz 1) und Digital Governance (Platz 8) betrifft. Weiters entwickle Wien für den Weg zur Smart City konkrete Ziele und koordiniere die Erreichung der Ziele: Im Rahmen des Projekts „smart city Wien“ arbeitet die Wiener Stadtverwaltung gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft daran, Wien auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten – und damit auch eine



Foto: Klima- und Energiefonds

Am 15. Dezember startete der Klima- und Energiefonds das zweistufige Förderprogramm »Smart Energy Demo – FIT for SET«, das insgesamt mit bis zu 15 Millionen Euro Fördermitteln ausgestattet sein wird. Im Bild (v.l.): Herbert Greisberger (Generalsekretär ÖGUT), Klimafonds-Geschäftsführerin Theresia Vogel, Brigitte Bach (Leiterin Energy-Department Austrian Institute of Technology) und SC Christian Weissenburger (Sektionschef bmvit)

führende Rolle in der Entwicklung gesamt-europäischer Strategien zu spielen. Im Zuge des Projekts werden ein „Aktionsplan 2012-2015“, eine „Smart Energy Vision 2050“ und eine „Roadmap 2020“ erarbeitet.

Das Ranking der Top 10 Smart Cities

In die Untersuchung wurden internationale Städte von New York bis Hong Kong aufgenommen, veröffentlicht wurden allerdings lediglich die Top 10. Nach Wien rangieren Toronto auf Platz 2 und Paris als Nummer 3. Auf den Rängen folgen New York, London, Tokyo, Berlin, Kopenhagen, Hong Kong und Barcelona.

Um die Städte vergleichbar zu machen, bezog der Autor, der 2011 bereits ein Ranking der „Top 10 Belastbaren Städte“ erarbeitet hatte, in seine Untersuchung eine Reihe von Variablen zum Thema Innovation und Nachhaltigkeit ein und wertete vorhandene globale und regionale Rankings aus (etwa den Innovation Cities Top 100 Index, Rankings zur Lebensqualität in Städten, das Siemens Ranking zu Green Cities, das Digital City Ranking für amerikanische Städte, IDC Ranking smarter Städte in Spanien oder

eine Studie zur digitalen Verwaltung in Kommunen).

Der Klimastratege Boyd Cohen unterstützt Gemeinden, Städte und Unternehmen auf dem Weg zu emissionsarmer Wirtschaft und ist Ko-Autor von „Climate Capitalism: Capitalism in the Age of Climate Change“.

»Smart City Wien« – Der Weg zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt

Die Vorreiterrolle der Stadt Wien im Bereich der Umwelt- und Lebensqualität ist international unbestritten. Darauf aufbauend setzt sich die Stadt aktiv mit den Herausforderungen der „Smart Cities“ auseinander: Unter Schirmherrschaft von Bürgermeister Michael Häupl wurde 2011 das Projekt „smart city Wien“ gestartet, das alle relevanten Wissensbereiche und Interessensgruppen vereint. Ziel des „smart city Wien“ Projekts ist es, die Stärken Wiens zu nutzen, kontinuierlich auszubauen und auch zu internationalisieren – die Stadt will sich auch maßgeblich in die europäische Forschung und Technologieentwicklung einbringen. Kernstück der Arbeit ist ein Stakeholder-Prozeß, in dem sich sämtliche Interessensgruppen in- und

Österreich, Europa und die Welt



Foto: PID / Harri Mannsberger

Mit dem Bohrbeginn für das Geothermie-Kraftwerk Aspern fiel am 9. November 2011 der Startschuß für die Versorgung der Seestadt aspern und Wiens mit umweltfreundlicher Fernwärme aus Erdwärme. Ab 2014 werden 40.000 Wohnungen von der Geothermie im Wiener Becken profitieren. Im Bild (v.l.): Michael Kotschan (Geschäftsführer der Geothermiezentrum Aspern GmbH), Gerhard Hirczi (Geschäftsführer Wirtschaftsagentur Wien), Gerhard Fida (Geschäftsführer von Wien Energie Fernwärme), Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Susanna Zapreva (Geschäftsführerin Wien Energie) und Helmut Miksits (Vorstandsdirektor Wiener Stadtwerke Holding AG)

außerhalb der Stadtverwaltung in Form allgemeiner und spezieller Beratungsgruppen formieren. Die sechs Themenfelder der Plattform sind Bevölkerungsentwicklung, Umwelt, Verwaltung, Wirtschaft, Energie und Mobilität.

Das Projektkonsortium von „smart city Wien“ steht unter der Federführung der Stadt Wien mit der Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, unterstützt durch Tina Vienna Urban Technologies & Strategies GmbH (Projektmanagement), einem Unternehmen der Wien Holding, und der Magistratsabteilung 20 – Energieplanung. Als weitere Projektpartner agieren die Wiener Stadtwerke Holding AG, Wien 3420 Aspern Development AG, Siemens AG Österreich, das Austrian Institute of Technology, das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH, raum & kommunikation GmbH, die Technische Universität Wien und das Energieinstitut der Wirtschaft GmbH.

Im ersten Schritt ging es um die Erfassung vorhandener Kapazitäten, Programme, Projekte und Leistungen. So besitzt die Stadt Wien etwa in den Bereichen Bau und Mobilität, im besonderen in der Nutzung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz sowie bei der Mobilitäts-Infrastruktur, heute bereits eine international anerkannte Vorreiterrolle. Erfolgreich installierte Dachprogramme wie das Klimaschutzprogramm

Wien (KLIP), das Städtische Energieeffizienz-Programm (SEP), der Stadtentwicklungsplan Wien (STEP) oder die Richtlinien für umweltfreundliche Baustellenabwick-

Vienna. This came as a bit of a surprise to me, as going into the research I had not heard much about Vienna as a smart city. But Vienna was the only city that ranked in the top 10 in every category: innovation city (5), regional green city (4), quality of life (1) and digital governance (8). Vienna is establishing bold smart-city targets and tracking their progress to reach them, with programs like the Smart Energy Vision 2050, Roadmap 2020, and Action Plan 2012-2015. Vienna's planners are incorporating stakeholder consultation processes into building and executing carbon reduction, transportation and land-use planning changes in the hopes of making the city a major European player in smart city technologies.

Boyd Cohen

lung (RUMBA) bilden konstruktive Ausgangspunkte für die Arbeit im Rahmen des „smart city Wien“ Projekts. Ein weiterer Aspekt sind Klima- und Energieprogramme wie der Strategic Energy Technology (SET) Plan der EU als Förderprogramm für europäische Spitzentechnologie.

In einem zweiten Schritt werden im Rahmen von „smart city Wien“ mehrere Grundsatz-Dokumente für die nächsten Jahre und Jahrzehnte vorbereitet. Sie werden

von Anfang an mit öffentlichen und privaten Interessensgruppen abgestimmt. Darunter finden sich ein Aktionsplan „smart city Wien“ bis 2015, eine Roadmap „2020 und darüber hinaus“ für nötige Weichenstellungen in der Stadtpolitik und -verwaltung und schließlich eine „Vision 2050“ zum Thema energiefreundliche Stadt. Diese Bearbeitungen gehen von den aktuellen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung Wiens aus, die eine stark wachsende Stadt auf dem Weg zur

Zwei-Millionen-Einwohner-Metropole vorauszeichnen

Die Projektleitung durch die für Stadtentwicklung zuständige Dienststelle der Stadt Wien stellt sicher, daß ein langfristiger Prozeß entstehen kann, der neben Energieeffizienz und technischen Aspekte auch (planerische) Grundsätze wie Nachhaltigkeit, Partizipation, Diversität, Ressourceneffizienz, integrierte Regionalentwicklung sowie eine wirtschaftlich ausgewogene Entwicklung berücksichtigt. Sowohl der zu überarbeitende Wiener Stadtentwicklungsplan als auch einzelne Pilotprojekte werden auf die gemeinsam entwickelte Vision abgestimmt.

„Eine ‚smart city‘ zu sein, heißt für Wien auch, die Lebensqualität aller BewohnerInnen zu steigern und die Qualität des Wirtschaftsstandortes zu erhöhen“, betont Thomas Madreiter, Leiter der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung. „Es geht vor allem darum, einen langfristigen intelligenten Weg in die Zukunft für die Stadt aufzuzeigen und umzusetzen.“ Die „smart city Wien Initiative“ ist die konsequente Fortsetzung und Weiterentwicklung der Technologien und Strategien, die Wien – als eine der wenigen wachsenden europäischen Städte – auf künftige klima- und energiepolitische Herausforderungen bestmöglich vorbereiten.

»World Smart Cities Award Finalist«

Das Projekt „smart city Wien“ wurde im Dezember 2011 als Finalist der ersten World Smart City Awards, die im Zuge der smart city Expo in Barcelona vergeben wurden, geehrt. Diese erstmals verliehene Auszeichnung soll Städte, Projekte und Lösungen identifizieren, die einen großen Beitrag zur Entwicklung von Konzepten zu Smart Cities geleistet haben. Dabei wurden mehr als 100 Einreichungen aus 19 Ländern verzeichnet. Die Projekte wurden von einer internationalen Jury evaluiert. ■

<http://smartcities.at>

<http://www.fastcoexist.com/1679127/the-top-10-smart-cities-on-the-planet>

Zwei Österreicher an Spitzenpositionen im EU-Parlament

Othmar Karas wurde zu einem der Vize-Präsidenten, Hannes Swoboda zum Vorsitzenden der S&D-Fraktion gewählt

Die Abgeordneten zum Europäischen Parlament haben Abgeordneten Martin Schulz am 17. Jänner mit 387 Stimmen von 670 abgegebenen Stimmen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Der 56jährige Deutsche wird dem Europäischen Parlament bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode im Juli 2014 vorstehen (*lesen Sie mehr darüber auf der Seite 57*).

Erst im dritten Urnengang wurden dann alle 14 Vize-Präsidenten mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Deutsche Vize-Präsidenten sind Alexander Alvaro (ALDE) und Rainer Wieland (EVP). Der österreichische Abgeordnete Othmar Karas (EVP) wurde ebenfalls zum Vize-Präsident gewählt.

Die Vizepräsidenten können den Präsidenten bei der Ausübung seiner Pflichten, einschließlich der Leitung der Plenarsitzungen, vertreten. Sie sind zudem Mitglieder des Präsidiums des Europäischen Parlaments. Das Präsidium ist das Organ, das die Regeln für das Parlament festlegt und einen vorläufigen Haushaltsentwurf des EP erarbeitet. Das Präsidium ist für alle parlamentarischen Angelegenheiten in Sachen Verwaltung, Personal und Organisation verantwortlich.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gratulierte Karas: „Es freut mich, daß ein Österreicher in diese verantwortungsvolle Position gewählt worden ist. Ich habe Othmar Karas als engagierten Europäer kennengelernt, der konsequent für seine Werte haltung eintritt, der aber auch versucht, über Parteigrenzen hinweg das Gemeinsame zu finden. Ich wünsche ihm für die kommenden Aufgaben alles Gute.“

Auch Vizkanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) gratulierte dem langjährigen Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei und ÖVP-Delegationsleiter: „Mit Othmar Karas wurde heute ein glühender Europäer zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.“ In seinen bisherigen Funktionen habe er sich einen hervorragenden Ruf als gewissenhafter Politiker und akribischer Arbeiter erarbeitet. Als engagierter Christdemokrat und



Foto: Europäische Union 2012 EP

Der neue Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, gratuliert Othmar Karas, der zuvor zu einem seiner Stellvertreter gewählt wurde.

verdienter EU-Politiker habe er länderübergreifend großes Vertrauen und wird sich auch in Zukunft um die Stärkung des Europäischen Parlaments verdient machen. „Ich bin überzeugt“, so Spindelegger, „daß Othmar Karas sein umfassendes Know-how auch weiterhin im Sinne der Interessen Österreichs und der Europäischen Gemeinschaft einsetzen wird“. Karas werde als versierter Kenner der europäischen Institutionen und Abläufe die Europäische Gemeinschaft aktiv und positiv mitgestalten.

Ulrike Lunacek, Europasprecherin der Grünen, sagte, „Othmar Karas hat sich über die Fraktionen des Europaparlament hinweg den Ruf eines aufrichtigen wie fairen Kämpfers für eine starke und durchsetzungsfähige Europäische Union erworben. Selbst bei in der Öffentlichkeit umstrittenen Themen wie der Ausweitung des EU-Budgets oder den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zeigt Karas, daß er nicht populistischen Meinungsmachern das Wort redet, sondern konsequent und auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen seine pro-europäische Linie beibehält.“

Deswegen würden sie und andere Grüne im Europaparlament ihren Kollegen Karas schätzen. „Ich gratuliere ihm sehr herzlich

zu seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Europaparlaments, wünsche ihm viel Erfolg und freue mich auf die Fortsetzung unserer guten Zusammenarbeit.“

Hannes Swoboda ist neuer Vorsitzender der S&D-Fraktion

Am 17. Jänner wurde der neue Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gewählt. Der ehemalige amtsführende Stadtrat für Stadtplanung und Stadtentwicklung in Wien gehört seit 1996 dem Europäischen Parlament an. Der Fraktionsvorsitzende wurde für ein Mandat von zweieinhalb Jahren gewählt und folgt dem bisherigen Vorsitzenden Martin Schulz.

Zu seiner Wahl sagte Swoboda, er freue sich, zum neuen Vorsitzenden der Sozialdemokraten im Europaparlament gewählt zu sein. „Ich danke meinen Kollegen für das Vertrauen, das sie mir entgegengebracht haben, diese Rolle erfolgreich auszufüllen. In Zeiten der Krise müssen wir den europäischen Bürgern zeigen, daß wir Lösungen für ihre Probleme haben.“ Der Kampf gegen die Krise könne nicht nur mit Sparmaßnahmen gewonnen werden. „Alle Vorschläge zur Stärkung der Haushaltsdisziplin müssen von

Österreich, Europa und die Welt

Solidaritäts- und Wachstumsmassnahmen begleitet werden“, so Swoboda. „Als Sozialdemokraten werden wir alles tun, um der momentan in Europa vorherrschenden neoliberalen Stimmung entgegenzutreten. Die Bürger und ein zukünftiges Wachstum müssen im Zentrum unserer Handlungen stehen.“

Othmar Karas hob „gemeinsame Verantwortung für das Bild der EU bei den Österreicherinnen und Österreichern“ hervor. Swoboda und er müßten nun noch stärker als bisher dafür werben, „daß es in Österreich wieder außer Streit steht, daß wir nur in einer starken EU eine bessere Zukunft haben“, so Karas. Die Funktionen seien sehr unterschiedlich: Swoboda habe eine parteipolitische und deshalb eher polarisierende Funktion. Er, Karas, als Repräsentant der EU-Bürgerkammer, sei dann in einer eher europa- und staatspolitischen Funktion. „Unabhängig davon wollen wir gemeinsam weiter dafür kämpfen, daß das Europaparlament die starke Stimme der Bürgerinnen und Bürger im europäischen Entscheidungsprozeß ist.“

Bundeskanzler Werner Faymann gratuliert Hannes Swoboda, „einem großen Sozialdemokraten und Europäer. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des EU-Parlaments haben Hannes Swoboda mit ihrer Wahl großes Vertrauen entgegengebracht. Diese wichtige Funktion auf europäischer Ebene wird erstmals von einem Österreicher ausgeübt“, sagte der Bundeskanzler. Er hob besonders das langjährige soziale Engagement Swobodas hervor: „Seine Arbeit für ein soziales Europa wird in Zukunft noch stärkeres Gewicht haben. Ich wünsche Hannes Swoboda für seine neue Aufgabe alles Gute.“

Swoboda werde einen wichtigen Beitrag zu einem sozialeren, einem sozialdemokratischen Europa leisten. „Nicht zuletzt haben wir in Hannes Swoboda eine starke Unterstützung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer“, ergänzte Faymann.

Auch Karas gratulierte Hannes Swoboda zur Wahl als neuer Chef der zweitstärksten politischen Fraktion im EU-Parlament. „Die Wahl ist auch Swobodas persönlicher Erfolg, den er sich redlich verdient hat. Ich wünsche ihm alles Gute und hoffe, daß er seine Funktion für die politische Neubegründung des europäischen Projektes und zur Stärkung der Bürgerkammer der EU nutzt. Ich freue mich auf die Fortsetzung der – wie bisher – fairen, sachlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit“, so Karas.

Ulrike Lunacek, Europasprecherin der Grünen, sagte, mit Hannes Swoboda habe die Sozialdemokratische Fraktion im Euro-



Foto: Europäische Union 2012 EP

Der neue S&D-Vorsitzende Hannes Swoboda mit der Dänischen Premierministerin Helle Thorning-Schmidt im Sitzungssaal des Europaparlaments

parlament einen Vorsitzenden gewählt, „der in der Vergangenheit regelmäßig bewiesen hat, daß er großes Interesse und Engagement an einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit aller pro-europäischen Kräfte mitbringt. Ich gratuliere Hannes Swoboda zu seiner Wahl und freue mich auf viele gemeinsame Aktivitäten für ein stärkeres und demokratischeres Europa.“ Besonders in ihrer Funktion als außenpolitische Sprecherin der Grünen habe sie Swoboda als Vorreiter einer durchsetzungsfähigen wie ge-

meinsamen EU-Außenpolitik erlebt. „Ich hoffe, daß er sich sein Engagement in seiner neuen Funktion nicht durch Fraktionszwänge und/oder diplomatische Rücksichtnahmen einschränken läßt. So wie ich mir vom neuen EP-Präsidenten Martin Schulz eine Vorsitzführung mit Ecken und Kanten erwarte, so wünsche ich mir auch von Hannes Swoboda weiterhin eine starke Stimme für den EU-Erweiterungsprozeß am Balkan und darüber hinaus.“

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Neuer Aktionsplan für Frauen, Frieden, Sicherheit

Der heutige Regierungsbeschluß ist Ausdruck dafür, daß Österreich sein aktives Engagement für die Einbindung von Frauen und deren Anliegen in die internationale Friedenspolitik an die aktuellen internationalen Entwicklungen anpaßt und mit Nachdruck fortsetzt. Er ist das Ergebnis einer umfassenden Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung dieser bedeutenden Resolution“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindlegger am 24. Jänner anläßlich der Annahme des überarbeiteten nationalen Aktionsplan zur UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit im Ministerrat.

2007 hat Österreich als eines der ersten Länder weltweit einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Die Bundesregierung hat deren Ziele zudem im Regierungsprogramm als Schwerpunkt in der internationalen Friedensarbeit verankert. „Wir haben in der Zwischenzeit

eine umfassende Expertise in diesem Bereich aufgebaut. Österreich bietet daher auch seinen Partnerländern seine Zusammenarbeit zur Erarbeitung eigener nationaler Aktionspläne an.“

Die Stärkung der Teilhabe von Frauen am internationalen Konfliktmanagement, die Prävention von Gewalt gegen Frauen und die Erhöhung des Frauenanteils bei österreichischen Entsendungen zu internationalen Friedensoperationen sowie in internationale Organisationen sind die wichtigsten Ziele des neuen Aktionsplans, der dabei insbesondere die von den Vereinten Nationen und der EU in den letzten Jahren ausgearbeiteten Indikatoren berücksichtigt, welche die Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution künftig besser meßbar, nachvollziehbar und quantifizierbar machen. Die Umsetzung wird auch in Zukunft von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter enger Einbindung der Zivilgesellschaft jährlich überprüft werden. ■

Nationalfonds der Republik Österreich erhält Ehrung von Yad Vashem

Die zentrale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ehrte am 14. Dezember 2011 in einer feierlichen Zeremonie den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus für die langjährige Unterstützung.



Foto: Yad Vashem/Yitzhak Harari

Yad Vashems Direktor für internationale Beziehungen, Shaya Ben Jehuda, die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, und der österr. Botschafter in Israel, Franz Josef Kuglitsch, bei der Kranzniederlegung in der Hall of Remembrance

Seit seiner Errichtung 1995 förderte der Nationalfonds mehrere Projekte von Yad Vashem, wie etwa die derzeit im Nestroyhof in Wien gezeigte Wanderausstellung „Besa. A code of honor“, die zwölf albanische Muslime und deren Geschichten porträtiert, die während der NS-Zeit Juden vor der Vernichtung retteten. Die ebenfalls geförderte Ausstellung „Spots of Light – to be a woman in the Holocaust“ thematisiert die spezifischen Erfahrungen und Überlebensstrategien von Frauen im Holocaust. Weiters hat der Nationalfonds auch ein mehrjähriges Projekt zur Erfassung und Katalogisierung von Archivquellen in österreichischen Archiven, die Aufschluß über die Entrechtung und Vertreibung der jüdischen ÖsterreicherInnen nach dem „Anschluß“ 1938 geben, unterstützt.

An der Veranstaltung nahmen neben VertreterInnen des Nationalfonds und von Yad

Vashem unter anderem auch die Vertreter österreichischer Opferorganisationen in Israel, Gideon Eckhaus und Moshe Jahoda, teil. Nach Besichtigung der Ausstellung zum Prozeß gegen den NS-Täter Adolf Eichmann, der nach seiner Ergreifung 1961 in Israel vor Gericht gestellt worden war, fand eine Gedenkfeier in der „Halle der Erinnerung“ statt. Dabei legte die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, gemeinsam mit dem österreichischen Botschafter in Israel, Exzellenz Franz Josef Kuglitsch, im Gedenken an die im Holocaust Ermordeten einen Kranz nieder. Die symbolische Wiederentzündung der ewigen Flamme widmete Lessing ihrer Großmutter, die im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet worden war.

Ayner Shalev, Vorsitzender des Direktori-ums von Yad Vashem, enthüllte am zentra-

len Platz vor dem Eingang zur Gedenkstätte eine Tafel mit der Inschrift des Nationalfonds an der Wand der Unterstützer. In seiner Rede würdigte Shalev die Leistungen des Nationalfonds und sprach auch dessen MitarbeiterInnen seine Anerkennung aus, denn „hinter jeder Organisation stehen Menschen“, so Shalev. Botschafter Kuglitsch hob in seiner Rede die Bedeutung des Nationalfonds sowohl für Gesellschaft und Politik in Österreich hervor.

Hannah Lessing, die in Vertretung der Vorsitzenden des Kuratoriums des Nationalfonds, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die Auszeichnung entgegennahm, wies in ihrer Rede darauf hin, daß der anlässlich des 50jährigen Bestehens der Zweiten Republik gegründete Nationalfonds sichtbarer Ausdruck eines veränderten Umgangs Österreichs mit der nationalsozialistischen Ver-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Yad Vashem/Yitzhak Harari



Die Stellvertretende Generalsekretärin des Nationalfonds, Dr. Renate Meissner, die Zuständige für die Projektförderungen, Evelina Merhaut, Generalsekretärin Hannah Lessing und Shaya Ben Yehuda von Yad Vashem (v.l.)

gangenheit sei. Die Auszeichnung stelle insofern eine große Anerkennung dar, weil nicht vergessen werden sollte, daß auch zahlreiche Menschen aus Österreich an NS-Verbrechen beteiligt waren und die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ein langer und oft schwieriger Weg war. Die Rede des früheren Bundeskanzlers Franz Vranitzky 1993 in Jerusalem habe in diesem Sinne einen Wendepunkt markiert und auf die besondere Verantwortung der Republik gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus hingewiesen.

„Das Gedächtnis ist eine mächtige Kraft, um die Lehren aus der Vergangenheit zu sichern“, so Lessing. „Die Geschichten der Lebenden ebenso wie jene der Toten verdienen es, bewahrt zu werden.“ Sicherzustellen, daß die Lehren aus den NS-Verbrechen nicht mit dem Gedächtnis der Opfer langsam verschwinden, stelle daher einen wichtigen Teil der Verantwortung Österreichs dar, meinte Lessing. „Der Nationalfonds ist stolz, gemeinsam mit Yad Vashem die Flamme der Erinnerung auf die nachkommenden Generationen weiterzugeben.“

Der Nationalfonds

Anlässlich des 15jährigen Jubiläums des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus hatte Österreichs Botschafter in Washington, Christian Prosl, am 13. Mai 2010 zu einer Gedenkveranstaltung in die Botschaft ein. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich neben Vertretern von Opferorganisationen und des Department of State auch zahlreiche aus

Österreich stammende Holocaust-Überlebende.

Nationalfonds-Generalsekretärin Hannah Lessing brachte einen Rückblick auf die damals 15jährige Tätigkeit des Fonds. Die Unterstützung älterer und bedürftiger Holocaust-Überlebender sei ein prioritäres Anliegen des Fonds, aber auch die Verwertung von Kunstobjekten, die während der NS-Zeit ihren Eigentümern entzogen wurden und nicht mehr an deren Rechtsnachfolger zurückgegeben werden können, denn diese Verwertung kommt den Opfern des NS-Regimes unmittelbar zugute. Der Fonds fördert auch die Erhaltung von Gedenkstätten und die Projekte der zeitgeschichtlichen Forschung, sowie Schulprojekte im Bereich Holocaust Education.

Der US Sonderbeauftragte für Holocaustfragen des State Department, Botschafter Christian Kennedy, würdigte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Österreich bei der Umsetzung des Washington Agreement 2001 über offene Restitutionsfragen, den wichtigen Beitrag zu den Arbeiten der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, insbesondere während des österreichischen Vorsitzes im Jahr 2008/2009 und den österreichischen Beitrag zur Vorbereitung der Holocaust-Era Assets Conference, die im Juni 2009 in Prag stattfand.

Stuart Eizenstat, der in den Jahren 2000/2001 als US-Regierungsbeauftragter für Holocaust-Fragen die Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung über das sehr umfassende Washington Agreement über offene Restitutions- und Vermögens-

fragen geleitet hatte, hob hervor, daß sich Österreich seit Gründung des Nationalfonds konsequent dem dunkelsten Kapitel seiner Geschichte stelle. Mit zahlreichen neuen Initiativen nehme Österreich eine Vorreiterrolle unter den europäischen Staaten ein: die österreichische Kunstrestitutionsgesetzgebung sei weltweit einzigartig und vorbildhaft, ebenso wie die österreichischen Sozialleistungen, insbesondere die Pflegegeldleistungen, die vielen überlebenden Opfern des Nationalsozialismus zugute kommen. Gerade aufgrund der Bedürftigkeit vieler Holocaust-Überlebender kommen Programmen wie den Pflegegeld- und Pensionsleistungen heute eine zentrale Bedeutung zu.

Seit seiner Gründung hat der Nationalfonds dazu beigetragen, Brücken zu österreichischen Emigranten zu schlagen, die nach den Greueln der NS-Verfolgung in den USA eine neue Heimat gefunden haben. Neben den Leistungen des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds erhalten die Antragsteller auch laufend Informationen über österreichische Restitutions- und Entschädigungsprogramme sowie über österreichische Sozial-, Pflegegeld- und Pensionsleistungen, die den Überlebenden in den USA zugute kommen. Zahlreiche Antragsteller drückten ihre Anerkennung für die Arbeit des Nationalfonds aus und würdigten die zahlreichen österreichischen Unterstützungsprogramme. Am wichtigsten seien jedoch die Anerkennung der Leiden der Opfer und das Gefühl, nicht vergessen worden zu sein. ■

<http://www.nationalfonds.org>

<http://www.yadvashem.org>

Gedenken in Linz

Die Österreichischen Freunde von Yad Vashem präsentierten im Alten Rathaus – als erste Station im deutschsprachigen Raum – eine neue Ausstellung über den Eichmann-Prozeß.

Von Georg Schuster.



Foto: Österreichische Freunde von Yad Vashem

Bei der Ausstellungseröffnung im Linzer Alten Rathaus (v.l.): Leopold Heinrich Ammerer, Vorsitzender Günther Schuster, Superintendent Gerold Lehner, Generalsekretärin Ulrike Schuster, der Präsident der Linzer IKG, George Wozasek, Vizebotschafterin Gesandte Galit Ronen, Altbischof von Linz, Maximilian Aichern, und der Vizebürgermeister von Linz, Klaus Luger.

Im Alten Rathaus Linz wurde am Abend des 31. Jänner eine Ausstellung über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem eröffnet. Der in Linz aufgewachsene SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann galt als Organisator der Judentransporte in die Todeslager des NS-Regimes. Als Mitverantwortlicher für die mörderische „Endlösung der Judenfrage“ konnte sich Eichmann nach der Niederlage Nazi-Deutschlands vorerst der Verantwortung entziehen und nach Argentinien absetzen. Dort stöberten ihn 1960 Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad auf und brachten ihn nach Israel, wo er vor Gericht gestellt wurde. Adolf Eichmann wurde zum Tod verurteilt und am 31. Mai 1962 hingerichtet.

Der Prozeß gegen Eichmann ist nun Gegenstand einer neuen Ausstellung, die in der Jerusalemer Holocaust-Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem entwickelt wurde. Die deutsche Produktion wurde von den Österreichischen Freunden von Yad Vashem mitfinanziert. In Zusammenarbeit mit der

Stadt Linz wird sie nun zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum gezeigt.

In ihren Grußworten zur Ausstellungseröffnung würdigte die Vizebotschafterin des Staates Israel, Galit Ronen, vor allem die mutigen Taten jener Menschen, die während der NS-Zeit unter Lebensgefahr Juden retteten und so der Vernichtungsmaschinerie entgegentraten. Jeder, der eine Seele rette, der rette die ganze Welt, zitierte Ronen aus dem Talmud.

Ein kurzer Dokumentarfilm über den Prozeß gegen Eichmann ließ in die erschütternde NS-Realität einblicken.

Leopold Ammerer, Richter im Ruhestand, bezeichnete in seinem Referat den lange umstrittenen Prozeß gegen Eichmann als international rechtskonform. Das Verfahren habe auch den Ansprüchen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte genügt. Problematischer sei hingegen die Entführung Eichmanns aus Argentinien gewesen. Der Staat Österreich habe kein Interesse

an einer Strafverfolgung gezeigt, obwohl Eichmann einen bedeutenden Teil seiner Verbrechen in Wien begangen oder von dort aus koordiniert hatte.

Vizebürgermeister Klaus Luger ging auf den historischen Hintergrund ein, vor dem Menschen wie Eichmann oder Ernst Kaltenbrunner in Linz aufwuchsen. Die gesellschaftliche Elite dieser Zeit sei deutschnational eingestellt gewesen, offen rassistisch und antisemitisch. Juden und Tschechen seien die bevorzugten Haßobjekte gewesen. Dennoch sei Eichmann zuerst wohl nicht antisemitischer eingestellt gewesen als wohl 80 Prozent der Menschen seiner Zeit. Erst die verbissene Einstellung „Eid ist Eid“ – wie er sie auch beim Prozeß in Jerusalem zum Ausdruck brachte – habe ihn zum Obermeister der technokratischen Menschenvernichtung gemacht.

Vorsitzender Günther Schuster resümierte in seiner Eröffnungsrede: „Wenn wir hier diese Ausstellung zeigen, möchten wir damit

Österreich, Europa und die Welt

erneut an den Holocaust und seine Folgen erinnern. Auch wenn manche nicht mehr hinzuhören und hinsehen wollen, auch wenn es bedrücken und ermüden sollte. Das Erinnern darf nie aufhören oder leiser werden. Der Holocaust ist Teil unserer Geschichte und damit Teil unserer Identität. Das Vergessen hingegen ist die Voraussetzung dafür, daß sich alles wiederholt.“

Im Rahmen der Feier wurde auch – anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages der UN – der Opfer der nationalsozialistischen Völkermorde gedacht. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, George Wozasek, sprach das Kaddisch für die Opfer der Shoah. Diözesanbischof em. Maximilian Aichern und der evangelische Superintendent Gerold Lehner schlossen sich mit Gebeten an.

Musikalisch einfühlsam umrahmt wurde die Ausstellungseröffnung von den beiden Violinisten Ilse Kepplinger und Martin Kalista. Die Ausstellung „Der Eichmann – Prozeß in Jerusalem“ ist bis 14. Februar im Foyer des Alten Rathauses Linz zu sehen. Danach wird sie nach Wels übersiedelt, wo sie von

23.02. bis 09.03. 2012

in der *Fachhochschule OÖ Campus Wels, Stelzhamerstr. 23, 4600 Wels*

zu sehen sein wird. Dann wird sie von

12.03. bis 31.03. 2012 in der

Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz, Salesianumweg 3, 4020 Linz

zu sehen sein.

Der Verein „Österreichische Freunde von Yad Vashem“ wurde auf Initiative des ehemaligen israelischen Botschafters Yosef Govrin und mit Unterstützung von Yad Vashem in Jerusalem ins Leben gerufen.

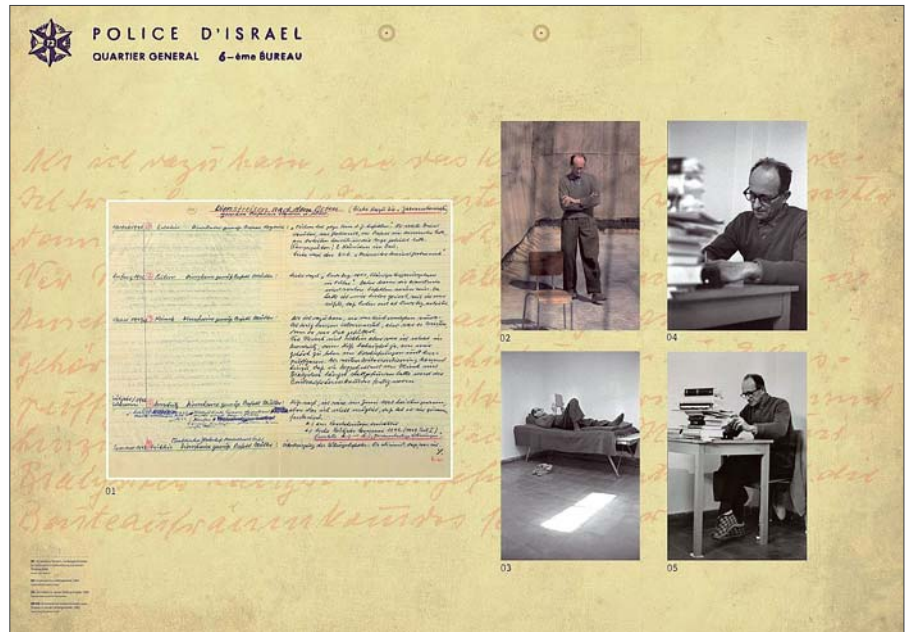
Die Aufgaben bestehen im wesentlichen in der Erinnerung an den Holocaust durch Gedenkprojekte und Erziehungsprojekte. Durch kulturelle Veranstaltungen soll auch die vielerorts verloren gegangene jüdische Kultur wiederbelebt und in Erinnerung gehalten werden.

Eine Fachbibliothek mit Literatur und Filmen steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Durch Ihre finanzielle Unterstützung können Sie zum Ausbau der Forschungsstätte und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem beitragen.

Außerdem könnten Sie den Österreichischen Freunden von Yad Vashem helfen, die Erinnerung an den Holocaust in Österreich aufrecht zu erhalten und kulturelle Veranstaltungen durchführen zu können.

<http://www.yad-vashem.net>



Eine der Ausstellungstafeln dokumentiert die Haft Eichmanns in Israel



Blick in die Ausstellung: eine Tafel mit dem »Zeugen-Portfolio«

Ausstellungstermine und -orte in Deutschland

16.04. bis 04.05.2012

Bayerisches Staatsministerium für Justiz und Verbraucherschutz, **München**
<http://www.justiz.bayern.de/ministerium>

14.05. bis 06.07.2012

Oberlandesgericht **Düsseldorf**
www.dokumentationsstelle.nrw.de
<http://www.jm.nrw.de/>

03.09. bis 21.09.2012

Hanseatisches Oberlandesgericht, **Hamburg**
<http://justiz.hamburg.de/oberlandesgericht/>

01.10. bis 12.10.2012

Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht, **Schleswig**
http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/OLG_node.html

Wegen eventueller Terminverschiebungen fragen Sie bitte vor einem Besuch der Ausstellungen bei der Geschäftsstelle des Freundeskreises Yad Vashem e. V. in Berlin nach:

Joachimstaler Straße 13
10719 Berlin

030 - 81 82 59 28

030 - 81 82 59 35

yadvashem.deutschland@t-online.de

<http://www.yad-vashem.de>

YOG brachten Gold für Tirol

Zum Abschluß der 1. Olympischen Jugend-Winterspiele (YOG) zieht die Tirol Werbung eine positive Bilanz. Der größte Sport- und Kulturevent für Jugendliche weltweit hat die Wintersportregion Nummer eins der Alpen in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit gerückt.



Foto: innsbruck2012.com

Die 1. Olympischen Jugend-Winterspiele in Innsbruck mit 1059 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 70 Nationen wurden weltweit als Fest des Sports und der Freundschaft wahrgenommen.

Alle guten Dinge sind drei: Die 1. Olympischen Jugend-Winterspiele in Tirol, die zugleich die dritten Olympischen Winterspiele im Herz der Alpen darstellen, wurden zum sensationellen Erfolg für die Gastgeberregion. Zehntausende begeisterte Besucher bejubelten die weltbesten Nachwuchsathleten, die von 13. bis 22. Jänner in Innsbruck, Seefeld und dem Kühtai um die begehrten Medaillen kämpften. **Josef Margreiter, Geschäftsführer der Tirol Werbung**, war vom Olympischen Geist, der in dieser Woche ganz Tirol erfaßte, begeistert: „Bei dieser Weltpremiere, den ersten Olympischen Spielen für die Jugend, bewies Tirol wieder seine Rolle als perfekter Gastgeber, nachdem schon zwei Mal das Olympische Feuer in Innsbruck gebrannt hatte. Nicht nur die Mitarbeiter des Organisationskomitees, die zahlreichen Volunteers und die Athleten aus aller Welt waren mit Begeisterung dabei, auch die Bevölkerung ließ sich von Olympia in den Bann ziehen.“

Für **Fritz Kraft, Direktor von Innsbruck Tourismus**, waren die YOG ein außergewöhnliches Erlebnis: „Das Olympische Feuer ist angekommen und hat uns alle an-

gesteckt.“ Aus touristischer Perspektive seien die Spiele ein grandioser Erfolg für den Austragungsort Innsbruck gewesen, so Kraft: „Am ersten Wochenende, von 12. bis 15. Jänner 2012, war die Stadt ausgebucht, während der laufenden Woche waren wir ebenfalls überdurchschnittlich gut belegt.“ Im sonst mäßig gebuchten Zeitraum Mitte Jänner haben die YOG für volle Betten gesorgt, freut man sich in der Landeshauptstadt. Und viele der über die YOG neu gewonnenen Gäste, so Kraft, hätten bereits einen Folgebesuch in Aussicht gestellt.

In der Olympiaregion Seefeld, die neben Innsbruck und dem Kühtai als Austragungsort der YOG fungierte, freut sich **TVB-Chef Markus Tschoner** über „tolle und beeindruckende Zuschauerzahlen“ sowie neue Infrastruktur dank Olympia: „Mit der YOG konnten wir einmal mehr unsere Kompetenz in Sachen nordischer Wintersport unterstreichen und einer breiten Weltöffentlichkeit unter Beweis stellen. Für die Bewerbe wurde Infrastruktur für den Biathlon- und Skisprungsport geschaffen, die in der Folge auch touristisch nutzbar bleibt.“ Neben den YOG beherbergte Seefeld auch

den 75. Kongreß des Weltverbandes der Sportjournalisten (AIPS). Diese vier Tage dauernde Parallelveranstaltung brachte der Olympiaregion zusätzliche Gäste in Form von rund 270 Sportreportern aus aller Welt, für die das nordische Zentrum Tirols nun ebenfalls ein Begriff ist.

Mehr als 700 Journalisten berichteten während der YOG aus Tirol und lieferten damit traumhafte Winterbilder aus dem Herz der Alpen in Millionen Haushalte weltweit. Für das Image Tirols als junges, zukunftsorientiertes Urlaubsland eine unbezahlbare Werbung, die noch lange nachwirken wird, ist Josef Margreiter überzeugt: „Durch die sportlichen Erfolge der ausländischen Athleten, fanden die YOG sehr starken Niederschlag in internationalen Medien, die Bilder vom verschneiten Tirol in die Welt trugen.“ Die Verbindung Tirol und Olympische Spiele, die mit den YOG ihre dritte, höchst erfolgreiche Auflage erlebte, soll auch künftig gepflegt werden, verriet Margreiter zum Abschluß der Großveranstaltung: „Wir wollen auch künftig bei Olympischen Spielen präsent sein und Tirol in Szene setzen.“ ■

<http://www.innsbruck2012.com>

ILECU-Projekt: Terrorismus und Wirtschaftskriminalität vorbeugen

Österreich ist federführend an dem EU-Projekt ILECU beteiligt, mit dem die Polizeikooperation zwischen der Europäischen Union und den Westbalkan-Ländern intensiviert wird. Am 24. und 25. Jänner fand in Wien eine Konferenz statt, bei der es um die nachhaltige Bekämpfung von Terrorismus und Wirtschaftskriminalität ging.

schaffen, die es ermöglichen, daß Strafverfolgungs- und Justizbehörden bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität noch enger und schneller zusammenarbeiten können. „Die Bekämpfung der Kriminalität in den Balkanstaaten bedeutet die Bekämpfung der Kriminalität in Westeuropa“, sagte Projektleiter Gerhard

Wien redet über Entwicklungszusammenarbeit

Magistratsdirektor Erich Hechtner, Beiratsdirektor für internationale Beziehungen, Oskar Wawra, und die Geschäftsführerin der Austria Development Agency, Brigitte Öppinger-Walchshofer, stellten am 19. Jänner eine Ausstellung zur Entwicklungszusammenarbeit der Öffentlichkeit vor. Bis 3. Februar war im Stadtinformativzentrum

Foto: BM.I / Egon Weissheimer



Die zweitägige Konferenz zum Organisationsentwicklungsprojekt der Polizei in Wien bot die Möglichkeit zum ausführlichen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Staaten.

Bei ILECU handelt es sich um ein Organisationsentwicklungsprojekt der Polizei, dessen Zielregion Südosteuropa ist. Koordinationsstellen zur Kriminalitätsbekämpfung – Law Enforcement Coordination Units (ILECUs) – gibt es in den Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro und Serbien. Bei der Konferenz in Wien ging es darum, Strategien zu entwickeln, um Terrorismus und Wirtschaftskriminalität nachhaltig zu bekämpfen. Dazu gehören auch die Bereiche Terrorismusprävention, Geldwäsche, Korruption, Steuerbetrug und Identitätsdiebstahl. An der Konferenz nahmen Polizeichefs aus Südosteuropa teil.

„Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und den Terrorismus erfordert eine enge Zusammenarbeit und ein vernetztes Vorgehen aller beteiligten Akteure. Es ist kein Geheimnis, daß organisierte Kriminalität und Terrorismus nicht voneinander zu trennen sind. Vor allem die Finanzierung des Terrorismus erfolgt sehr oft aus Geldern, die aus der organisierten Kriminalität stammen“, sagte Herbert Anderl, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit.

Ziel des Projekts ist es, Strukturen zu

Lang vom österreichischen Bundeskriminalamt. Unterstützt wird das Projekt von Europol, Interpol, Eurojust, Seci-Center, Olaf, RCC, Slowenien und Frankreich. Verantwortlich für die operative Umsetzung sind die Bundeskriminalämter Österreich (.BK) und Deutschland (BKA). Die Kosten für das Projekt trägt die Europäische Kommission.

Das Projekt umfaßt vier Säulen

- Stärkung der strategischen und operativen Zusammenarbeit sowie Schaffung von Netzwerken zur Vereinfachung des Kommunikationsprozesses zwischen den Strafverfolgungsbehörden,
- Analyse, Informationsaustausch und Terrorismusprävention,
- Intensivierung der Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Wirtschafts- und Drogenkriminalität und
- Ausdehnung und Etablierung eines bereits laufenden EU-Projekts (ILECUs) auf Kosovo UNSCR Nr. 1244.

Die zweitägige Konferenz bot die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch der teilnehmenden Staaten. ■



Foto: PID / Schaub-Walzer

v.l.: Magistratsdirektor Erich Hechtner, Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer und Oskar Wawra (MD-EUI)

im Wiener Rathaus die aktuelle Wanderausstellung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die mit Informationen über Wiener Kooperationsprojekte ergänzt wurde, zu sehen. Eine kompakte Infobox zeigte Projekte, Programme und die Menschen dahinter sowie Kurzfilme und Impressionen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa. Das Wissen über Entwicklungszusammenarbeit kann mit einem interaktiven Quiz getestet werden. „Mit der Ausstellung im Wiener Rathaus wollen wir noch mehr EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erreichen. Es gilt den Dialog über Entwicklung anzustoßen, denn letztlich wird erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit nur durch gemeinsames Handeln möglich“, so Brigitte Öppinger-Walchshofer.

Wien leistet, wie alle anderen Bundesländer auch, einen wertvollen Beitrag zur gesamtstaatlichen Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Jährlich werden NGO-Projekte mit dem Schwerpunkt Bildung, Gesundheit und Gender in Afrika, Asien und Osteuropa kofinanziert. Die im Rathaus präsentierten Best-Practices-Beispiele zu Wiens Engagement bei der globalen Armutsminderung dokumentieren eine Initiative zur Reintegration von obdachlosen Frauen in Kapstadt, eine Ausbildungsreihe für weibliche Hausangestellte in Namibia, ein Schulprojekt für Mädchen in Äthiopien und ein Projekt zur Trinkwasserversorgung in Laos. ■

PORR-Eisenbahnprojekt von der EU ausgezeichnet

Die Europäische Kommission hat nach einer Wahl, an der alle Bürger der Union teilnehmen konnten, die Sanierungsarbeiten an der Eisenbahnstrecke Campina-Predeal in Rumänien als das beste von der EU kofinanzierte Projekt im Infrastrukturbereich ausgezeichnet. Damit wurde die gute Arbeit der PORR an diesem wichtigen Teil des transeuropäischen Eisenbahnkorridors erneut bestätigt.

Die Eisenbahnlinie Bukarest – Brasov ist Teil des Pan- Europäischen-Eisenbahnkorridors IV, der über Berlin – Prag – Wien – Budapest – Bukarest bis nach Constanta am Schwarzen Meer bzw. Istanbul verläuft. Der Bauabschnitt Campina – Predeal erstreckt sich über eine Länge von 48 km, entlang des Flusses Prahova in den Südkarpaten und überwindet von der Stadt Cămpina (426 m) nach der Stadt Predeal (1.093 m) einen Höhenunterschied von mehr als 600 m.

Neben der Generalsanierung der zweigleisigen 48 Kilometer umfaßt der Auftrag auch die Sanierung bzw. den Neubau von knapp 120 Brücken, sechs Bahnhöfen und sechs Haltestellen mit insgesamt sieben Kilometern Bahnsteig.

Im Bereich von sechs Bahnhöfen und sechs Haltestellen erfolgt neben den Erd- und Gleisbauarbeiten die Neuerrichtung der



Foto: Allgemeine Baugesellschaft - A. Porr AG

Konnte sich sogar gegen den Brenner-Basistunnel durchsetzen: das Eisenbahnprojekt Campina-Predeal in Rumänien.

Infrastruktur mit Drainagesystem, die Konstruktion von Bahnsteigen mit Überdachungen, die Herstellung von Fußgängerbrücken und -tunnel sowie die Sanierung von Bahnhofsgebäuden.

Eine logistische Herausforderung stellt die termingerechte, gleisgebundene Anlieferung des Gleisschotter, der Betonschwellen und der 120 m langen Schienen dar. Um dies zu gewährleisten und um unabhängig von lokalen Transporteuren agieren zu können, wurde eine eigene Transportfirma „PORR Railway Transport SRL“ gegründet. Weiters

ist die richtige Koordination der Arbeiten bei Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs entscheidend, damit Stillstandszeiten verhindert werden können.

Ausschlaggebend waren laut EU-Kommission einerseits das Einsparungspotential im rumänischen Verkehrswesen und andererseits die komplexen Anforderungen an die Bauausführung.

Einmal mehr konnte die PORR ihr hohes technisches Know-how und ihre Leistungsfähigkeit in der Kernkompetenz Infrastruktur unter Beweis stellen. ■

Rhomberg Bahntechnik bei Erweiterung der NY Subway dabei

Daß das Vorarlberger Familienunternehmen Rhomberg mit Sitz in Bregenz am internationalen Markt nicht nur mit der Umsetzung von Großprojekten sondern auch mit Beratung reüssieren kann, beweist der jüngste Auftrag, den Rhomberg Rail für sich entscheiden konnte. So ist ein Team rund um Stefan Knittel, Geschäftsbereichsleiter „International und Entwicklung“ auf dem Weg nach New York, um dort an der Erweiterung einer der ältesten U-Bahnen der Welt mitzuwirken. Ab Juni 2012 wird die IRT Flushing Line (No. 7) der NY Subway vom Times Square bis zur 34th Avenue erweitert – mit Know How aus Österreich.

Im Auftrag der Gleisbaufirma Railworks Transit und in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Partner Construction Polymers entwickelte das Bahntechnikunternehmen Rhomberg Rail einen mobilen, selbstfahrenden und schienengebundenen Einbaufertiger, stellt überdies patentierte Heberichtsysteme für das Großprojekt bei – und weitet so seine internationalen Aktivitäten auch



Foto: Rhomberg Bahntechnik Gruppe

Der Einbaufertiger ist dafür konzipiert, exakte Mengen von Beton im Top-Down-Einbauverfahren abzugeben

auf den US-amerikanischen Bahntechnikmarkt aus.

Der spezielle Einbaufertiger ist dafür konzipiert, exakte Mengen von Beton im Top-Down-Einbauverfahren abzugeben und so eine optimale Dichte mit geringen Luft einschüssen zu erzielen. „Mit dem Heberichtsystem der neuesten Generation ist optimale Präzision bei der Einrichtung der Gleise garantiert“, sagt Stefan Knittel. Er freut sich zudem darüber, sich im Zuge des Systembestellungs-Auftrags auch für ein Beratungsmandat qualifiziert zu haben: „Bereits ab März werden Experten aus dem Hause Rhomberg in New York vor Ort sein, um die Erweiterung zu begleiten“, erklärt Knittel.

Mitte Jänner besuchten Teams der New York City Transit Authority und des Gleisbauunternehmens Railworks Transit Vorarlberg, um die Systeme vor Ort erstmals zu testen. Derzeit befinden sich Einbaufertiger und Heberichtsysteme auf dem Weg an die US-Ostküste – wo sie ab 1. Juni im Einsatz sein werden. ■

Hoher Besuch in der »Österreichischen Schule« in Brüssel



Am ersten Schultag im Jahr 2012 gab es hohen Besuch: Karl Schramek, Botschafter im Königreich Belgien und Christian Macek, Präsident der österreichischen Vereinigung in Belgien, besuchten die kleinen ÖsterreicherInnen – mit heimischen Leckereien.

Seit Herbst 2011 gibt es in Brüssel wieder eine „Österreichische Schule“. Einmal im Monat versuchen drei derzeitige Auslandsösterreicherinnen (eine Steirerin, eine Salzburgerin und eine Burgenländerin) an einem „schulfreien“ Samstagmorgen „österreichischen“ Kindern ein Stück Heimat – fern von der Heimat – näherzubringen. Heimat, wie sie sie vielleicht nur vom Urlaub her kennen bzw. mit ihren Großeltern in Verbindung bringen. In der „Österreichischen Schule“, die 26 angemeldete Kinder verzeichnet, wird versucht, 6- bis 10jährigen ein Basiswissen über Österreich zu vermitteln. Die kleinen AuslandsösterreicherInnen sollen die Möglichkeit bekommen, in spielerischer Weise mehr über ihr Heimatland zu erfahren: Wie heißt unsere Hauptstadt? In welchem Bundesland liegt der Großglockner? Wie lautet der Text der Bundeshymne? Welche österreichischen Bundesländer gibt es? Wie heißen die Landeshauptstädte?

Am ersten Schultag im Jahr 2012 gab es hohen Besuch in der Österreichischen Schule: Karl Schramek, Botschafter im Königreich Belgien, kam gemeinsam mit Christian Macek, Präsident der österreichischen Vereinigung in Belgien, um sich selbst ein-



Sie freuen sich über eine Einladung in die österreichische Botschaft in Brüssel.

mal ein Bild von den jungen ÖsterreicherInnen zu machen. Botschafter Schramek berichtete den Schülern über seine Arbeit als Botschafter im Königreich Belgien. Nachdem sich jedes Kind vorgestellt hatte, gab es, als kleine Belohnung und Stärkung – hausgemachte Sacherwürfel, und zwar vom Botschafter selbst – plus eine Schachtel traditionelle österreichische Schokolade. Echte Salzburger Mozartkugeln und Mozarttaler.

Es bestand kein Zweifel: Jeder der jungen ÖsterreicherInnen kannte dieses Stück Heimat allzu gut. Niemand konnte so einer Versuchung widerstehen.

Botschafter Schramek war von seinem Besuch in der „Österreichischen Schule“ sichtlich so angetan, daß er sogar die jungen Leute zu sich in die Botschaft eingeladen hat.

<http://www.oebg.at>

Ins neue Jahr mit der ÖDG Berlin-Brandenburg

Endlich war es wieder soweit: Alle zwei Jahre feiern die Mitglieder und Freunde der ÖDG in ihren schönen Vereinsräumen gemeinsam ins neue Jahr.

Endlich war es wieder soweit: Alle zwei Jahre feiern die Mitglieder und Freunde der ÖDG in ihren schönen Vereinsräumen gemeinsam ins neue Jahr. Bereits im Vorfeld waren viele fleißige Hände am Werk, um die Feier stilvoll und dekorativ vorzubereiten. Das Ehepaar Zottmann war für das Schmücken des Saales zuständig, Vizepräsidentin Christine Ziech hatte mit viel Liebe Tischkarten für alle Teilnehmer der Feier gemalt und viele Glückskleebblätter als Tischdekoration ausgeschnitten. Die grüne Farbe, auch für die Kerzen, sollten das Frische, Zeichen der Hoffnung auf das Neue symbolisieren.

Als Küchenchefin zeichnete sich wieder mal Brigitte Mannigel aus, die viel Unterstützung fand in den fleißigen Bienchen Elli Senfleben und Theresia Zottmann. Um das tolle Menü auch entsprechend darzubieten, erstellte „Ecki“ Mannigel Speisekarten mit einer jungen Rauchfangkehrerin und einem Glückshufeisen. Die Funktion an der Bar übernahm – wie schon so oft – gerne Bernhard Zottmann.

Musikalisch gekonnt gestaltet wurde der Abend durch die Mitglieder Walter Klein und Petra Bley mit Akkordeon und Gesang.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vizepräsidentin konnten sich die Gäste am Buffet stärken. Schon bald wurden die Tanzbeine geschwungen. Auch Präsident Werner Götz ließ es sich nicht nehmen, den weiten Weg von zu Hause ins Vereinsheim zu fahren, um mit „seinen“ Mitgliedern den Jahresabschluß zu feiern. Er erledigte sogar am letzten Tag des Jahres noch einige Büroarbeit, was aber durch einen Stromausfall unterbrochen wurde. Die beiden Musiker ließen sich dadurch nicht stören und spielten auch ohne Verstärker auf und motivierten die Anwesenden zum Mitsingen.

Durch das herrliche Panorama in der vierten. Etage und die gute Sicht vergingen die Stunden bis zum Jahreswechsel sehr schnell. Bereits den ganzen Abend erleuchteten viele bunte Raketen und Feuerwerkskörper den nächtlichen Berliner Himmel.

Schnell wurde Sekt für alle eingegossen und verteilt, der Countdown lief und die

„Bummerin“ läutete traditionell das neue Jahr ein. Danach hatten noch die Wiener Philharmoniker einen kurzen Auftritt über die Musikanlage. Alle Anwesenden genossen den herrlichen Ausblick in die bunt erleuchtete Berliner Nacht.

Bedingt durch den Stromausfall konnte leider dieses Jahr der schon zur Tradition gewordene typische Wiener Glückwunsch zum Jahreswechsel nicht ausgeteilt werden: gekochter Saukopf mit Linsen und Kren für Glück, Geld und Gesundheit. Stattdessen gab

es für jeden einen süßen Glücksfisch von „Manner“.

Schnell vergingen die ersten Stunden im neuen Jahr, langsam löste sich die Gruppe an Feiernden auf. Ein ganz herzliches Dankeschön an alle Akteure des schönen Abends und das Vorbereitungsteam. Ein angenehmer Abend ging schnell und kurzweilig zu Ende. Die besten Wünsche an alle für ein angenehmes Miteinander im neuen Jahr und für viele schöne gemeinsame Aktivitäten! ■

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>



Erna Weimann (sie verfaßte auch diesen Beitrag), und ÖDG-Präsident Werner Götz



Stellvertretend einige der vielen gutgelaunten, zufriedenen Mitglieder

Foto: ÖDG / Erna Weimann

Ein Leben voller Liebe, Abenteuer und Erfahrung

Über mein Leben könnte ich ein Buch schreiben.“ – Das hat bestimmt schon so mancher gesagt. Michael Matschnig aber hat sich hingesezt und dieses Vorhaben tatsächlich umgesetzt. Sein Werk trägt den Titel „Mein Leben“ und ist 427 Seiten stark. Der Redaktion der „Zeit für Kärnten“ hat er ein Exemplar zugeschickt. „Das Buch schildert mein Leben mit allen Höhen und Tiefen, von frühester Kindheit an bis zu meinem 68. Lebensjahr“, erklärt der Auslandskärntner in seinem Brief. Mit großer Liebe zum Detail beginnt er mit seiner Geburt am 28. Oktober 1940, beschreibt seine Kindheit in einer schwierigen und entbehrungsreichen Zeit, berichtet von seinem beruflichen Weggang, seiner Familie und seinen vielen Reisen. „Mein Leben – das bedeutet Aufstieg vom einfachen Bauernjungen zum erfolgreichen Unternehmer, es erzählt von Liebe, Abenteuer und Erfahrung“, schreibt der Autor.

Matschnig lebt in Walddorfhäslach im Herzen Baden-Württembergs, Deutschland. Einen Großteil seiner Kindheit hat er in Gradenegg, Gemeinde Liebenfels

verbracht. Das Haus, in dem er damals wohnte, ziert auch die Vorderseite seines Buches. Auf der Rückseite ist er vor seiner alten Volksschule zu sehen. Sein Buch hat er für seine Familie und Freunde geschrieben, denen er für all die Unterstützung und Liebe dankt. Besonders möchte er seiner Frau Christa Danke sagen, die ihn auch seit seinem Schlaganfall 2006 unermüdlich unter-



Fotos: privat

Bild oben: Michael Matschnig vor seiner alten Volksschule in Gradenegg

Bild links: Dieses 427 Seiten umfassende Buch schrieb Michael Matschnig über sein Leben

stützt: „Durch sie und mit ihr habe ich gelernt, mit meiner Krankheit umzugehen und mein Buchprojekt trotzdem zu Ende zu bringen.“

Mit Kärnten ist Matschnig noch immer sehr stark verbunden. „Ich bin ein Kärntner und werde immer ein Kärntner bleiben, obwohl ich schon vor vielen Jahren die Heimat verlassen habe, um in der großen weiten Welt mein Glück zu finden“, meint er. ■

Markus Böhm

Liebe Auslandskärntnerinnen und Auslandskärntner!

Möchten Sie regelmäßig darüber informiert werden, was sich gerade in Kärnten tut? Im offiziellen Landesmagazin „Zeit für Kärnten“ berichten wir über die Tätigkeit aller Landesregierungsmitglieder, über die Menschen im Landesdienst sowie über Veranstaltungen, Wirtschaft, Kultur bis hin zum Sport. Wenn Sie die „Zeit für Kärnten“ sechsmal im Jahr kostenlos erhalten wol-

len, teilen Sie uns bitte Ihre Postanschrift mit. Sie können uns auch gerne die Adressen Ihrer Bekannten schicken, von denen Sie wissen, daß sie auch gerne das Magazin bekommen würden.

Sie können aber auch selbst unser Magazin mitgestalten! Wir suchen laufend Beiträge von Kärntnerinnen und Kärntnern, die im Ausland leben. Erzählen Sie uns, von wo aus Kärnten Sie stammen, was Sie in der neuen Heimat erleben und welchen

Bezug Sie noch zu Kärnten haben. Dazu brauchen wir natürlich auch Fotos von Ihnen. Für die Beiträge gibt es ein kleines Dankeschön!

Schreiben Sie bitte an:
Kärntner Landesregierung, Pressebüro,
Arnulfplatz 1
A-9021 Klagenfurt
oder mailen Sie an zeit@ktn.gv.at

Sie können uns auch im Internet besuchen unter <http://www.ktn.gv.at>

Ihr seid die Weltstars!

»Die ganze Erde soll wie Güssing werden«, sagte Arnold Schwarzenegger anlässlich seines Besuches in der burgenländischen Stadtgemeinde, wo er sich mit großem Interesse das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie und den Nudelhersteller Wolf zeigen ließ.



Foto: ÖVP Burgenland

Der hohe Gast im Kreise von Vertretern von Politik und Wirtschaft (vorne, v.l.): Vzbgm. Gilbert Lang, Vzbgm. Vinzenz Knor, Landesrat Andreas Liegenfeld, LH-Stv. Franz Steindl, Bgm. Peter Vadasz, Arnold Schwarzenegger Labg. Bgm.Bgld. Gemeindebund-Präsident Leo Radakovits, Bundesrat Bgm. Walter Temmel und ganz rechts Bez.Hptm. wirkf.HR. Johann Grandits.

Es ist schon eine Weile her, daß Güssings Bürgermeister, Peter Vadasz, den Hollywood-Star Arnold Schwarzenegger nach Güssing eingeladen hatte. Und der kam wirklich: Am 22. Jänner war er von Kitzbühel nach Graz geflogen und von dort mit dem Auto weitergereist. Bei strahlendem Wetter wurde er um die Mittagszeit vor dem „Aktivpark“ von Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, einer großen Menschenmenge und von der Güssinger Stadtkapelle mit dem Ratzkymarsch (der zählt zu seinen Lieblingsmusikstücken) herzlich empfangen – wo er sogleich den Taktstock schwang, mit Zuschauern plauderte und jede Menge Autogramme gab.

Der wohl bekannteste Auslandsösterreicher, er war 1968 in die USA ausgewandert, ließ schon während seiner Amtszeit als Gouverneur von Kalifornien immer wieder aufhorchen, als er sich massiv für den Umweltschutzgedanken stark machte – ein Thema, mit dem man sich in den USA nicht

gerade große Sympathien einheimst. Schon kurz nach seinem Rückzug aus der Politik kündigte er an, er werde künftig seine internationalen Kontakte dafür einsetzen, den „Grünen Gedanken“ weiterzuberbreiten. Als er zuletzt im Juni 2011 in Wien zu Gast war, hielt er eine Rede anlässlich des UNIDO-Energieforums und verwies, mit deutlichem Stolz auf unser Land, auf das Biomassekraftwerk Güssing hin, das er als beispielhaft für die ganze Welt hält und von dem er sich nun auch persönlich ein Bild machen wollte.

Nach dem Mittagessen fuhr der Konvoi an den Stadtrand von Güssing, wo die Führung durch das Biomassekraftwerk auf dem Programm stand.

Entwicklung der Erneuerbaren Energie in Güssing

50 Jahre Grenzregion entlang des Eisernen Vorhangs (Güssing ist 8 Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt), schlechte

Verkehrsinfrastruktur, wirtschaftlich schwächste Region Österreichs mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen, wenig Betriebe, daher wenig Arbeitsplätze, billiges Erdöl, vernachlässigte, schlecht durchforstete Wälder, hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Zwei Ereignisse waren – im Nachhinein betrachtet – maßgeblich für die weitere Entwicklung der Region Güssing: Zum einen der Fall des Eisernen Vorhangs und damit eine Veränderung der Ausgangssituation (vom Rand Europas in den Mittelpunkt Europas). Zum anderen der geplante Beitritt Österreich zur Europäischen Union und damit die Aussicht auf wichtige Investitionsförderungen im Rahmen des EU-Ziel 1-Fördertopfes, auf den das Burgenland aufgrund seines niedrigen Pro-Kopf-Einkommens Anspruch hatte. Im Vorfeld des österreichischen EU-Beitritts wurden im ganzen Burgenland Umfragen und Projektinitiativen gestartet, um Ideen und Themen für das Ziel 1-Förderprogramm der EU zu definieren. Unter ande-

rem wurde auch der Bereich Heizen und Energie abgefragt. Das Resultat: Der Großteil der privaten Haushalte in der Region Güssing wurde entweder mit Öl oder Kohle beheizt, es existiert kein Gas- oder Fernwärmenetz, was bedeutet, daß die Häuser einzeln beheizt wurden. Die fossilen Energieträger mußten natürlich von außen zugekauft werden, Geld, das die Region verläßt – während regional vorhandene Rohstoffe (wie Durchforstungsholz, Grasschnitt, Maissilage etc.) unangetastet blieben und nicht als Ressourcen erkannt wurden.

Die Geburtsstunde des Modell Güssing

Wie bei vielen Erfolgsgeschichten so war auch bei dieser der Umstand entscheidend, daß zur richtigen Zeit die richtigen Personen zusammengekommen sind. Im Falle von Güssing waren dies 1992 der (damals) frischgewählte Bürgermeister Peter Vadasz und der Techniker Reinhard Koch. Koch hatte in Güssing ein kleines technisches Büro geleitet und war von der Stadtgemeinde mit der Planung des Abwassersystems und der städtischen Kläranlage beauftragt worden. Vadasz und Koch verstanden sich auf Anhieb und beide waren sich einig, daß das Thema Energie der Lösungsansatz wäre, um die wirtschaftliche Lage der Region zu verbessern. Die Grundidee: heimische Ressour-



Foto: EEE Güssing

Besichtigung des Biomassekraftwerkes: Bürgermeister Peter Vadasz, Umweltminister Nikolaus Berlakovich, Arnold Schwarzenegger, Univ.Prof Hermann Hofbauer (bei seinen Erklärungen) und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl

cen zur Energiegewinnung heranziehen anstatt fossile Energieträger zuzukaufen. Damit erreicht man eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung (Geld fließt nicht aus der Region ab, sondern bleibt durch die Nutzung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der Region, Schaffung von Arbeitsplätzen), bei gleichzeitiger Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträ-

gern. Außerdem wird so eine massive Reduzierung der CO₂-Emissionen erreicht. Der Grundansatz war aber der, daß man durch die Nutzung Erneuerbarer Energie die Wirtschaft der Region nachhaltig ankurbeln wollte. Vadasz und Koch waren sich schnell einig, daß diese Strategie nicht nur richtig war, sondern sich auch in die Realität umsetzen ließe.

Vadasz war als Bürgermeister der politische Entscheidungsträger und Initiator der Entwicklung und Koch war der technische Planer und Umsetzer.

Nach ersten Energieeinsparungsmaßnahmen in der Stadt Güssing (thermische Gebäudesanierung bei öffentlichen Gebäuden, sukzessive Erneuerung der Straßenbeleuchtung etc.) begannen viele Waldbesitzer in der Region, ihre Wälder zu bewirtschaften, das Durchforstungsholz als Ressource für die Wärmeerzeugung zu erkennen und zu nutzen und eine Logistik für den Holztransport aufzubauen. Der Burgenländische Waldverband wurde gegründet, der gemeinsam mit vielen kleinen Waldbesitzern eine nachhaltige, ressourcenschonende Nutzung der Wälder garantiert.

Schließlich hat man ab 1992 begonnen, erste kleine Nahwärmanlagen in den umliegenden Dörfern der Stadt Güssing zu errichten. Die Initiative ging meist vom Bürgermeister bzw. von Entscheidungsträgern in der Gemeinde aus, auch einzelne private, bäuerliche Initiativen wurden gestartet. Wichtig war es vor allem, einzelne Leuchtturmprojekte zu schaffen. Das heißt alles was funktioniert, was man „sieht und angreifen“



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Mit dem Bau des Biomassekraftwerkes in Güssing im Jahr 2001 ist eine Effizienzsteigerung in jeder Hinsicht gelungen.

kann, erhöht die Glaubwürdigkeit der Technologie und schafft Sicherheit und Vertrauen bei der Bevölkerung. Bevor diese Anlagen errichtet wurden (die meisten auf Basis Bäuerliche Genossenschaft), war es allerdings notwendig, die Bevölkerung von diesem neuen System zu überzeugen. Wie gesagt, Erdöl war billig, heizen mit Öl galt zu der Zeit als modern und fortschrittlich, heizen mit Holz (und Holzarbeit) als rückschrittlich. Schließlich ist es in vielen Bürgerversammlungen und Informationsabenden gelungen, die Menschen von den Vorteilen der Fernwärme zu überzeugen: keine Abhängigkeit von Öllieferungen, das Holz kommt aus der unmittelbaren Umgebung, damit bleibt die Wertschöpfung in der Region, kein Rauchfangkehrer nötig, keine Servicearbeiten nötig, kurz- und langfristig billiger als Öl (vor allem ein langfristig stabiler Wärmepreis bei Verwendung heimischer Ressourcen) kurzum ein Komfortgewinn.

Der nächste große Schritt

war der Bau des Biomasse-Fernheizwerkes 1996 in Güssing und damit die Herausforderung, nicht nur ein kleines Dorf mit 200 Einwohnern zu versorgen, sondern eine Kleinstadt mit 4000 Einwohnern. Auch hier waren vielen Informationsveranstaltungen notwendig. Außerdem hat die Gemeindeverwaltung einen wichtigen Schritt gesetzt, indem sie alle öffentlichen Gebäude (Schulen, Kindergarten, Krankenhaus, etc.) an das

Fernwärmenetz angeschlossen hat. Das hatte auch Signalwirkung für die Bevölkerung. Heute kann man sagen, daß mehr als die Hälfte der privaten Haushalte ans Fernwärmenetz angeschlossen sind, alle öffentlichen Gebäude sowie ein Großteil des Gewerbes und der Industrie.

Letztere konnte über den Faktor günstige Wärme und stabiler Wärmepreis nach Güssing gelockt werden. Die zwei größten Parketterzeuger Österreichs haben sich in Güssing angesiedelt, da es gelungen ist, langfristige und für die Betriebe günstige Wärmelieferungen zu garantieren. Im Gegenzug bekommt das Fernheizwerk das Abfallholz der Parkettwerke.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung – Rohstoffversorgung

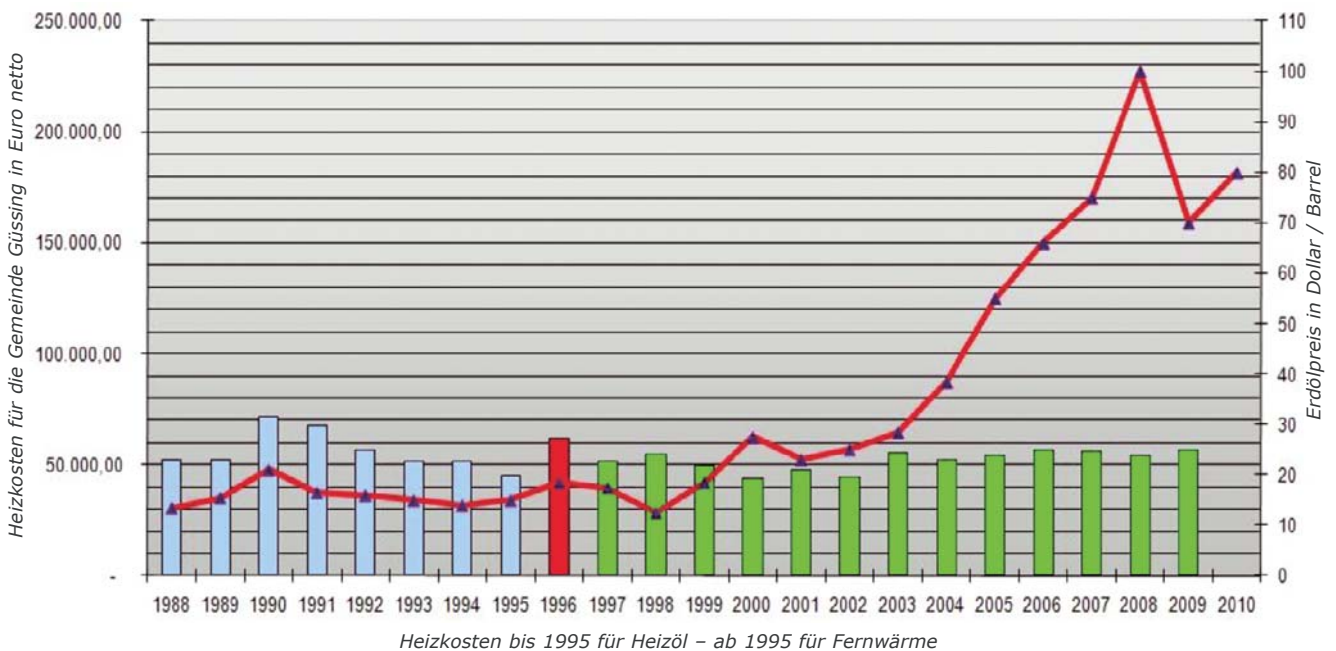
Die Gesamtwaldfläche im Burgenland beträgt 133.000 ha (das entspricht einem Waldanteil von ca. 30 Prozent). 57 Prozent davon sind sogenannter Kleinwald (rund 200 ha), 43 Prozent sind Gemeinschafts- bzw. Großprivatwald. Die Katasterwaldfläche im Bezirk Güssing beträgt ca. 19.741 ha, das bedeutet einen Waldanteil im Bezirk Güssing an der Gesamtfläche (485 km²) von ca. 45 Prozent. Die durchschnittliche Größe der Waldparzellen im Bezirk beträgt 0,48 ha (zum Vergleich: durchschnittliche Parzellengröße im Burgenland 0,61 ha). Diese kleine Parzellengröße (welche historisch durch das Erbrecht bedingt

ist) ist auch der Grund dafür, daß eine professionelle Durchforstung mit modernem Gerät in vielen Wäldern des Bezirkes wirtschaftlich nicht möglich ist. Zur Zeit werden nur ca. 40-50 Prozent des jährlichen Holzzuwachses genutzt. Davon entfallen 60 Prozent auf Energieholz und jeweils 20 Prozent auf Industrieholz und Sägerundholz. Immer weniger private Waldbesitzer (die den größten Anteil darstellen) sind in der Lage, sich um die Durchforstung ihrer Wälder zu kümmern. Das bedeutet zum Einen, daß durch die Nicht-Durchforstung viel ungenutztes Potential vorhanden ist, andererseits haben sich dadurch Organisationen wie eben der Burgenländische Waldverband oder andere private Dienstleister etabliert, indem sie die Durchforstungsarbeiten für viele Waldbesitzer übernehmen und das Holz an Biomasse-Anlagen liefern.

Zur Rohstoff-Versorgung der Biomasse-Anlagen im Bezirk Güssing

Wie bereits erwähnt, sind die meisten kleinen Biomasse-Heizwerke Bäuerliche Genossenschaften, die sich im Grunde selbst mit Holz aus der unmittelbaren Umgebung versorgen (Mitglieder der Genossenschaft liefern Holz aus dem eigenen Wald an das Heizwerk). Die Fernheizwerk Güssing GmbH verwendet zum überwiegenden Teil Abfallholz aus den Güssinger Parkettwerken. Das Biomassekraftwerk Güssing wird mit Waldhackgut aus der Region Güssing (Radius 30

Entwicklung der Wärmekosten 1988 bis 2009 im Vergleich zum Erdölpreis



Grafik: EEE Güssing

Seit 2001

2MW Strom/ 4,5MW Wärme

Wärme

Strom

Synthetisches Erdgas (BioSNG)

Benzin, Diesel

Grafik: EEE Güssing

bis 40 km) versorgt, welches größtenteils der Burgenländische Waldverband anliefert.

Meilenstein Biomassekraftwerk

Mit dem Bau des Biomassekraftwerkes in Güssing im Jahr 2001 ist eine Effizienzsteigerung in jeder Hinsicht gelungen, indem mittels einer speziellen von der TU Wien entwickelten Holzvergasungstechnologie Wärme und Strom erzeugt werden. Die besonderen Eigenschaften des dort erzeugten Produktgases ermöglichen weitere Verfahren zur Erzeugung von synthetischem Erdgas (BioSNG), zur Erzeugung von synthetischen Flüssigtreibstoffen wie Benzin oder Diesel (BTL – Biomass to Liquid) und zum Einsatz von Hochtemperaturbrennstoffzellen. Heute ist Güssing ein europaweit anerkanntes Forschungszentrum im Bereich Holzvergasung und Erzeugung von Treibstoffen der zweiten Generation.

Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen – Grad der Energieautarkie

All das hat Güssing immens vorangebracht, daß dadurch auch ein Mentalitätswandel in der Bevölkerung ausgelöst wurde, kann so nicht bestätigt werden, aber sicher sind viele Menschen stolz auf das, was erreicht wurde. Die Menschen sind deswegen aber nicht mehr „öko“ als anderswo. Am ehesten setzen sich noch die Land- und Forstwirte mit der Thematik auseinander, immerhin sind sie die Rohstofflieferanten. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Anstrengungen in Sachen Bewußtseinsbildung seitens der Gemeinde sind sicher noch ausbaufähig.

Tatsache ist aber, daß durch diese Entwicklung in der Stadt Güssing über 1000 neue Arbeitsplätze entstanden sind (Quelle

statistik austria: 2136 Beschäftigte im Jahr 1991 und zum Vergleich 3388 Beschäftigte im Jahr 2006). Über 50 neue Betriebe haben sich in der Stadt Güssing angesiedelt. Das Kommunalsteueraufkommen stieg von 340.000 Euro im Jahr 1993 auf 1,5 Millionen Euro im Jahr 2009. Die CO₂-Emissionen konnten von 37.000 Tonnen im Jahr 1996 auf 22.500 Tonnen im Jahr 2009 reduziert werden. Bezogen auf den Wärme- und Stromverbrauch in den Sektoren Private Haushalte, öffentliche Gebäude und Gewerbe u. Industrie beträgt der aktuelle Eigendeckungsgrad ca. 71 Prozent, läßt man den Energieverbrauch der Industrie weg, so kann man sogar von einem Eigendeckungsgrad von über 100% ausgehen. Jedoch soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Höhe des Eigendeckungsgrades von Jahr zu Jahr schwankt (aufgrund des jährlich divergierenden Energieverbrauchs sowie Kapazitätserweiterungen bei der Produktion) und auf keinen Fall eine fixe Größe darstellt.

Ausblick in die Zukunft

Für das Jahr 2012 ist in Güssing der Bau einer weiteren Forschungsanlage zur thermischen Vergasung von Reststoffen geplant. Ein weiteres Forschungsprojekt soll sich mit dem Einsatz von Algen in Biogasanlagen beschäftigen.

Ein wichtiges Ziel bis 2020 ist der Ausbau der erneuerbaren Energie in der gesamten Region Güssing. Das „ökoEnergiewald“ – ein Zusammenschluß von 16 Gemeinden aus der Region – hat sich zu diesem Zweck erfolgreich um die Aufnahme in das vom Klima- und Energiefonds ausgelobte Förderprogramm „Klima- und Energiemodellregionen“ bemüht. In den kommenden Jahren

versucht man nun in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Erneuerbare Energie ein Umsetzungskonzept für die Ausweitung der Energieautonomie zu erarbeiten, welches dann ein Modellregionen-Manager gemeinsam mit den Gemeinden umsetzen soll. Die Schwerpunkte bei der Umsetzung liegen dabei im Bereich Biogas (es soll ein lokales Biogasnetz etabliert werden), Photovoltaik und Mobilität.

Das Europäische Zentrum für Erneuerbare Energie (EEE)

Um alle zum Thema Erneuerbare Energie relevanten Projekte professionell abzuwickeln, wurde im Jahr 1996 (im gleichen Jahr ging das Fernheizwerk Güssing als größtes Biomasse-Fernheizwerk Österreichs in Betrieb) der Verein „Europäisches Zentrum für Erneuerbare Energie“ gegründet. Im Jahr 2002 wurde die EEE GmbH als 100%- Tochter des Vereines gegründet. Sitz der EEE GmbH ist das Technologiezentrum Güssing, das 2002 vom Land Burgenland errichtet wurde.

Die EEE GmbH ist eine mittlerweile europaweit anerkannte Institution, die nachhaltige, regionale und kommunale Konzepte zur Energieeinsparung und zur Nutzung und Erzeugung von erneuerbarer Energie entwickelt. Als verlässlicher Partner in verschiedenen Netzwerken auf nationaler und europäischer Ebene hat sich das EEE einen ausgezeichneten Ruf erworben, in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Projektmanagement ist es längst eine gefragte Koordinationsstelle. Das EEE ist außerdem Mitbegründer des ökoEnergiewaldes und agiert als Dachorganisation für alle energie-relevanten Aktivitäten in der Region Güssing. Es organisiert Vorträge und Ausbildungen im Bereich der erneuerbaren Energie und Führungen durch das ökoEnergiewald.

Aktivitätsbereiche des EEE

Betreuung von Demonstrationsanlagen

Im Umkreis von Güssing findet man bereits über 30 Anlagen mit verschiedenen Technologien, die teilweise vom Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie administrativ verwaltet werden. Besichtigungen sind jederzeit möglich, Reservierungen können über das EEE im Rahmen des Ökoenergetourismus durchgeführt werden.

Forschung & Entwicklung

Einer der wesentlichsten Faktoren für die Erfolgsstory der erneuerbaren Energie in Güssing war und ist die Einbindung der Forschung. Das EEE hat von Beginn an die

Zusammenarbeit mit diversen Forschungseinrichtungen gesucht, wobei das EEE meist nicht selbst Forschung betrieben hat, sondern hier die Rolle eines klassischen Netzwerkers einnimmt. Wir bringen die Wirtschaft, die Anlagenbauer und schließlich die Forscher zusammen.

Nur so konnte eine derart einzigartige Innovation wie das Biomassekraftwerk Güssing entstehen. Das Biomassekraftwerk ist Herzstück der Forschung und Entwicklung in Güssing und Ausgangspunkt für weitere Innovationen im Bereich der Brennstoffzellentechnik, im Bereich Biomass to Liquid (BtL, 2nd Generation Fuels) und im Bereich BioSNG (Synthetisches Erdgas). Im Jahr 2009 wurde in Güssing ein Forschungszentrum (COMET-Programm) mit Schwerpunkt auf Biomasse-Vergasung und Synthetische Treibstoffe eröffnet. Dieses Forschungszentrum („Technikum“) ist auch Sitz des Forschungsnetzwerkes „Bioenergy 2020+“, an dem unter anderen die TU Wien, TU Graz, Joanneum Research u.a. beteiligt sind. Der nächste wichtige Schritt im Bereich Forschung im Jahr 2011 ist der Bau einer Demonstrationsanlage für die thermische Vergasung von Reststoffen aller Art.

In den vergangenen Jahren wurden bereits viele Seminare und Symposien vom EEE veranstaltet und organisiert, die auf Anfrage jederzeit individuell organisiert werden können.

Das EEE war und ist maßgeblich an der Entwicklung der erneuerbaren Energie in Güssing beteiligt. Und man gibt die Erfahrungen gerne weiter: im Rahmen von maßgeschneiderten Energiekonzepten für Gemeinden und Regionen.

Als zusätzliches Angebot für die steigende Anzahl von Besuchern in Güssing hat sich der Ökoenergietourismus entwickelt. Staatlich geprüfte Regionsführer werden vom EEE ausgebildet, Führungen durch die Anlagen abhalten zu können. Zusätzlich wurde das Projekt „Das ökoEnergieland“ ins Leben gerufen, um der Region ein gemeinsames Label verleihen zu können, daß in der Tourismusbranche verkauft werden kann. Im Jahr 2010 wurde ein speziell für SchülerInnen entwickelter Energielehrpfad in Güssing geschaffen.

Als nächster konsequenter Schritt in Richtung Bewußtseinsbildung vor allem junger Menschen wurde im Jahr 2011 das österreichweit einmalige Projekt Energy Camp in Zusammenarbeit mit der BOKU Wien und dem Naturpark Weinidylle gestartet.

<http://www.eee-info.net>

CO₂ neutral produzierte Teigwaren – die Umweltnudeln von Wolf

Zweites Ziel des Güssing-Ausflugs von Arnold Schwarzenegger war die Produktionsstätte der Eierteigwarenfabrik Wolf. Hier waren aber nicht die nur die weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Nudeln, sondern die europaweit einzigartige Umstellung auf CO₂-neutrale Produktion.

Das Unternehmen wurde nach dem Ersten Weltkrieg als Brotbäckerei von Franz Wolf, dem Großvater des heutigen Eigentümers Joachim Wolf, gegründet.

Im Jahre 1956 begann dessen Sohn, Fery Wolf (verstorben 2007) – nach einem längeren Aufenthalt in der Schweiz – seinen

Traum zu verwirklichen und produzierte für den Raum um Güssing auch Teigwaren, die er mit dem Brot und Gebäck mitzuvertreiben versuchte. Durch die wirtschaftlichen Umstände nach dem Zweiten Weltkrieg und die „richtige“ Philosophie, die besten Rohstoffe zu verarbeiten, konnte sich das Unternehmen mit den qualitätsvollen Teigwaren-Produkten innerhalb kurzer Zeit am Markt etablieren und in der Folge wurde der Vertrieb über den lokalen Raum hinaus auf Ostösterreich und in den 70er Jahren auf ganz Österreich erweitert.

Inzwischen gibt es am Stadtrand von Güssing ein großes Fabrikgelände, wo in modernen Fabriksgebäuden heute ca. 100 Mit-



Firmeninhaber Joachim Wolf in der »Zentrale« seiner CO₂-neutralen Produktion



Bei dieser Anlage sind zwei Vorfermentoren (Hydrolysebehälter) vorgeschaltet. Im ersten wird Grasschnitt mit Hühnermist eingebracht. Durch den geringen pH-Wert von 4,5 – 5,5 werden die Makromoleküle (Celulose, Stärke bzw. Amylose, Amylopektin) in kleinere Zuckermoleküle zerlegt und in den zweiten Behälter gepumpt. Dort wartet der »energiereiche« Sud, bis er in den Hauptfermentor gepumpt und vergoren wird. Das entstehende Gas wird vom Generator zur Stromerzeugung angesaugt, ein »Gassack« gleicht eventuellen Gasmangel aus, eine Abfackelungsanlage allfälligen Gasüberdruck.

arbeiterInnen an technisch innovativen Maschinen arbeiten.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert stellt Wolf Eierteigwaren her, wie sie schon unsere Urgroßeltern liebten: hochwertig, natürlich und ehrlich. Joachim Wolf ist der einzige Teigwarenproduzent in Österreich, der im Zuge der Produktion frisch aufgeschlagene Eier aus seinen eigenen Hühnerstallungen verwendet. Jeden Tag werden die frisch gelegten Eier von Förderbändern abgenommen, aufgeschlagen und zu Eigold-Eierteigwaren verarbeitet. Und das Maisfutter für die fleißigen Hühner stammt von den hauseigenen Maisfeldern rund um die Ökostadt Güssing. Damit spart man nicht nur Zeit und Geld, sondern schont auch die Umwelt!

Und mit der neuen, innovativen Biogas-Anlage geht man konsequent den nächsten Schritt, den sich Arnold Schwarzenegger genau erklären ließ: Denn als einer der ersten Biogas-Anlagenbetreiber Österreichs verwendet Wolf den in den Hühnerstallungen anfallenden Hühnermist für die Gewinnung von Wärme und Strom. Diese erneuerbare Energie kommt bei der Produktion der Nudeln zum Einsatz. Das bedeutet eine beträchtliche Reduktion der CO₂-Emissionen.

Mit dem Umstieg auf Erneuerbare Energie, gewonnen aus den eigenen Ressourcen, hat Wolf somit nachhaltig den Kreislauf geschlossen: Kurze Transportwege, nachhaltiger Einsatz lokaler Ressourcen und durch die Nutzung von Erneuerbarer Energie eine CO₂-Bilanz, die sich sehen lassen kann.

<http://www.wolfnudeln.at>

Die ersten Worte Schwarzeneggers bei der abschließenden Pressekonferenz waren: „Endlich bin ich nun in Güssing!“ Er lobte Güssings Einsatz im Bereich der Erneuerbaren Energie und betonte, daß noch viel Arbeit zu tun sei, bis alle erkennen würden, „daß nur dies der Weg in die Zukunft der Energie sein kann“.

Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl: „Wir ziehen da in der burgenländischen Landesregierung alle an einem Strang wenn es darum geht, Akzente in Richtung Erneuerbarer Energien zu setzen.“

„Es braucht derartige Superstars wie Arnold Schwarzenegger oder die Schauspielerin Gisele Bündchen, um den Klimaschutz sexy zu machen“, ergänzte Umweltminister Nikolaus Berlakovich, „um die Entscheidungsträger und die Bevölkerung dazu zu bringen, mehr zu tun.“



Foto: Stadtgemeinde Güssing

Die beiden Vizebürgermeister von Güssing Vinzenz Knor und Gilbert Lang mit Arnold Schwarzenegger und Bürgermeister Peter Vadasz (v.l.)



Foto: Stadtgemeinde Güssing

Bei der Übergabe des Gastgesenks (v.l.): LH-Stv. Franz Steindl, Vizebürgermeister Vinzenz Knor, Bürgermeister Peter Vadasz, Arnold Schwarzenegger, Umweltminister Niki Berlakovich, Vizebürgermeister Gilbert Lang und Landesrat Andreas Liegenfeld

Bürgermeister Peter Vadasz sagte gegenüber dem ORF-Landesstudio Burgenland, daß Schwarzenegger die Erwartungen übertroffen habe: „Sowohl, was das Medieninteresse, als auch das Interesse der Bevölkerung betrifft. Und es war deutlich zu erkennen, daß er von allem, was er hier gesehen hat, sehr angetan war.“

„Ich werde überall auf der Welt die Menschen motivieren und ermutigen. Ich werde ihnen sagen: es ist höchste Zeit, unserem Beispiel zu folgen. Schaut nach Kalifornien, schaut nach Güssing. Dort funktioniert es! Dort ist die Welt schon eine bessere geworden.“ Und Schwarzenegger schloß mit den Worten: „Recht herzlichen Dank – ich liebe Güssing. I’ll be back!“

So viel Einsatz wurde ihm auch gleich gedankt: „Energy Globe“-Gründer Wolfgang Neumann überreichte ihm den „Energy Globe“-Ehrenpreis in Anerkennung für dessen Einsatz und Engagement zur Förderung

Erneuerbarer Energien (zuletzt ging dieser Ehren-Award 2008 an Michail Gorbatschow).

„Ich bedanke mich für diese Ehrung“, freute sich Schwarzenegger beim Handshake mit Neumann, der in seiner Laudatio die Wichtigkeit betonte, im Sinne unserer Umwelt und zur Lösung der anstehenden Energiefragen gemeinsam an einem Strang zu ziehen: „Schwarzenegger hat als Governor von Kalifornien gezeigt, was hier alles möglich ist!“

Grundsätzlich zeichnet der „Energy Globe Award“ seit 1999 jährlich weltweit nachhaltige Projekte mit Fokus auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien aus. Jährlich beteiligen sich an die 1000 Projekte aus über 100 Ländern daran. Preisverleihung und Siegerprojekte werden als Dokumentation international im Fernsehen ausgestrahlt. ■

<http://www.guessing.at>

Quellen: Stadtgemeinde Güssing, Europäisches Zentrum für erneuerbare Energie Güssing GmbH, Wolf Nudeln GmbH, ORF Burgenland, Energy Globe Award

»Jahr der Sicherheit«

Sicherheitsmatinee im Landhaus



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber, HR Bruno Wögerer, Präsident des Roten Kreuzes Burgenland, GenLt Christian Segur-Cabanac, Leiters der Sektion IV Einsatz des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, Landeshauptmann Hans Niessl, GenMjr Gerhard Lang, Leiter der Strategieabteilung des Bundeskriminalamtes, LBD Alois Kögl, Landesfeuerwehrkommandant, und KR Josef Paul Habeler, Präsident des Landesverbands Burgenland des Arbeiter-Samariter-Bunds (v.l.)

Das Thema Sicherheit – für die Menschen des Burgenlandes von eminenter Bedeutung – stand im Mittelpunkt einer Matinee, die am 5. Jänner auf Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl im Landhaus in Eisenstadt abgehalten wurde. „Speziell durch das Ende des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres ist die Sicherheitslage unseres Bundeslandes neu zu bewerten. Niemand kann jetzt schon vorhersagen, wie sich der Abzug des Bundesheeres aus dem Assistenzeinsatz auf die Sicherheit des Burgenlandes auswirken wird. Ich habe mich daher dazu entschlossen, 2012 zum ‚Jahr der Sicherheit‘ auszurufen. Das heißt, daß wir mittels Bündelung aller relevanten Kräfte die Anstrengungen im Bereich der Sicherheit auf allen Ebenen weiter intensivieren werden“, so der Landeshauptmann. Kooperiert wird dabei mit Sicherheitsbehörden und Hilfsorganisationen, Unternehmen bzw. Interessensvertretungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie essentiellen Infrastruktur-

dienstleistern, was mit dementsprechenden Partnerschaftsurkunden besiegelt wurde.

Vordergründiges Ziel sei es, so Niessl weiter, daß die bis dato mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner intensiv geführten Gespräche zum Abschluß eines Sicherheitspaktes führen, der langfristig die Sicherheit im Burgenland gewährleisten soll. Weiters will der Landeshauptmann in den nächsten 18 Monaten zusätzlich über 1 Million Euro ganz gezielt in die Sicherheit des Landes investieren. Konkret soll unter dem Motto „Sicher ist sicher“ über das EU Projekt „Sicherheit im Burgenland“ eine Sicherheitshomepage, die Entwicklung einer langfristigen Sicherheitsstrategie, eine Roadshow Sicherheit sowie eine merkliche Verbesserung des Krisenmanagements für die Gemeinden umgesetzt werden. Von diesen nachhaltigen Maßnahmen sollen vor allem die Bürger, die Gemeinden und die Wirtschaft des Burgenlandes profitieren.

Damit dies auch entsprechend gelingt, hat

der Verein „Nachbarschaftshilfe“ als Trägerorganisation dieses Projektes eine Homepage entwickelt – diese soll zentrale Kommunikations-, Informations- und Präventionsplattform des Landes alle Sicherheitsinteressierten und alle jene erreichen, die Hilfe suchen. Abrufbar sind dabei die aktuellsten Sicherheitsinformationen aus den Bereichen Diebstahlprävention, Computersicherheit und Krisenvorsorge, wesentliche Aspekte für Vereine, wie Förderungen oder Sicherheitsvorschriften, sowie alle Informationen rund um die Aktivitäten des Vereines „Nachbarschaftshilfe“. Experten, Interessierte oder Hilfesuchende können sich dabei direkt einbringen.

Niessl dazu abschließend: „Letztendlich sollen all diese Bemühungen dazu beitragen, das subjektive Sicherheitsgefühl innerhalb der Bevölkerung zu stärken und das Burgenland – wie bereits auf vielen anderen Ebenen – auch im Bereich der Sicherheit zu einem Musterland zu entwickeln.“

<http://www.sicherimburgenland.at>

Grenzübergänge umgestaltet

Das Land Burgenland hat gemeinsam mit der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) als erstes Bundesland Österreichs eine entsprechende Umgestaltung der ehemaligen Grenzübergänge Nickelsdorf, Klingenbach, Deutschkreutz, Rattersdorf, Heiligenkreuz im Lafnitztal und Bonisdorf in Angriff genommen.

Mit der Vertragsunterzeichnung in der Grenzpolizeiinspektion Klingenbach wurden am 21. Dezember die Zuständigkeiten für die wirtschaftliche Verwertung und auch den Rückbau der Grenzeinrichtungen zwischen der Burgenländischen Landesstraßenverwaltung und der BIG geregelt. Straßenbaureferent LR Helmut Bieler, BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss sowie Baudirektor Hans Godowitsch unterzeichneten den Vertrag.

Die Zeiten von kilometerlangen Staus an den Grenzübergängen sind seit Inkrafttreten des Schengener Grenzkodex vorbei, ebenso wie der rege Betrieb an den ehemaligen Abfertigungsgebäuden, Schrankenanlagen oder Kiosken. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich im Rahmen des Schengener Grenzkodex dazu verpflichtet, alle Hindernisse für den flüssigen Verkehr an den Straßenübergängen zu beseitigen. Heute wurde der Vertrag zur Regelung der Verwertung der Liegenschaften zwischen dem Land Burgenland und der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) unterzeichnet.

Straßenbaureferent Landesrat Helmut Bieler: „Das Land Burgenland hat jetzt gemeinsam mit der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) als erstes Bundesland Österreichs eine entsprechende Umgestaltung der ehemaligen Grenzübergänge Nickelsdorf,



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Baudirektor WHR Hans Godowitsch, Landesrat Helmut Bieler und BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss bei der Vertragsunterzeichnung in Klingenbach

Klingenbach, Deutschkreutz, Rattersdorf, Heiligenkreuz im Lafnitztal und Bonisdorf in Angriff genommen.“

Sämtliche Eigentumsverhältnisse, Rechte und Pflichten für die Liegenschaften wurden im Vertrag eindeutig festgehalten, der nun regelt, welche Partei jeweils für Demontage oder Abbruch und Entsorgung von Flugdächern, Kiosken und Schranken zuständig ist. Auch die Rahmenbedingungen hinsichtlich, zwischen BIG und dem Burgenland abgestimmter, Neukonfiguration der Grundstücke (z.B. allfälliger Flächentausch) zu

ihrer besseren Verwertung sind darin definiert. Die Burgenländische Landesstraßenverwaltung erstellt ein neues Spurführungskonzept für die künftige Durchfahrt im Grenzbereich.

„Die Unterzeichnung dieses Vertrages ist eine wichtige Etappe zur Verwertung der Liegenschaften. Denn nur mit der daraus resultierenden Rechtssicherheit ist ein Verkauf der Liegenschaften möglich“, kommentiert Hans-Peter Weiss diesen Schritt: „Wir werden damit im Jahr 2012 alle Objekte öffentlich zum Kauf ausschreiben.“

Beispielsweise übernimmt gemäß Vertrag die BIG beim Grenzübergang Klingenbach „die Entfernung und Entsorgung des Flugdachs, der darunter befindlichen vier Kioske, des linksseitigen Abfertigungsgebäudes einschließlich Rampe und Hebebühne und elf elektrischer Schrankenanlagen. Das Land Burgenland übernimmt die bestehende Brückenwaage samt Flugdach und drei Kiosken; sowie unter anderem die Entfernung sämtlicher nicht mehr benötigter Fahrbahnteiler, dreier Überkopfwegweiser und der nicht mehr notwendigen Straßenausrüstung samt Entsorgung.“

Bis dato wurden im Burgenland fünf kleinere Grenzkontrollstellen verkauft. (Mörbisch, Kalch, Tauka, Mogersdorf, Strem)

Insgesamt hält die BIG österreichweit noch rund 20 Grenzstationen im Bestand. ■



Foto: MyFriend/GNU Free Documentation License

Der Grenzübergang Klingenbach / Sopron im August 2011

BKF - Das Burgenlandfernsehen über Satellit

Das Burgenlandfernsehen, erst kürzlich von der schau media Wien GmbH. übernommen, ist ab sofort via digitalen Satelliten – **Transponder: 3, Frequenz: 11244 MHz** – zu empfangen. „Jeder burgenländische Haushalt, mit Satellitenempfang, kann damit das Burgenlandfernsehen sehen und weiß, was es Neues und Interessantes im Lande gibt. Bislang war das Burgenlandfernsehen, das zu Recht hohe Sympathiewerte genießt, nur in knapp mehr als 35.000 Kabel-Haushalten zu sehen, nun öffnet sich ein Markt für 10 Millionen Zuseher, die die schönen Seiten des Burgenlandes erleben können. Ich freue mich auf diese neue TV-Zukunft mit dem neuen Programmbetreiber“, so Landeshauptmann Hans Niessl am 1. Februar bei der „Aufschaltung des Satelliten“.

BKF – Das Burgenlandfernsehen ist ein Unternehmen der schau media Wien GmbH. Geschäftsführender Gesellschafter Gerhard Milletich ist selbst Burgenländer: „Nicht nur als Patriot habe ich mich um die Übernahme vom Burgenlandfernsehen bemüht, ich bin überzeugt, dass wir mit schau media sukzessive ein Multimedia-House aufbauen können, das den Anforderungen der Zukunft



Foto: Bgld. Landesmedienservice

vl.l.: Gerhard Milletich (GF und Gesellschafter Bohmann), Gabriele Ambos (GF Bohmann), LH Hans Niessl, Norbert Grill (GF ORS comm), Michael Weber (ORS comm)

gerecht wird: In Wien wird schau media eine Programmdatenbank für Wien, das Burgenland und später Niederösterreich, mit einem sozialen Netz haben.“

Das Burgenlandfernsehen, das bisher in über 75.000 Kabelhaushalten zu empfangen war, ist künftig im gesamten österrösterreichischen Raum vertreten. „Wir werden das Pro-

gramm in mehreren Stufen ausbauen und noch im Laufe dieses Jahres neue Formate einführen. Wir sind überzeugt, dass Regionalfernsehen Zukunft hat. Die Menschen wollen wissen, was vor ihrer Haustüre passiert und was sich in ihrem Umfeld tut“, so Chefredakteur Rudolf Mathias.

■ <http://www.bkf.at>

»Schatzkiste Burgenland« stellt immaterielles Kulturerbe vor

Die Tradition der burgenländischen Hochzeitsbäckerei, der burgenländische „hianzische“ Dialekt, altes burgenländisches Handwerk, die pannonische Küche oder die Sprache der Burgenlandkroaten und Roma gehören zum kulturellen Erbe des Burgenlandes. Am 25. Jänner wurde nun das Projekt „Schatzkiste Burgenland“ von Kulturlandesrat Helmut Bieler, Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier und ORF-Landesdirektor Karlheinz Papst präsentiert.

Auf der multimedialen Website wird die Sammlung in Form von Texten, Fotos und Videos vorgestellt. Der ORF Burgenland startete dazu am 2. Februar eine 44teilige Sendereihe unter dem Titel „Schatzkiste Burgenland“, die dessen kulturelle Besonderheiten in Radio und TV zeigt. „Die Serie über die ‚Schatzkiste Burgenland‘ ist ein erstklassiges Beispiel für den öffentlich-rechtlichen Mehrwert des ORF“, so Papst.

„Kulturelle Traditionen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Identität einer Gesellschaft, ein Beweis ihrer Lebendigkeit, und nicht zuletzt sind sie auch der Nährboden für ihre gedeihliche kulturelle Entwick-



Foto: ORF Burgenland

Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier, Kulturlandesrat Helmut Bieler und ORF-Landesdirektor Karlheinz Papst präsentieren das neue Projekt.

lung. Durch die umfassende Dokumentation und die stärkere Verknüpfung mit dem touristischen Angebot erfährt das immaterielle Kulturerbe des Burgenlandes eine Aufwertung und nicht zuletzt auch eine Belebung“, sagte Bieler.

„Das immaterielle Kulturerbe stößt auch bei den Gästen auf immer größeres Interesse“, freut sich Baier. Durch behutsame Vermarktung will man dieses wertvolle Erbe für Gäste zugänglich machen.

■ <http://www.kulturschatz.info>

Gesundheitsversorgung: Zufriedenheit ist unverändert hoch

Die BurgenländerInnen sind mit dem Gesundheitssystem sehr zufrieden – zu diesem Ergebnis kommt auch die dritte Befragungswelle des Instituts für Strategieanalysen (ISA), die im Auftrag des Burgenländischen Gesundheitsfonds (BURGEF) im Rahmen des Gesundheitsbarometers durchgeführt wurde. Durch das Gesundheitsbarometer werden mit Methoden der Markt- und Meinungsforschung die Einstellungen der Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung im Burgenland erhoben. Die drei repräsentativen Befragungen im März, Mai und November 2011 liefern Basisdaten zur weiteren Verbesserung des Gesundheitssystems. Befragt wurden jeweils 1400 Personen ab 16 Jahren, wobei in jedem Bezirk mindestens 200 Personen befragt wurden.

Schwerpunkt der dritten Befragungswelle (8. Bis 25 November 2011) war die Inanspruchnahme der Spitalsambulanzen. So war ein Ziel, zu erfragen, warum in vielen Fällen die Spitalsambulanzen dem niedergelassenen Bereich vorgezogen werden. Die Studienergebnisse zeigen, daß rund drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer in Ausnahmefällen die Spitalsambulanzen auf-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Gesundheitslandesrat Peter Rezar (l.)
und Prof. Peter Filzmaier

suchen, rund 20 Prozent gehen regelmäßig oder zumindest hin und wieder dorthin. „Als Gründe für einen Ambulanzbesuch nennen die Befragten am häufigsten die Dringlichkeit von Beschwerden, eine fehlende Behandlungsmöglichkeit beim Arzt beziehungsweise eine Überweisung desselben“ erklärt Prof. Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen.

„Wir sind damit konfrontiert, daß Ambulanzen in manchen Bereichen überge-

hen, aber gleichzeitig werden sich Menschen mit Problemen ans Spital wenden, die durchaus auch beim niedergelassenen Arzt gelöst werden können“, so Rezar. Gerade die Kenntnis jener Bereiche, in denen Unzufriedenheiten und Ängste genannt werden seien wichtig: „Diese Ergebnisse geben uns wertvolle Hinweise für die Planung, die Sicherung und die Kommunikation im Gesundheitswesen“, so Rezar. Die bisherigen Ergebnisse dieser Studien sind in den soeben von der Burgenländischen Gesundheitsplattform beschlossenen Regionalen Strukturplan Gesundheit bereits eingeflossen. In allen Krankenanstalten wird zwischen Akut- und Bestellambulanzen getrennt. Allerdings muß „im räumlichen Bereich noch adaptiert werden, das wird jeweils bei den nächsten baulichen Änderungen berücksichtigt“, betont BURGEF-Geschäftsführer Hannes Frech. Er meint, daß es „für uns ist es uns sehr wichtig zu erfahren, welche Bedürfnisse die Bevölkerung hat, um unser Gesundheitswesen noch patientenfreundlicher gestalten zu können. Außerdem werden die Daten benötigt, weil der Strukturplan zukünftig periodisch überarbeitet werden soll.“

Geburtstagsfest für Intendant Professor Harald Serafin

Der Sänger, Schauspieler und Intendant der „Seefestspiele Mörbisch“, Professor Harald Serafin beging am 24. Dezember 2011 seinen 80. Geburtstag. Das Land Burgenland, mit Landeshauptmann Hans Niessl, Landtagspräsident Gerhard Steier, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, weiteren Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung und Tourismusdirektor Mario Baier an der Spitze, nahm dieses Jubiläum zum Anlaß, um dem „König der Operette“ am 19. Jänner im Rahmen einer Festveranstaltung mit zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur in der Hofburg in Wien herzlich zu gratulieren.

Der vielseitige Künstler wurde in Litauen geboren, die Mutter stammt aus Salzburg, der Vater aus Italien. Nach seiner Ausbildung zum Opernsänger entdeckte Otto Schenk das große Talent Serafins und engagierte ihn als „Eisenstein“ in der „Fledermaus“. Das war der Beginn einer überaus erfolgreichen Karriere. Es folgten weltweite Auftritte in zahlreichen Opernhäusern. Im Jahr 1992 übernahm Serafin die Intendanz



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) gratuliert dem Jubilar Professor Harald Serafin
(im Bild mit dessen Gattin Ingeborg)

der Seefestspiele Mörbisch und führt sie zu ungeahnten Höhen. Mittlerweile sind es bis zu 220.000 Besucher, die zu den Festspielen nach Mörbisch, ins „Mekka der Operette“ kommen. 2012 verabschiedet sich Harald

Serafin mit der 20. Produktion als Mörbisch-Intendant und kehrt dabei mit der „Fledermaus“ zum Start seiner großen Karriere zurück.

<http://www.moerbisch.at>

Die Geschichte des Burgenlandes

Anlässlich des Jubiläums »90 Jahre Burgenland« im Jahr 2011 setzen wir mit Teil 11 unsere Serie fort mit der Wirtschaft von 1955 bis 1995.

Von Michael Floiger, Karl Heinz Gober, Oswald Guber, Hugo Huber und Josef Naray*)

Die Landwirtschaft im Wandel

Die Gesellschaft hat sich von 1955 bis 1995 sehr gewandelt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung und auch der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ist stark zurückgegangen. Der Strukturwandel in der burgenländischen Landwirtschaft wurde durch die rasant fortschreitende Technisierung und Mechanisierung sowie durch modernste Produktions- und Vermarktungsmethoden ausgelöst. Die Überschussproduktion bei Getreide, Milch, Fleisch, Wein, Zucker und saisonbedingten Obst- und Gemüsesorten ergaben große Probleme für die burgenländische Landwirtschaft.

»Unsere Weine zählen zu den Besten der Welt«

Dieser von der burgenländischen Weinwerbung verwendete Slogan hat mehr denn je Gültigkeit nach dem Glykol-Skandal.

Im Jahre 1950 bewirtschafteten 21.000 Betriebe 8500 ha Weinbaufläche. Im Jahre 1994 bearbeiteten nur mehr 12.500 Betriebe fast die doppelte Fläche, nämlich 16.000 ha Weingärten! Die meisten von ihnen werden als Nebenerwerbsbetriebe geführt.

»Allzuviel ist ungesund!«

In der Nachkriegszeit war Wein ein Luxusartikel und ein sehr begehrtes Tauschmittel für Waren aller Art. Die guten Verkaufsbedingungen gaben den Anreiz, den Weinbau auszudehnen. Dabei erfolgte die größte Flächenausdehnung im Hügelland um Deutschkreutz und im Seewinkel. Zwischen 1953 und 1978 wuchs hier die Weingartenfläche im Jahresdurchschnitt um mehr als 15 Prozent! Der Seewinkel wurde mit 8600 ha Weingärten zum größten burgenländischen Weinbaugebiet. Das führte aber bald zu einem Problem: der Einsatz von Maschinen und die flächenmäßige Erweiterung erbrachten immer größere Ernten; es kam zur Überpro-



Kuhgespann im Burgenland



Das Pferd als Zugtier



Steyr-Traktor 180 mit 26 PS

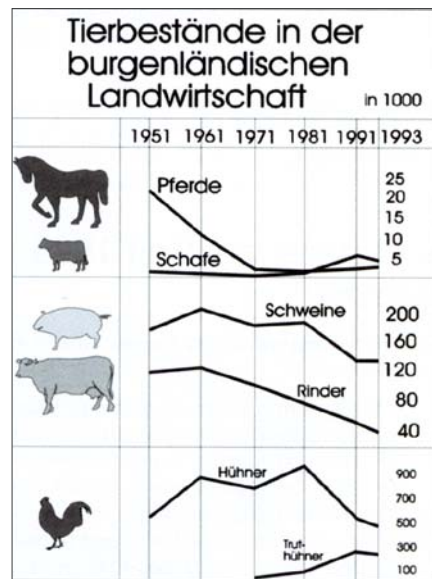


Prädikatswein-Produzentengemeinschaft »Seewinkler Impressionen«

duktion und zum Verfall der Trauben- und Weinpreise. Gleichzeitig stiegen die Lebenshaltungskosten der Winzer.

Die Winzergenossenschaften übernahmen zwar einen Teil der Ernte, aber nie mehr als 20 Prozent der Weintrauben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen verbesserte sich die Situation kaum.

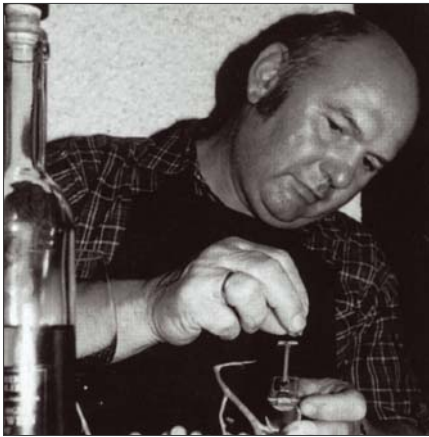
Das Spiel von Angebot und Nachfrage regelte die Preise (so wie auch heute). War die Ernte groß, sanken die Preise. Nach kleinen Ernten waren die Preise besser, aber die Einnahmen hielten sich in Grenzen. In Zeiten des Überschusses kam es auch zu Bauerndemonstrationen.



Nach dem Weinskandal (1985) war der Weinexport Österreichs völlig zum Erliegen gekommen. Die kleinen Ernten (1985, 1986, 1987), die hauptsächlich durch Frost bedingt waren, bewirkten einen kurzen Aufschwung und einen Neubeginn. Allerdings traten mit der nächsten größeren Ernte im Jahre 1988 die alten Schwierigkeiten wieder auf.

Unmittelbar nach dem Beitritt zur EU ist der Weinbau im Rückzug begriffen. Im Seewinkel weist die Weinbaulandschaft durch Rodungen schon starke Lücken auf. Allein in Illmitz, dem Zentrum des Seewinkels, schrumpfte die Weingartenfläche zwischen 1992 und 1993 von rund 1300 ha auf 1100 ha.

*) Wir haben – mit freundlicher Genehmigung des Burgenländischen Landesarchivs, des Landesschulrats für Burgenland und des Verlags Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien, – Text und Bilder dieser Serie dem Lehrbuch für die Unterstufe „Geschichte des Burgenlandes“ entnommen.



Spezialist für Stroh- und Eiswein ist »Euro-Winzer« Anton St. Ochs aus Weiden am See



Der »Gesellmann« – Topwinzer aus Deutschkreutz

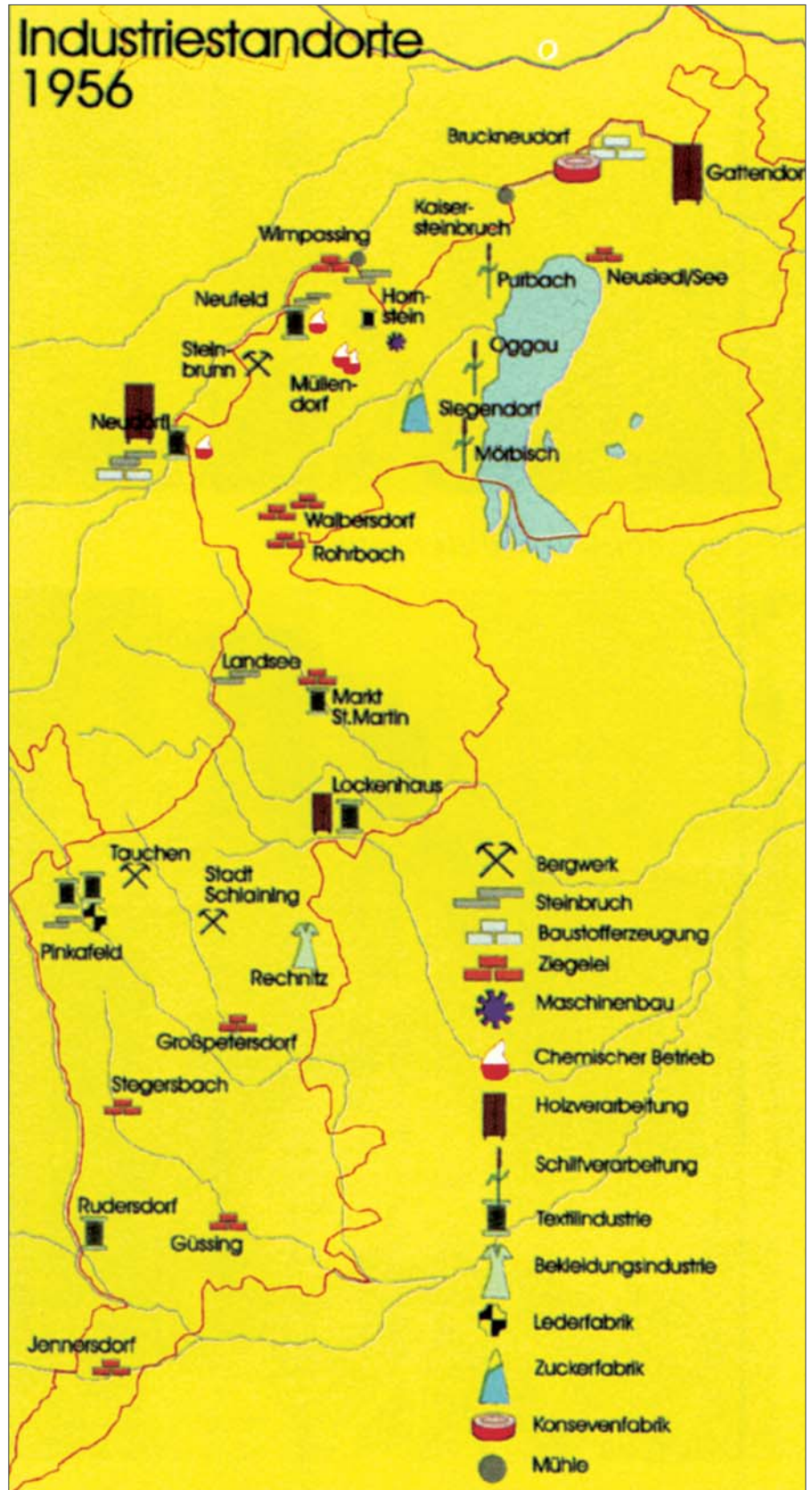


Weingartenrodung: Die EU fördert Weingartenrodungen mit einer Rodungsprämie.

Das Ziel der burgenländischen Winzer ist es, Qualitäts- und Prädikatsweine zu erzeugen. Die internationalen und nationalen Auszeichnungen unserer Weine können sich sehen lassen.

Gewerbe und Industrie

Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 befreite das Burgenland von den russischen Besatzern und brachte dem Burgenland die Rückgliederung der unter USIA-Verwaltung gestandenen Industriebetriebe. Es handelte sich dabei um den Antimonbergbau Schlaining, das Sägewerk Nemling in Jennersdorf

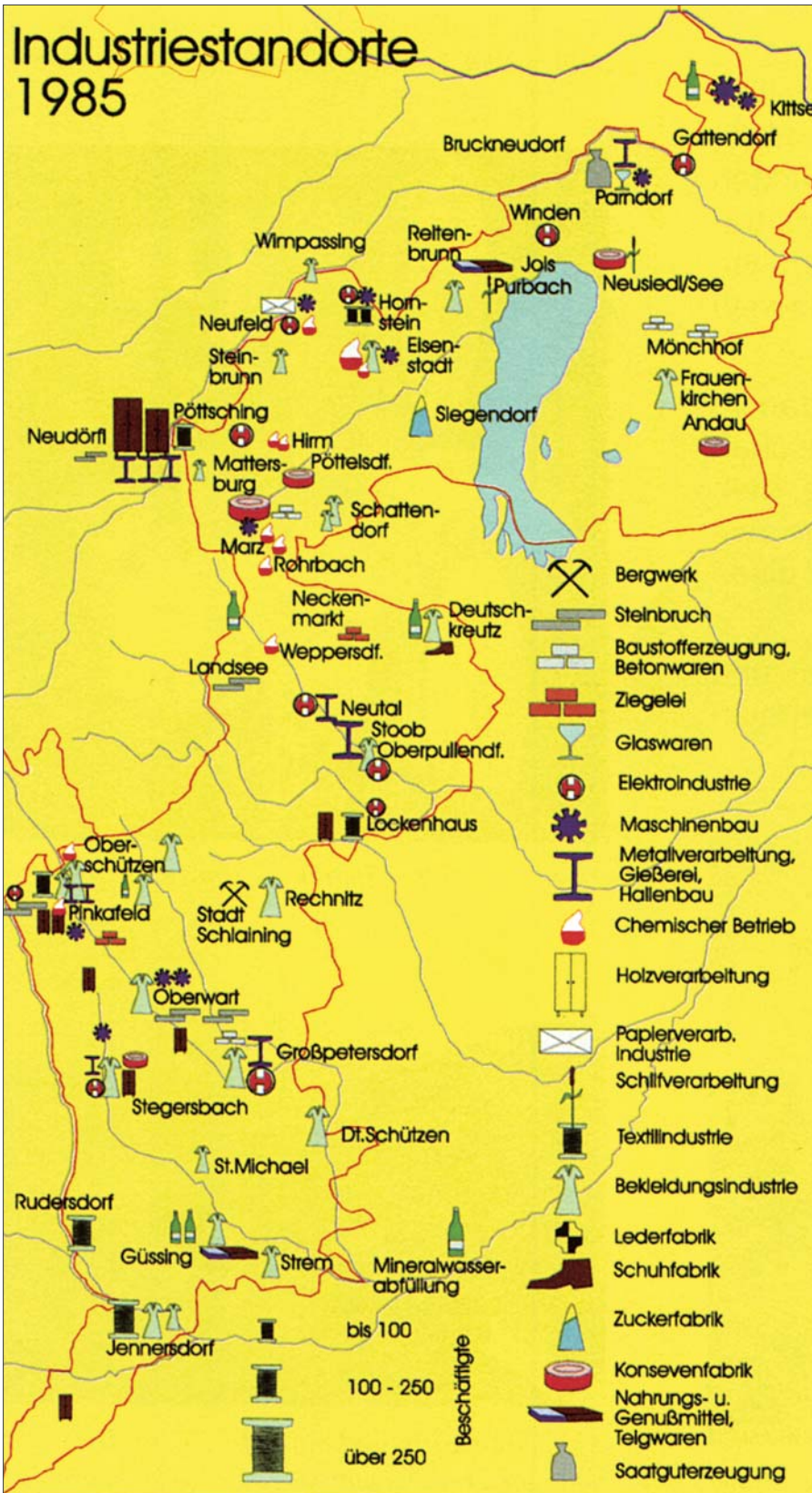


und die Neusiedler Schilfrohrverwertung Gebrüder Müller, den Asbestabbau in Rechnitz und die zerbombte Zuckerfabrik in Hirm.

Ein Vorteil erwuchs der burgenländischen Wirtschaft auch durch die Rückführung des

Esterhazy'schen Eigentums aus der USIA-Verwaltung, womit eine Besserung der Rohstoffgrundlage für die Schilfrohr- und Sägeindustrie eintrat.

1956 arbeiteten im Burgenland nur 51 Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftig-



ten bei einer Belegschaft von insgesamt 4925 Arbeitern und Angestellten. Davon war mehr als die Hälfte in Textilbetrieben beschäftigt.

Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft, die Kammer für Arbeiter und Angestellte, die Burgenländische Landwirt-

schaftskammer und der österreichische Gewerkschaftsbund schlossen sich im Herbst 1955 zu einem „Wirtschaftsbeirat zusammen, aus dem im Juni 1956 der „Verein zur Förderung der burgenländischen Wirtschaft“ hervorging. Ziel dieses Vereines war die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Bur-

genländer. Einzelne Gemeinden wurden auf ihre Eignung als neue Industriestandorte untersucht. Eine intensive Werbung für Interessenten begann. Ungefähr 150 Projekte wurden überprüft, 50 davon zwischen 1956 und 1961 realisiert. Verwertungsbetriebe für landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Felix Austria Mattersburg, die Rohstoffgewinnung für die eisenverarbeitende Industrie und die Textil- und Kunststoffindustrie wurden aufgebaut. Diese Betriebe erhielten auch ERP-Kredite. Mehr als 10.000 Arbeitsplätze konnten damit geschaffen werden.

Am 23. Juli 1973 wurde aufgrund des Beschlusses der Burgenländischen Landesregierung die „Burgenländische Industrie- und Betriebsansiedelungsgesellschaft m.b.H.“ (BIBAG) gegründet. Die Förderung der Ansiedlung leistungsfähiger Unternehmungen sowie die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Bildung von Industriezonen im Burgenland machte sie sich zur wichtigsten Aufgabe. Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sollte die Zahl der Pendler in den Wiener, Wiener Neustädter und Grazer Zentralraum verringern helfen. Doch trotz starker Belebung des Arbeitsmarktes war vor allem die Jugend-Pendelwanderung nicht in den Griff zu bekommen.

In der ersten Phase der burgenländischen Industrialisierungswelle entstand besonders in den Bezirken Eisenstadt und Mattersburg eine Reihe neuer Betriebe. Im Bezirk Oberpullendorf und im Südburgenland kam es wegen der räumlichen Entfernung zu den Hauptwirtschafts- und Konsumzentren zu weniger Betriebsgründungen.

*Burgenlands Industrie –
»klein, aber fein!«*

Obwohl nur rund 300 Industriebetriebe im Burgenland angesiedelt sind, bedeuten sie für das Land eine beachtliche Wirtschaftskraft. Immerhin ist jeder siebte unselbständig Erwerbstätige des Burgenlandes in einem solchen Betrieb tätig. Mehr als 11.000 Arbeitnehmer sorgen dafür, daß Burgenlands Industrie Waren im Wert von mehreren Milliarden Schilling pro Jahr erzeugt.

Burgenlands Industrie ist von Ideenreichtum und Vielseitigkeit geprägt. Dies unterstreicht allein die Tatsache, daß Produkte in alle Welt exportiert werden. Fast 87 Prozent werden nach Westeuropa, in den wohl schwierigsten Markt der Welt, exportiert.

Modernste Elektronik für die Deutsche Bundespost kommt aus Neufeld von der Firma Datentechnik. Die größte österreichische Briefumschlagfabrik ist die Firma

»Burgenland Journal«

Myrtle Mill in Neufeld. Im schwedischen Opernhaus Stockholm sitzt man auf eleganten Sesseln aus Lockenhaus von der Firma Braun.

Auch die Produkte der Neudörfler Büromöbelfabrik sind aus der österreichischen Bürolandschaft nicht mehr wegzudenken. Vossen, der österreichische Marktführer bei Frottee – Waren, ist in Jennersdorf zu finden. Die Erzeugnisse von Triumph International (Oberpullendorf) lassen Frauenherzen im In- und Ausland höher schlagen. Spitzenprodukte kommen aber auch aus der pharmazeutischen Industrie, aus den Unternehmen Wertft-Chemie und Waldheim Pharmazeutika (Neufeld), die auch in der „Aids-Forschung“ weltweit führend sind.

Gewerbe- und Industriezonen

Erst ab 1991 gelang es, hochmoderne Betriebe im Burgenland anzusiedeln (z.B. Kludi in Hornstein).

Die Gewerbe- und Industriezonen des Burgenlandes konzentrieren sich: im Drei-

Industrie- und Gewerbestandorte der Stufe II und der Stufe I

Die Standorte für Gewerbe und Industrie der Stufe II umfassen diejenigen Standorte, die derzeit bereits einen hohen Standard an industriell-gewerblicher Produktion aufweisen. Neu hinzugekommen sind die Standorte Parndorf („Industriezentrum“), Kittsee („Inter-City-Park“), Nickelsdorf und Heiligenkreuz, die aufgrund ihrer hohen (grenznahen) Standortgunst an internationalen Verkehrswegen von besonderem Entwicklungsinteresse sind.

Nicht als Standorte für das Gewerbe und die Industrie der Stufe I oder II empfohlen werden die Gebiete um Neusiedl am See, Frauenkirchen und Stegersbach, weil diese Regionen innerhalb von Tourismuszonenn liegen.

In die Gruppe der Standorte der Stufe I werden Müllendorf, Großhöflein, Wulkaprodersdorf, Hirm und Antau wegen ihrer geographischen Lage im Großraum Eisenstadt und ihrer speziellen Standortgunst im unmittelbaren Erschließungsbe- reich der A3 (Wien-Sopron) aufgenommen. Weppersdorf und St. Martin sind wegen ihrer Lage an der S31 und der Kreuzungslage Richtung Deutschkreutz/ Sopron bzw. Oberpullendorf/ Szombathely vorgesehen und St. Michael wegen seiner Bedeutung im südlichen Burgenland.



»Seepark« Weiden am See

eck Parndorf - Nickelsdorf - Kittsee (vernetzbar mit der Slowakei und Ungarn), in der Gewerbezone Ost/GZOSiegendorf - Eisenstadt - Hornstein, Mattersburg, in der Stooberbach-Achse (Weppersdorf - Oberpullendorf), in der Achse Weppersdorf-Deutschkreutz (Vernetzung mit dem Soproner Wirtschaftsraum), im oberen Pinkatal (Pinkafeld - Großpetersdorf - Szombathely), in Güssing (Entwicklungsimpuls in Richtung Körmend) und in Heiligenkreuz (Grenznähe zu Ungarn - Szentgotthárd).

Tourismuswirtschaft

Seebäder und Thermalbäder

Nach dem Zweiten Weltkrieg erholte sich die burgenländische Fremdenverkehrswirtschaft nur sehr langsam. In der ersten Fremdenverkehrssaison nach Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht zählte man um rund 130.000 Übernachtungen weniger als in der Saison 1935/36 – aber zwischen 1960 und 1970 entwickelte sich der Fremdenverkehr bemerkenswert stark. Und schon 1971 überstieg die Zahl der Übernachtungen die Millionengrenze. Knapp die Hälfte davon entfiel auf Gäste aus dem Ausland. An erster Stelle bei den Nächtigungen stand Bad Tatzmannsdorf, bedingt durch den ganzjährigen Kurtourismus. Aber dann folgten schon die aufstrebenden Seegemeinden Podersdorf, Neusiedl am See und Mörbisch sowie St. Andrä am Zicksee.

Besonders in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre erfuhr die Neusiedlersee Region eine intensive Tourismusentwicklung. Zahlreiche Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland und die Wiener Bevölkerung (vor allem an

Wochenenden) kamen zunehmend an das „Meer der Wiener“.

Aber gegen Ende der 70er-Jahre zeigten sich schon gewisse „Sättigungstendenzen“. Die sogenannten Badeurlauber bevorzugten



Podersdorf (im Bild das Seebad) hatte 1992 mit über 400.000 die meisten Übernachtungen.



Barockes Bauernhaus in der Nationalparkgemeinde Apetlon



Illmitz: »Die Stille hörbar machen« im Nationalpark Neusiedler See

immer mehr Urlaubsgebiete am Mittelmeer. Günstige Charterflüge waren dafür ausschlaggebend. Das Burgenland, das sich im Tourismusgeschäft nach wie vor auf den deutschen Markt konzentriert, verlor vor allem deutsche Urlauber. Wie wichtig deutsche Urlaubsgäste für die Tourismuswirtschaft des Burgenlandes sind, geht daraus hervor, daß diese rund drei Viertel der ausländischen Gästeankünfte ausmachen.

Der burgenländischen Tourismuswirtschaft wird auch in Zukunft ein Problem bleiben: Die ausgeprägte Sommersaison und die „tote Saison“ im Winterhalbjahr. So beträgt der Nächtigungsanteil der Monate Juli und August immerhin knapp die Hälfte aller Nächtigungen. Wünschenswert wäre eine bessere Verteilung des Gästeaufkommens über das ganze Jahr. Dafür sollen der stark geförderte Kur- und Gesundheitstourismus sorgen.

Als erste Therme des Burgenlandes wurde am 16. September 1994 die „Familien-therme Lutzmannsburg/Frankenau“ eröffnet.

1995 erfolgte die Eröffnung der „Burgenland-Therme“ in Bad Tatzmannsdorf. Damit verfügt Bad Tatzmannsdorf über drei Standbeine des Tourismus: Kur- und Moorbad, Golf/Tennis und Thermalbad.

Die „Kastell-Therme Stegersbach“ könnte durch die heilende Kraft des Thermalwassers ein Hautflechten-, Schuppen- und Sanatoriumsstandort werden. Die „Golf-schaukel- Südburgenland“ (Ollersdorf-Neudauberg-Stegersbach) und die Therme Stegersbach werden vom Kärntner Baumeister Rogner verwirklicht. Eine Bürgerinitiative startete eine Gegenoffensive zur Golfschaukel. Der Protest wurde mit dem Hinweis auf die mangelnde Wasserversorgung des Südburgenlandes begründet.

Der Bau von Tennis- und Golfplätzen (Donnerskirchen, Bad Tatzmannsdorf und Stegersbach) wird dem Sporttourismus im Burgenland neue Chancen eröffnen.

Der Radtourismus erfreut sich einer steigenden Beliebtheit. Gut ausgebaute Radwege sind mit der Gastronomie und den kulturellen Einrichtungen zu vernetzen.



Stromversorgung Anfang der 50er Jahre

In Oggau wurde ein „Magnesium-Natrium-Sulfat-Heilwasser“ für Trink- und Badekuren erbohrt. Ein Kurmittelhaus mit Parkanlagen und ein Kurhotel für Erkrankungen des „Magen-Darm-Traktes“ sind geplant.

Die BEWAG - Das energiewirtschaftliche Rückgrat des Burgenlandes

Aufgabe der Landeselektrizitäts-Gesellschaften ist es, die Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie in den einzelnen Bundesländern durchzuführen. Diesen Auftrag, den die BEWAG aufgrund des 2. Verstaatlichungsgesetzes 1947 erhalten hat, bedeutet, daß der Kunde Anspruch auf eine gesicherte Stromversorgung hat. Die BEWAG, die erst seit 1990 im Rahmen der Burgenland Holding AG zu 49 Prozent privatisiert ist, kommt ihren Aufgaben seit dem Jahr 1959 in vorbildlicher Weise nach.

Geographisch und strukturell ist das Burgenland mit keinem anderen Bundesland zu vergleichen. Im hauptsächlich ländlichen Gebiet befinden sich viele kleine Siedlungen. Das Land besitzt so gut wie keine

Ballungszentren, Industrie und Gewerbe sind nur in relativ geringem Maße vorhanden. Dies bringt auch für die Stromversorgung Probleme, hat hohe Kosten zur Folge und macht die Höhe des Strompreises im Burgenland erklärbar.

Ein Leitungsnetz Eisenstadt-Chicago

So mußte die BEWAG ein aufwendiges Stromnetz errichten, das laufend instandgehalten werden muß und eine Länge von mehr als 7700 Kilometern umfaßt. Das entspricht einer Entfernung von Eisenstadt bis nach Chicago. 120.000 Kunden werden über dieses weitverzweigte Netz versorgt, zu dem 16 Umspannwerke, 36 Schalthäuser und 2155 Trafostationen gehören. Zwei Drittel der elektrischen Energie werden an Tarif-

kunden wie Haushalte, landwirtschaftliche Betriebe und Kleinunternehmen abgegeben; ein Drittel an sogenannte Großkunden, zu denen die Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen zählen. Das Verhältnis bei der Stromabgabe zwischen Groß- und Kleinkunden ist in anderen Bundesländern umgekehrt und damit kostengünstiger.

Energie für das Burgenland

Mangels eigener Kraftwerke hat die BEWAG mit der Verbundgesellschaft einen langfristigen Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, der die Versorgung des Burgenlandes mit elektrischer Energie sichert. 90 Prozent des im Burgenland verbrauchten Stroms werden in österreichischen Wasserkraftwerken erzeugt.



Stimmen zur 380-kV-Leitung

„Wer verantwortungsvoll denkt, wird sich für den Bau der 380-kV-Leitung durch das Burgenland entscheiden.“

Handelskammerpräsident Franz Kröpft

„In einer Mitteilung der Großgemeinde Pilgersdorf heißt es, daß der Gemeinderatsbeschuß gegen die Errichtung der 380-kV-Leitung durch das Landschaftsschutzgebiet nach wie vor Gültigkeit hat. Gleichzeitig wird angekündigt, daß die Großgemeinde gegen die Trassenführung der 380-kV-Leitung eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht hat.“

Informationen der Großgemeinde Pilgersdorf

„Als Schlag ins Gesicht der Demokratie“ bezeichnen die Verantwortlichen der Bürgerinitiative Stadtschläining das Verhalten des Gemeinderates nach der Volksbefragung: „Obwohl 55 Prozent der Ortsbewohner gegen eine 380-kV-Hochspannungsleitung über dem Gemeindegebiet gestimmt haben, wurde trotzdem ein Gemeinderatsbeschuß für die Leitung herbeigeführt.“

„Kronen Zeitung“, 26. Juni 1994

Der Stromverbrauch gibt Auskunft über Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Die enorme Steigerung des burgenländischen Stromverbrauches ist ein Beweis für den Aufstieg dieses Bundeslandes.

Erdgasversorgung im Burgenland

Mit dem Aufbau eines Erdgasversorgungssystems im Burgenland wurde 1971 begonnen. Eine vom Land gegründete Gesellschaft wurde beauftragt, den Industrieunternehmen im Raum Neudörf, Mattersburg und Siegendorf mit Erdgas eine wirtschaftliche Alternative zu den Erdölprodukten anzubieten. Im gleichen Jahr wurde in der Gemeinde Neudörf auch das erste Ortsnetz errichtet, um auch den Haushalten der Gemeinde Neudörf den Energieträger Erdgas zur Verfügung stellen zu können.

Die Bezirke Oberpullendorf und Jennersdorf wurden 1995 in das Erdgasversorgungssystem eingebunden. Im Burgenland waren Ende 1995 in 75 Gemeinden rund 27.500 Haushalte an das Netz angeschlossen (45 Prozent der Gesamthaushalte). Nur der Bezirk Güssing ist noch ein „weißer Fleck“ in der Erdgasversorgung des Burgenlandes.

Das Verkehrswesen

Bis 1921 war das Burgenland ein Teil Westungarns. Das Eisenbahnnetz, das Straßennetz und die Wirtschaft im allgemeinen waren naturgemäß nach den Zentren in Ungarn (Budapest, Preßburg, Ödenburg, Steinamanger) orientiert.

Durch die neue Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg wurde aus dem Randgebiet im Westen von Ungarn ein Randgebiet im Osten von Österreich.

Wesentliche Voraussetzung für den Aufbau des Landes war der Ausbau des Straßennetzes. Die Verantwortlichen des Landes haben sehr rasch erkannt, daß es notwendig ist, die Landesteile durch eine durchgehende Straße von Kittsee bis zur Südspitze des Landes zu verbinden.

Die Nord-Süd-Verbindung B 50

1948 wurde der Bau der Nord-Süd-Verbindung begonnen und 1973 stand die B 50 in einer Länge von 219 km zur Verfügung. LHSty Alois Wessely und LH Johann Karall hatten sich um dieses Projekt besonders verdient gemacht.

Anfang der 50er-Jahre mußten im Straßenbau zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möglichst viele Arbeitskräfte, besonders in den Wintermonaten, beschäftigt werden. Aus diesem Grund gab es 1950/51/52 Winterarbeitsprogramme: Waldschlägerungen, Rodungen, Drainagen und Kanalisationen wurden vorgenommen.

Mitte der 50er-Jahre wurden viele Arbeitskräfte im Straßenbau durch den Einsatz von Straßenbaumaschinen und -geräten verdrängt. Schon 1948 wurden die Baulose Kittsee – Gattendorf-Neudorf – Jois – Winden – Breitenbrunn – Donnerskirchen bis Purbach gebaut. Die Baukosten: 17,6 Mio. Schilling.

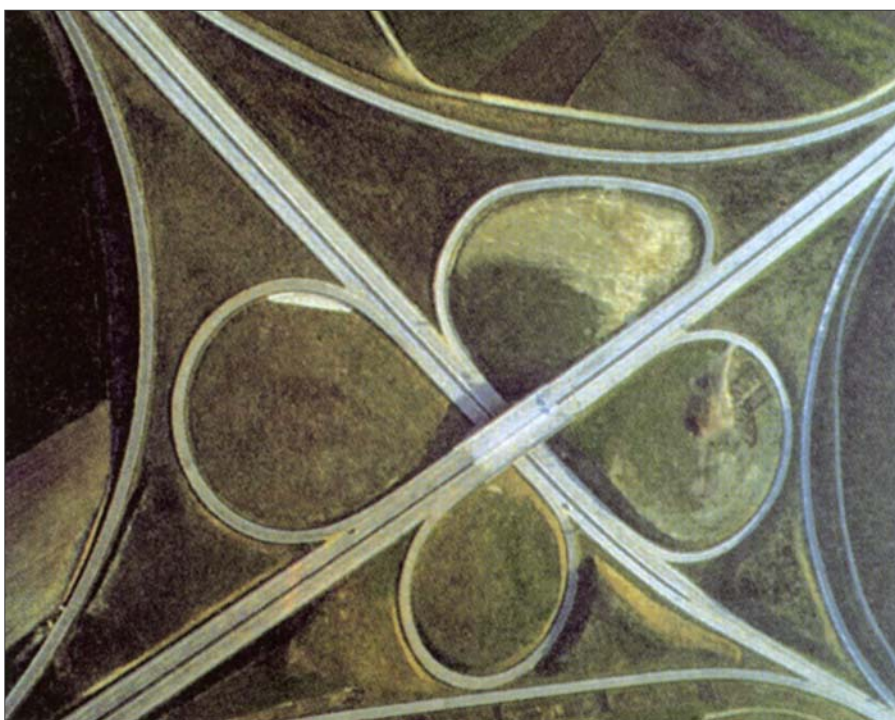
Die jährliche Baulosstrecke betrug 1948-1952 durchschnittlich 1,9 km, zwischen 1968-1972 nur 3,3 km. Seit dem Staatsvertragsjahr 1955 wurde an der Nord-Süd-Verbindung zwischen Eisenstadt – Wulkaprodersdorf – Antau, Weppersdorf – Markt St. Martin – Neutal, Dörfel – Piringsdorf – Bernstein, Güssing (Umfahrung) – Neustift – Heiligenkreuz – Henndorf gearbeitet. In den Jahren 1972/1973 wurde die gesamte Verbindung für den Verkehr freigegeben.

Das hochrangige Straßennetz

Mit dem Bundesstraßengesetz 1971 wurde vom Nationalrat die gesetzliche Grundlage für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes für Österreich und somit auch für das Burgenland beschlossen.



Reisen in den 50er-Jahren



Knoten der Burgenland-Schnellstraße S 31 bei Mattersburg – S 4 / Wiener Neustadt. Der Flächenverbrauch ist enorm!

1983 wurde das Gesetz novelliert. Demnach scheinen folgende Straßenzüge auf:

- A 2 Südautobahn (Pinkafeld – Markt Allhau),
- A 3 Südostautobahn (Knoten Eisenstadt bis zur Leitha),
- A 4 Ostautobahn „Öko-Autobahn“ (Bruck an der Leitha – Grenzübergang Nickelsdorf),
- S 4 Mattersburger Schnellstraße (Abzweigung A 2 / Wr. Neustadt – S 31)
- S 31 Burgenland Schnellstraße (Weppersdorf - Eisenstadt) und die
- B 50 / Neu-Oberwarther Bundesstraße

Die Nord-Süd-Verbindung führt von Kittsee bis nach Kalch. Beim Bau der Straße wurden zwischen Kittsee und Eisenstadt die Ortskerne der Gemeinden nicht berührt, ebenso waren keine Schwierigkeiten bei der Trassenführung zu erwarten.

Außenumfahrungen der Ortschaften konnten zwischen Eisenstadt und Siegraben und zwischen Oberpullendorf und Bernstein gebaut werden. Ortsdurchfahrten gibt es zwischen Siegraben und Oberpullendorf und zwischen Oberwart – Stegersbach – Güssing – Jennersdorf.

Beim Bau mußten Steigungsverhältnisse im Bereich des Siegrabener Sattels und des

Bernsteiner Berglandes überwunden werden. Die Nord-Süd-Verbindung fügt sich besonders im Bereich des Südburgenländischen Hügel- und Terrassenlandes harmonisch in das Landschaftsbild des Burgenlandes.

Bei der Projektierung dieser Verkehrsader war auch zu berücksichtigen, die sieben niveaugleichen Eisenbahnkreuzungen auf Brücken oder Unterführungen zu verlegen.

Mit diesem Ausbau war die Verkehrerschließung innerhalb des Landes weitgehend abgeschlossen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurden 1971 im Bundesstraßengesetz die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dieses nunmehr zur Verfügung stehende Straßennetz mit dem hochrangigen Straßennetz Österreichs und Europas zu verbinden.

Infolge seiner Randlage haben Straßen im Burgenland besondere Bedeutung: Durch das Fehlen von größeren Städten sowie größerer Industriebetriebe waren die BurgenländerInnen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in vielen Gebieten bis zu 80 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt waren, gezwungen, ihren Arbeitsplatz außerhalb des Landes zu suchen: Noch 1981 waren von 111.000 berufstätigen BurgenländerInnen 28.000 Wochen- oder TagespendlerInnen.

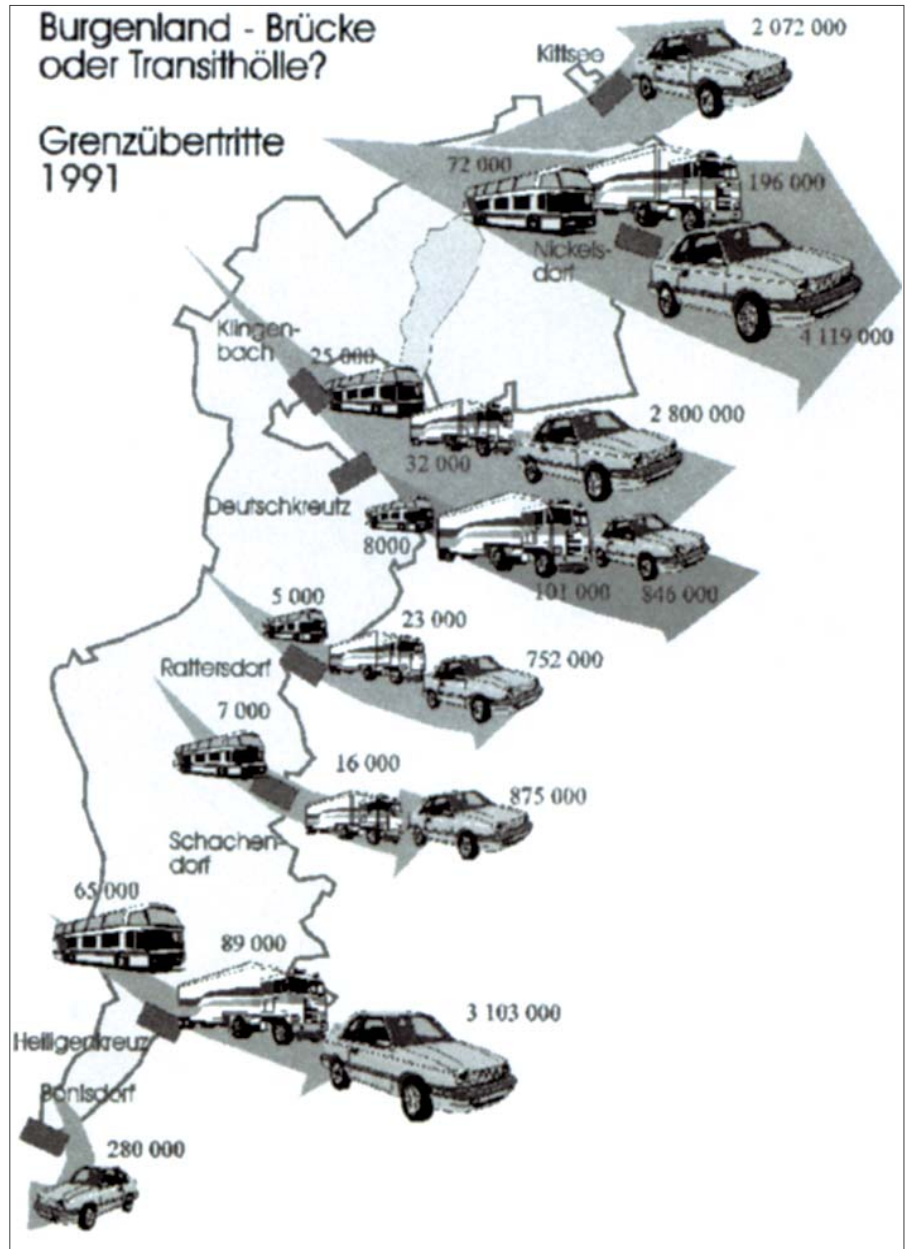
Zahlreiche BurgenländerInnen hatten das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen und einen neuen Wohnsitz in der Nähe des Arbeitsplatzes gesucht. Dies hatte zur Folge, daß viele Randgemeinden an der „toten Grenze“ im mittleren und südlichen Burgenland (z. B. Nikitsch, Moschendorf) zwischen 1960 und 1970 10 - 17 Prozent an Einwohnern verloren haben.

Durch ein gut ausgebautes Straßennetz und dessen Anbindung an die Autobahnen verkürzten sich die Pendlerzeiten. So mancher Wochenpendler wurde zum TagespendlerInnen. Viele Familien sahen ihre Väter jetzt öfter und nicht nur zum Wochenende.

Schnellstraßen und Autobahnen

Der Ausbau des hochrangigen burgenländischen Straßennetzes sollte nach der Ostöffnung 1989 auch mit dem europäischen Hochleistungsstraßennetz abgestimmt werden.

Ostösterreich ist seit dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 keine wirtschafts- und verkehrspolitische „Halbinsel“ mehr. Der Zugang vom und zum ehemaligen kommunistischen Ostblock ist frei. Bei allen Problemen, die diese historische Entwicklung der jüngsten Vergangenheit verursacht hat, bekommt Österreich und damit das Burgen-



Burgenland: Brücke oder Transithölle?

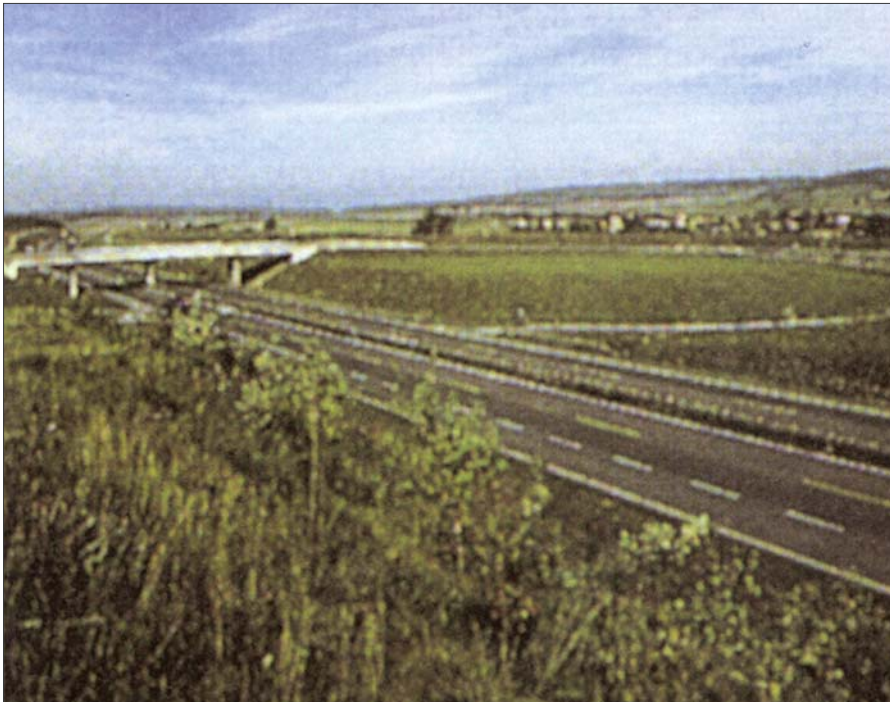
land neue Konsumenten, neue Märkte, neue Wirtschaftsräume und auch höhere Verkehrsbelastungen.

Bundesstraße B 10 – Ostautobahn A 4

Seit der Ostöffnung ist die Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße 10 zwischen Parndorf und Nickelsdorf auf bis zu 26.000 Kraftfahrzeuge pro Tag gestiegen. Der Durchzugsverkehr belastete die Ortschaften so sehr, daß kaum ein Überqueren der B10 für die Bevölkerung möglich war. Diese lawinenartige Verkehrszunahme mit ihren negativen Auswirkungen (1986: 50 Unfälle; 1990: 106 Unfälle) auf die ganze Region hat die Forderung nach einem raschen Ausbau der A4 bei der Anrainerbevölkerung laut werden lassen.

Die Ostautobahn A 4 wurde am 30. Oktober 1994 von Parndorf bis zum Grenzübergang Nickelsdorf eröffnet. Dadurch ist eine direkte Verbindung vom Flughafen Wien-Schwechat bis zum Grenzübergang Nickelsdorf und in der weiteren Folge bis nach Budapest möglich.

Mit der Inbetriebnahme dieser Verkehrsader zwischen Schwechat und Nickelsdorf reduzierte sich an der B10 in den Ortsdurchfahrten Nickelsdorf, Zurndorf, Gattendorf und Parndorf die Verkehrsbelastung um bis zu 80 Prozent, der Rückgang der Schadstoffe erfolgte bis zu 70 Prozent. Eine Lärmreduktion bis zu 35 Prozent in den Orten wird erwartet. Durch LKW Fahrverbote in den Ortsgebieten an der B10 und die Möglichkeit von Straßenrückbauten werden viele



Die neue »Oko-Autobahn« A4

Dörfer wieder verkehrssicherer und menschengerechter.

Hoffnung »Süd-Ost-Spange«

Alle Nebenbahnen des Burgenlandes könnten in Form von „Leitersprossen“ mit der „Süd-Ost-Spange“ und der Südbahn verbunden werden. Unabhängig vom Bau des Semmering Basis - Tunnels würde die „Süd-Ost-Spange“ für das Burgenland eine Entlastung der Straße und die Verlegung des Güterverkehrs (im kombinierten Güterverkehr) auf die Schiene bringen.

Bei den großen Bahnhöfen (Oberwart, Oberpullendorf, Mattersburg und Eisenstadt) gäbe es für die Autofahrer die Möglichkeit, das „Park and Ride“-System anzunehmen und auf den Zug umzusteigen („Zug der Zeit erkennen“). Ein Kaufkraftzuwachs im Burgenland wäre die Folge.

Serie

Teil 1: Von den Jägern und Bauern der Steinzeit bis zum Niedergang des Römischen Reiches
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_092.htm

Teil 2: Vom beginnenden Frühmittelalter bis zu Andreas Baumkircher, dem Herrn von Schläining.
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_093.htm

Teil 3: Von der Periode der Türken- und Kuruzzenkriege (1529-1711) bis zur Gegenreformation im 17. Jhd
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_094.htm

Teil 4: Vom Leben im 18. Jahrhundert bis zum anbrechenden Industriezeitalter
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_096.htm

Teil 5: Von Industrie und Gewerbe im 19. Jahrhundert, der einsetzenden Auswanderung und vom Beginn der Sommerfrische
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_097.htm

Teil 6: 19. Jahrhundert – das Land im Zeichen politischer Umgestaltung
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_098.htm

Teil 7: 20. Jahrhundert – vom Ersten Weltkrieg bis zur Zeit unter dem Kruckenkeuz
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_100.htm

Teil 8: Die Zwischenkriegszeit
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_101.htm

Teil 9: Burgenland im Krieg
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_102.htm

Teil 10: Burgenland und die EU
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_103.htm



Der Verlauf der »Süd-Ost-Spange« durch das Burgenland
 Die projektierte »Süd-Ost-Spange« (»Kukuruzbahn«) von Wien – Schwechat – Eisenstadt – Oberwart – Graz – Klagenfurt – Villach in den oberitalienischen Industrieraum ist eine als »Eisenbahn-Hochleistungsstraße« geplant. Die Verknüpfung der »Süd-Ost-Spange« mit dem Industrieraum Bratislava (Preßburg), mit der Ostbahn Richtung Budapest, mit dem Gewerbepark Siegendorf / Sopron – Güns – Steinamanger usw. ergäben für das Burgenland neue Entwicklungschancen.

Bildnachweis

Leopold Banny, Lackenbach; Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt; Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt; Michael Floiger, Loipersbach; GRU-Mediathek Lutzmannsburg, Fotoarchiv Atelier am Berg, Mattersburg; Hugo Huber, Weiden am See, Fotostudio Muik, Güssing; Gerhard Mollay, Neusiedl am See.

LH Durnwalder auf Wien-Besuch

»In Sachen Autonomie noch nicht Alarm schlagen, dafür aber detailliert informieren«: Dies war die Absicht von von Südtirols Landeshauptmann, der in Wien von Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger empfangen worden ist.

Die Folgen von Sparpaket und Liberalisierungen für Südtirols Autonomie hat Landeshauptmann Luis Durnwalder am 18. Jänner in Wien mit Vizekanzler Michael Spindelegger diskutiert. Die Marschroute: Südtirol wird selbst mit Rom verhandeln, sollten danach aber noch Autonomie-Bestimmungen verletzt werden, hoffe man auf Unterstützung von seiten Österreichs. Beraten wurde zudem über den Brenner Basistunnel und Doppel-Paß.

Zuallererst ging es beim Treffen Durnwalders mit dem österreichischen Vizekanzler und Außenminister um die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation in Rom. „Ich habe den Vizekanzler über die Auswirkungen des Sparpakets auf Südtirol informiert und ihm versichert, daß wir in jedem Fall selbst über unseren Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts mit Rom verhandeln werden“, so der Landeshauptmann, der allerdings betonte: „Worauf die Landesregierung aber besteht, ist, daß es solche Verhandlungen überhaupt gibt.“

Die selbe Ausgangslage gebe es auch bei den Auswirkungen der weitreichenden Liberalisierungen, die die Regierung Monti ins Auge gefaßt hat. „Da reden wir über Bereiche, in denen ganz klar unsere Autonomiebestimmungen verletzt worden sind“, so Durnwalder. Auch hier gelte es demnach, zunächst das direkte Gespräch mit Ministerpräsident Mario Monti zu suchen, um diese Brüche von Statut, Paketregelungen und Mailänder Abkommen aus der Welt zu schaffen. „Sollten auch nach den Verhandlungen mit Rom aber Bereiche übrig bleiben, in denen der Staat grundlegende Autonomiebestimmungen verletzt, so habe ich heute um die entsprechende Unterstützung Wiens ersucht“, so der Landeshauptmann, der von Spindelegger darüber informiert worden ist, daß dieser schon bald zu Besuch in Rom sein werde. „Bei diesem Besuch wird auch die Südtiroler Autonomie ein Thema sein“, so Durnwalder.

Zweites großes Thema, das der Landeshauptmann mit dem österreichischen Vizekanzler besprochen hat, war jenes des Ausbaus der Eisenbahnachse über den



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (l.) beim freundschaftlichen Treffen mit Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder in Wien

Brenner. „Ich habe Spindelegger gegenüber betont, wie wichtig es ist, daß die Arbeiten zum Ausbau der Bahntrasse nicht ins Stocken geraten“, so Durnwalder. Der Ausbau der Brennerachse und der Bau des Brennerbasistunnels (BBT) sei schließlich nicht nur eine Angelegenheit, die Italien und Österreich allein betreffe, sondern eine Frage europäischen Rangs. „Das hat die EU auch schon konkret durch die Bereitstellung umfangreicher Geldmittel unterstrichen“, so der Landeshauptmann, der hofft, daß diese Zusagen nicht durch Rückzieher einzelner Staaten in Gefahr geraten. Spindelegger habe ihm indes versichert, daß Österreich zu seinen Verpflichtungen beim Ausbau der Brennerachse stehe, was der Vizekanzler auch beim Treffen mit Ministerpräsident Monti bestätigen werde. Österreich prüfe allerdings, ob bei diesem Bauvorhaben Einsparungen erreicht werden könnten.

Spindelegger: „Die Zukunft des Projekts ist nicht gefährdet“, erklärte er. Es gehe le-

diglich um die Frage, ob es einen Spielraum für Einsparungen bei der technischen Realisierung gebe, erklärte er. Über diese Zusage zeigte sich Durnwalder „glücklich“, da das Projekt für Südtirol „sehr, sehr wichtig“ sei, wie er erklärte.

Zur Sprache kam heute schließlich auch die Frage nach einer eventuellen doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler. „Ich wollte beim Außenminister in Erfahrung bringen, inwieweit es auf die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft Antworten gebe, nachdem ich weiß, daß Österreich die Angelegenheit eingehend prüft“, so Durnwalder. Spindelegger habe ihm erklärt, daß er das Thema sowohl im Lichte der österreichischen Regelungen, als auch in jenem internationaler Konventionen prüfen lasse, daß ein Ergebnis dieser Überprüfungen aber noch ausstehe.

„Auch die neue italienische Regierung hat sich an die Autonomie zu halten“, erklärte Spindelegger nach dem Treffen in Wien

Aus Südtirol

Foto: Dragan Tatic/HBF



Bundespräsident Heinz Fischer (r.) im Gespräch mit Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder in der Wiener Hofburg

vor Journalisten. „Wenn notwendig, werde ich auch meine Stimme in Rom erheben“, so Spindelegger.

Nach seinem Treffen mit dem Außenminister sowie einem Vortrag zur Südtirol-Autonomie vor der von Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel geleiteten „Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen“ war Landeshauptmann Durnwalder am Nachmittag in der Hofburg zu Gast bei Bundespräsident Fischer. (*Lesen Sie über diesen Vortrag in der „Österreich Journal“ Ausgabe 105, die ab dem Abend des 1. März verfügbar sein wird.*) Die Themen des rund einstündigen Gesprächs waren die selben, wie jene beim Treffen mit Spindelegger, allen voran die Pläne der Regierung Monti zu Sparen und Liberalisierung sowie der Ausbau der Eisenbahnachse über den Brenner.

Was ersteres Thema betrifft, hat der Landeshauptmann das Treffen in erster Linie genutzt, um den Bundespräsidenten über die Auswirkungen zu informieren, die die Haushaltssanierung der Regierung Monti auf Südtirol haben werden. „Es ging in keinsten Weise darum, wegen eines Angriffs auf die Autonomie Alarm zu schlagen“, so Durnwalder. Vielmehr habe er den Bundespräsidenten darüber informiert, in welchen Bereichen Gefahren lauerten und wie man diese zu beseitigen gedenke. „Es geht in erster Linie darum, daß wir Ministerpräsident Monti von der – auch verfassungsrecht-

lichen – Bedeutung unserer Autonomie überzeugen“, so der Landeshauptmann. Diese Aufgabe werde zunächst die Südtiroler Politik zu übernehmen haben. Erst im Falle eines Scheiterns in den Verhandlungen mit Monti wolle man sich an Wien wenden. „Für diesen Fall hat uns der Bundespräsident seine Unterstützung zugesagt.“

Zweites Thema war auch hier der Ausbau der Eisenbahnachse über den Brenner, deren technische Umsetzung (samt Möglichkeiten zu Einsparungen) von österreichischer Seite geprüft werden soll. „Ich habe den Bundes-

präsidenten noch einmal über die Position der Südtiroler Landesregierung informiert, die nach wie vor davon überzeugt ist, daß es zum BBT keine Alternative gibt“, so Durnwalder, der eine technische Überprüfung durchaus verstehen kann, aber gleichzeitig darauf drängt, daß die Arbeiten nicht unterbrochen werden. Der Bundespräsident habe ihm gegenüber indes betont, daß er nicht die Bundesregierung ersetzen könne, daß er aber dafür sei, daß internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen eingehalten würden. ■ <http://www.provinz.bz.it>

2012 ist das Jahr der Autonomiejubiläen

Vor 40 Jahren, am 20. Jänner 1972, ist das im Paket ausverhandelte neue Autonomiestatut in Kraft getreten und vor 20 Jahren, am 19. Juni 1992, haben die UNO-Botschafter Italiens und Österreichs dem UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali die „Streitbeilegungserklärung“ überreicht.

In den 40 Jahren der Südtirol-Autonomie haben sich Gesellschaft, Verwaltung, die politische Landschaft und das politische Standing Südtirols radikal geändert: „Unser Land hat heute am wenigsten Arbeitslose in Europa, keine Schulden und das höchste Bruttoinlandsprodukt in Italien. Aber: Die Autonomie ist heute für den Großteil der Südtiroler Bevölkerung, vor allem für die Jugend, zur Selbstverständlichkeit geworden, über die – gerade weil selbstverständlich – nicht mehr

nachgedacht wird und die nur dann thematisiert wird, wenn sie bedroht zu sein scheint. Es ist schade, daß die Vorteile der Autonomie vielen Mitbürgern offenbar nicht bewußt sind“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

Die Landesregierung nimmt die beiden Jubiläen in den kommenden Monaten zum Anlaß, um den Weg Südtirols in den vergangenen 40 Jahren nachzuzeichnen und eine Standortbestimmung vorzunehmen. Die Erinnerung an 1972 und 1992 soll dabei auf kein zentrales, publikumswirksames Event gelenkt werden, sondern aus einem Bündel von Veranstaltungen, Publikationen und Begleitmaßnahmen bestehen, die alle Bevölkerungsschichten, vor allem die Jugend, erreichen. ■

Südtiroler treffen sich in London

Ehregast Rudi Unterthiner aus Vancouver angereist.



Foto: braindock

V.l. Armin Hilpold, Josef Reiterer, Gottfried Pollinger, Anita Hohenegger, Rudi Unterthiner, Kurt Kuen, Alexander von Egen und Christian Girardi stoßen gemeinsam auf das erfolgreiche abgehaltene – und auch auf zukünftige – Treffen in London an.

Am 21. Januar war es wieder soweit mit dem traditionellen Treffen der SüdtirolerInnen in Großbritannien: Mehr als 180 von ihnen sind der Einladung von Hotelierslegende Kurt Kuen ins Victoria Park Plaza Hotel gefolgt. Diesjähriger Ehregast war Schönheitschirurg Rudi Unterthiner.

Durch das jährliche Südtirolertreffen und mithilfe des Netzwerks Südstern haben sich die in Großbritannien lebenden SüdtirolerInnen ein großartiges Netzwerk aufgebaut, welches zahlreiche Freundschaften und geschäftliche Beziehungen mit sich gebracht hat. Vor allem die gegenseitige Unterstützung zeichnet die Wahlengländer aus, viele gemeinsame sportliche Aktivitäten und gesellige Abende werden organisiert.

Zum 21. Mal organisiert der gebürtige Brixner Kurt Kuen das traditionelle Treffen der SüdtirolerInnen in Großbritannien. Er lebt seit mehr als 40 Jahren in England und war zuletzt als Senior Vice President der Park Plaza Hotels Europe tätig. Die Hotelierslegende ist zwar seit Ende Dezember im

Ruhestand, hat aber keinerlei Absichten, sich beruflich zurückzuziehen. Stattdessen gründete Kuen seine eigene Firma und stellt nun in seiner Funktion als Berater seine langjährigen Fachkenntnisse den Hotelbetrieben zur Verfügung.

„Wir Südtiroler im Ausland sind stolz auf unsere Wurzeln und freuen uns, uns einmal im Jahr in London zu treffen und unserer Botschafter-Rolle gerecht zu werden“, so Kuen. Ihm zur Seite stand Südstern und das Organisationsteam bestehend aus den Wahlengländern Felix Piazza, Stephan Kofler und Anita Hohenegger, welche über ihre Firma Travel to Talk Sprach- und Kulturreisen nach London organisieren.

Ehregast des 21. London Events war der gebürtige Sterzinger Rudi Unterthiner, welcher seit 1957 in den USA lebt, wo er als Schönheitschirurg Karriere machte. Er lebt heute zusammen mit seiner Frau Linda, einer Shoshone-Ute Indianerin, auf Quadra Island nahe Vancouver wo er einen Indianerstamm betreut. „Es ist mir eine besondere Freude

und Ehre, heute zum ersten Mal dem traditionellen Südtirolertreffen in London beizuwohnen und den vielen Landsleuten in diesem besonderen Rahmen von meinem ereignisreichen Leben zu erzählen“, so Rudi Unterthiner.

Angereist sind auch Vertreter aus der Heimat und Auslandsüdtiroler aus anderen Teilen der Welt. Darunter Erich Achmüller (Vorsitzender der Südtiroler in der Welt), Armin Hilpold (Präsident Südstern) sowie der Südstern-Mitbegründer und Gründer des Global Forum Südtirol, Christian Girardi.

Unterstützt wurde das Event von der Kellerei Nals Margreid/Entiklar, der Spezialbrauerei Forst, der Sektellerei Arunda Vivaldi, Spedition Brigl, Mila/Milkon, Menz & Gasser, SMG und der EOS. Für musikalische Unterhaltung sorgten bis in die frühen Morgenstunden die „Südtiroler Mander“, die aus Villnöss eingeflogen worden waren. „Organisatoren und Sponsoren gilt mein besonderer Dank“, so Kuen abschließend. ■ <http://www.globalforum-suedtirol.com>

Martin Schulz ist neuer Präsident des EU-Parlaments

Die EU-Abgeordneten haben Martin Schulz zum neuen Parlamentspräsidenten mit 387 Stimmen von 670 abgegebenen Stimmen gewählt. Der 56jährige deutsche Europaabgeordnete wird dem Europäischen Parlament bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode im Juli 2014 vorstehen.



Foto: Europäische Union 2012 EP

Der soeben gewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (l.), bei seiner ersten Rede in dieser Funktion

Martin Schulz sagte in einer kurzen Ansprache nach der Abstimmung im Plenum in Straßburg: „Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich die Menschen in Europa weniger für institutionelle Debatten interessieren – sie sorgen sich viel mehr um die Zukunft ihrer Kinder, ihre Arbeitsplätze, ihre Rente, um soziale Gerechtigkeit. [...] Denn hier ist der Ort, an dem die Interessen der Menschen vertreten werden.“

Schulz warnte, daß „zum ersten Mal seit ihrer Gründung ein Scheitern der Europäischen Union zum realistischen Szenario“ werde. „Unsere Interessen lassen sich nicht mehr von jenen unserer Nachbarn trennen; auf der Einsicht, daß die EU eben kein Nullsummenspiel ist, in dem einer verlieren muß, damit ein anderer gewinnt. Es ist genau

umgekehrt: Entweder verlieren wir alle – oder wir gewinnen alle. Die elementare Regel dafür ist die Gemeinschaftsmethode. Sie ist kein technischer Begriff sondern die Seele der Europäischen Union!“

In den vergangenen zwei Jahren bedeuteten die Treffen der Regierungschefs, daß „im Grunde auch die nationalen Volksvertreter zu Erfüllungsgehilfen degradiert werden. Sie dürfen die im Brüssler Kämmerlein getroffenen Regierungsverabredungen nur mehr durchwinken: das Europäische Parlament wird nicht tatenlos zusehen, wie dieses Verfahren fortgeführt wird.“ Schulz sagte: „Das zwischenstaatliche Abkommen über eine neue Fiskalunion ist der erste Testfall.“

„Wer die Werte unserer Grundrechtecharta verletzt, muß mit unserem Widerstand

rechnen. Dazu sind wir als Parlament gemeinsam verpflichtet“, sagte Schulz.

Vollständige Abstimmungsergebnisse

Nach der Geschäftsordnung des Parlaments muß ein Kandidat, um gewählt zu werden, die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten, also 50 Prozent plus eins. Leere oder ungültige Stimmzettel werden bei der Berechnung der erforderlichen Mehrheit nicht gewertet.

Die Ergebnisse des ersten und einzigen Urnengangs:

- Abgegebene Stimmen: 699
- Leere oder ungültige Stimmen: 29
- Gültige abgegebene Stimmen: 670
- Absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, um zu gewinnen: 336

Europa



Foto: Europäische Union 2012 EP

Standing ovations für den neuen Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, nach Bekanntgabe des Ergebnisses

Stimmenauszählung

- Martin Schulz (S&D, DE) 387: Schulz wurde ordnungsgemäß zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.
- Nirj Deva (EKR, UK): 142
- Diana Wallis (ALDE, UK): 141

Reaktionen der Fraktionssprecher

Nach der Antrittsrede des neugewählten Präsidenten Schulz ergriffen die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden das Wort. Die meisten Fraktionen verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diese Präsidentschaft die Rolle der Europäischen Union und des Parlaments stärken werde, während einige wenige ihre Meinungsunterschiede zu den in der Antrittsrede vorgebrachten Ideen hervorhoben.

Im Namen der EVP beglückwünschte deren Vorsitzender Joseph Daul (FR) Schulz zur Wahl und meinte: „Sie müssen sich, aus unserer Sicht, drei vorrangige Ziele setzen: die Gemeinschaftsmethode verteidigen, für die Gemeinschaftsmethode eintreten und die Gemeinschaftsmethode retten.“ Daul hob hervor: „Nichts ist wichtiger als unseren Bürgern zu zeigen, daß der Euro eine starke und dauerhafte Währung ist und wir das tun, was wir bei seiner Einführung schon hätten tun sollen: für politische und wirtschaftliche Koordinierung zu sorgen.“

Die Vizepräsidentin der S&D-Fraktion,

Maria Badiá i Cutchet (ES), erklärte: „Es ist dringend notwendig, daß der neue Präsident die Rolle des Parlaments stärkt. Angesichts der jüngsten Debatten über den neuen zwischenstaatlichen Vertrag wird dies überdeutlich. Wir müssen sicherstellen, daß alle künftigen Aktionen dem Prinzip demokratischer Teilnahme und somit der Gemeinschaftsmethode gehorchen.“

Guy Verhofstadt (BE), Vorsitzender der ALDE-Gruppe sagte: „Ich will einen Präsidenten, der für die EU kämpft, [...], der den Mitgliedsstaaten die Wahrheit erklärt, daß wir die Europäische Union nur durch eine politische, wirtschaftliche und Fiskalunion retten können“, mit einem Parlament, das in der Lage ist, „den Weg aus der Krise zu weisen und daß Europa die Lösung ist.“

Rebecca Harms (Grüne/EFA, DE) erklärte mit Blick auf die dem Parlament bevorstehenden Herausforderungen, daß ein neuer Ansatz notwendig wäre, um die gesetzten Ziele mit mehr Nachdruck zu verfolgen. Schulz möge sich nicht der Diplomatie hingeben, sondern den rauen Tonfall beibehalten, wenn er mit Barroso, Van Rompuy, Merkel und Sarkozy diskutiere, meinte Harms.

Martin Callanan (UK) sagte zu Schulz im Namen der EKR-Gruppe, daß seine Gruppe zwar „mit vielen Dingen, die sie heute Vormittag gesagt haben, nicht einverstanden

ist [...], aber faire Zusammenarbeit gewährleisten“ werde. Er hob hervor, daß die erste Aufgabe des neuen Parlamentspräsidenten die Vertretung des Parlaments beim nächsten Europäischen Gipfeltreffen ist.

Kartika Tamara Liotard (NL), Vizepräsidentin der VEL/NGL-Gruppe meinte zu Martin Schulz: „Schade, daß Sie keine Frau sind!“, und fügte hinzu: „Manche Leute haben Sie gewählt, weil sie wissen, daß Sie ein harter Kämpfer sind und ich glaube, daß das Parlament in der Krise eine große Rolle einzunehmen hat.“ Er solle „sicherstellen, daß es mehr Transparenz in den Verhandlungen“ zum Fiskalpakt.

Nigel Farage (EFD, UK) fragte: „Welche Art von Präsident Schulz werden wir bekommen? Einen ruhigen Sprecher [...] oder den Schulz, den wir bereits kennen: wütend, intolerant gegenüber jedem mit einer anderen Meinung, anti-britisch und der den freien Markt nicht mag?“ Abschließend sagte er: „Wir wollen ein Europa des Handels, keine Supermacht.“

<http://www.europarl.europa.eu>

Über die neuen Positionen, die die Österreichischen EU-Abgeordneten Othmar Karas und Hannes Swoboda im Europäischen Parlament nun eingenommen haben, lesen Sie auf der Seite 23.

Erfreuliche Zahlen aus dem Tourismus

Mit 126 Mio. Nächtigungen um 0,8 % über dem Vorjahresniveau – Ankünfte erreichen mit 34,6 Mio. neuen Rekordwert

Im Kalenderjahr 2011 lag laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria die Anzahl der Nächtigungen mit insgesamt 125,98 Mio. um 0,8% über jener des Vorjahres. Dieser Wert wurde nur in den Jahren 1991, 1992 (Allzeitrekordwert mit 130,42 Mio. Nächtigungen), 1993 und 2008 übertroffen.

Mit 35,28 Mio. Nächtigungen erreichten die inländischen Gäste wieder ein neues Höchstniveau und lagen um rd. 245.300 Nächtigungen bzw. +0,7% über dem Vorjahr; die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste belief sich auf 90,69 Mio. (0,9% gegenüber 2010) – nach 2008 mit 92,84 Mio. der zweitbeste Wert seit 16 Jahren. Mit insgesamt 34,62 Mio. Ankünften wurde der bisherige Rekordwert aus dem Vorjahr (33,39 Mio.) um 1,22 Mio. Ankünfte übertroffen (+3,6%). Die Zahl der inländischen Gästeankünfte, die 2007 mit 10,37 Mio. erstmals die 10-Millionen-Marke überschritten hatte, erhöhte sich im Jahr 2011 weiter auf ein neues Höchstniveau von 11,61 Mio. (+2,0%). In den vergangenen 50 Jahren konnte die Zahl der Ankünfte jährlich um durchschnittlich +2,9% zulegen, während die durchschnittliche jährliche Zunahme bei den Nächtigungen mit +2,0% etwas geringer ausfiel. Dem langjährigen Trend entsprechend verringerte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter: Vor 50 Jahren lag sie noch bei 5,7 Nächten, im Jahr 2011 nunmehr bei 3,6.

Verzeichnete man zu Beginn der 1980er Jahre noch mehr als 65 Mio. Nächtigungen deutscher Gäste, waren es im Kalenderjahr 2011 um knapp ein Drittel weniger (47,37 Mio.; -1,6% im Vergleich zu 2010). Auch bei Gästenächtigungen anderer wichtiger Herkunftsländer waren im Vergleich zu 2010 Rückgänge zu erkennen, so bei Gästen aus Großbritannien (-4,6%), aus Italien (-0,2%), aus Dänemark (-3,4%), aus den USA (-3,2%) oder aus Schweden (-1,0%). Dennoch konnten diese Nächtigungseinbußen von Gästen anderer wichtiger Herkunftsmärkte kompensiert werden, so von Gästen aus der Schweiz (+12,6%), aus Frankreich (+2,7%) oder aus Belgien (+4,1%). Überdurchschnitt-

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut:	Veränderung		Absolut:	Veränderung		Absolut:	Veränderung	
	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000	In 1.000	in %	in 1.000
In allen Unterkunftsarten									
In Österreich insgesamt	23.005,0	4,5	990,6	11.612,6	2,0	227,7	34.617,6	3,6	1.218,3
Ausgewählte Herkunftsländer									
Deutschland	10.925,1	2,0	214,2						
Niederlande	1.643,4	1,6	25,9						
Schweiz	1.198,5	13,8	145,3						
Italien	1.087,1	1,8	19,2						
Vereinigtes Königreich	708,9	-3,1	-22,7						
In gewerblichen Beherbergungsbetrieben (=Hotels und gewerblich. Ferienwhg.)									
In Österreich insgesamt	18.041,3	5,0	859,1	9.188,8	2,0	180,2	27.230,1	4,0	1.039,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Beherbergungsstatistik. Erstellt am 26.01.2012.

Vorläufige Ankunftsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Kalenderjahr 2011

liche Zuwächse erreichten die Nächtigungen von Gästen aus Ländern des zentral- und osteuropäischen Raums (CEE), wobei insbesondere Gäste aus Rußland deutlich häufiger nächtigten als noch im Jahr 2010 (+25,6%), ebenso Gäste aus der Tschechischen Republik (+5,3%), aus Polen (+6,7%), aus Ungarn (+6,0%) oder aus Rumänien (+3,8%).

Die Zahl der Nächtigungen in Hotels und ähnlichen Betrieben entwickelte sich positiv: 5-/4-Stern-Betriebe (+1,9%) konnten die höchsten relativen Zunahmen erzielen, 3-Stern-Hotels erreichten Zunahmen von 1,2%. Knapp 71% aller Nächtigungen fanden in Hotels und ähnlichen Betrieben bzw. in gewerblichen Ferienwohnungen statt. Einem langjährigen Trend folgend reduzierte sich die Zahl der Nächtigungen in 2-/1-Stern-Betrieben (-1,5%) und in Privatquartieren (-3,9%). Nächtigungen in privaten Ferienhäusern bzw. -wohnungen blieben weitgehend unverändert (-0,2%). Mit Ausnahme von Vorarlberg (-2,5%) und Tirol (-0,2%) konnten alle Bundesländer Nächtigungszuwächse erzielen, die relativ höchsten entfielen dabei auf Wien (+5,0%), Oberösterreich (+3,3%) und Niederösterreich (+3,2%).

Dezember: neuer Rekord bei Gästezahl

Das Nächtigungsergebnis für Dezember 2011 war insgesamt, beeinflusst durch die

ungünstige Feiertagskonstellation, mit 9,34 Mio. um 2,5% rückläufig. Der Rückgang ist dabei auf ausländische Gästenächtigungen (-4,1% auf 7,20 Mio.) zurückzuführen, während die Zahl der inländischen Gästenächtigungen auf 2,14 Mio. zunahm (+3,5%). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Ankünfte um 4,6% auf 2,76 Mio. (Inländer: +5,2%, Ausländer: +4,3%), was, bezogen auf die Zahl der Gäste, einen neuen Rekord bedeutet.

Vor allem deutsche Gäste, die einen Anteil von 40,2% an den Gesamtnächtigungen erreichten, nächtigten im Dezember 2011 um 4,8% weniger als noch im Vorjahr, die Zahl der niederländischen Gästenächtigungen war um fast ein Viertel rückläufig (-23,6%). Der dritt wichtigste ausländische Herkunftsmarkt Italien entwickelte sich hingegen positiv (+5,2%).

November bis Dezember: 4,2% mehr Ankünfte, 0,7% weniger Nächtigungen

Im ersten Drittel der Wintersaison 2011/2012 (November und Dezember 2011) nahm – maßgeblich beeinflusst vom Dezemberergebnis – die Zahl der Nächtigungen um 0,7% auf 13,32 Mio. ab, jene der Ankünfte stieg um 4,2% auf 4,32 Mio. Die Zunahme der Nächtigungszahl von inländischen Gästen lag bei 2,5% (4,01 Mio.), ausländische

Wirtschaft

Gäste nächtigten um 2,0% (9,31 Mio.) weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Entscheidend für die Entwicklung der gesamten Wintersaison sind allerdings die Monate Jänner und Februar, die fast 50% der Winternächtigungen generieren.

Mitterlehner: Das ist das »echte« Rating für unsere Tourismuswirtschaft

Tourismusminister Reinhold Mitterlehner zieht eine positive Bilanz über das erfolgreiche Tourismus-Jahr 2011 und ist auch für 2012 optimistisch: „Der neue Gästerekord und das Nächtigungs-Plus zeigen, daß das Urlaubsland Österreich auch in wirtschaftlich turbulenten Zeiten an Attraktivität gewinnt. Das ist das ‚echte‘ Rating für unsere Tourismuswirtschaft. „Obwohl der Wettbewerb mit anderen Destinationen härter wird, bewähren sich unsere Tourismusbetriebe dank ihrer Innovationen, der richtigen Marketing-Schwerpunkte und guter Rahmenbedingungen am Standort Österreich. Daher können wir auch für heuer optimistisch sein“, so Mitterlehner.

Die Ankünfte sind 2011 um 3,6% auf 34,6 Millionen gestiegen, die Zahl der Nächtigungen um 0,8% auf insgesamt rund 126 Millionen. „Besonders erfreulich ist, daß die Nächtigungen der inländischen Gäste mit 35,3 Millionen einen neuen Höchstwert erreicht haben. Damit bleibt viel Kaufkraft im Land“, betont Mitterlehner. Maßgeblich zum guten Ergebnis beigetragen hat auch der boomende Städtetourismus, wie die Rekorde in Wien, Salzburg und Linz bestätigen.

Bei den ausländischen Gästen konnten Rückgänge in traditionellen Herkunftsmärkten durch Zuwächse aus anderen Ländern überkompensiert werden. „Der Schwerpunkt im Tourismus-Marketing liegt weiterhin auf den wichtigen großen Märkten wie Deutschland und Niederlande, aber gleichzeitig wollen wir die Potentiale in neuen Herkunftsmärkten in Osteuropa, China, Indien oder dem arabischen Raum stärker nützen“, so Mitterlehner. Den Erfolg dieser Diversifizierungs-Strategie der Österreich Werbung und der anderen Tourismus-Stakeholder untermauern die starken Zuwächse aus mittel- und osteuropäischen Märkten wie zum Beispiel Rußland: So nächtigten im Vorjahr um 25,6 Prozent mehr russische Gäste in Österreich.

Schenner: Tourismus – Rettungsschirm der heimischen Wirtschaft!

Nachdem bereits Salzburg Stadt und Wien über das Tourismusjahr 2011 jubelten und

Tirol für die laufende Wintersaison den „besten Winterstart aller Zeiten“ meldete (siehe unten, Anm.), sind seitens der Statistik Austria auch die aggregierten, vorläufigen Zahlen für das Tourismusjahr 2011 bekanntgegeben worden. Demnach wurde nach 1991, 1992, 1993 und 2008 das fünfbeste Ergebnis aller Zeiten registriert. Die Begründung liefert Hans Schenner, Obmann der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ): „Mitte der 1990er Jahre boomten die Billig-Airlines und damit auch günstige Urlaubs-Pauschalangebote im Ausland. Mehr Österreicher als je zuvor machten damals Urlaub im Ausland. Deshalb kam es nach 1993 zu spürbaren Rückgängen vor allem in der Sommersaison. Umgekehrt kommen nun aber wieder mehr internationale Gäste nach Österreich. Unterm Strich paßt die Rechnung. Jeder soll dort Urlaub machen, wo es ihm Spaß macht. Unsere Reiseveranstalter und Reisebüros leisten hervorragende Arbeit!“, so Schenner. Lagen die 2011er-Nächtigungen der inländischen Gäste mit 35,28 Mio. um rd. 245.300 Nächtigungen bzw. +0,7% über dem Vorjahr, haben auch die Nächtigungen der internationalen Gäste mit 90,69 Mio. um 0,9% gegenüber 2010 zugenommen. „Die Verluste des Krisenjahres 2009 haben wir aber noch nicht kompensiert. 2008 lagen die Nächtigungen der internationalen Gäste bei 92,84 Mio.“, resümiert Schenner.

Erfreulich ist der Anteil der internationalen Gästenächtigungen mit 72 Prozent. Dadurch wird der Tourismus auch 2011 einen Überschuß für die Exportbilanz beisteuern. „Ich rechne damit, daß wir wieder über 6 Mrd. Euro Überschuß aus dem Reiseverkehr in die heimische Leistungsbilanz einzahlen können und damit das prognostizierte Minus in der Handelsbilanz ausgleichen werden“, so Schenner. Die Leistungsbilanz wird von der Nationalbank (ÖNB) im April präsentiert. Auch beim Thema Arbeitsmarkt wird der Tourismus in der laufendenden Wintersaison wieder für ein Beschäftigungsplus sorgen. Im Dezember 2011 wurde im Hotel- und Gastgewerbe ein Rekordbeschäftigungsstand von 203.715 Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte und Lehrlinge) erreicht. Das sind um 5.184 Personen (oder 2,6%) mehr als im Dezember 2010: „Unsere Jobs sind nicht nur krisensicher, sondern auch mit Standortgarantie. Die heimische Tourismus- und Freizeitwirtschaft produziert heimattreu in Österreich und kann nicht, so wie andere, die Produktion ins Ausland aus-

lagern“, betont Schenner. Nach Berechnungen des WIFO hängt jeder 5. Vollzeitarbeitsplatz direkt oder indirekt von der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ab.

Für die Tourismuswerbung zeichnet Österreichs oberster Touristiker ein klares Bild: „Die Österreich Werbung (ÖW) und die Landestourismus-Organisationen leisten hervorragende Arbeit in Österreich und auf unseren Kernmärkten wie Deutschland und den Niederlanden. Darüber hinaus ist es aber wichtig, die Aktivitäten in Osteuropa und auf den Fernmärkten zu intensivieren. Gerade der Städtetourismus hat heuer gezeigt, daß die größten Steigerungsraten auf diesen Märkten zu erzielen sind. Weltweite Präsenz ist unser Ziel!“

Optimismus macht bei den Erträgen halt

Für das Tourismusjahr 2012 bleibt der Spartenobmann optimistisch, bremst jedoch die Euphorie bei den Erträgen. Die Bundessparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft hat mit dem market-Institut zum Jahreswechsel über 1000 Betriebe der Hotellerie und Gastronomie befragt. In dieser Umfrage wurde repräsentativ erhoben, daß zwar die Umsätze im Durchschnitt steigen, die Ertragslage aber angespannt bleibt, wie Hans Schenner erläutert: „Es bleibt einfach dabei: Umsatz ist nicht Gewinn!“ Die Verluste aus den Preisreduktionen im Krisenjahr 2009 sind bei weitem nicht wettgemacht. „Auch die schlagartig gestiegenen Kosten für Energie können wir nicht an die Gäste weitergeben. Noch dazu, wo die Bundesregierung 2011 die bis dahin gültige Energieabgabenrückvergütung für die heimischen Tourismusbetriebe wie auch für die Seilbahnen ersatzlos gestrichen hat“, kritisiert Schenner. Mit 1.1.2011 wurde die Möglichkeit der Energieabgabenrückvergütung auf das produzierende Gewerbe eingeschränkt, Dienstleistungen von der Vergütung ausgenommen.

Anm.: Mit fast 1,2 Millionen Ankünften von November bis Dezember 2011 hat Tirol einen neuen Rekordstart in die Wintersaison hingelegt. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Tourismusbranche ein sattes Plus von 4,9% bei den Ankünften einfahren. Bei den Übernachtungen war im Zeitraum November und Dezember 2011 ein Rückgang von 2,9 % zu verzeichnen, was aber einerseits mit der sehr späten Anreise vieler Gäste um die Weihnachtszeit zusammenhängt – dadurch fallen diese Nächtigungen großteils in die Jänner-Statistik – und andererseits mit dem wetterbedingt ungewöhnlich späten Start in die Wintersaison. ■

Nach der Wachstumsdelle 2012: Mittelfristige WIFO-Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2016

Verhaltener Konjunkturaufschwung

Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich in den nächsten fünf Jahren weitgehend durch den dynamischen Außenhandel bestimmt sein. Während der private Konsum stetig wächst, dämpfen die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand den öffentlichen Konsum. Positive Exporterwartungen begünstigen die Ausrüstungsinvestitionen, aber auch die Bauinvestitionen werden sich besser entwickeln als zuletzt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt trotz steigender Be-

schäftigung angespannt, weil zugleich das Arbeitskräfteangebot ausgeweitet wird. Die Inflationsrate wird knapp über dem Referenzwert der EZB von knapp 2% liegen.

Im Prognosezeitraum 2012/2016 wird die Dynamik schwächer ausfallen als zuletzt. Durchschnittlich dürfte das BIP jährlich real um 1,6% zunehmen. Damit expandiert die österreichische Wirtschaft deutlich langsamer als im Durchschnitt der zehn Jahre vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Die Konjunkturabschwächung zeichnete sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 2011 ab und wird sich 2012 fortsetzen. Erst ab 2014 dürfte sich die Expansion wieder beschleunigen und die Outputlücke langsam geschlossen werden. Der Trend- Output der österreichischen Wirtschaft wird zwischen 2011 und 2016 mit +1,6% um ½ Prozentpunkt schwächer wachsen als in den fünf Jahren vor der Finanzmarktkrise. Im Durchschnitt 2012/2016 wird die Ausfuhr jährlich

Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1
Nominell	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,8
Verbraucherpreise	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,8	- 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,7	4,3	4,6	4,2	4,5	4,7	4,7	4,6	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	7,0	6,6	7,3	6,8	7,1	7,4	7,4	7,3	7,1
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,2	4,9	3,7	3,8	3,7	3,8	3,8	3,7	3,6
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,0	- 2,7	- 2,5	- 3,3	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,2	- 1,9
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,2	10,0	8,1	7,5	7,3	7,6	8,1	8,5	9,0
	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Jährliche Veränderung in %								
Trend-Output, real	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
	Ø 2001/ 2006	Ø 2006/ 2011	Ø 2011/ 2016	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	In % des Trend-Outputs								
Outputlücke, real	0,5	0,8	- 0,6	0,0	- 1,2	- 1,2	- 0,8	- 0,2	0,4

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. ²⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Prsenzdiener. ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). ⁴⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Wirtschaft

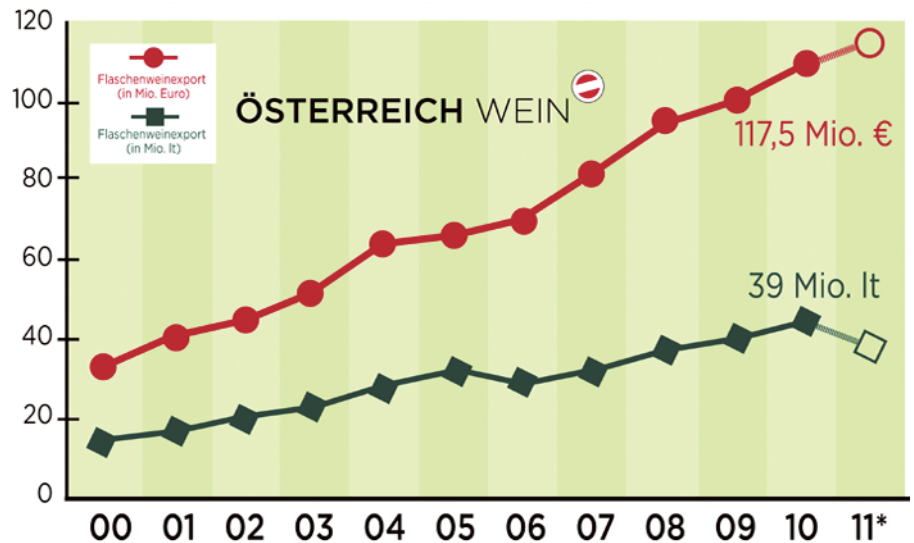
um 5,5% expandieren. Die Importe nach Österreich steigen jährlich um 5,1%. Weiterhin wird die österreichische Wirtschaft von der günstigen Entwicklung des internationalen Handels profitieren. Der Außenbeitrag als Saldo zwischen Exporten und Importen wird positiv bleiben, nimmt aber langsamer zu als in den vergangenen fünf Jahren. Die Ausrüstungsinvestitionen reagieren üblicherweise am stärksten auf die Konjunkturaussichten. Ihr Wachstum beschleunigt sich erst ab 2014 merklich und erreicht 2012/2016 durchschnittlich 3,3%. Die Zunahme der Bauinvestitionen bleibt hingegen verhalten. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandieren im Prognosezeitraum nur wenig. Zugleich steigt die Sparquote wieder merklich und nähert sich ihrem langfristigen Durchschnitt.

Der Verbraucherpreisindex wird sich im Durchschnitt der Jahre 2012/2016 jährlich um 2,1% erhöhen. Somit bleibt der Inflationsdruck im gesamten Prognosezeitraum gering. Die Entwicklung der Lohnstückkosten, üblicherweise der am stärksten im Inland determinierte Faktor für den Preisauftrieb, wird verhalten sein. Hingegen steigen die Importpreise aufgrund der Energieverteuerung merklich und heben verstärkt durch die Abwertung des Euro die heimische Inflationsrate.

Trotz des verhaltenen Konjunkturaufschwunges wird die Beschäftigung ausgeweitet. Gleichzeitig wächst jedoch das Arbeitskräfteangebot merklich, da die Erwerbsbeteiligung wegen der Steigerung der Arbeitskräftenachfrage und einer Verringerung der Zahl vorzeitiger Alterspensionen zunimmt. Teilweise durch Legalisierung und zum anderen Teil durch vermehrten Zustrom erhöht sich darüber hinaus die Zahl ausländischer Arbeitskräfte deutlich in erster Linie aufgrund der Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus Bulgarien und Rumänien. Die Arbeitslosenquote wird daher mit 7,3% im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 merklich höher sein als zuvor.

Die laufenden Staatseinnahmen erhöhen sich im Zeitraum 2011/2016 um 3,3% p. a.; dies entspricht dem Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2011. Hingegen wird sich das Wachstum der laufenden Ausgaben gegenüber 2006/2011 (+4,0% p. a.) auf +2,8% p. a. (2011/2016) verlangsamen. Das gesamtstaatliche Defizit wird 2013 erstmals seit 2008 wieder unter 3% des BIP liegen und in den Folgejahren bis auf 1,9% (2016) sinken. Die Staatsausgabenquote sinkt dadurch bis 2016 wieder unter 50% des BIP. ■

Weinexporte übertreffen Erwartungen



Quelle: Statistik Austria, * ÖWM Hochrechnung auf Basis I-IX 11 und X-XII 10, inkl. Interviews

Ende des vergangenen Jahres rechnete die Österreich Wein Marketing (ÖWM) aufgrund der mengenmäßig kleinen Ernten 2009 und 2010 noch mit einer Stagnation der Weinexporte. Umso erfreulicher sind jetzt die Zahlen der Statistik Austria (I-IX 2011) und Hochrechnungen der ÖWM für 2011: Die erwarteten Gesamtexporte weisen zwar eine geringere Menge von 46,5 Mio. Liter (-25%) aus, der Wert ist jedoch auf 126 Mio. Euro (+2,6%) gestiegen. Dies entspricht einer Erhöhung des Durchschnittspreises von 1,98 Euro/Liter im Jahr 2010 auf 2,71 Euro/Liter im abgelaufenen Jahr 2011.

Im Detail erklärt sich diese positive Bilanz durch die Entwicklung des in Flaschen abgefüllten Qualitätsweins. Die im Vergleich zum Vorjahr sinkenden Mengen und Werte der Faßweinexporte (Menge 7,5 Mio. Liter bzw. -57%; Wert 8,5 Mio. Euro bzw. -25%) werden durch sensationelle Wertzuwächse bei den Flaschenweinexporten (Menge 39 Mio. Liter bzw. -13%; Wert 117,5 Mio. Euro bzw. +5%) ausgeglichen. Damit steigt der Durchschnittspreis der Flasche von 2,5 Euro/ Liter im Jahr 2010 auf mehr als 3 Euro/Liter im Jahr 2011.

„Diese Entwicklung spiegelt die hervorragende Arbeit unserer Winzer wider“, kommentiert ÖWM-Chef Willi Klinger. „Die Weine werden nicht mehr zu Schleuderpreisen im Billig-Segment abgesetzt. Es gibt weniger Aktionen zu Tiefstpreisen, zu denen wir in Österreich ohnehin nicht kostendeckend produzieren können und wollen. Trotz der gestiegenen Durchschnittspreise ist Wein aus Österreich in Anbetracht der tollen Qualität weiterhin günstig.“

Beim Ranking der wichtigsten Exportländer steht Deutschland weiterhin unangefochten an erster Stelle. Auch wenn aufgrund der rückläufigen Faßweinexporte die Gesamtmenge um 23% auf 34,5 Mio. Liter gesunken ist, konnte der Exportumsatz annähernd gehalten werden (69,5 Mio. Euro bzw. -3,5%). Auch in die Schweiz (inkl. Liechtenstein) wurde mengenmäßig weniger exportiert (2,52 Mio. Liter bzw. -17%), aber der Gesamtwert stieg auf 15,1 Mio. Euro (+6%). In den USA konnte die Exportmenge annähernd gehalten (1,7 Mio. Liter bzw. -3%), der Wert jedoch auf 8 Mio. Euro (+9%) erhöht werden.

Nach Jahren der Stagnation werden nun auch österreichische Top-Weine in den USA wieder verstärkt nachgefragt. Weiterhin äußerst erfreulich sind auch die Entwicklungen in den Niederlanden, Großbritannien und Skandinavien, die bei hohen Durchschnittspreisen langsam auch mengenmäßig immer wichtiger in der Ausfuhrstatistik werden.

„Wir müssen die Flaschenweinexporte weiter ausbauen und auch in Jahrgängen mit größerer Erntemenge den Durchschnittspreis gegen 3 Euro/Liter steigern“, fordert Willi Klinger. „Bei einer möglichen Exportmenge von 60 bis 70 Mio. Liter, inklusive einer wahrscheinlich immer bestehenden Faßweinmenge von 8 bis 10 Mio. Liter, könnte das einen Exportwert von rund 200 Mio. Euro ergeben. Der Jahrgang 2011 wird uns dabei diesem Ziel sicherlich näher bringen, da es uns perfekte Trauben in ausreichender Menge brachte.“ ■

<http://www.oesterreichwein.at>

Erkennbare Trendwende

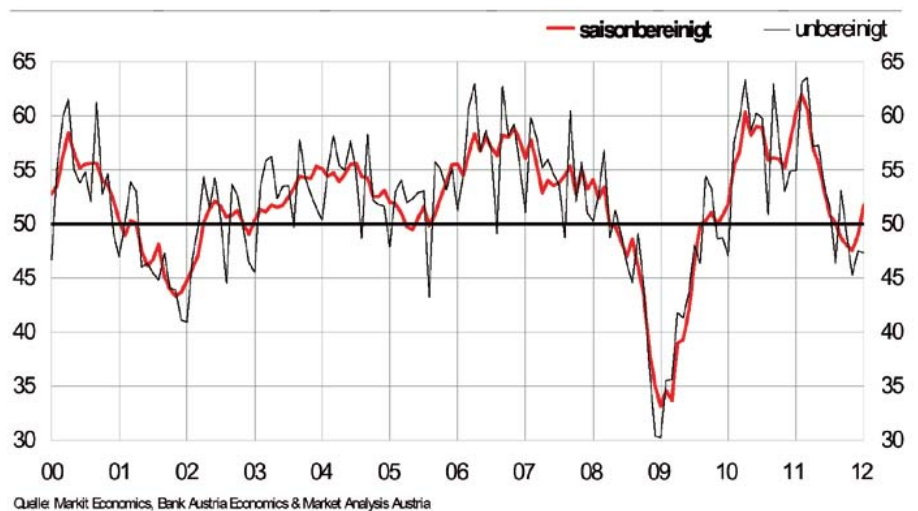
Bank Austria EinkaufsManagerIndex für Österreichs Industrie hat erstmals seit sechs Monaten mit 51,8 Punkten wieder die Wachstumszone erreicht

Die ermutigenden Signale einer beginnenden Stabilisierung des Industrieabschwungs im Vormonat haben sich in der jüngsten Umfrage unter Österreichs Einkaufsmanagern mehr als bestätigt. „Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex ist im Jänner nicht ganz unerwartet das zweite Mal in Folge angestiegen, auch wenn das positive Ausmaß des Anstiegs überraschte. Erstmals seit sechs Monaten befindet sich der Indikator mit einem Wert von 51,8 nun wieder über der 50-Punkte-Marke, ab der ein Wachstum gegenüber dem Vormonat angezeigt wird“, so Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer über das optimistisch stimmende Ergebnis.

Tatsächlich scheint die heimische Industrie rascher als ursprünglich erwartet auf eine nachhaltige Wachstumsspur zurückzukehren. „Die aktuelle Umfrage deutet auf den Beginn der Trendwende in der heimischen Sachgütererzeugung hin. Die verbesserte Auftragslage läßt die Auftragspolster wachsen und die Produktion hat wieder angezogen. Steigende Preise, Lageraufbau und längere Lieferzeiten bei stabiler Beschäftigungslage begleiten den einsetzenden Frühling der Industriekonjunktur“, so Bruckbauer weiter.

„Erstmals seit Juni des Vorjahres haben die österreichischen Industriebetriebe ihre Produktionsleistung gegenüber dem Vormonat wieder erhöht. Dafür gesorgt hat die kräftig steigende Nachfrage, diesmal insbesondere aus dem Inland selbst, die im Jänner zu deutlichen Auftragszuwächsen geführt hat“, sagt Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Aber auch der Einbruch der Exportaufträge der vergangenen Monate ist gestoppt. Das deutliche Auftragsplus erforderte erstmals seit einem halben Jahr auch wieder eine höhere Einkaufsmenge als im Vormonat. Obwohl die Produktionsleistung infolge der gestiegenen Nachfrage nach Erzeugnissen der heimischen Industrie stark ausgedehnt wurde, sind die Auftragspolster im Jänner sogar gewachsen.

Eine Reihe weiterer Umfragedetails unterstützen nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria die Annahme, daß mit dem erstmaligen Überschreiten der 50er-Grenze durch den Bank Austria EinkaufsManagerIndex im Jänner auch tatsächlich bereits die



Quelle: Markt Economics, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Umkehrung des Abwärtstrends der vergangenen Monate eingeläutet worden ist.

Zum einen ist die nachfragebedingte Verbilligung einiger Rohstoffe und Vormaterialien, die sich in den vergangenen Monaten in sinkenden Einkaufspreisen ausdrückte, im Jänner zu Ende gegangen. „Die Einkaufspreise zeigen wieder eine klare Aufwärtstendenz, was auch zu höheren Verkaufspreisen führte. Allerdings konnten die heimischen Industriebetriebe die gestiegenen Kosten nicht gänzlich auf ihre Kunden überwälzen“, so Pudschedl. Der scharfe Wettbewerb in der aktuellen fragilen Konjunktur wird die österreichische Industrie auch in den nächsten Monaten vor große Herausforderungen in Hinblick auf die Erhaltung einer ausreichenden Ertragslage stellen.

Zum anderen stechen die aktuellen Lagerrends ins Auge. Trotz eines scharfen Blicks auf die Kosten haben die heimischen Industriebetriebe die Vormateriallager deutlich aufgebaut, um auf eine anhaltende Produktionsauslastung vorbereitet zu sein. Obwohl eine spürbare Ausweitung der Produktion erfolgte, hat sich gegenüber dem Vormonat das Tempo des Aufbaus der Verkaufslager drastisch reduziert. „Wenn man die Entwicklung der Neuaufträge ins Verhältnis zu den aktuellen Lagerrends setzt, zeigt sich erstmals seit dem Frühjahr 2011 ein deutlicher Anstieg über den Wert von eins. Damit zeigt dieser bisher stets sehr zuverlässige Indikator für die kommenden Monate eine Festigung der Trendwende in

der Industrie an“, erklärt Bruckbauer. Tatsächlich hat der Indikator seit fast drei Jahren nicht mehr so stark nach oben ausgeschlagen, wie diesen Jänner.

Die österreichische Wirtschaft spürt wieder Aufwind. Die positiven Frühindikatoren fügen sich gut ins Bild der ermutigenden Daten der vergangenen Tage aus anderen Ländern, wie dem Anstieg des EinkaufsManagerIndex für die Eurozone und des deutschen IFO-Geschäftsklimaindex. „Die jüngsten Umfrageergebnisse und Datenveröffentlichungen in Österreich als auch im Ausland bestärken mich in meiner Erwartung, daß sich in einem schwierigen, von Vertrauensmangel geprägtem Umfeld die europäische und mit ihr die österreichische Wirtschaft 2012 besser entwickeln wird, als von vielen erwartet“, so Bruckbauer. Die heimische Wirtschaft wird nach der Stagnation gegen Ende des Vorjahres, im ersten Quartal 2012 langsam wieder zulegen und im weiteren Jahresverlauf von einer robusteren internationalen Konjunktur profitieren können. „Wir gehen weiterhin von einem Wirtschaftswachstum um 0,8 Prozent aus. Eine Rezession in Österreich halte ich nach den jüngsten Frühindikatoren für noch unwahrscheinlicher als bisher“, meint Bruckbauer. Allerdings belasten mittelfristig Faktoren, wie die Haushaltssanierung die weitere Beschleunigung. Zudem darf man Rückschlüsse im Euroraum nach den Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre nicht ausschließen. ■

Neue Richtlinien für die Lehrlingsförderung

Neue Zielgruppen für die Lehre erschließen – Schulabbrecherquote reduzieren, berufliche Perspektiven schaffen

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat in Abstimmung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) neue Richtlinien für die Lehrlingsförderung erlassen. Auf Basis der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) können damit neue Schwerpunkte gesetzt werden. „Aufgrund des demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs der Betriebe wollen wir neue Zielgruppen für die Lehre erschließen und die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern. Dazu lancieren wir zum Beispiel ein neues Coaching-Programm für Jugendliche und Betriebe“, betont Mitterlehner. „Laut Prognosen geht die Zahl der 15jährigen bis 2015 um rund 15.000 zurück. Daher ist es wichtiger denn je, die Treffsicherheit bei der Lehrberufswahl und der weiteren Ausbildung zu erhöhen.“

„Die Lehrlingscoaches helfen den Jugendlichen sowie auch den AusbilderInnen bei Problemen, die während der Ausbildung auftreten und vermitteln zwischen Betrieb, Eltern, Berufsschule und Lehrling. Die Begleitung des Lehrlings erfolgt je nach individuellem Bedarf für kurze Zeit oder, wenn notwendig, bis zum Ausbildungsabschluss. Ziel ist die Erhöhung der Zahl an Lehrlingen, die erfolgreich die Lehrabschlussprüfung absolvieren. Die Verhinderung von Lehrausbildungsabbrüchen ermöglicht den Jugendlichen verbesserte Berufs- und Karrierechancen“, unterstreicht Hundstorfer.

Eckpunkte der Maßnahmen und Pilotprojekte

Im Rahmen eines Pilotprojekts wird ab Juni/Juli 2012 in den Bundesländern Wien, Tirol, Oberösterreich und Steiermark das neue Coaching-Programm etabliert. Die zusätzlichen Ansprechpartner unterstützen in Kooperation unter anderem mit Wirtschaftskammer und Arbeitsmarktservice Ausbildungsbetriebe und Lehrlinge bei allen Fragen zum Ausbildungsverhältnis, geben Rechts- und Förderberatung, aber auch Mediation und Krisenintervention. Besonders unterstützt werden Betriebe mit Lehrlingen mit Migrationshintergrund.

Zusätzlich werden für zehn Zukunftsberufe (wie Metalltechnik, Elektrotechnik, Chemielabortechnik, bautechnischer Zeichner, Chemielabortechnik, Tourismusberufe) neue Leitlinien erstellt. Damit sollen insbe-



Foto: BM/WFJ

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

sondere erstmals in die Lehre einsteigende Betriebe bei der Ausbildungsplanung besser unterstützt werden. Ein weiteres Ziel ist die verstärkte Qualitätssicherung bei den Lehrabschlussprüfungen, was durch die im Wirtschaftsministerium angesiedelte neue Clearingstelle erreicht werden soll. Diese stellt künftig Qualitätssiegel für die je nach Branche unterschiedlichen Prüfungsinhalte aus, die derzeit modernisiert werden. Zusätzlich wird die Teilnahme von Prüfern an Schulungen unterstützt.

Stärker unterstützt werden sollen auch Ausbildungsunternehmen, die Auslandspraktika von Lehrlingen forcieren. Während bisher nur der Lehrling Anreise und Aufenthaltskosten im Ausland ersetzt bekam, werden ab dem Frühjahr 2012 auch die österreichischen Betriebe, die auf ihre Lehrlinge verzichten müssen, unterstützt. Konkret erhalten sie während des Auslandsaufenthalts des Lehrlings die Lehrlingsentschädigung ersetzt.

Neu ist, daß die Möglichkeiten der Anrechnung von facheinschlägigen Vorkenntnissen – die z.B. aufgrund langjähriger Tätigkeit im Betrieb aber ohne formale Lehrabschlussprüfung erworben wurden – auf die Lehrabschlussprüfung erweitert werden. „Damit erleichtern wir das Nachholen eines formalen Bildungsabschlusses. In der Praxis wird das vor allem Fachkräften mit Migrationshintergrund helfen, ihre im In- und Ausland erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten besser zu verwerten“, betont Mitterlehner. Damit werden die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen weiter ausgebaut.

Konkret werden Prüfungswerbern informell oder non-formal erworbene Qualifikationen auf die Lehrabschlussprüfung angerechnet. Die zuständige Lehrlingsstelle beurteilt, welche Qualifikationen für eine Anrechnung in Frage kommen und legt fest, welche Teile der Gesamtqualifikation noch fehlen und zu ergänzen sind. Zum Beispiel könnte sich ein Mitarbeiter im Bereich der Elektrotechnik ohne offiziellen österreichischen Berufsabschluss durch berufsbegleitende Kurse die Kenntnisse einer Fachkraft erwerben. Im Hinblick auf diese non-formale Weiterbildung werden ihm in Zukunft bei der Lehrabschlussprüfung theoretische und praktische Prüfungsteile angerechnet.

Hundstorfer: Schulabbrecherquote reduzieren, Perspektiven schaffen

Das Projekt „Jugendcoaching“ – eine präventive Maßnahme, die die Schulabbrecherquote reduzieren soll und Jugendliche auf dem Weg in die Ausbildung und das Berufsleben unterstützt, wurde am 25. Jänner in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Bildungsministerin Claudia Schmied, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, der Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner und der Amtsführenden Präsidentin des Wiener Stadtschulrates, Susanne Brandsteidl, präsentiert. „Ein wichtiger Aspekt dieses Projekts ist es, durch Beratung, durch Aufmunterung zu Leistung, durch Unterstützung gemeinsam mit den Jugendlichen ihre Stär-

Weniger Kraftstoff Hohe MÖSt dämpft

Im vergangenen Jahr betrug der Verbrauch von Benzin und Diesel in Österreich knapp 7,9 Millionen Tonnen. Das bedeutet im Vergleich zu 2010 einen Rückgang um 2,1%. Umgerechnet in Liter waren dies 9,57 Milliarden Liter Kraftstoff, die sich auf 2,34 Milliarden Liter Benzin und 7,23 Milliarden Liter Diesel aufteilten. Bei beiden Produktgruppen ergibt die Markteinschätzung des Fachverbands der Mineralölindustrie (FVMI) im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang: bei Benzin um -2,8% und bei Diesel um -1,9%. Der Verkauf von Heizöl Extraleicht (HEL) ging um 13% zurück. Diese aktuellen Annahmen bestätigen den seit Jahren rückläufigen Mineralölverbrauch insbesondere bei Benzin und Heizöl.

Trotz einer generell guten wirtschaftlichen Entwicklung ging der Kraftstoffverbrauch im abgelaufenen Jahr spürbar zurück. Beim Absatz von Ottokraftstoff hat sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre auch 2011 fortgesetzt. Wurden vor fünf Jahren noch 2 Millionen Tonnen Benzin am österreichischen Markt abgesetzt, waren es 2011 nur mehr 1,77 Millionen Tonnen. Auch bei Diesel ist der Jahresverbrauch mit 6,11 Millionen Tonnen unter das Niveau von 2008, dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, gesunken. „Ein Grund für den geringeren Verbrauch ist die immer bessere Effizienz moderner PKW-Motoren. Während ein Auto im Jahr 2000 noch durchschnittlich 8 Liter pro 100 km verbrauchte, kommt es heute laut Fachberichten auf derselben Strecke mit 5,6 Litern aus“, so Christoph Capek, Geschäftsführer des FVMI in der Wirtschaftskammer Österreich.

„Zusätzlich wirkte sich die Anhebung der Mineralölsteuer zu Jahresbeginn 2011 auf den Verkauf von Kraftstoffen dämpfend aus. Die dadurch höheren Tankstellenpreise haben 2011 nicht nur die Konsumenten belastet, sondern auch dem Staat geringere Steuereinnahmen beschert als erwartet. Damit ist der Autofahrer doppelt betroffen – einmal als Konsument und ein zweites Mal als Steuerzahler“, so Capek.

Der Absatz an Heizöl Extra Leicht (HEL) ist im Vorjahr um 13% auf 1,5 Milliarden Liter zurückgegangen.

Im Flugverkehr ist der Verbrauch an Treibstoff wie auch schon im Vorjahr weiter gestiegen, im Vergleich um 4% auf 702.000 Tonnen.



Foto: BMA&K / Johannes Zinner

Bei der Pressekonferenz zum »Jugendcoaching«: Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Wiens Stadtschulratpräsidentin Susanne Brandsteidl (v.l.)

ken und Interessen zu erkennen und optimal zu fördern“, betonte die Bildungsministerin. Hundstorfer faßte das Ziel des Projekts wie folgt zusammen: „Die Zahl jener Jugendlichen, die keinen Schulabschluß haben oder nach der Schule keine weiterführende Ausbildung machen, muß drastisch reduziert werden.“

Das Projekt Jugendcoaching sei, so Schmied und Hundstorfer unisono, ins Leben gerufen worden, um Jugendliche, bei denen sich Probleme auf dem Weg zum positiven Schulabschluß oder beim Finden einer beruflichen Perspektive abzeichnen, bereits in der Schule zu erreichen und ihnen maßgeschneiderte Hilfe durch Coaches und Sozialarbeiter anzubieten. „Jährlich gibt es 15.000 Jugendliche, die keinen positiven Hauptschulabschluß erreichen oder für die der Hauptschulabschluß die höchste Ausbildung bleibt. Das muß sich ändern, 15.000 sind eindeutig zu viel“, betonte der Sozialminister, der an die Jugendlichen appelliert, das Coaching-Programm bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen.

„Ich sehe diesen heutigen Tag als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur neuen Schule. Die Bildungsreform besteht aus vielen, vielen Maßnahmen von denen jede auch für sich wirkt“, so Schmied, die weiter ausführte, daß sich die Maßnahme u.a. dadurch auszeichne, daß Ministerien, die Bundesländer, Stadtschulrat und Landesschulräte Hand in Hand arbeiten und ihre Potentiale bündeln. Außerdem werde die Schule für neue Professionen (Sozialarbeiter, Coaches) geöffnet, die mit Lehrern und Eltern zusammenarbeiten. Wichtig sei es, an das Jugendcoaching mit der Haltung heranzugehen, „daß jeder etwas besonders gut kann“, und

diese Begabungen und Interessen zu fördern. „Das Coaching soll als positiver Wert, als Chance, als Erschließung der eigenen Möglichkeiten erlebt werden“, unterstrich Ministerin Schmied.

Renate Brauner und Susanne Brandsteidl berichteten von den positiven Erfahrungen mit ähnlichen Coaching-Programmen in Wien (z.B. c'mon 14) und dem regen Interesse von Eltern, Lehrern und Jugendlichen. Wie wichtig eine abgeschlossene Ausbildung ist, zeige sich, so Brauner, darin, daß die Hälfte der Arbeitslosen in Wien nur über einen Pflichtschulabschluß verfügen. Daher sei jeder Cent, der in das Projekt „Jugendcoaching“ investiert werde, „gut investiertes Geld, denn nichts ist schlimmer als junge Menschen ohne Zukunftsperspektiven.“

Wie läuft das Coaching ab?

Lehrer identifizieren schulabbruchs- oder ausgrenzungsgefährdete Jugendliche im 9. Schulbesuchsjahr; diese erhalten ein Formular, das von Eltern ausgefüllt und retourniert wird; danach beginnt das Coaching.

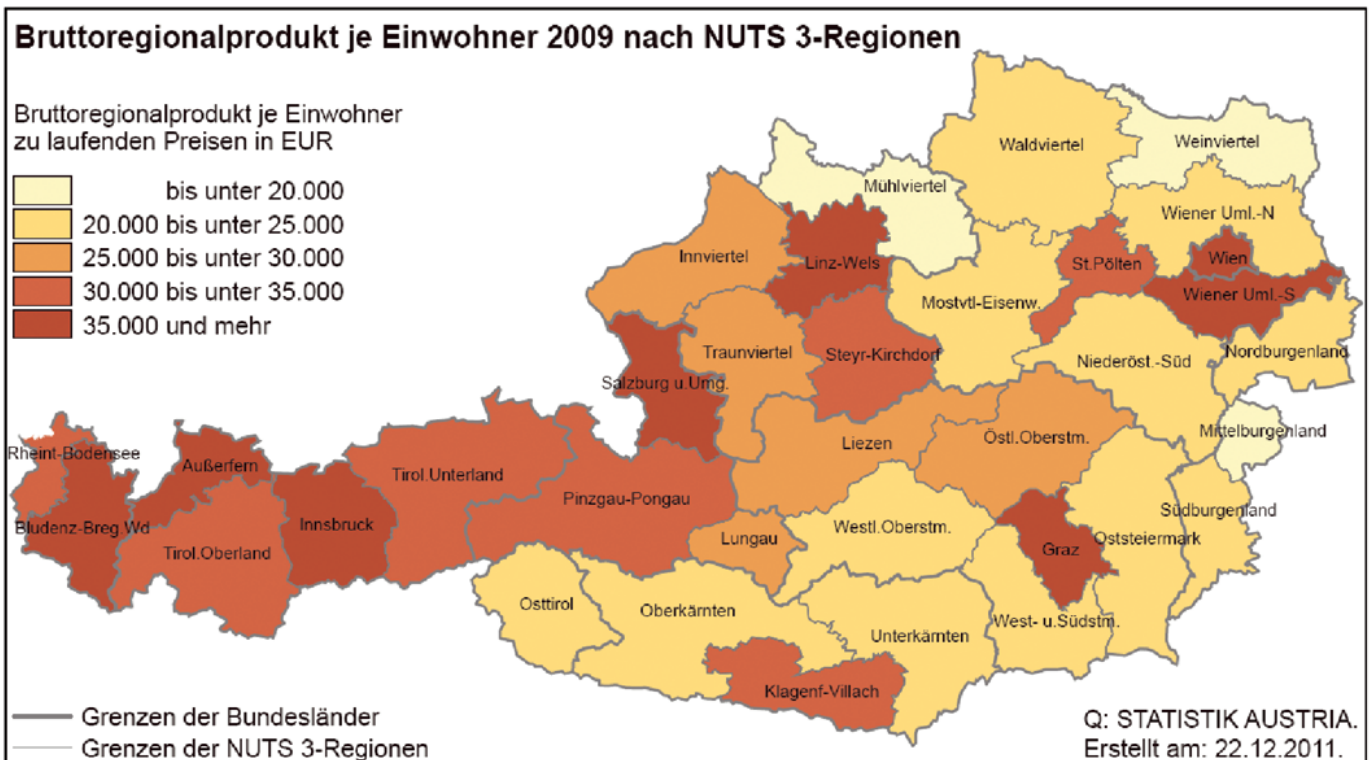
1. Erstgespräch: Der Jugendliche wird über das Angebot informiert.
2. Beratung: Die individuelle Situation wird abgeklärt, der Jugendliche erhält Hilfe bei der persönlichen Entscheidungsfindung.
3. Begleitung: Analyse von Stärken und Schwächen, intensive Unterstützung durch Case Management.

Pilotprojekte zum Jugendcoaching laufen bereits in den Bundesländern Wien und Steiermark an 260 Schulen. Bis 2014 wird das Coaching stufenweise auf ganz Österreich ausgeweitet.

■ <http://www.neba.at/jugendcoaching>

Linz-Wels belegt Platz 1 der Wirtschaftsregionen Österreichs

Im aktuellen Ranking der Statistik Austria der NUTS 3-Regionen Österreichs mit dem höchsten Bruttoregionalprodukt pro EinwohnerIn belegt 2009 die Wirtschaftsregion Linz-Wels erstmals alleinig den ersten Platz, nachdem sie in der Vorjahreswertung zu Wien ex aequo auf Platz 1 aufschließen konnte.



Mit einer Wirtschaftsleistung von 43.600 Euro pro EinwohnerIn liegt Linz-Wels nunmehr vor Wien mit 42.600 Euro. Es folgen Salzburg und Umgebung mit 40.800 Euro pro EinwohnerIn auf Platz 3 und die Region Wiener Umland-Südteil mit 38.600 Euro auf Platz 4. Im Ranking der Stadtregionen folgen Graz (37.900 Euro) auf Platz 6, Innsbruck (36.500 Euro) auf Platz 8, St. Pölten (34.700 Euro) auf Platz 9 und Klagenfurt-Villach (32.200 Euro) auf Platz 13 der insgesamt 35 NUTS 3-Regionen Österreichs. Der Österreich-Durchschnitt lag 2009 bei 32.900 Euro pro EinwohnerIn.

Die Region Linz-Wels umfaßt 548.400 EinwohnerInnen. 2009 wurde ein Bruttoregionalprodukt (BRP) von 23,9 Milliarden Euro bzw. 43.600 Euro pro EinwohnerIn erwirtschaftet.

„Die Region mit der höchsten Wertschöpfung Österreichs zu sein ist eine hohe Auszeichnung für die Qualitäten des Wirt-

schaftsstandortes Linz-Wels. Die Stärke der Industrie zeigt, daß der produzierende Bereich hier Top-Rahmenbedingungen vorfindet. Die Zuwachsraten im Dienstleistungsbereich sind Beweis für Innovation, UnternehmerInnengeist und das Engagement der MitarbeiterInnen in den Betrieben“, zeigen sich die Linzer Wirtschaftsstadträtin Susanne Wegscheider und der Welscher Wirtschaftsstadtrat Peter Lehner über die Zahlen der Statistik Austria zum Bruttoregionalprodukt höchst erfreut.

Bruttoregionalprodukt (regionales BIP) der 35 NUTS 3-Regionen

Von der Statistik Austria wird in Entsprechung zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch die regionale Entwicklung der Wirtschaftsleistung, das Bruttoregionalprodukt (BRP) = regionales BIP, für die Bundesländer (9 NUTS 2-Regionen) und die 35 NUTS-3 Regionen Österreichs (Zu-

sammenfassungen von politischen Bezirken oder Gerichtsbezirken) berechnet. Die aktuell veröffentlichten Auswertungen umfassen die Zeitreihe bis 2009.

Die NUTS 3-Region Linz-Wels besteht aus 78 Städten und Gemeinden und umfaßt die politischen Bezirke Linz, Wels, Linz-Land, Wels-Land, Eferding und den Gerichtsbezirk Urfahr-Umgebung.

Mit 548.400 EinwohnerInnen (39 Prozent der oberösterreichischen Bevölkerung) ist Linz-Wels die einwohnerstärkste NUTS 3-Region Oberösterreichs und nach Wien auch die zweitgrößte NUTS 3-Region Österreichs.

In Linz-Wels haben 351.300 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz, das sind 48 Prozent der in Oberösterreich Erwerbstätigen. Das Verhältnis Bevölkerung – Erwerbstätige zeigt, daß die Region Linz-Wels viele EinpendlerInnen hat, die auch wesentlich zur hohen Wirtschaftsleistung von Linz-Wels beitragen.

Wirtschaft

Übersichtstabelle zum Ranking der NUTS 3-Regionen 2009

Die besten NUTS 3-Regionen	Rang	BRP je Einwohner	Bruttoregionalprodukt	Erwerbstätige (Jobs)	Wohnbevölkerung
Linz-Wels	1	43.600 €	23,9 Mrd. €	351.300	548.400
Wien	2	42.600 €	72,1 Mrd. €	950.000	1.692.100
Salzburg und Umgebung	3	40.800 €	14,1 Mrd. €	205.500	345.600
Wiener Umland-Südteil	4	38.600 €	12,2 Mrd. €	160.500	316.600
Bludenz-Bregenzer Wald	5	38.300 €	3,4 Mrd. €	44.000	88.500
Graz	6	37.900 €	15,0 Mrd. €	245.200	397.200
Außerfern	7	36.900 €	1,2 Mrd. €	16.600	31.700
Innsbruck	8	36.500 €	10,3 Mrd. €	162.600	282.700
Sankt Pölten	9	34.700 €	5,1 Mrd. €	81.800	148.100
Tiroler Oberland	10	34.600 €	3,5 Mrd. €	50.300	100.800
Tiroler Unterland	11	34.100 €	8,2 Mrd. €	121.400	239.500
Rheintal-Bodenseegebiet	12	33.500 €	9,4 Mrd. €	135.600	279.600
Klagenfurt-Villach	13	32.200 €	8,9 Mrd. €	145.300	276.100
Österreich		32.900 €	274,8 Mrd. €	4.200.300	8.363.000

Quelle: Statistik Austria

Bedeutung des Produktionsstandortes Linz-Wels

Mit einem Anteil an der Produktion von 33,7 Prozent hat die Region Linz-Wels den höchsten Industrieanteil aller städtischen Regionen und liegt auch über dem österreichischen Durchschnitt von 28,3 Prozent.

Im Wirtschaftssektor Produktion liegt die Bruttowertschöpfung (BWS) pro EinwohnerIn in Linz-Wels mit 13.300 Euro um 58 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt (8.400 Euro) im Ranking an dritter Stelle der 35 Regionen Österreichs. Nur die deutlich kleineren Regionen Steyr-Kirchdorf und Bludenz-Bregenzer Wald haben eine höhere industrielle Wertschöpfung pro EinwohnerIn. Angesichts der Größe von Linz-Wels (zweitgrößte NUTS 3-Region nach EinwohnerInnen) und der überdurchschnittlich hohen Wertschöpfung im Produktionsbereich zeigt sich die herausragende Bedeutung des Industriestandortes Linz-Wels für Österreich.

Bedeutung des Dienstleistungsstandortes Linz-Wels

Im Österreich-Durchschnitt entfallen 70,3 Prozent der Bruttowertschöpfung auf den Bereich Dienstleistungen. Insbesondere die städtischen Regionen haben im Dienstleistungsbereich ihre Stärken und weisen einen noch höheren Anteil in diesem Bereich aus. Absoluter Spitzenreiter im Dienstleistungsbereich ist die Bundeshauptstadt Wien mit einem Dienstleistungsanteil von 83,1 Prozent. Nur in Linz-Wels liegt der Dienstleistungsanteil mit 65,9 Prozent unter dem Österreich-Durchschnitt.

Die genauere Analyse zeigt aber, daß dies nicht auf eine Schwäche im Dienstleistungsbereich zurückzuführen, sondern

nur eine Folge der außergewöhnlichen Stärke im Produktionsbereich ist. Mit einer Bruttowertschöpfung (BWS) von 25.900 Euro im Dienstleistungsbereich liegt Linz-Wels um 24 Prozent über dem Österreich-Durchschnitt (20.900 Euro).

Bemerkenswert ist, daß die industriell geprägte Region Linz-Wels im Ranking der 35 NUTS 3-Regionen auch im Dienstleistungsbereich die dritthöchste Bruttowertschöpfung Österreichs erwirtschaftet! Nur die Regionen Wien und Salzburg und Umgebung liegen bei der Dienstleistungs-Wertschöpfung pro EinwohnerIn vor Linz-Wels.

„Die Daten der Statistik Austria zeigen: Die Region Linz-Wels ist sowohl für Produktionsbetriebe als auch im Dienstleistungsbereich ein Top-Wirtschaftsstandort. Es sind die Stärken in beiden Bereichen, die Linz-Wels zur Wirtschaftsregion mit der höchsten Wertschöpfung Österreichs machen“, faßt Wirtschaftsstadträtin Susanne Wegscheider das für Linz-Wels überaus erfreuliche Ergebnis der jüngsten Studie zum Bruttoregionalprodukt der österreichischen Regionen zusammen.

Linz hat auch für die Zukunft gute Chancen die Top-Position zu halten. Stadträtin Wegscheider will dafür besonders die Bereiche Kreativität und Donau als wichtige Faktoren für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Linz forcieren: Kreativität ist der Rohstoff für neues Wirtschaftswachstum. Und mit der Donau hat Linz noch viel ungenutztes Potential. Sowohl als ökonomisch und ökologisch günstiger Transportweg für die exportorientierten Produktionsbetriebe zu den Absatzmärkten in der Schwarzmeer-Region, als auch für die weichen Standortfaktoren Lebensqualität, Stadtgestaltung, Tourismus und die Entwicklung einer Kul-

tur- und Kreativszene vom Salzamt über die Tabakfabrik zu den Kreativwirtschaftsbetrieben im Hafen.

Bei der Betriebsansiedlung stehen Linz und Wels vor ähnlichen Herausforderungen, da die gewidmeten Betriebsansiedlungsflächen zur Neige gehen. Im letzten Gemeinderat wurde eine der letzten Betriebsansiedlungsflächen im Südpark für eine Betriebs-erweiterung an die TMS vergeben.

Starke Wirtschaft steigert Kommunalsteuereinnahmen

„Wie sehr nationale und internationale Unternehmen die Region Linz-Wels schätzen, zeigt unter anderem die Tatsache, daß alleine in Wels die Einnahmen aus der Kommunalsteuer zwischen 2001 und 2011 um mehr als 67,5 Prozent gestiegen sind“, freut sich Wirtschaftsstadtrat Peter Lehner, der damit auf die Auswirkungen einer starken Wirtschaft auf die kommunalen Steuereinnahmen hinweist.

Bei der Kommunalsteuer zahlen die abgabepflichtigen Betriebe drei Prozent der Lohnsumme an die Städte und Gemeinden. Damit sind die Kommunalsteuereinnahmen auch ein guter Indikator für die wirtschaftliche Stärke und Entwicklung einer Stadt.

Linz und Wels belegen im Vergleich der Kommunalsteuereinnahmen der größeren Städte Österreichs mit 615 Euro bzw. 496 Euro den ersten bzw. den zweiten (ex aequo mit Steyr) Platz.

Bei den Gesamt-Steuereinnahmen belegen Linz und Wels im Vergleich der größeren Städte Österreich die Ränge 1 und 4 (Vergleich ohne Wien, das auch als Bundesland Steuereinnahmen erhält). Basis für diese guten Werte sind die hohen Kommunalsteuereinnahmen von Linz und Wels.

Wirtschaft

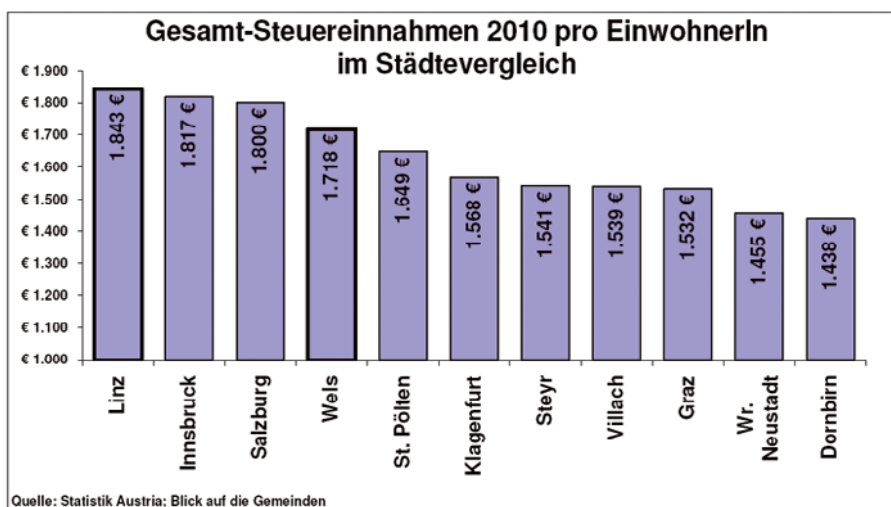
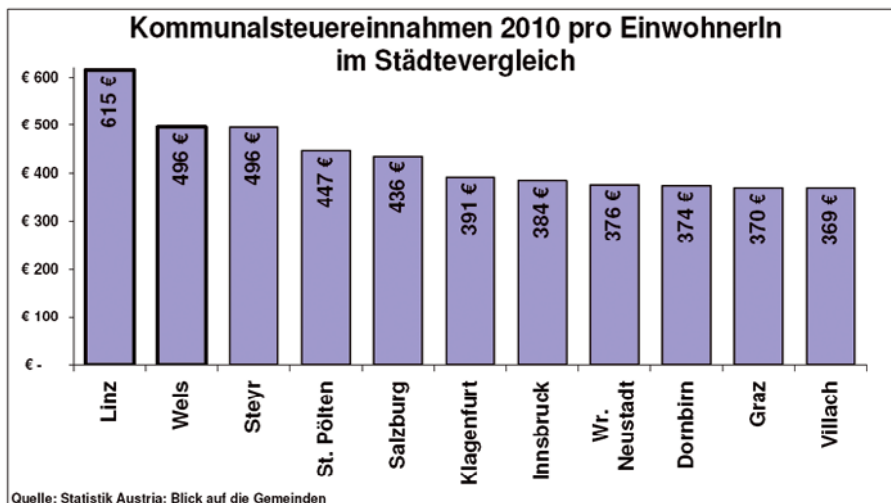
Wels bietet der Wirtschaft ein umfassendes Service

Die Region Linz-Wels ist seit Jahrhunderten als Schnittpunkt alter Handelswege das Zentrum einer wirtschaftlich bedeutenden Region. Wels verfügt derzeit über rund 4000 Arbeitsstätten, in denen rund 35.000 Beschäftigte einen Arbeitsplatz finden. Während rund 22.000 Menschen aus anderen Gemeinden zur Arbeit nach Wels kommen, pendeln etwa 8000 Welser aus. Die Lage mitten im oberösterreichischen Zentralraum und die verkehrsmäßig hervorragende Erschließung sind wichtige Vorteile für den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort.

Im zusammenwachsenden Europa hat sich der Wettbewerb zwischen den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandorten verschärft. Gute verkehrsmäßige Erschließung und ausreichend Grundflächen alleine sind zu wenig, um Firmen zu Investitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu veranlassen. Es wird auch entsprechende Beratung, Service und rasche Abwicklung der Verfahren vorausgesetzt. Gerade dabei haben Linz und Wels der Wirtschaft einiges zu bieten: „Beim Magistrat Wels gibt es für jeden Investor eine konzentrierte Projektbesprechung, an der alle Sachverständigen sowie Behördenvertreter teilnehmen. Dabei hat der Investor alle für ihn wichtigen Ansprechpartner an einem Tisch. Die notwendigen Behördenverfahren, wie Bau-, Gewerbe- und Wasserrechtsverhandlung werden gleichzeitig abgewickelt, in der Regel wird schon am nächsten Tag der Bescheid ausgestellt. Vom Eintreffen des Ansuchens um Bau- und Gewerbebewilligung bei der Anlagebehörde des Magistrates bis zur Anberaumung der Verhandlung dauert es im Regelfall nicht länger als zwei Monate“, erklärt Lehner.

Bedarf an Betriebsansiedlungsflächen

Darüber hinaus existiert bei der Wels Marketing & Touristik GmbH mit dem Standortmarketing ein eigener Servicebereich für ansiedlungs- beziehungsweise erweiterungswillige Firmen. Dort werden Betriebe bis zur erfolgreichen Umsetzung ihres Projektes begleitet. Das Standortmarketing verfügt über eine Datenbank mit verfügbaren Grundstücken, Geschäftsflächen und Gewerbeobjekten, gibt Auskünfte über Wirtschaftsdaten der Stadt Wels und aktuelle Studien, die den Standort Wels betreffen. Informationen über mögliche Förderung, Kontaktherstellung zum Arbeitsmarktservice, zur Wirtschaftskammer und zur Technologie- und Marketinggesellschaft des



Landes runden das Angebot des Standortmarketings ab. Derzeit liegen beim Standortmarketing rund 220 offene Anfragen – mit rund 400 Arbeitsplätzen. Jährlich werden rund 70 neue Anfragen von Unternehmen registriert. Im Jahr 2011 konnten 49 Firmen-Anfragen positiv abgeschlossen werden.

„Trotz dieser mehr als erfreulichen Zahlen für die Region Linz-Wels dürfen wir uns nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen. Aus diesem Grund setze ich mich in Wels mit vollem Engagement dafür ein, expansionsbereiten Unternehmen zusätzliche Betriebsbaugelände zur Verfügung zu stellen“, so Lehner. So arbeite man derzeit intensiv an einer Umwidmung freier Flächen im westlichen Welser Stadtteil Wimpassing. Wichtig für einen starken Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort sei dabei auch die Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur. Das genannte Gebiet in Wimpassing brauche daher unbedingt auch einen eigenen Autobahnanschluß. Darüber hinaus werde auch intensiv daran gearbeitet, einen

Teil des Welser Flughafens in ein Betriebsbaugelände umzuwandeln. „Wir loten derzeit alle Möglichkeiten aus, um den bis zum Jahr 2030 laufenden Untermietvertrag mit dem Fliegerclub Weiße Möwe aufzulösen. Wenn wir nicht bald eine Lösung finden, laufen wir Gefahr, daß namhafte Welser Firmen aus Wels absiedeln. Dies würde mehr als 1900 Arbeitsplätze weniger für unsere Stadt bedeuten“, so Lehner.

Äußerst positiv sieht der Wirtschaftsstadtrat auch die Idee des geplanten Wirtschaftsparks „Voralpenland“. „Von dieser Kooperation würden sowohl die Stadt Wels als auch die 24 Umlandgemeinden im Bezirk Wels-Land profitieren. Der Wirtschaftspark kann uns dabei helfen, nationale und internationale Betriebe in unsere Region zu bringen und somit zusätzliche Arbeitsplätze und letztlich auch Steuereinnahmen zu schaffen“, sieht Lehner das Projekt des Landes Oberösterreich als „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten.

<http://www.linz.at>
<http://www.wels.at>

Österreicher sparen 2012 rund 5460 Euro Wirtschaftskrise: 50% sehen Österreich gut gerüstet

Weniger Falschgeld Um ein Drittel gesunken



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Was machen die Österreicher mit ihrem Geld in den nächsten 12 Monaten? Kurz zusammengefaßt – im Quartalsvergleich wird etwas weniger gespart und auch die Höhe der geplanten Kreditsumme ist leicht rückläufig. Aktuell planen die Österreicher 5.460 Euro (-4,5%) sparen zu wollen. Ein Drittel plant auch 2012 größere Anschaffungen zu tätigen. Rund 15% davon wollen diese mittels Kredit finanzieren, durchschnittlich werden dafür 68.800 Euro (-16%) veranschlagt. Im Falle einer neuerlichen Wirtschaftskrise sieht jeder zweite Österreicher das Land gut gerüstet. Das ergab die im vierten Quartal 2011 durchgeführte INTEGRAL-Umfrage im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen.

Österreicher optimistisch zur Lage des Landes

Die Österreicher sind optimistisch, was das Rüstzeug des Landes für eine neuerliche Wirtschaftskrise betrifft. Jeder zweite glaubt, daß wir hierzulande für wirtschaftlich magere Zeiten gut aufgestellt sind. Nur ein Drittel sieht unser Land dafür eher nicht gut gerüstet.

Im Jahr 2012 planen 86% der Österreicher Geld zu sparen oder (wiederzu-)veranlagen. Durchschnittlich schätzen sie, nächstes Jahr einen Betrag von etwa 5.460 Euro dafür zur Verfügung zu haben. Bei der Veranlagungsform bleibt man trotz der niedrigen Zinsen konservativ. Zwei Drittel der Österreicher werden ihr Geld in den nächsten 12 Monaten aufs Sparbuch legen, Bausparen ist bei 60% die bevorzugte Anlageform, die Lebensversicherung kommt mit 44% auf ihr All-Time-High. Mit 19% ist ein noch deutlicher Anstieg bei Immobilien zu verzeichnen (+5% zum Vorquartal), im gleichen Ausmaß hat auch die Beliebtheit von Gold zugelegt und liegt jetzt bei 16%.

Die Leitzinsen werden aller Voraussicht

auf 0,5% bis Ende Juni 2012 sinken. Ein Trost für Sparer: „Zu den niedrigen Zinsen gesellt sich auch eine niedrigere Inflationsrate“, so Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank. In Österreich liegt die Inflationserwartung bei rund 2,4% für dieses Jahr, in der Eurozone wird sie sich noch deutlicher reduzieren, auf 1,8%.

Die vielzitierte Eurokrise hat im vergangenen Jahr am Sparverhalten der Österreicher aber nur wenig geändert: Die Sparquote von aktuell 7,3% ist etwa gleich mit der desselben Zeitraums ein Jahr davor (7,4%).

Kreditlust trotz niedriger Zinsen gedämpft

Konstant ein Drittel der Österreicher plant auch 2012 größere Anschaffungen – 15% wollen diese mittels Kredit finanzieren. Durchschnittlich wird mit einer Summe von 68.800 Euro gerechnet, das sind 16% weniger als noch im Quartal davor. „Wir sehen diese starken Schwankungen im Geschäft nicht“, erklärt Peter Bosek. „Es ist eher ein Indikator für die Stimmung in der Bevölkerung. Hört bzw. liest man mehr von wirtschaftlichem Abschwung und Krise, reduzieren sich automatisch die Erwartungen bei der möglichen Sparleistung bzw. man setzt die geplante Kreditsumme vorsichtshalber etwas niedriger an.“

Hat das Jahr 2011 noch sehr vielversprechend und mit guten Wirtschaftsprognosen begonnen, so hat sich Ende des Sommers die wirtschaftliche Lage wieder eingetrübt. Nach einem Anstieg der Spar- und Kreditsummen im Laufe des Jahres 2011, sind gegen Jahresende die Prognosen der Österreicher dahingehend wieder leicht zurückgegangen. Das BIP Wachstum für 2012 wird aktuell mit 0,9% eingeschätzt, das ist deutlich schlechter als noch Anfang des Jahres 2011 vermutet. ■

Die Zahl der Fälschungen von Euro-Banknoten ist 2011 stark rückläufig gewesen: Österreichweit wurden im Vorjahr 5583 Stück falsche Banknoten aus dem Umlauf sichergestellt. Europaweit waren es insgesamt 606.000 Stück, das entspricht einem Rückgang im Vergleich zu 2010 um -19,3 %, für Österreich sind es -36,6 %. Es ist somit das zweitbeste Ergebnis seit Einführung des Euro und ein weiterer Beleg für den hohen Standard der Sicherheitsmerkmale der Gemeinschaftswährung.

Die am häufigsten gefälschte Banknote in Österreich war 2011 mit 33 % die 50-Euro-Banknote, knapp gefolgt von der 100-Euro-Banknote mit 29,3 % und der 20-Euro-Banknote mit 24,7 %. Im europaweiten Ranking liegt die 20-Euro-Banknote mit 47,5 % vor der 50-Euro-Banknote mit 32,5 % und der 100-Euro-Banknote mit 16 %. Wie auch in den vergangenen Jahren liegt der regionale Schwerpunkt nach wie vor im Ballungsraum Wien mit 38,6 %. An zweiter Stelle folgt Niederösterreich mit 14,6 %. Die starke Abnahme der Fälschungen führte in Österreich zu einem Rückgang des Schadens auf EUR 454.050 (-26,4 % im Vergleich zum Vorjahr). Der heimische Anteil an den gesamteuropäischen Fälschungen liegt bei 0,92 %. Somit bleibt Österreich eines der Länder mit dem geringsten Fälschungsaufkommen des Euroraums.

Dieses überaus positive Resultat ist auch auf das hohe Wissen der österreichischen Bevölkerung über die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten zurückzuführen, welches die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) durch gezielte Projekte, zahlreiche Medienkooperationen sowie kostenlose Schulungen stets erweitert. Durch die intensive Informationsarbeit der OeNB werden immer mehr Österreicherinnen und Österreicher zu Euro-Experten und wissen, daß das Erkennen von echten Banknoten auch ohne technische Hilfsmittel mit dem einfachen Banknoten-Prüfprinzip „fühlen – sehen – kippen“ möglich ist.

2011 wurden mehr als 4000 Unternehmen in ganz Österreich besucht und knapp 5000 Angestellte direkt an ihrem Arbeitsplatz über die Sicherheitsmerkmale informiert. Auch 2012 werden im Rahmen der Euro-Tour wieder österreichweit Informationen zum sicheren Umgang mit dem Euro angeboten. ■

<http://www.oenb.at>

50 Jahre Schnellbahn in Wien

Trotz ihrer 50 Jahre ist die Wiener S-Bahn noch nicht in die Jahre gekommen: Pünktlich, schnell und sicher verbinden die 13 S-Bahn-Linien auf 126 Kilometern die Stadt Wien mit dem Umland.



Foto: Erich Nährer/ ÖBB

Auch großer Bahnhof zum 25-Jahr-Jubiläum mit einem Triebwager der Reihe 4030, gebaut von Siemens-Graz-Pauker

Gemeinsam mit den Wiener Linien bildet die Wiener S-Bahn das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in Wien. Rund 300.000 Fahrgäste nutzen werktags täglich S-Bahn oder Regionalzug, mehr als die Hälfte davon auf der „Wiener Stammstrecke“, 142.000 davon sind Pendler.

Mit dem „50 Jahre S-Bahn“-Jubiläum fand der am 17. Jänner der Auftakt in das Jubiläumsjahr „175 Jahre Eisenbahn für Österreich“ statt. Anlässlich des 50-Jahres-Jubiläums wurde ein mit der Aufschrift „50 Wiener S-Bahn“ gebrandeter Nahverkehrswagen der Reihe Talent getauft. „Taufpaten“ waren Christian Kern, Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG, und Anton Heinzl, Vorsitzender des parlamentarischen Verkehrsausschusses.

Kern: „Die ÖBB-Schnellbahn in Wien ist die leistungsstärkste Bahnstrecke in Österreich. Vor einem halben Jahrhundert wurden die Weichen für den großen Erfolg dieses Verkehrsmittels gestellt. Heute nutzen hunderttausende Fahrgäste jeden Tag die Wiener

S-Bahn, um pünktlich, schnell und sicher in die Arbeit, zur Schule oder in die Freizeit zu gelangen.“ Heinzl: „Ich gratuliere zur 50-jährigen Erfolgsgeschichte der Schnellbahn der ÖBB in Wien – die enormen Fahrgastzuwächse in dieser Zeit sprechen eine deutliche Sprache. Sie ist heutzutage aus Wien nicht mehr wegzudenken, und das ist wohl das größte Kompliment, das man ihr machen kann.“

Eine Erfolgsgeschichte feiert ihr 50jähriges Jubiläum

Am 17. Jänner 1962 verließ die erste S-Bahn den damaligen Südbahnhof Richtung Meidling. Trotz massiver Widerstände beharrte der damalige Verkehrsminister auf den Bau dieses modernen Verkehrsmittels. Vom ersten Tag wurde die Schnellbahn von der Bevölkerung begeistert aufgenommen und zu einem in der österreichischen Eisenbahngeschichte beispiellosen Erfolg.

Von anfänglich 17 Mio. Fahrgästen pro Jahr stieg die Anzahl auf heute nahezu 100 Mio. Fahrgäste, die das S- und Regional-

bahnangebot in Wien nutzen. Auch die Zahl der Stationen in Wien wuchs von 13 auf 51. Auf der Stammstrecke zwischen Floridsdorf und Meidling erhöhte sich die Anzahl der Züge auf den vierfachen Wert, von 159 auf rund 640 Züge täglich. Insgesamt sind über 1400 Nahverkehrszüge pro Tag in Wien unterwegs. Die sieben seit 1962 bestehenden Stationen auf der sogenannten Stammstrecke wurden um drei Stationen – Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Handelskai – erweitert.

Top-Pünktlichkeit – seit Jahresbeginn 99 Prozent der S-Bahnen pünktlich

Die Stammstrecke zwischen Floridsdorf und Meidling ist die meist befahrene Strecke Österreichs und für Pendler aus dem Wiener Umland enorm wichtig. Werktags verkehren hier über 600 Züge täglich. Eine Top-Pünktlichkeit ist auf dieser zentralen Verbindung essentiell. Im Jahr 2011 betrug die Pünktlichkeit 98,4%, 2012 bis dato bereits 99,1%, der beste Wert Österreichs und auf dem Qualitätsniveau der Schweizer Bahn.

Chronik

Smart sein, S-Bahn fahren – Intervalle zur Hauptverkehrszeit verdichtet

Die ÖBB führen laufend Verbesserungen durch. Dazu gehören dichtere Fahrintervalle – zur Hauptverkehrszeit auf der Stammstrecke zwischen Wien Floridsdorf und Wien Meidling alle 3,5 Minuten – und die Modernisierung der insgesamt 51 Wiener Bahnhöfe und Haltestellen. Zahlreiche Verkehrsstationen und Bahnhöfe erstrahlen bereits in modernem Glanz, unter ihnen Wien Meidling, Praterstern, Traisengasse, Matzleinsdorf und zuletzt der Westbahnhof Wien.

Neue Möglichkeiten für die ÖBB-S-Bahn in Wien Fahrplanwechsel 2012

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012 wird der Fahrplan der S-Bahn im Raum Wien weiter verbessert. Mit der Teilinbetriebnahme des Hauptbahnhofes gemeinsam mit weiteren wichtigen Eisenbahnprojekten werden die Voraussetzungen geschaffen, das bestehende S-Bahn Netz zu erweitern und auch neue Verbindungen von Ost nach West anzubieten. So wird etwa durch die Verbindung der S60 (Ostbahn) mit der S15 (Meidling – Hütteldorf) der Osten Wiens umsteigefrei mit dem Westen verbunden. Möglich wird dies durch die Teilinbetriebnahme des Hauptbahnhofes, der den derzeitigen provisorischen Kopfbahnhof Südbahnhof (Ost) ersetzen wird. Weiters ergibt sich durch die Verknüpfung der bestehenden S80 (Hausfeldstraße – Südbahnhof Ost) mit der S5 auf der Pottendorfer Linie die Möglichkeit einer neuen Durchbindung zwischen Wien Hauptbahnhof und Meidling.

Darüberhinaus ergeben sich durch die Eröffnung der 44 km langen Neubaustrecke Wien – Tullnerfeld – St. Pölten Ende 2012 auch für schnelle Regionalzüge (mit Halt in neuer Station Tullnerfeld) neue Möglichkeiten.

ÖBB: Österreichs größter Mobilitätsdienstleister

Als umfassender Mobilitätsdienstleister sorgt der ÖBB-Konzern österreichweit für die umweltfreundliche Beförderung von Personen und Gütern. Mit konzernweit rd. 42.500 MitarbeiterInnen (inkl. Lehrlinge 44.125) und Gesamterträgen von rd. 6,1 Mrd. Euro ist der ÖBB-Konzern ein wirtschaftlicher Impulsgeber des Landes. Im Jahr 2010 wurden von den ÖBB 460 Mio. Fahrgäste und 132,9 Mio. Tonnen Güter transportiert. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG.

<http://www.oebb.at>



Foto: Erich Nährer/ ÖBB

Schnellbahngarnitur 4020 020 im November 1987 auf der Nordbahnbrücke



Foto: ÖBB/Zenger

Christian Kern, Vorstandsvorsitzender ÖBB-Holding AG neben der getauften S-Bahn

»50 Jahre Schnellbahn« in Wiener Bezirksmuseen

Seit 1962 ist die „Schnellbahn“ in Wien unterwegs und zum „50-Jahre-Jubiläum“ haben die acht Bezirksmuseen im Bereich der Strecke bezirksweise Dokumentationen gestaltet. Die Schau läuft bis Ende Juni/Anfang Juli. Der Eintritt ist kostenlos. Beteiligt sind die Bezirksmuseen Floridsdorf, Brigittenau, Leopoldstadt, Landstraße, Wieden, Favoriten, Meidling und Liesing beteiligt. Zu sehen gibt es bislang unveröffentlichte Fotografien, eine Modellbahnanlage und manch andere Exponate. Der Rückblick

reicht vom Streckenbau und dem Beginn des Fahrbetriebes bis zu den wichtigsten Entwicklungen während der letzten 50 Jahre. In Floridsdorf zählen der Franz Jonas-Platz, Bahnhöfe und Stationen, Brückenbauwerke und die Stellwerkstechnik zählen zu den Schwerpunkten der Ausstellung.

Informationen zu den einzelnen Museen (Standorte, Öffnungszeiten, etc.) und den Inhalten der bezirksorientierten Dokumentationen (Route, Züge, Fahrpläne, Gleisbau, u.a.) veröffentlicht die ARGE der Wiener Bezirksmuseen im Internet.

<http://www.bezirksmuseum.at>

Chronik

Therme Wien begrüßt ihren millionsten Gast

Mit einer Überraschung begann am 18. Jänner der Besuch von Michelle Zorko aus Tulln (NÖ) in der Therme Wien: Unter großem Beifall wurde sie als ein millionster Gast der Therme begrüßt. Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Therme Wien-Geschäftsführer Edmund Friedl, Wien Holding-Geschäftsführerin Sigrid Oblak und Vamed Vitality World-Direktor Gerhard Gucher bildeten das Empfangskomitee, das einen Gutschein überreichte, mit dem sie ein Jahr lang gratis die Therme Wien besuchen kann.

Mit einem derartigen Empfang hatte die Tullnerin nicht gerechnet: „Ich bin sehr aufgeregt und ganz begeistert. Für mich ist die Therme Wien Erholung pur und daher der Gratis-Eintritt für ein Jahr ein besonders wertvolles Geschenk.“ Überhaupt wird die neue Therme Wien vom Publikum nahezu gestürmt. Erst vor 16 Monaten – am 27. September 2010 – eröffnet, liegt die Besucherzahl von einer Million Menschen weit über den Erwartungen.

Für Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Vizebürgermeisterin Renate Brauner ist die Therme Wien nicht nur eine Erfolgsgeschichte



Foto: Therme Wien

Edmund Friedl (Geschäftsführer Therme Wien), Michelle Zorko (1-millionster Thermengast) und Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner

der Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht: „Die Therme Wien ist definitiv ein Highlight im großen Freizeitangebot der Stadt Wien. Seit der Eröffnung Ende September 2010 haben nun eine Million Menschen die neue Therme Wien besucht. Das ist der Beweis für den großen Zuspruch, den die Therme

genießt. Zusätzlich profitiert die Wirtschaft davon, denn die Therme ist Motor für das Wirtschaftswachstum, sichert langfristig Arbeitsplätze und ist damit Teil der Wiener Wachstumsoffensive: Durch das Projekt konnten wir 300 Arbeitsplätze nachhaltig sichern, etwa 100 davon wurden neu geschaffen.“ ■

<http://www.thermewien.at>

Klagenfurt hat eigene »Landkarte« für Rollstuhlfahrer

Bordsteinkanten, Treppen und zu enge Gänge oder Türen – was für viele Menschen keine Probleme darstellt, wird für bewegungsbeeinträchtigte Personen zur alltäglichen Herausforderung. Die Fachhochschule Kärnten hat sich nun, unterstützt vom Referat des Kärntner Gesundheitsreferenten, LH-Stv. Peter Kaiser, an einem Projekt beteiligt, das sich dieses Themas annimmt. Am 30. Jänner wurde das Projekt mit dem Titel „ergo goes wheelmap“ in Klagenfurt im Beisein von LHStv. Peter Kaiser präsentiert.

Konkret hat sich der Studiengang Ergotherapie der FH Kärnten in den letzten Monaten damit befaßt, ein möglichst großes Gebiet von Klagenfurt in bezug auf die Zugänglichkeit von alltagsrelevanten Orten für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer zu überprüfen und die gewonnenen Daten in die wheelmap der Berliner Initiative Sozialhelden einzutragen. Damit können RollstuhlfahrerInnen via Internet oder Smartphone-app herausfinden, ob und welche Örtlichkeiten für sie überhaupt barrierefrei zugänglich sind. Zusätzlich lassen sich Informationen über den Grad der Zugänglichkeit abrufen. In Österreich wurde noch keine Datenerhebung dieser Art durchgeführt, es handelt sich



Foto: Büro LHStv. Kaiser

LHStv. Peter Kaiser mit Markus Kraxner (Projekt-Leiter), Nicol Perschler, Siegfried Spanz (GF FH Kärnten), Martina Landl, Angelika Mitterbacher (Projekt-Leiterin), Julia Bachmaier, Sonja Mahr und Doris Cekan (Studiengangsleiterin Ergotherapie).

also um eine Pionierarbeit.

„Als Gesundheitsreferent und persönlich stehe ich voll und ganz dafür ein, daß alle Menschen, die in Kärnten leben, das unumstößliche Recht haben müssen, sich frei bewegen zu können. Es ist die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Politik alles dafür zu unternehmen, dieses Grundrecht auf Bewegungsfreiheit allen in Kärnten lebenden

Menschen zu gewährleisten – ohne Unterschiede, egal ob beeinträchtigt oder nicht, egal welcher Hautfarbe, welcher ethnischer oder sozialer Herkunft, unabhängig davon, wie viel jemand in der Brieftasche hat“, machte Kaiser in seinen Grußworten bei der Projektpräsentation deutlich. ■

<http://blog.fh-kaernten.at/ergogoeswheelmap>

<http://www.wheelmap.org>

Chronik

Deutlich höheres Bevölkerungswachstum in Vorarlberg

Demographische Entwicklung der Bevölkerung in Vorarlberg

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 waren in Vorarlberg 372.364 Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet, um 1.812 Personen bzw. 0,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit war das Bevölkerungswachstum im letzten Jahr deutlich höher als im Jahr 2010 (damals +1.128 Personen), teilt die Landesstelle für Statistik in ihrem aktuellen Bericht mit.

Die Geburtenbilanz (Saldo aus Geburten minus Sterbefälle) in Vorarlberg ist im Zeitraum 2002 bis 2011 um mehr als ein Viertel zurückgegangen, von knapp 1.600 auf 1.130 Personen. Die Wanderungsbilanz (Zuzüge minus Wegzüge) war in dieser Zeit uneinheitlich: 2002 überwog die Zuwanderung um 1.579 Personen, 2010 dagegen gab es mehr Weg- als Zuzüge. 2011 registrierten die Statistiker wieder ein Zuwanderungsplus um 682 Personen.

Weiterhin konzentriert sich der Einwohnerzuwachs auf die Region Rheintal. Hier wurden innerhalb der letzten zwölf Monate 1.644 zusätzliche Hauptwohnsitze gegründet. Insgesamt wohnen über 249.000 Menschen im Rheintal, das sind zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes. Auch im



Bregenzerwald und im Walgau sowie im Brandnertal, im Kleinwalsertal und im Leiblachtal hat die Einwohnerzahl im letzten Jahr geringfügig zugenommen, im Großen Walsertal, im Montafon und in der Region Klostertal/Arlberg ist die Zahl der Hauptwohnsitze leicht zurückgegangen.

Neun Vorarlberger Städte und Gemeinden haben eine Einwohnerzahl über 10.000. Insgesamt lebt in diesen größten Gemeinden

gut die Hälfte der Bevölkerung Vorarlbergs. Die größte Stadt, Dornbirn, hat über 46.000 Einwohner, gefolgt von Feldkirch mit knapp über 31.000.

Zu Jahresende 2011 wohnten in Vorarlberg 50.209 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, ein Jahr zuvor waren es 48.662. Dadurch ist der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung um 0,3 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent gestiegen.

Hohe Auszeichnung für Grazer Berufsfeuerwehrmann

Aus den Händen des Landesfeuerwehrkommandanten Albert Kern konnte Oberbrandmeister Gerald Zechner, Angehöriger der Berufsfeuerwehr Graz, für eine mehrfache Lebensrettung eine hohe Auszeichnung entgegen nehmen: das Steirische Feuerwehrleistungsabzeichen in Silber!

Das silberne FLA kann an Feuerwehrangehörige und Personen verliehen werden, welche in Gefahr-, Brand- oder Katastrophenfällen durch ihren Einsatz einen besonderen Erfolg erzielten oder durch ihr entschlossenes Handeln Menschenleben gerettet haben.

Zechner, der seinen Dienst auf der Wache Süd versieht, ist auch stellvertretender Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Gössendorf.

Als solcher wurde er im Juli 2011 zu einem Einsatz alarmiert, der sich als besonders dramatisch herausstellen sollte: Im Bereich der Kraftwerksbaustelle Gössendorf waren vier Personen mit einem kleinen Schlauchboot auf der Mur in absolute Lebensgefahr geraten – es gab für sie kein Vor oder Zurück. Im Rahmen eines großen Feuerwehreinsatzes ließ sich Zechner schließlich aus rund 15 Metern Höhe absei-



Foto: LPV / Fink; FF Gössendorf

Mit LHStv. Schrittwieser, LHStv. Schützenhöfer, LH Voves, LBD Kern und LBDS Scherz (v.l.) gratulierten die Spitzenrepräsentanten aus Land und Feuerwehrwesen

len und konnte so die Bootsinsassen einen nach dem anderen mittels Notrettungsgeschirr aus ihrer mißlichen Lage befreien und auf die Kraftwerksmauer retten. Für Zechner bestand dabei ständig höchste Lebensgefahr, ein falscher Schritt und er wäre wohl den tosenden Fluten zum Opfer gefallen.

Gerald Zechner war viele Jahre auch als

Höhenretter in der Grazer Berufsfeuerwehr tätig – eine Ausbildung und Erfahrung, die ihm die erfolgreiche Lebensrettung ermöglichte, die er bescheiden herabspielt: „Egal, ob in der Berufs- oder Freiwilligen Feuerwehr – Erfolg hat immer nur das Team. Auch dieser Einsatz konnte nur deshalb so erfolgreich abgewickelt werden, weil alle perfekt zusammengewirkt haben!“

Chronik

Der Innsbrucker Ferienzug ist wieder auf Schiene

Egal ob Flugsaurier, Faschingsmasken oder Fun im Schnee: der Innsbrucker Semesterferienzug hat auch heuer wieder jede Menge für die jungen TeilnehmerInnen zu bieten.

Kinder- und Jugendreferent Vizebürgermeister Christoph Kaufmann und Birgit Hofbauer, Referentin des Amtes für Kinder- und Jugendförderung, präsentierten das neue Programm. „Das Angebot der familienfreundlichen Stadt Innsbruck wird durch den Ferienzug um eine wichtige Facette erweitert, die aus dem Schul- und Ferienjahr nicht mehr wegzudenken ist“, so Kaufmann über das abwechslungsreiche Programm: „Auch für berufstätige oder alleinerziehende Mütter und Väter ist es beruhigend zu wissen, daß ihre Kinder während der Ferienzeit gut aufgehoben sind, Spaß haben und ihre freien Tage in der Gesellschaft von Freunden genießen können.“

Vom 11. bis zum 19. Februar bietet die Stadt Innsbruck gemeinsam mit diversen Mitveranstaltern insgesamt 78 abwechslungsreiche Veranstaltungen an, bei denen die Kinder und Jugendlichen ihre Ferienzeit sinnvoll verbringen und genießen können. Gemeinsam mit Gleichaltrigen bauen sie



Foto: Innsbruck / Rathaus Medienservice

Spannende Ferien: Vizebürgermeister Christoph Kaufmann und Birgit Hofbauer präsentierten das neue Programm.

heuer zum Beispiel erstmals Iglus und experimentieren mit Farben im Schnee beim „Schneespielspaß“ oder bringen bei „Löwenblümchen und Gänsezahn“ in Erfahrung, wie Tiere und Pflanzen die kalte Jahreszeit überstehen.

Das Referat Kinder- und Jugendförderung ist ständig bemüht, ein spannendes Programm zusammenzustellen, welches möglichst viele Kinder und Jugendliche an-

spricht. Dabei wird immer darauf geachtet, die neuesten Freizeittrends und viele verschiedene Interessensgebiete zu berücksichtigen.

Seit 30. Jänner sind die neuen Programmhefte erhältlich. Allen Kinder und Jugendlichen zwischen vier und 15 Jahren aus Innsbruck wurden sie nachhause geschickt. Die digitale Version gibt es im Internet. ■

<http://www.junges-innsbruck.at>

Faschingsitzung im steirischen Landtag

Wie schon im letzten Jahr, gab es am 18. Jänner zu Mittag eine etwas andere Landtagsitzung im Landtag Steiermark: Präsident Manfred Wegscheider übergab für kurze Zeit die Landstube an die Faschingsgilden aus der Steiermark sowie an die Grazer Faschingsgesellschaft. „Wie schon letztes Jahr ist es mir auch in der diesjährigen Faschingsaison wichtig, die Tradition des Faschings zu bewahren“, so Wegscheider, der gar kein Problem hatte, seinen Präsidentensessel kurz dem steirischen Landesprinzenpaar Marco und Nadja I. aus Knittelfeld zu überlassen.

Zahlreiche bunt gekleidete NärrInnen nahmen kurze Zeit dort Platz, wo sonst die Abgeordneten des Landtages Steiermark sitzen. „Knittelfeld ist nun schon seit sechs Jahren Narrenhauptstadt in der Steiermark und für uns ist es eine große Ehre, heute für kurze Zeit die Regentschaft im Landtag zu übernehmen“, betonte der Präsident der Knittelfelder Garde, Mario Krenn, der sich besonders über die Anwesenheit des Präsidenten des Bundes der Österreichischen Faschingsgilden, Alois Penz, freute.



Foto: Landespressediens/Schüttbacher

Der Präsident des Landtages Steiermark Manfred Wegscheider begrüßte das Landesprinzenpaar Nadja und Marco I. aus Knittelfeld.

Daß sich das Parkett der Landstube auch gut zum Tanzen eignet, bewies zum Abschluß nicht nur die Knittelfelder Mädchengarde, sondern auch der zweite Präsident

Franz Majcen und die dritte Präsidentin Ursula Lackner des Landtages Steiermark sowie die Abgeordneten Sabine Jungwirth, Eduard Hamedl und Georg Mayer. ■

DO & CO ist neuer ÖBB-Caterer

Ab April wird die kulinarische Bewirtschaftung der ÖBB-Bordrestaurants und Trolleys der Österreichische Marken-caterer DO & CO übernehmen. Mit dieser rot-weiß-roten Partnerschaft bauen die ÖBB ihre Angebots- und Serviceoffensive weiter aus. Bahnkunden wird ab April ein Top-Angebot aufgetischt. Auf der neuen Speisekarte steht nicht nur eine deutliche Qualitätsverbesserung im Speisen- und Getränkeangebot sondern auch eine attraktive Preisgestaltung. Vertrauen in die Qualität und operative Exzellenz im Service des international erfahrenen Caterers waren ausschlaggebend bei der Auswahl.

„Die Entscheidung für DO & CO ist ein wichtiger Schritt bei unserer Service-Offensive. Unsere Kunden werden den Unterschied merken, nicht nur kulinarisch sondern auch beim Preis. Beide, die ÖBB und DO & CO, werden von der Zusammenarbeit enorm profitieren“, so ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern.

Nach einer zehnjährigen erfolgreichen Partnerschaft mit e-express, haben die ÖBB die Leistungen für das Catering am Zug 2011 neu ausgeschrieben. Die Beurteilung der Angebote erfolgte im Rahmen eines standardisierten Ausschreibungsverfahrens in Verbindung mit Kundenbefragungen. Entschieden wurde die Vergabe von einer Fachjury mit interner und externer Beteiligung. Bewertet wurde in erster Linie die Qualität des kulinarischen Angebotes und des Service-Konzeptes. DO & CO wird auch das Service am Zug übernehmen und die Mitarbeiter des bisherigen Caterers e-express in seiner „DO & CO - Akademie“ weiterbilden.

Bodenständige Küche, in bester Qualität und zu attraktiven Preisen

Die Zusammenstellung des neuen Angebotes wurde nach einer Marktanalyse und Kundenumfragen – unter anderem via facebook – definiert und wird sich mit Frische, Regionalität und authentischer Zubereitung auszeichnen. Angeboten werden Speisen und Snacks, die in den Bordküchen frisch und in der notwendigen Geschwindigkeit zubereitet werden können. Der kulinarische Schwerpunkt wird auf österreichischer und regionaler Küche liegen, jedoch werden Spezialitäten aus anderen Ländern und Kontinenten immer wieder für Abwechslung des Gesamtangebotes sorgen. Auf die Verwen-



Foto: ÖBB / Zenger

Ein DO & CO-Koch, Attila Dogudan, CEO von DO & CO, und Christian Kern, Vorstandsvorsitzender ÖBB-Holding AG

dung von frischen Rohwaren aus der Region und saisonaler Produkte wird besonders großes Augenmerk gelegt.

Die unterschiedlichen Marken von DO & CO verfügen jeweils über reichlich Erfahrung im Restaurant, Hotel, Event und Airline Geschäft, mit einem hohen Fokus auf qualitätsorientierte Verkehrsgastronomie. Die gewonnenen Erfahrungen aus all diesen Aktivitäten bilden somit eine solide Basis – sowohl kulinarisch, als auch logistisch – um den ÖBB-Fahrgästen in bester Qualität und gleichzeitig kosteneffizient ein attraktives, kulinarisches Angebot anbieten zu können.

Attila Dogudan, CEO von DO & CO: „Wir freuen uns sehr auf diese neue Herausforderung und werden uns besonders bemühen, die in uns gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Gute heimische Rohwaren, frische Zubereitung und motivierte und dienstleistungsorientierte Mitarbeiter sind die wesentlichen Zutaten dieser neuen Menüzusammenstellung. Wir werden mit Sicherheit keine kulinarischen Abenteuer eingehen und sind uns auch der großen Verantwortung bewusst, den ÖBB-Kunden ein anständiges Produkt zu vernünftigen Preisen anzubieten. Am Ende des Tages geht es nur um zufriedene Gäste und daran wollen wir uns dann letztlich auch messen lassen.“

Österreichische Gastlichkeit rund um die Welt

DO & CO ist einer der führenden Qua-

litäts-Gastronomiebetriebe mit einem sehr breiten Produkt- und Markenportfolio. Die Gruppe hat Aktivitäten in über 20 Ländern weltweit mit eigenen Gourmetküchen in Österreich, USA, Großbritannien, Deutschland, Italien, Türkei, Malta und der Ukraine. DO & CO betreibt Restaurants, Cafés (Demel), ein Boutique Hotel in Wien, Lounges und ist in seinem internationalen Eventcatering auch für die kulinarische Betreuung der Gäste der Formel 1, wichtiger Skirennen (Kitzbühel, Schladming etc.) aber auch für die Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine verantwortlich. Zusätzlich ist DO & CO einer der führenden Qualitäts-caterer der Airline-Industrie, mit mehr als 60 internationalen Fluglinien als Kunden. Seit einem Jahr ist auch die neue Gourmetmarke „Henry“ im Einzelhandel sehr erfolgreich präsent. Die Gruppe beschäftigt insgesamt über 5000 Mitarbeiter und ist mit seinem „best in class“-System ausschließlich auf höchste Kundenzufriedenheit fokussiert. Ein hoher Grad an Innovation und Flexibilität, eine einzigartige qualitäts- und dienstleistungsorientierte Unternehmungskultur und besonders motivierte Mitarbeiter, machen DO & CO nicht nur zu einem sicheren Arbeitgeber, sondern auch zu einem verlässlichen Partner für seine Kunden und zu einem österreichischen Dienstleistungsexportartikel. ■

<http://www.oebb.at>

<http://www.doco.com>

»Großes goldenes Ehrenzeichen« für Herbert Stepic

Bundespräsident Heinz Fischer hat Herbert Stepic, dem Vorstandsvorsitzenden der Raiffeisen Bank International AG (RBI), am 31. Jänner das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich überreicht. Die Auszeichnung erfolgte auf Vorschlag der Bundesministerin für Finanzen, Maria Fekter, und würdigt die wirtschaftlichen Verdienste von Herbert Stepic vor allem im Zusammenhang mit dem internationalen Engagement der RBI und der damit verbundenen Pionier- und Aufbauarbeit in Zentral- und Osteuropa (CEE). Diese hat nicht nur den in der Region tätigen lokalen und internationalen, insbesondere österreichischen Banken ein Geschäftsfeld eröffnet, das nach wie vor ein deutlich höheres Wachstumspotential als Westeuropa bietet. Darüber hinaus hatte Stepic großen Anteil an der Erschließung dieses neuen Terrains für die österreichische Wirtschaft insgesamt.

In seinen Dankesworten hob Stepic den großen motivatorischen Faktor der Auszeichnung hervor. Er nehme den Orden stellvertretend für tausende Mitarbeiter entgegen, die trotz des derzeit rauen wirtschaftlichen



Foto: RZB / Katharina Rossboth

Herbert Stepic, Bundespräsident Heinz Fischer und Dorothee Stepic

Klimas ein hohes Maß an Einsatzfreude und Motivation hätten. „Ich sehe mich auch nach 25 Jahren quasi als Missionar in Sachen Zentral- und Osteuropa und versuche, die Leidenschaft für die Region auf andere zu übertragen. Ich habe viel Sympathie für die Menschen der Region und für ihren Wunsch, sich den Wohlstand zu schaffen, der ihrer

Elterngeneration verwehrt blieb. CEE bleibt die Wachstumsregion Europas und ist auch für Österreichs Wirtschaft ein wesentlicher Wachstumsfaktor“, so Stepic.

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ist einer der höchsten österreichischen Orden für Personen aus der Wirtschaft. ■

Erhard Busek erhielt Ehrenzeichen des Landes Salzburg

Sein waches Geschichtsbewußtsein und sein darin solide fundiertes Gegenwartsverständnis haben ihn zu einer herausragenden Persönlichkeit der österreichischen Zeitgeschichte gemacht. Die Heimat seines offenen Österreichertums liegt im Donauraum und darüber hinaus im gesamten Europa“, betonte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller am 27. Jänner bei der Überreichung des Ehrenzeichens des Landes Salzburg an Rektor a.D. Vizekanzler a.D. Erhard Busek in der Salzburger Residenz.

Erhard Busek hat das von ihm noch als Bildungsminister initiierte Fachhochschulgesetz nach seiner aktiven Zeit als Politiker umgesetzt. „Als Rektor der neu errichteten Fachhochschule Salzburg zwischen 2004 und 2011 hat er die wichtigsten Jahre der FH Salzburg in dieser leitenden Funktion gemeinsam mit den aktiven Trägern und einer engagierten Geschäftsführung zur Erfolgsgeschichte gemacht“, so Burgstaller.

„An den Standorten Puch-Urstein und Kuchl wurden Salzburger Meilensteine in Richtung Wissensgesellschaft gesetzt“, so Burgstaller. „Die FH Salzburg trägt somit sowohl in bezug auf ihren gesetzlichen Rahmen, als auch hinsichtlich ihrer Umsetzung – also



Foto: LPB/Neumayr/MNV

LHF Gabi Burgstaller, Erhard Busek und LH-Stv. Wilfried Haslauer

in Theorie und Praxis – die deutliche Handschrift Erhard Buseks. Deshalb ist es mir eine große Freude und Ehre, aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Landesregierung, Dr. Erhard Busek das Ehrenzeichen des Landes Salzburg zu überreichen“, so Burgstaller abschließend.

1989 wurde Busek als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung in die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) berufen. Von

1991 bis 1995 war er Vizekanzler in der Großen Koalition mit der SPÖ und gleichzeitig Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (bis 1994) sowie Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (1994 bis 1995). Seit 1995 widmet er sich verstärkt seinen mitteleuropäischen und kulturellen Interessen und übernahm den Vorsitz des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa – um nur einige wenige Stationen Buseks anzuführen. ■

Goldenes Ehrenzeichen an Welser Bürgermeister Peter Koits

Landeshauptmann Josef Pühringer hat am 13. Jänner dem Welser Bürgermeister Peter Koits das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich überreicht. Koits ist am 9. Mai 1941 in Wien geboren und Vater von drei Kindern. Als gelernter Großhandelskaufmann und Doktor der Rechtswissenschaften hat er seine berufliche Karriere als Jurist im öö. Landesdienst und bei der Bezirkshauptmannschaft Wels begonnen, bevor er seine Funktion an der Spitze der Stadt Wels übernahm, die er mittlerweile bereits seit 12 Jahren innehat.

Politische Verantwortung übernahm Koits ab dem Jahr 1979 als Gemeinderat in Wels bevor er Stadtrat, Vizebürgermeister und schließlich – seit dem 22. November 1999 – zum Bürgermeister der Stadt Wels gewählt wurde.

„Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs zu sein, heißt natürlich immer, auch in Funktionen berufen zu werden, die über die Stadt hinaus gehen. Peter Koits hat sich auch dieser Aufgabe gestellt. Im österreichischen Städtebund ist er Mitglied des Hauptausschusses, Mitglied der Geschäfts-



Foto: Stadt Wels

LH Josef Pühringer, der Welser Bürgermeister Peter Koits mit Gattin Waltraud und LR Hermann Keplinger

leitung und Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit. Seine Ära als Bürgermeister hat das Gesicht der Stadt Wels verändert.“ Zwischen dem Land und seiner zweitgrößten Stadt würden sich laufend Berührungspunkte ergeben. „Ich danke daher Bürgermeister Koits für die gute Zusammen-

arbeit zwischen Stadt und Land.“ Er habe Koits als korrekten Verhandler und lösungsorientierte Persönlichkeit kennengelernt, so Pühringer, der Koits namens des Landes Oberösterreich für all das Geleistete dankte und ihm zum Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich gratulierte. ■

Ernst Wolfram Marboe ist gestorben

In der Nacht auf den 13. Jänner ist der langjährige Programmintendant des ORF, Ernst Wolfram Marboe, 73jährig gestorben. Mit ihm verliert Österreich einen genialen Fernsehponier und unermüdlichen Kulturbotschafter, der sich im In- und Ausland einen verdienten Namen gemacht hat.

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: „Mit Ernst Wolfram Marboe verliert Österreich einen der großen Gestalter der Fernsehgeschichte. In all seinen Funktionen im ORF setzte er Meilensteine im Programm, die vielen Zuseherinnen und Zusehern noch heute in Erinnerung sind. Als Generalist – Journalist und Autor, Dramaturg und Regisseur, Moderator und Manager – bereicherte er nicht nur ORF-Radio und -Fernsehen, sondern auch Kultur und Wissenschaft Österreichs im allgemeinen. Ernst Wolfram Marboes Verdienste wirken nachhaltig und sind noch immer Vorbild für Generationen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.“

Ernst Wolfram Marboe wurde am 10. August 1938 in Wien geboren. Er arbeitete als Assistent und Inspizient bei den Bregenzer und Salzburger Festspielen, absolvierte das Max Reinhardt Seminar und leitete ein Studententheater. Zuerst freier Mitarbeiter

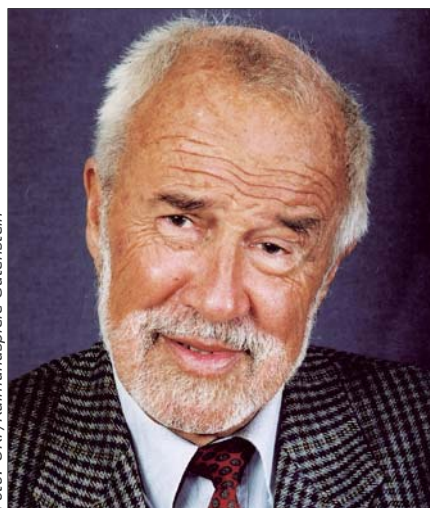


Foto: ORF/Raimundspiele Gutenstein

Ernst Wolfram Marboe

und Hauptreferent im ORF, wurde er 1971 Leiter der Abteilung Hörspiel und Literatur im ORF-Landesstudio Niederösterreich. 1976 wurde er niederösterreichischer Landesintendant, 1978 Fernsehintendant des ORF-Fernsehsenders FS 2.

Nach Raimunds „Verschwender“ (1980), den er ausschließlich mit Kindern besetzte, erwies er sich mit der Zauberposse „Der Barometermacher auf der Zauberinsel“ von

Ferdinand Raimund als Visionär, indem er den ersten interaktiven Fernsehesevent schuf und die Bluebox-Technik für eine virtuelle Kulisse nutzte. Interaktiv war auch das Fernseh-Wunsch-Programm „Wurlitzer“. Seiner Zeit weit voraus war Marboe mit der „Lieben Familie“, einer Stegreif-TV-Serie, bei der Tagesaktualität in die live produzierte Handlung integriert wurde. Mit seiner letzten großen Arbeit im ORF, der TV-Umsetzung von Raimunds „Der Diamant des Geisterkönigs“, nutzte er erstmals digitale Techniken und beschritt mit dem erstmaligen Einsatz von HDTV absolutes Neuland – Jahrzehnte bevor die Technik Eingang in den TV-Alltag fand.

Von 1984 bis 1993 war er Programmintendant des ORF. Er erfand – neben vielen anderen Formaten – die Diskussionssendung „Café Central“ und machte die Radio-Spendenaktion „Licht ins Dunkel“ zu dem großen österreichischen TV-Spenden-Event, der er heute ist. Ernst Wolfram Marboe war langjähriger Präsident des österreichischen Behindertensportverbandes und stellvertretender Präsident von den Special Olympics Österreich. Von 2000 bis 2007 leitete er die Raimundfestspiele Gutenstein als Intendant. ■

Die Selige Hildegard Burjan

Ein bis auf den letzten Platz gefüllter Wiener Stephansdom war am 29. Jänner Zeuge der Aufnahme der Sozialreformerin und Ordensgründerin Hildegard Burjan (1883-1933) in das Verzeichnis der Seligen der katholischen Kirche.



Foto: Kathbild.at/Rupprecht

Mit der Verlesung des päpstlichen Seligsprechungsdekretes durch Erzbischof Kardinal Angelo Amato, Präfekt der vatikanischen Kongregation für Selig- und Heiligsprechungen, wurde die Gründerin der Caritas Socialis »zur Ehre der Altäre« erhoben.

Respekt vor dem politisch Andersdenkenden und immenser Einsatz im Kampf gegen die Armut bis an die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit – diese Eigenschaften zeichneten Hildegard Burjan (1883-1933), eine der ersten acht weiblichen Abgeordneten im österreichischen Parlament, aus. Sie wurde am 29. Jänner als erste demokratisch gewählte Politikerin im Wiener Stephansdom durch Kardinal Angelo Amato, Präfekt der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungen, zur „Ehre der Altäre“ erhoben.

Hildegard Burjan zog am 4. März 1919 als Vertreterin der Christlichsozialen Partei mit sieben sozialdemokratischen Mandatarinnen als eine der ersten acht Parlamentarierinnen in die Konstituierende Nationalversammlung ein. Burjan zählt somit zu den Pionierinnen im Hohen Haus. Ihr soziales Engagement und vor allem die Gründung der Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis bilden den Grundstein für die Seligsprechung.

Geboren in Schlesien, war sie eine der wenigen Frauen, die zur damaligen Zeit einen Universitätsabschluß vorweisen konnten. Nach dem Studium der Germanistik und der Philosophie an der Universität Zürich widmete sie sich dem Studium der Nationalökonomie und der Sozialpolitik in Berlin.

Obwohl sie als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung dem Parlament nur kurze Zeit (4. März 1919 bis 9. November 1920) angehörte, erwarb sie sich als Sozial- und Frauenpolitikerin auch in den Reihen der politisch Andersdenkenden hohe Anerkennung.

Burjans Hauptaugenmerk galt der Not und Benachteiligung von Frauen, insbesondere der Heimarbeiterinnen und Dienstboten. Ihr Leitspruch war „Hilfe zur Selbsthilfe“. Trotz innerparteilichen Widerstands trat sie für die Gleichberechtigung der Frauen und für die noch immer hoch aktuelle Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ein. Sie forderte die Aufnahme von

Frauen in staatliche Ämter und Betriebe sowie deren Gleichbehandlung und machte sich für die Ausbildung von Mädchen sowie für den Mutterschutz stark. Burjan verschloß auch nicht die Augen vor dem Elend der Prostituierten und konnte weder innerhalb der Partei als auch in der Kirche von vornherein auf Verständnis für die auf „unsittliche Wege“ Abgedrifteten bauen. Sie fand jedoch in der Person von Bundeskanzler Ignaz Seipel und in Kardinal Friedrich Gustav Piffl mächtige Unterstützer ihrer Ideen.

Ein Jahr vor ihrem Tod verlor Hildegard Burjan die zwei ihrer treuesten Wegbegleiter. Kardinal Piffl starb am 21. April 1932, ihm folgte Ignaz Seipel am 2. August 1932. Selbst schon schwer krank, plante Hildegard Burjan, Seipel zu Ehren eine Kirche mit angeschlossenem Seelsorge- und Fürsorgezentrum in einem Arbeiterviertel zu bauen. Um das Projekt verwirklichen zu können, setzte sie alle Hebel in Bewegung. Sie trieb Geld mittels einer Lotterie auf und erwirkte eine

Foto: Kathbild.at/Rupprecht



Kardinal Angelo Amato begrüßt die Generaloberin der von Hildegard Burjan gegründeten Caritas Socialis, Schwester Judith Tappeiner.

zusätzliche kirchliche Sonntagssammlung. Bei Bürgermeister Seitz erreichte sie die Erlaubnis, eine Haussammlung in Wien durchführen zu dürfen. Auf Seitz hagelte es daraufhin massive Kritik aus den eigenen Reihen. Burjan organisierte weiters eine Seipel-Matinee an der Staatsoper. Als Bauplatz wurde ein Grundstück im 15. Bezirk, am Vogelweidplatz, auserkoren. Der Bauplatz war kostenlos, da er testamentarisch mit einem Servitut, daß nämlich dort eine Kirche erbaut werden müsse, belegt war. Als Architekt fungierte nach einer Ausschreibung Clemens Holzmeister, der mit diesem Bau Maßstäbe im modernen Kirchenbau setzte. Im Vorfeld löste das Modell jedoch große Kontroversen aus und wurde mit dem Spitznamen „Paternoster-Garage“ belegt. Hildegard Burjan war jedoch entschlossen, den modernen Bau durchzuführen und holte sich sogar persönlich die Zustimmung dafür in Rom bei Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII. Für kurze Zeit beherbergte die Krypta der Kirche die sterblichen Überreste von Bundeskanzler Ignaz Seipel sowie von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Bei der Grundsteinlegung für die Kirche war Hildegard Burjan schon tot. Sie starb am 11. Juni 1933.

Die Selligsprechung – ein großes Fest

Als Vertreter des Papstes verlas Erzbischof Kardinal Angelo, der Präfekt der vatikanischen Kongregation für Selig- und Heiligsprechungen, das mit dem mit 29. Jänner datierten Schreiben von Papst Benedikt XVI., das die Verehrung von Hildegard Burjan als Selige gestattet und ihren Gedenktag auf den 12. Juni festlegt.



Foto: Caritas Socialis

Hildegard Burjan

Der Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn ging in seiner Predigt im Stephansdom der Frage nach, was das „Mehr“ einer Seligen wie Hildegard Burjan ausmache: „Da ist eine innere Quelle, da ist eine Kraft, da ist eine Dynamik, die aus der innersten Mitte heraus ein Leben verändert, umgestaltet, im Guten radikalisiert, ein nicht mehr erlahmender Impuls.“ Nachdem Burjan am Ostertag des Jahres 1908 am Sterbebett in unerklärlicher Weise geheilt worden war, sei sie „unermüdlich dort gewesen, wo die Not der Menschen war“. Nicht rein menschliche Energie, sondern „eine andere Kraft“ sei in ihr am Werk gewesen, die der

Apostel Paulus so beschreibe: „In der Liebe verwurzelt und auf sie gegründet... werdet ihr mehr und mehr von der ganzen Fülle Gottes erfüllt.“

Hildegard Burjan sei, so Schönborn, die „Predigt der Tat“ wichtiger als die Worte gewesen. Ihr „Sehen der Not, das Zupacken, das vernünftige soziale Handeln“ habe ihr „über Parteigrenzen hinweg hohe Anerkennung gebracht“. Der Kardinal zitierte die neue Selige: „Gott gibt uns den Verstand, damit wir die Not der Zeit, die Ursachen der Not, die Mittel, die zur Abhilfe führen, erkennen.“ Burjan habe den Grundsatz vertreten, daß „volles Interesse für die Politik zum praktischen Christentum“ gehöre.

Burjan sei durch ihre Seligsprechung den Christen als Vorbild vor Augen geführt. Ihre Anweisung, „in die Schule Jesu zu gehen“, sich von Christus „an der Hand nehmen zu lassen, auf ihn zu schauen und sich ruhig und still von ihm führen zu lassen“, sei auch das „Reformprogramm, das wir für die Kirche in unserem Land sehen“.

An der von ORF 3 und vom Landesstudie Wien übertragenen Feier nahmen an der Spitze von mehreren tausend Gläubigen neben den Kardinälen Amato und Schönborn der päpstliche Nuntius in Österreich, Erzbischof Peter Zurbriggen, alle amtierenden österreichischen Diözesanbischöfe (Erzbischof Alois Kothgasser und die Bischöfe Egon Kapellari, Klaus Küng, Alois Schwarz, Ludwig Schwarz, Manfred Scheuer, Ägidius J. Zsifkovic), der Militärbischof Christian Werner, der ehemalige und der amtierende Bischof von Burjans Geburtsstadt Görlitz (Sachsen) Rudolf Müller und Wolfgang Ipolt sowie vier Weihbischöfe, drei emeritierte Bischöfe und mehr als hundert Priester teil. Viele Schwestern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der von Hildegard Burjan gegründeten Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis nahmen unter Leitung von Schwester Judith Maria Tappeiner teil, unter ihnen auch eine Abordnung der Ordensniederlassung in Brasilien.

Ein Ehrengeläute der „Pummerin“ beendete die Messe. Danach gab es am Stephansplatz eine Agape für die mehr als 3000 Mitfeiernden. Die erste Messe im Andenken an die neue Selige wurde am Tag darauf in der Servitenkirche im 9. Wiener Gemeindebezirk gefeiert. Im Anschluß wurden die Reliquien Burjans in einer Prozession in die Hildegard Burjan-Kapelle in der Pramer-gasse übertragen. ■

<http://www.hildegardburjan.at>

Quellen: Erzdiözese Wien, Parlamentskorrespondenz

Die flüssigste Flüssigkeit des Universums

Flüssiger als bisherige Theorien erlauben könnte das Quark-Gluon-Plasma sein, das an der TU Wien theoretisch untersucht wurde. Die bisher für gültig gehaltene Untergrenze für die Viskosität von Flüssigkeiten kann durchbrochen werden.

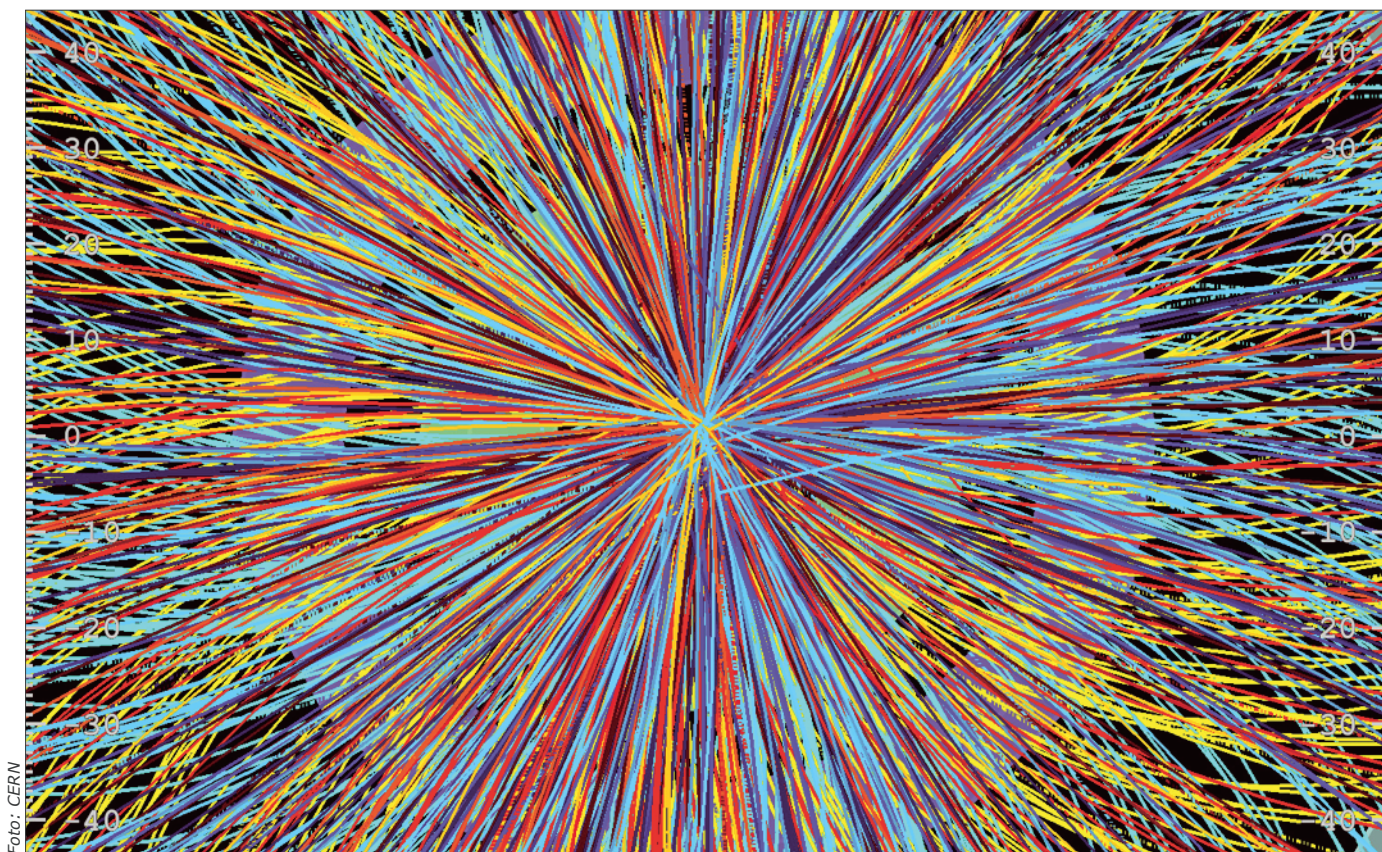


Bild einer Blei-Ionen-Kollision am CERN

Wie flüssig ist die perfekte Flüssigkeit? Diese Frage beschäftigt Teilchenphysiker an der TU Wien. Die „flüssigste aller Flüssigkeiten“ ist nämlich nicht etwa Wasser, sondern das extrem heiße Quark-Gluon-Plasma, das bei energiereichen Teilchenkollisionen im Large Hadron Collider des CERN hergestellt wird. Neue Rechenergebnisse an der TU Wien zeigen nun: Dieses Quark-Gluon-Plasma kann noch deutlich dünnflüssiger sein, als man das bisher für möglich hielt. Publiziert wurde dieses Ergebnis am 12. Jänner im Fachjournal „Physical Review Letters“ und dabei mit einer „Editors' Selection“ als besonders bemerkenswerte Veröffentlichung ausgezeichnet

So flüssig wie die Physik erlaubt

Wie dick- oder dünnflüssig eine Substanz fließt wird durch die Viskosität angegeben:

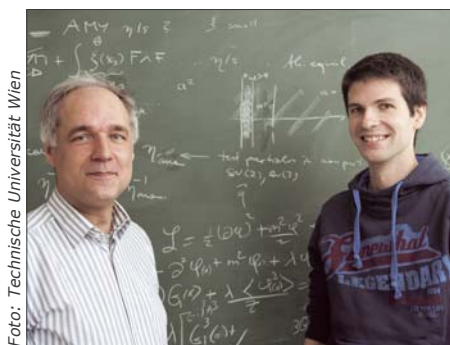


Foto: Technische Universität Wien

Prof. Anton Rebhan (l.) und Dominik Steineder

Viskose Flüssigkeiten (etwa Honig) sind dickflüssig und haben starke innere Reibungskräfte, dünne Flüssigkeiten haben eine niedrige Viskosität, und Quantenflüssigkeiten wie suprafluides Helium können extrem kleine Viskositäten erreichen. Im Jahr 2004

sorgte ein theoretisches Ergebnis, nachdem die Quantentheorie eine absolute Untergrenze für Viskosität bedingen sollte, für Aufsehen. Mit Methoden der String-Theorie wurde für das Verhältnis von Viskosität zur Entropie-Dichte (ein Maß für die „Unordnung“ in einer Flüssigkeit) der Wert $\frac{1}{4\pi}$ (mit der Planck-Konstanten \hbar) als unterste mögliche Schranke berechnet. Während etwa supraflüssiges Helium weit oberhalb dieser Schranke bleibt, wurde 2005 am Quark-Gluon-Plasma ein Wert nur knapp oberhalb dieser Schranke gemessen. Dieser Rekord für die Viskosität läßt sich allerdings von einem Quark-Gluon-Plasma in bestimmten Fällen noch unterbieten, wie Dominik Steineder vom Institut für Theoretische Physik der TU Wien, im Rahmen seiner Doktorarbeit gemeinsam mit Professor Anton Rebhan herausfand.

Schwarze Löcher und Teilchenkollisionen

Direkt berechnen läßt sich die Viskosität eines Quark-Gluon-Plasmas nicht. Sein Verhalten ist so kompliziert, daß man auf ganz besondere Tricks zurückgreifen muß, wie Anton Rebhan erklärt: „Die Quantenfeldtheorie von Quark-Gluon-Plasmen läßt sich mit Hilfe der Stringtheorie mit der Physik von schwarzen Löchern in höheren Dimensionen in Zusammenhang bringen. Wir lösen also Gleichungen aus der Stringtheorie und legen die Ergebnisse dann auf das Quark-Gluon-Plasma um.“ Auf ganz ähnliche Weise wurde auch die bisher für gültig gehaltene untere Grenze für die Viskosität berechnet. Allerdings nahm man in den bisherigen Berechnungen an, daß das Plasma symmetrisch ist und von allen Seiten gleich aussieht – also „isotrop“ ist, wie man in der Physik sagt. „Ein Plasma, das bei einer Kollision in einem Teilchenbeschleuniger entsteht, ist aber ganz am Anfang nicht isotrop“, betont Anton Rebhan. Diese Teilchen werden schließlich entlang einer bestimmten Richtung beschleunigt und zur Kollision gebracht – das dabei entstehende Quark-Gluon-Plasma zeigt also unterschiedliche Eigenschaften, abhängig von der Richtung, aus der man es betrachtet.

Untergrenze durchbrochen

Die TU-Physiker fanden nun eine Möglichkeit, diese Richtungsabhängigkeit in die Formeln mit einzubauen – und völlig überraschend zeigte sich, daß dadurch die Viskosität nicht mehr nach unten beschränkt ist. „Die Viskosität hängt noch von einigen anderen physikalischen Parametern ab – kann aber niedriger sein als der Wert, den man bisher für die absolute Untergrenze hielt“, erklärt Dominik Steineder. Die jetzt am CERN begonnenen Quark-Gluon-Plasma-Experimente werden es erlauben, diese theoretischen Vorhersagen zu testen.

In der Physik-Community sprach sich das bemerkenswerte Forschungsergebnis jedenfalls schon vor dem offiziellen Erscheinen der Publikation rasch herum: Dominik Steineder, derzeit noch Dissertant an der TU Wien, erhielt schon knapp vor der Publikation des Papers zwei Jobangebote von ausländischen Forschungsstätten und wird nun ab nächstem Jahr am CEA Saclay bei Paris arbeiten, wo ebenfalls das Quark-Gluon-Plasma theoretisch erforscht wird. Mit der TU Wien wird er freilich auch von dort aus künftig zusammenarbeiten, versichert Steineder. ■

<http://www.itp.tuwien.ac.at/Rebhan>

Mit Hilfe von Nanopartikeln Hörverlust therapieren

Durch das kürzlich beendete EU-Projekt »Nanoeear« konnten Nanopartikel entwickelt werden, die Medikamente gezielt in das Innenohr transportieren.

Mit Hilfe der Erkenntnisse könnten in Zukunft Hörbeeinträchtigungen besser therapiert werden. Ein Team der Medizinischen Universität Innsbruck unter der Leitung von Univ.-Prof.in Anneliese Schrott-Fischer und Dr. Rudolf Glückert hat an dem Projekt mitgearbeitet. Die Tiroler Firma MED-EL fungierte als Firmenpartner.

In der Europäischen Union leben rund 44 Millionen Menschen mit einer Hörschädigung. Weltweit sind es annähernd 250 Millionen. Bis 2050 könnte die Anzahl der weltweit Betroffenen allerdings auf über 900

angewendet werden können. Aber mit dem Projekt haben wir den Grundstock dafür gelegt, daß die Partikel weiterentwickelt und auch in der Praxis eingesetzt werden können.“ Es gibt daher die Hoffnung, mit Hilfe der Nanopartikel eine ganze Bandbreite von vielversprechenden neuen Therapiemöglichkeiten für die Behandlung von Hörbeeinträchtigungen zu entwickeln.

Invitro-Modell aus Innsbruck

An dem Projekt „Nanoeear“ haben insgesamt 14 Universitäten und zehn Firmen aus elf verschiedenen Ländern gearbeitet. Koordiniert wurde die Forschungsarbeit von der Universität Tampere in Finnland. Das von der EU finanzierte Projekt hatte ein Volumen von 10,5 Millionen Euro. Vom Forschungslabor für Innenohrbiologie in Innsbruck waren Rudolf Glückert, Christian Pritz, József Dudás, Soumen Roy und BMA Mario Bitsche unter der Leitung von Prof.in Schrott-Fischer an dem Projekt beteiligt. „Unser Beitrag war vor allem die Entwicklung eines Invitro-Modells, mit dem die entwickelten Nanopartikel an Zellen und Organkulturen getestet werden konnten“, sagt die Teamleiterin. Dadurch konnte die Auswirkung der Partikel auf das lebende Gewebe erforscht werden.

MED-EL: Applikationsinstrument für Nanopartikel entwickelt

Auch das Tiroler Unternehmen MED-EL, eines der technologisch führenden Unternehmen auf dem Gebiet implantierbarer Hörlösungen, war an dem Projekt Nanoeear beteiligt. „Auf der Suche nach innovativen und anspruchsvollen Hörlösungen stellt die Kombination von pharmazeutischen Anwendungen und Neurostimulationstechnologie eine vielversprechende Zukunft dar“, erklärt Teamleiter Roland Hessler. „Eine Reihe von Applikationsinstrumenten für Nanopartikel wurden von MED-EL im Rahmen des Nanoeear-Projektes erfolgreich entwickelt und patentiert, darunter innovative Konzepte zur Wirkstoffapplikation über die Elektrode des Cochlea-Implantates.“ ■

<http://www.i-med.ac.at>

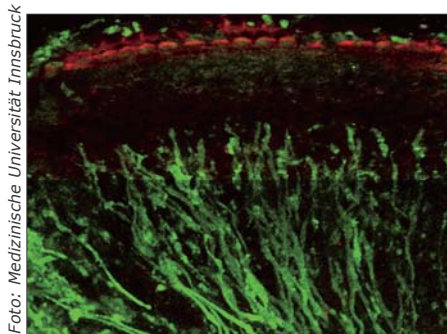


Foto: Medizinische Universität Innsbruck

Mit Hilfe von Nanopartikeln könnten in Zukunft Hörschäden therapiert werden. grün=Nanopartikel, rot=Sinneshärchen

Millionen steigen, schätzt die WHO. Bisher sind viele Hörbeeinträchtigungen nicht therapierbar: Das Innenohr ist ein geschlossenes und schwer zugängliches Organ. „Schäden am Innenohr sind deshalb zur Zeit nur beschränkt therapierbar“, erklären Prof.in Anneliese Schrott-Fischer und Rudolf Glückert vom Forschungslabor für Innenohrbiologie der Innsbrucker HNO-Klinik. Durch die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen und industriellen Partnern aus elf verschiedenen Ländern in dem Projekt „Nanoeear“ konnten nun aber Nanopartikel entwickelt werden, die als Träger für Medikamente oder therapeutische DNA dienen. Diese können also gezielt an bestimmte Zellen ins Innenohr transportiert und dort freigesetzt werden. „Verwendet werden dafür Nanopartikel der dritten Generation, die in der Lage sind, verschiedene Moleküle aufzunehmen“, erklärt Prof.in Schrott-Fischer. „Noch sind die Partikel allerdings in einem Stadium, in dem sie nicht an PatientInnen

Jupiters »Trojaner« im Atom-Format

Berechnungen der TU Wien erfolgreich im Experiment: Ähnlich wie der Planet Jupiter Asteroiden auf stabilen Bahnen hält, lassen sich Elektronen in Kalium-Atomen durch elektromagnetische Felder stabilisieren.

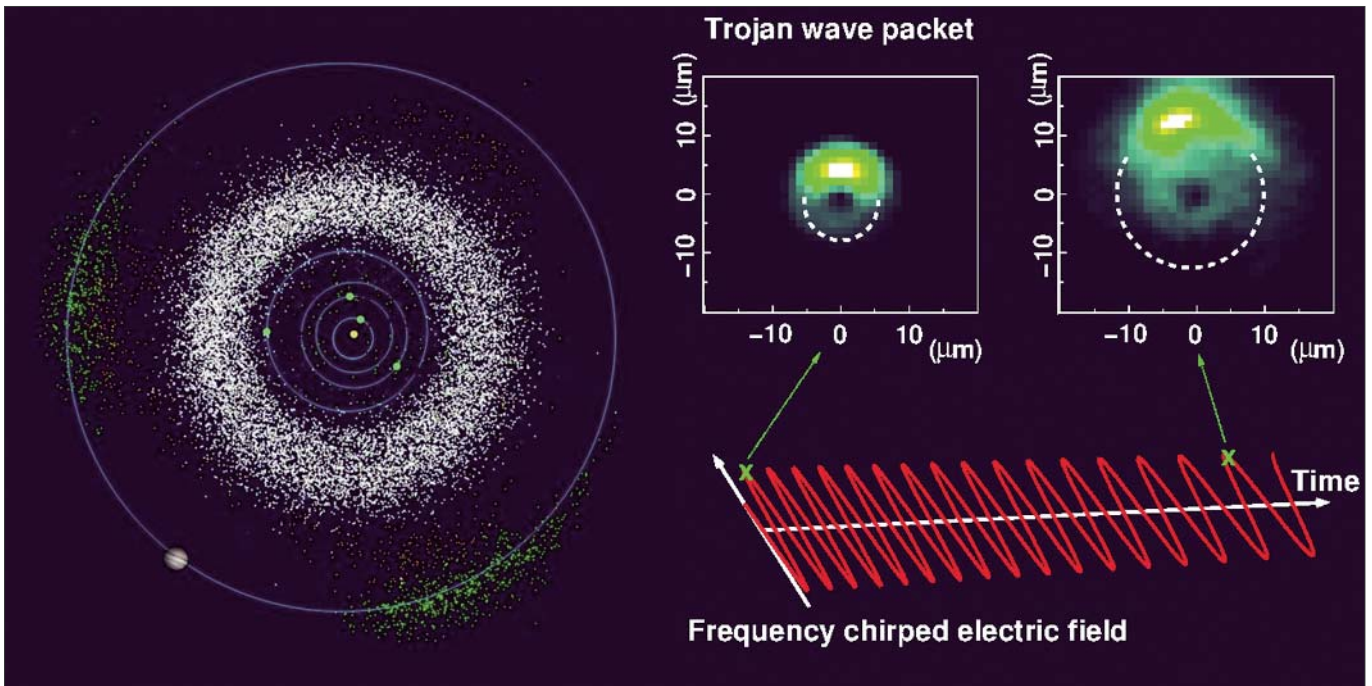


Foto: TU Wien

Links: Die Sonne, die inneren Planeten, der Asteroidengürtel und Jupiter. Auf der Jupiterbahn sind klar zwei Häufungen von Asteroiden zu erkennen (grün) - die »Trojaner« und »Griechen«. Ähnlich wie die Asteroiden durch die Gravitation des Jupiter zusammengehalten wird, stabilisiert ein elektromagnetisches Feld (unten) das Elektron (rechts oben).

Milliarden Jahre können Planeten und Asteroiden regelmäßig rund um die Sonne kreisen. Auch Elektronen, die sich rund um

einen Atomkern bewegen, stellt man sich gerne wie Planeten im Mini-Format vor. In Wirklichkeit verhalten sich Atome aufgrund

quantenphysikalischer Effekte aber doch ganz anders als Planetensysteme. Nun ist es einem US-amerikanisch-österreichischen Forschungsteam gelungen, Elektronen in Atomen lange Zeit stabil auf planetenartigen Bahnen kreisen zu lassen. Den entscheidenden Trick dafür hat man sich vom Jupiter abgeschaut: Er stabilisiert die Bahnen von Asteroiden – den sogenannten „Trojanern“ - und auf ganz ähnliche Weise konnten nun Elektronen-Bahnen rund um den Atomkern durch ein elektromagnetisches Feld stabilisiert werden. Die Forschungsergebnisse wurden nun im Fachjournal „Physical Review Letters“ publiziert.

Riesen-Atome

Es sind die wohl größten Atome der Erde: „Einen Hundertstel Millimeter beträgt der Durchmesser der Elektronenbahnen – für atomare Verhältnisse eine gewaltige Distanz“, erklärt Shuhei Yoshida. Die Atome sind damit größer als rote Blutkörperchen. Yoshida führte am Institut für Theoretische

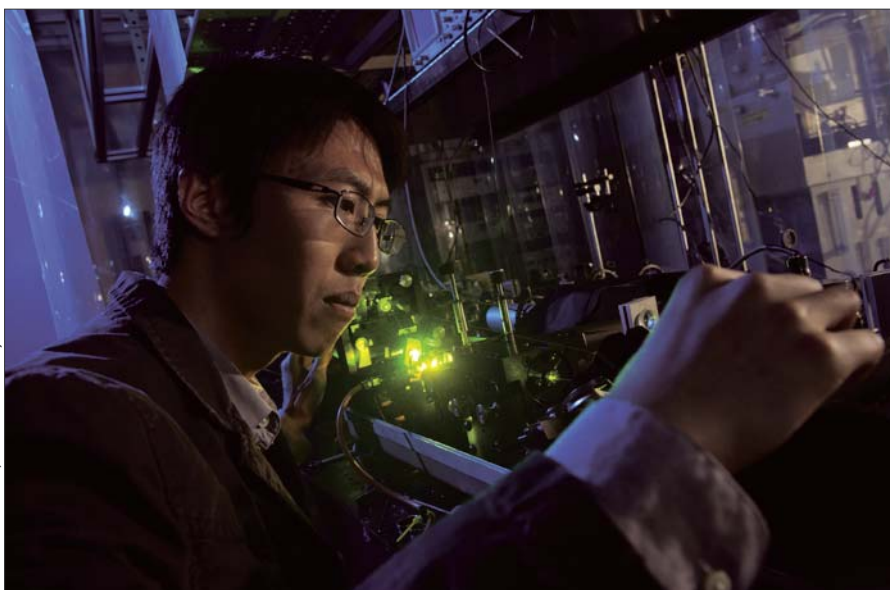


Foto: Jeff Fitlow/Rice University

Shuzhen Ye von der Rice University (USA) erzeugte hochangeregte Rydberg-Atome mit Hilfe eines Lasers.

Physik der TU Wien die Berechnungen durch, an der Rice University in Houston (Texas) wurden die Ideen experimentell umgesetzt.

Ein Elektron ist kein Planet

Die Vorstellung, daß Atome und Planetensysteme einiges gemeinsam haben, ist nicht neu: Schon das erste Atommodell von Niels Bohr ging von Elektronen aus, die sich auf festen Bahnen rund um einen Atomkern bewegen. Dieses Bild gilt aber längst als veraltet. Quantenmechanisch wird das Elektron Quanten-Welle oder als „Wahrscheinlichkeitswolke“ beschrieben, die den Atomkern umgibt. Ein Elektron im niedrigsten Energiezustand befindet sich gleichzeitig in allen möglichen Richtungen rund um den Kern – von einem genauen Aufenthaltsort oder einer echten Umlaufbahn kann hier keine Rede sein. Erst wenn man das Elektron auf ein höheres Energie-Niveau anhebt, läßt es sich so präparieren, daß es planetenartigen Bahnen folgt.

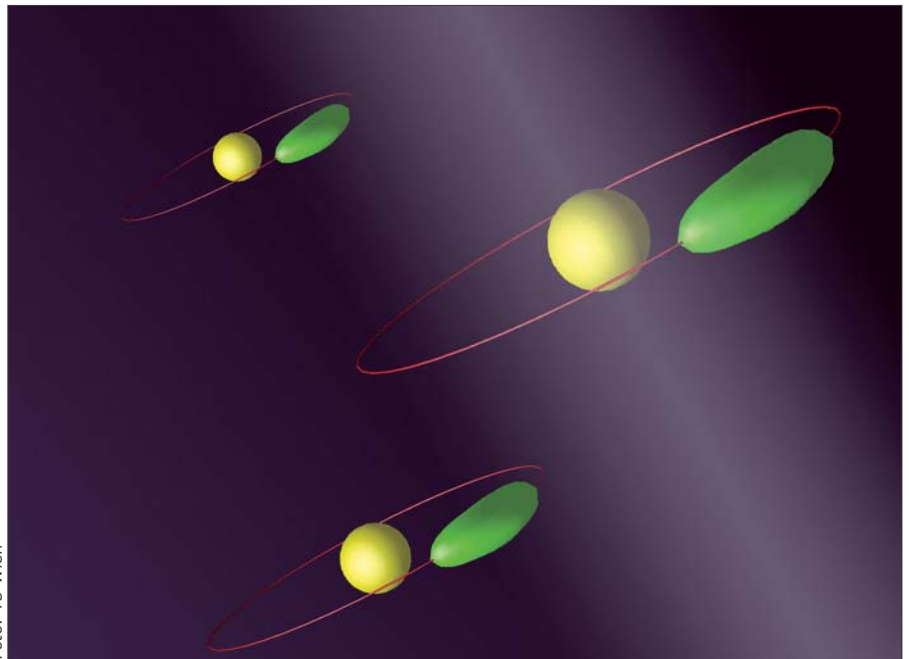


Foto: TU Wien

Das Bohrsche Atommodell geht von Atomen aus, die ähnlich wie ein Planet um den Atomkern kreisen. Durch technische Tricks wird das Elektron (grün) über lange Zeit zusammengehalten, ohne sich über die ganze Kreisbahn zu verteilen.

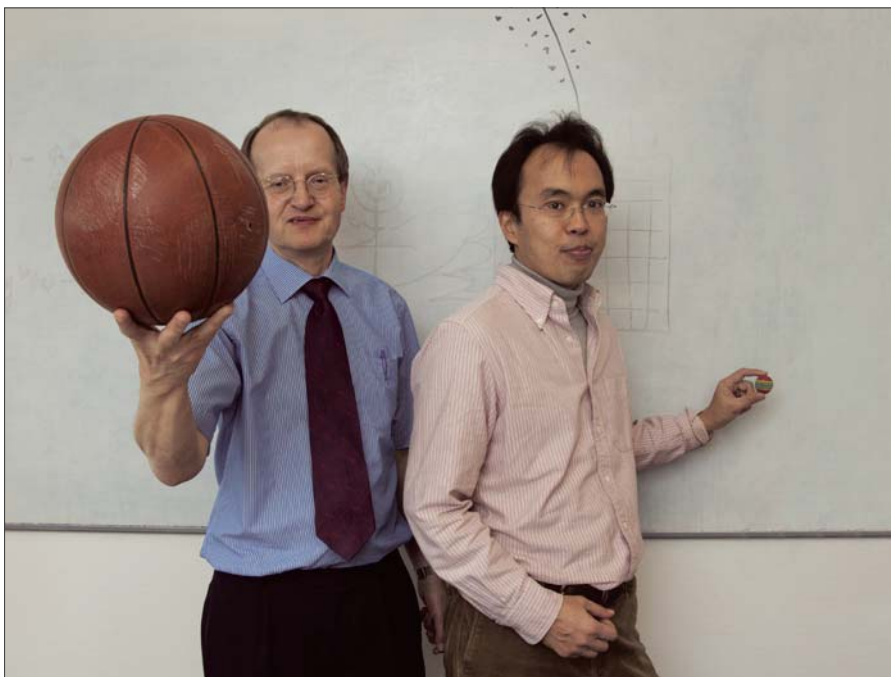


Foto: TU Wien

Prof. Joachim Burgdörfer (l) und Shuhei Yoshida (r) demonstrieren das Zusammenspiel von Sonne und Jupiter. (Maßstabsgerecht wäre der Abstand zwischen den Himmelskörpern allerdings viel größer.)

Jupiters Trick - auf Atome angewandt

Im Gegensatz zu Planeten bewegen sich die Elektronen aber nicht dauerhaft so weiter: „Ohne zusätzliche Stabilisierung würde sich die Elektronen-Welle schon nach wenigen Umläufen wieder gleichmäßig entlang der Bahn verteilen und hätte keine feste Position mehr“, sagt Prof. Burgdörfer, Vorstand des Instituts für Theoretische Physik. Eine mögliche Stabilisierung solcher Bah-

nen kennt man aus der Astronomie schon lange: Jupiter, der schwerste Planet unseres Sonnensystems, stabilisiert durch seine Anziehungskraft die Bahnen der „Trojaner“ – das sind tausende kleine Asteroiden, die sich mit Jupiter eine Bahn um die Sonne teilen. Auf den so genannten „Lagrange-Punkten“ werden sie festgehalten, und entlang dieser Bahn bewegen sie sich mit Jupiter mit – genau mit der selben Umlaufgeschwindig-

keit wie Jupiter selbst, sodaß sie nie mit dem Planeten kollidieren.

Im Atom-Experiment wird diese stabilisierende Wirkung des Jupiters durch ein raffiniert gewähltes elektromagnetisches Feld ersetzt: Das Feld oszilliert genau in der Frequenz, die der Umlaufdauer des Elektrons um den Kern entspricht – es gibt dem Elektron also den richtigen Takt vor und hält die Quanten-Welle des Elektrons viele Umdrehungen lang in einem engen Bereich lokalisiert. Am Atom lassen sich sogar Manipulationen durchführen, die im Planetensystem nicht möglich wären: Das Elektron kann gezielt in eine andere Umlaufbahn überführt werden – so als würde man den Jupiter samt der Asteroiden auf die Saturn-Bahn schieben.

Das Kleine und das Große

Damit ist es gelungen, astronomische Gegebenheiten in einer quantenphysikalischen Miniatur-Version nachzubauen und Atome zu erzeugen, die dem historischen Bohrschen Atommodell erstaunlich nahe kommen. In Zukunft will das internationale Forschungsteam Atome präparieren, in denen sich gleich mehrere Elektronen auf planetenartigen Bahnen bewegen. Mit solchen Atomen soll es möglich sein, genauer zu erforschen, wie die Quanten-Welt der winzig kleinen Objekte mit der klassischen Welt unserer Alltagserfahrung zusammenhängt. ■

<http://www.itp.tuwien.ac.at>

Neue Therapieformen bei Haut- und Bauchspeicheldrüsenkrebs

Ein internationales Forschungsteam unter der Leitung von Universitätsprofessor Fritz Aberger vom Fachbereich Molekulare Biologie der Universität Salzburg hat molekulare Signale, die Krebs entstehen lassen, entziffert.

Das Basalzellkarzinom ist eine sehr häufige Form des weißen Hautkrebs. „Wer sich über viele Jahre intensiver Sonnenbestrahlung ausgesetzt hat, kann an einem Basalzellkarzinom erkranken, aber Menschen mit heller Haut müssen mit besonders hohem Risiko rechnen“, betont Universitätsprofessor Fritz Aberger. Basalzellkarzinome werden in der Regel chirurgisch entfernt und bilden nur sehr selten Metastasen. Kaum therapierbar ist hingegen das Pankreaskarzinom, der Bauchspeicheldrüsenkrebs. Er ist eine der aggressivsten unheilbaren Tumorerkrankungen, die Überlebensrate liegt noch unter 5 Prozent.

Molekular betrachtet entsteht Krebs aufgrund von genetischen Veränderungen, doch nicht alle Veränderungen verursachen auch Tumorwachstum. Erst das Zusammenwirken von genetischen Veränderungen in einer bestimmten Kombination löst Krebswachstum aus.

Aberger und sein Team haben nun Wechselwirkungen molekularer Signale im Basalzellkarzinom nachgewiesen. Sie haben herausgefunden, daß das Zusammenwirken des Hedgehog Signals mit dem EGF-Rezeptor-Signal synergistisch wirkt und Tumorwachstum auslöst. „Also erst in der Kombination von den beiden Signalwegen wird aus der Zelle eine Krebszelle“, betont Aberger. Das Hedgehog-Signal kontrolliert die Selbsterneuerung von Stammzellen und das EGF-Rezeptor-Signal unter anderem die Teilung von Zellen. Im Laborversuch an Mäusen wurde festgestellt, daß sich bei Ausschaltung des EGF-Rezeptor-Signals keine Tumore entwickelten, die zuvor durch das Hedgehog-Signal ausgelöst worden sind. In der klinischen Anwendung gibt es bereits Medikamente, die dieses EGF-Rezeptor-Signal attackieren. „Und wir schlagen nun vor, daß man zusätzlich zur bisherigen medikamentösen Therapie noch diese EGF-Rezeptor Hemmer dazu nimmt, um eine möglichst effiziente Therapie zu erzielen“, sagt Aberger.

Die Wechselwirkung der beiden Signalwege findet nicht nur beim weißen Haut-



Foto: Universität Salzburg/Kolarik

Prof. Fritz Aberger ist Leiter des Forschungsteams

krebs statt, sondern auch in den sogenannten Krebsstammzellen beim Bauchspeicheldrüsenkrebs. „Wir haben entdeckt, daß auch in den Krebsstammzellen genau diese beiden Signale aktiv sind.“ Eine kombinierte Hemmung der beiden Signale kann die Krebsstammzellen eliminieren. Diese Erkenntnis hat eine umso größere Bedeutung, da Krebsstammzellen zwar nur eine sehr kleine Tumorphosphorpopulation darstellen, jedoch als besonders therapieresistent gelten und für die Metastasenbildung und Rückfälle der Patienten verantwortlich gemacht werden.

Das Wissen über die Wechselwirkung des Hedgehog-Signals mit dem EGF-Rezeptor-Signal führte außerdem zur Entdeckung neuer Drug-Targets, also neuer molekularer Ziele von Medikamenten. Mit den Ergebnissen dieser Grundlagenforschung wollen die Wissenschaftler nun in die klinische Therapie gehen. „Wir haben den unschätzbaren Vorteil, daß es für die meisten dieser Targets

bereits Medikamente gibt, die für die Therapie am Menschen auch zugelassen sind oder sich in der Zulassungsphase befinden.“ Das bedeutet, daß man ausgehend von den neuen Daten die vorhandenen Medikamente in der richtigen Weise kombiniert. „Wir versprechen uns einen deutlich besseren therapeutischen Effekt, indem Probleme wie schlechtes Ansprechen auf Medikamente, Resistenzen auf Medikamente oder Rückfälle verringert werden.“

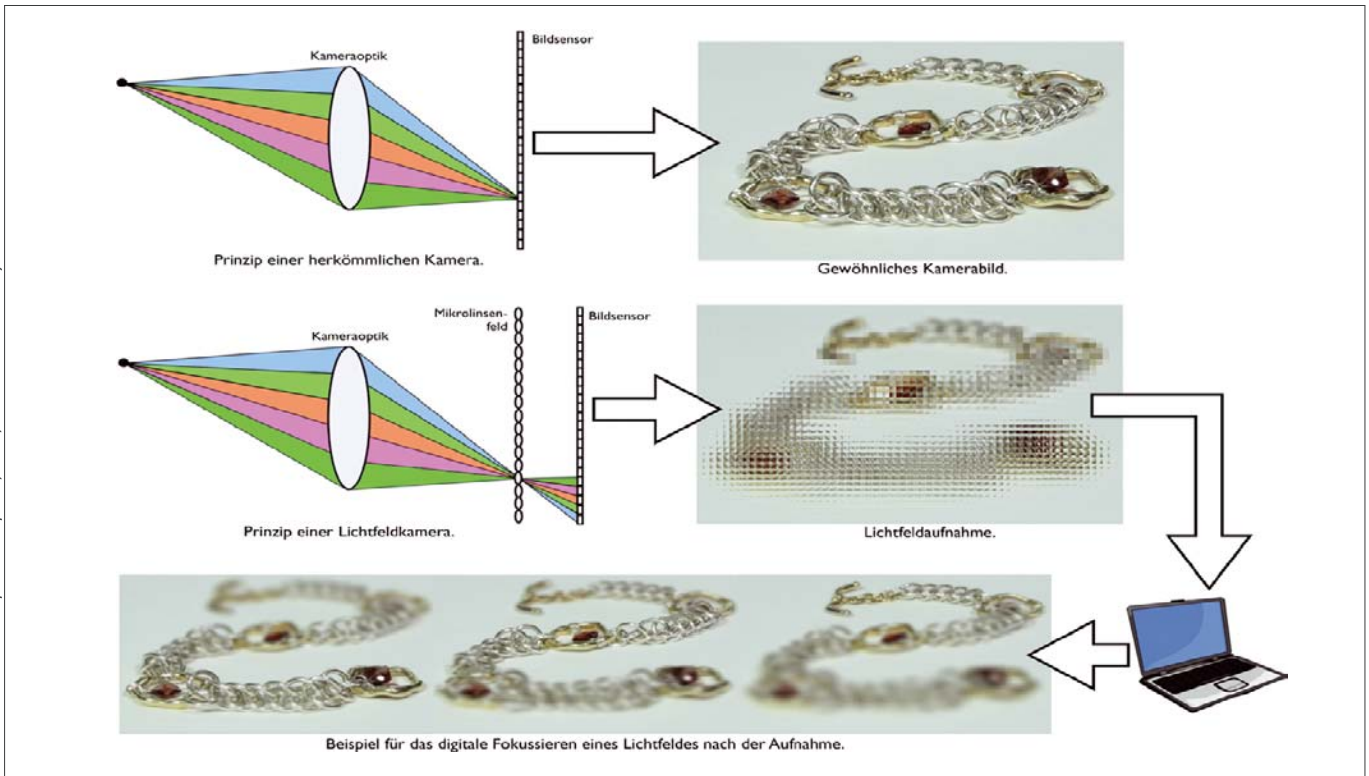
Dieses Projekt wurde vom „Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung“ (FWF), vom österreichischen Genomforschungsprogramm „GENAU“ und vom Salzburger Universitätsschwerpunkt „Biolwissenschaften und Gesundheit“ finanziert.

Die Arbeit ist am 1. Februar in der renommierten Fachzeitschrift „EMBO Molecular Medicine“ erschienen. ■

<http://www.sbg.ac.at>

Dreidimensional ohne 3D-Brille

Foto: Institute of Computer Graphics, JKU / Stanford University



Lichtfeldfotografie: Unterschied zwischen zweidimensionalen Bildern und vierdimensionalen Lichtfeldern.

Zweidimensionale digitale Bildaufnahmen könnten bald der Vergangenheit angehören. Zukünftig werden Bildinformationen in Form von Lichtfeldern aufgenommen und dargestellt. Damit werden die Abbildungen dreidimensional, Fokus und Perspektive lassen sich nachträglich verändern. Wissenschaftler des Instituts für Computergrafik der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz haben nun ein revolutionäres Verfahren entwickelt, welches das Strecken und Stauchen von Lichtfeldern ermöglicht. Aufnahmen können so bequem auf eine beliebige Größe und ein gewünschtes Seitenverhältnis angepaßt werden – ohne daß wichtige Inhalte unnatürlich verzerrt werden.

Wer mit einer herkömmlichen Digitalkamera fotografiert, erhält lediglich ein zweidimensionales Bild. Neuartige Lichtfeldkameras nutzen hingegen spezielle optische Elemente, wie z.B. Mikrolinsenfelder, um Richtungsinformationen des Lichtes zu erhalten – zu den zweidimensionalen Bildkoordinaten kommen dadurch zweidimensionale Richtungskoordinaten hinzu. Daraus entstehen vierdimensionalen Abbildungen, die man Lichtfelder nennt.

Der Vorteil von Lichtfeldern gegenüber herkömmlichen Bildern besteht darin, daß sie viel mehr Informationen enthalten. Dar-

aus lassen sich zum Beispiel im Nachhinein Fokus und Perspektive einer Aufnahme am Computer ändern, oder Tiefeninformationen und Abbildungen mit sehr hoher Tiefenschärfe errechnen. Lichtfelder haben insgesamt das Potential, digitale Abbildungen zu revolutionieren. Das gilt nicht nur für bildgebende Systeme und die Verarbeitung digitaler Bildinformationen, sondern auch für Displayssysteme. Für zukünftige Displaytechnologien ermöglichen Lichtfelder die Darstellung dreidimensionaler Inhalte für beliebig viele Betrachter und ohne Hilfsmittel wie 3D-Brillen.

Aber besonders in der Fotografie bedeuten moderne Lichtfeldkameras einen klaren Entwicklungssprung. Digitale Bildaufnahmen könnten bald von Lichtfeldaufnahmen abgelöst werden. Eine zentrale Herausforderung liegt hier aber noch in der Verarbeitung: Lichtfelder sollten genauso digital nachbearbeitet werden können, wie es heute für zweidimensionale Abbildungen, also für Bilder und Videos, möglich ist. Dort werden die Abbildungen in dem Seitenverhältnis der Kamera aufgenommen und später auf verschiedenen Displays mit dementsprechend unterschiedlichen Seitenverhältnissen dargestellt. Die Bildinhalte sollten dabei so auf die neuen Seitenverhältnisse angepaßt werden,

daß kein Bildinhalt abgeschnitten oder unnatürlich gestreckt bzw. gestaucht wird. Algorithmen, die diese Skalierung in Abhängigkeit des eigentlichen Bildinhaltes durchführen nennt man Retargeting.

Diese aus der digitalen Bildverarbeitung und der Digitalfotografie bekannte Technik kann aber oft nicht ohne weiteres auf Lichtfelder angewendet werden.

Hier schaffen die Wissenschaftler am Institut für Computergrafik der JKU unter der Leitung von Prof. Oliver Bimber Abhilfe: Sie haben Softwarealgorithmen entwickelt, die es ermöglichen, Lichtfelder entsprechend zu analysieren und zu bearbeiten. Zur im Mai 2012 stattfindenden Fachtagung Eurographics (Cagliari, Italien) und im internationalen „Journal Computer Graphics Forum“ präsentieren sie erstmals ein Verfahren, welches das nicht-lineare Strecken und Stauchen von Lichtfeldern ermöglicht. Dabei können Aufnahmen aus einer Lichtfeldkamera bequem auf eine beliebige Größe und ein gewünschtes Seitenverhältnis angepaßt werden – ohne daß wichtige Inhalte unnatürlich verzerrt werden. Die JKU-Forscher stellen damit das weltweit erste Retargetingverfahren für Lichtfelder vor. ■

Weitere Informationen zum Verfahren: http://www.youtube.com/watch?v=bhEHdGNVgM&feature=player_embedded

Visionen für den Oman – Made in Austria

Ein ganzes Land wird neu geplant: Die Nationale Raumentwicklungsstrategie für den Oman wird vom österreichischen Konsortium unter Federführung der TU Wien entworfen.

Das Erdöl hat es möglich gemacht: Der Oman hat in den letzten 40 Jahren eine ungeheure wirtschaftliche Wachstumsphase erlebt. Es wird geplant, investiert, gebaut – bisher aber ohne übergreifendes Raumplanungskonzept. Die Erstellung eines solchen Konzeptes wurde vom Sultanat im Osten der arabischen Halbinsel öffentlich ausgeschrieben, den Zuschlag erhielt ein Konsortium aus Österreich. Das wissenschaftliche Projektmanagement liegt bei der TU Wien. Beteiligt sind weiters die österreichischen Firmen PRISMA solutions, CEIT Central European Institute of Technology, freiland CE ltd. und die IBV Fallast Transport Planning Consultancy sowie das omanische Partnerunternehmen Consatt ltd. Unterstützt werden die österreichischen Experten außerdem von einem hochkarätigen internationalen Beratungsgremium. Das Projektvolumen beträgt umgerechnet rund zehn Millionen Euro.

Politik braucht Raum-Konzepte

„Wenn strategische Entscheidungen für ein ganzes Land getroffen werden, hat das immer mit raumbezogenen Auswirkungen zu tun“, erklärt Thomas Dillinger vom Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung. Wie kann die Siedlungs- und Raumstruktur aussehen? Welche Gebiete eignen sich als Wirtschafts- und Produktionsstandorte? Welche Konzepte braucht man in der Verkehrsplanung, im Tourismus oder im Bildungs- oder Gesundheitsbereich? All diese Fragen sollen in den nächsten drei Jahren in einer Nationalen Raumentwicklungsstrategie für den Oman geklärt werden. Wenn der Sultan und seine Minister das Konzept beschließen, wird es den Oman sehr nachhaltig prägen: Der Zeithorizont der Nationalen Raumentwicklungsstrategien erstreckt sich über die nächsten 30 Jahre.

Im Eiltempo ins 21. Jahrhundert

„In den letzten vier Jahrzehnten hat sich der Oman sehr dynamisch entwickelt – von einer fast mittelalterlichen Infrastruktur direkt ins 21. Jahrhundert“, sagt Klaus Sems-



Foto: TU Wien

Gebaut wird im Oman eifrig – hier soll ein Parlamentsgebäude entstehen.

roth, Dekan der Fakultät für Architektur und Raumplanung (TU Wien). Wenn die Strukturen eines ganzen Staates so schnell ausgebaut werden, anstatt wie in Zentraleuropa über Jahrhunderte stetig zu wachsen, geht der Blick für die Zusammenhänge und das große Ganze leicht verloren. Doch die Regierung des Oman hat erkannt, daß man für die zukünftigen Herausforderungen des Landes klar definierte Strategien braucht – Wachstum alleine ist nicht genug.

Raumplanung geschieht auf verschiedenen Ebenen. Der Bogen reicht von der Nationalen Raumentwicklungsstrategie für Jahrzehnte über Rahmenkonzepte für einzelne Regionen bis zur ganz konkreten stadtplanerischen Entscheidung – etwa der Frage, wo Wohngebiete und wo Industriestandorte entstehen sollen. Nicht alles wird vom österreichischen Konsortium übernommen. Auf regionaler Ebene entstehen in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Oman Regionale Raumentwicklungsstrategien, die in das große nationale Gesamtkonzept eingefügt werden.

Daten erheben, Entscheidungen treffen

„Vorerst sind aber noch nicht alle nötigen Daten verfügbar, die man für so ein gewaltiges Planungsprojekt braucht“, erklärt Thomas Dillinger. Zunächst sollen daher raumbezogene Daten gesammelt und aufbereitet werden: Sozioökonomische Daten, Infra-

struktur- und Umweltdaten fließen in eine große Geo-Datenbank ein, die als Unterstützung für künftige Entscheidungen dienen wird.

Pläne umsetzen

Mit einem Konzept ist der erste Schritt zur Lösung von Problemen getan. Das österreichische Konsortium soll sicherstellen, daß die Planungsideen umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig, die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im Oman zu studieren und möglicherweise organisatorische Verbesserungsvorschläge zu bringen. Darüber hinaus soll im Oman sowohl in der Verwaltung als auch im universitären Bereich raumplanerische Kompetenz aufgebaut werden. „Zweifelloos wird es wissenschaftlich zu einem vielfältigen Austausch kommen. Wobei bei der Konzipierung einer Strategie für den Oman neue Methoden wissenschaftlich besprochen werden müssen. Diese Erkenntnisse werden in der Weiterentwicklung des Fachgebietes Raumplanung angewandt und bringen den Studierenden einen zusätzlichen qualitativen Mehrwert“, ist Thomas Dillinger sicher.

„Der Oman bekommt zukunftsweisende Pläne – und wir haben die Gelegenheit, ein wissenschaftlich ungeheuer spannendes Projekt in die Hand zu nehmen, das in der Scientific Community mit großem Interesse mitverfolgt wird.“ ■

Klimt persönlich

Meisterwerke aus Europa, Japan und USA – der Beitrag des Leopold Museum zum Klimt-Jahr – 24. 02. bis 27. 08. 2012



© Leopold Museum, Inv. 630

Ein großartiges Meisterwerk aus der Sammlung Leopold: Klimts »Tod und Leben«, 1910/1915

Die Vorbereitung für die Klimt-Jubiläumsausstellung des Leopold Museum laufen auf Hochtouren. Im Mittelpunkt stehen Gemälde des Künstlers. Neu ist, daß Klimt selbst sie kommentiert. Indem die Ausstellung Bild und Selbstaussagen verschränkt, wirft sie einen frischen Blick auf den Meister. Zur Zeit rüsten die Kuratoren Tobias Natter, Peter Weinhäupl und Franz Smola, die Architekten, Grafiker und das gesamte Team für die finale Phase des Projektes, zu dem auch ein aufwendig gestalte-

tes, mehrere hundert Seiten starkes Katalogbuch in deutscher und englischer Sprache erscheinen wird.

Sensibler Künstler im Rampenlicht

„Klimt persönlich“ – so der Titel der Ausstellung – nimmt den Besucher an der Hand und führt ihn zu seinen Meisterwerken. Originalzitate Klimts erzählen von dessen Vorlieben, seinem Tagesablauf, seinen persönlichen Ansichten aber auch Hoffnungen und Ängsten. Klimt erscheint oft in erster Linie

als lebenslustiger, allen Sinnesfreuden gegenüber aufgeschlossener Künstler, den das Leben ins Rampenlicht gestellt hat. In seinem Innersten entpuppt er sich aber bei näherer Betrachtung als äußerst sensibler und in vielen Momenten von tiefster Traurigkeit umgebener Mensch.

Schon vor 1900 klagt Klimt: „Ich bin seit Jahren ein namenlos unglücklicher Mensch, man sieht es mir nicht an, man glaubt das Gegenteil, ja man beneidet mich sogar. Was ich seit 7 bis 8 Jahren auch unternehmen

mag, Unglück und Jammer sind mein steter Begleiter.“

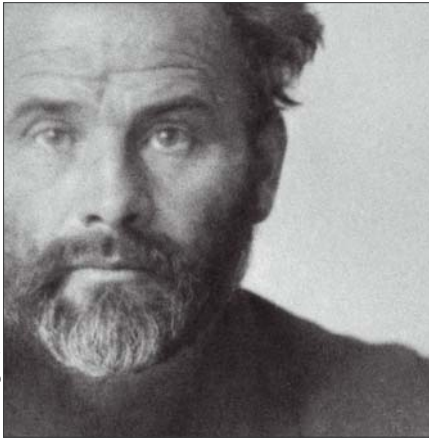
Hinter die Mauer blicken

Klimt hatte auch aufgrund zahlreicher Enttäuschungen im Zuge seines Kunstschaffens, wie zum Beispiel die Skandale rund um die Entstehung der Fakultätsbilder eine Art Mauer um sich errichtet, hinter die niemand blicken durfte. Im Klimt-Nachruf heißt es: „Die Umstände haben Klimt an einen lärmenden Platz im Wiener Kunstleben gestellt, aber er war im Grunde ein scheuer Mensch.“ Weiters liest man: „Hinter die Mauer, die Klimt um sich errichtet hatte, haben auch seine Freunde kaum jemals blicken dürfen.“ Indem die Ausstellung „Klimt persönlich“ das Werk des Künstlers erstmals systematisch mit Selbstaussagen des Künstlers konfrontiert, ermöglicht sie nun eben diesen Blick hinter den Schutzwall.



© Österreichische Galerie Belvedere

Gustav Klimt, Allee vor Schloß Kammer, um 1912



© Imagno/Austrian Archives

Gustav Klimt, Photographie 1914 von Anton Josef Trčka

Meisterwerke aus Europa, den USA und Japan

Es ist gelungen, zu den großartigen Meisterwerken aus der Sammlung Leopold wie Klimts „Tod und Leben“ oder „Attersee“ hochkarätige internationale Leihgaben nach Wien zu bringen, darunter den „Goldenen Ritter (Das Leben ein Kampf)“ aus dem japanischen Nagoya, die „Italienischen Gartenlandschaften“ aus dem Kunsthaus Zug, Stiftung Sammlung Kamm (Schweiz) oder die „Große Pappel I“, eine wichtige Leihgabe der Neuen Galerie, New York. Das Belvedere stellt die Atterseelandschaft „Allee im Park von Schloß Kammer“ zur Verfügung. Ein besonders spannendes Wiedersehen bietet die Präsentation einer Klimt-Landschaft aus Privatbesitz. Das Meisterwerk wird erstmals nach seiner Restitution durch den Bund wieder öffentlich in Österreich zu sehen sein.



© Kunsthaus Zug, Stiftung Sammlung Kamm

Gustav Klimt, Gartenlandschaft mit Bergkuppe, 1916

Größter je gezeigter Bestand an Klimt-Fotografien

Illustriert wird das Leben Klimts auch durch herausragende historische Fotografien und persönliche Gegenstände, die in einer einzigartigen Fülle den Weg Klimts bebildern. Für Tobias G. Natter wird auch an den Fotos die für Klimt so charakteristische Spannung zwischen öffentlich und privat gut ablesbar. Wichtige Leihgaben aus privater Hand, viele davon sind erstmals zu sehen, erlauben spannende Blicke auf das Leben Klimts. Eigens für die Ausstellung wird auch das Atelier von Gustav Klimt rekonstruiert.

Klimt pur, Wort für Wort

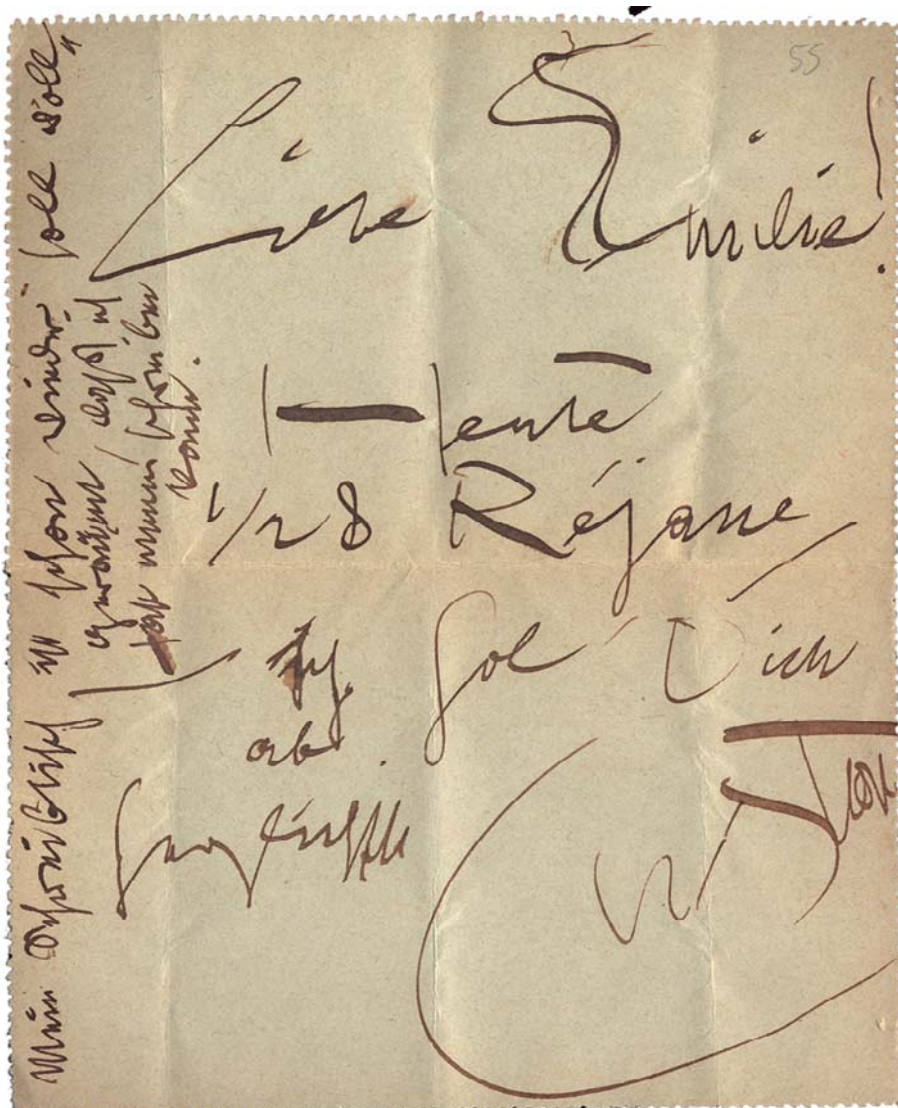
Beeindruckendes Zeugnis von den unzähligen schriftlichen Äußerungen Klimts legt der Korrespondenz-Bestand aus dem Nachlaß der Modeschöpferin Emilie Flöge – des Lebensmenschen von Gustav Klimt – ab. Die mehr als 400 Postkarten und Briefe die Klimt an Flöge schrieb, die meisten davon aus dem Privatbesitz der Familie Leopold und aus der Nationalbibliothek, wurden eigens für die Ausstellung akribisch aufgearbeitet. Hier erleben wir Klimt pur, Wort für Wort.

Innovative Ausstellungsarchitektur von baumschlagler eberle

Für die räumliche Umsetzung der Idee, Klimts Worte den Meisterwerken des Künstlers ebenbürtig gegenüberzustellen, konnte mit Prof. Dietmar Eberle, Institutsvorstand des Departement Architektur der ETH Zürich ein international renommierter Architekt gewonnen werden. Die durch eine Kombination aus „Gestaltungskraft und innovativer Lösung“ gekennzeichnete Architektur wurde von Eberles Team mit den Kuratoren des Leopold Museum erarbeitet. Wandzitate und Kunstwerke werden von Eberle in einen „erhellenden Dialog“ gesetzt.

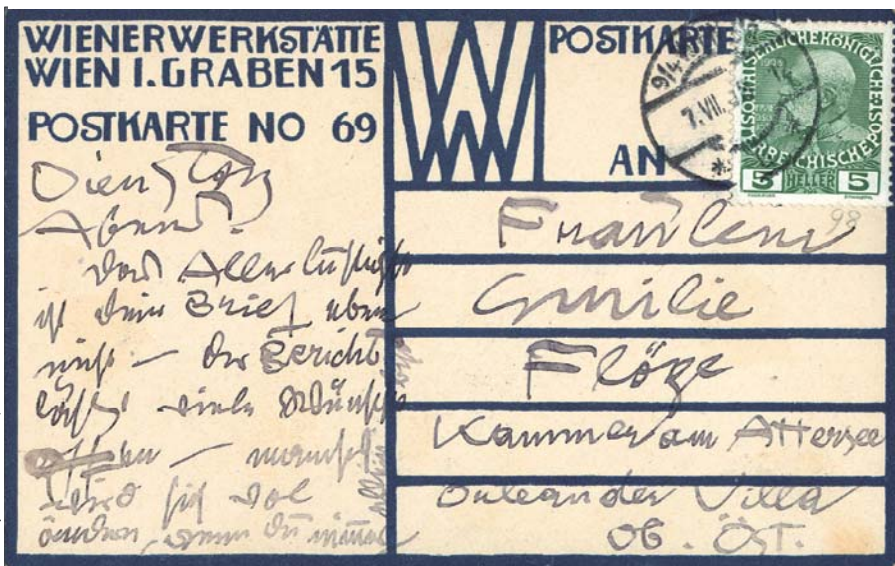
Um die Bedeutung des schriftlichen Vermächnisses zu unterstreichen, werden die Briefe und Karten Klimts in der Schau als roter Faden, in einem durchgehenden „Vitrinenband“ gezeigt. Tobias Natter erläutert: „Die Ausstellung ‚Klimt persönlich‘ widerlegt das sich hartnäckig haltende Vorurteil, daß Klimt über seine Person nichts Wesentliches zu sagen hatte. Generationen von Klimt-Bewunderern gaben sich mit der Unterstellung zufrieden, Klimt habe kaum Wissenswert-Schriftliches hinterlassen. Die umfangreiche erhaltene Korrespondenz beweist das Gegenteil.“

<http://www.leopoldmuseum.org>



© Privatbesitz

Brief von Gustav Klimt an Emilie Flöge, 1906



© Leopold Museum, Wien

Postkarte an Emilie Flöge, Kammern am Attersee

Der Katalog zur Ausstellung erscheint im Christian Brandstätter Verlag **Klimt Persönlich. Bilder - Briefe - Einblicke.** T. G. Natter – P. Weinhäupl – F. Smola ISBN 978-3-85033-628-4; 39,90 Euro; 24 x 28 cm, 432 S., über 1000 Abb. dt. und engl.

Arnulf Rainer – die Schenkung

Arnulf Rainer übergibt der Pinakothek der Moderne in München
110 Werke – Größte Rainer-Sammlung außerhalb Österreichs



Foto: Alte Pinakothek München / Haydar Koyupinar

Arnulf Rainer in der Alten Pinakothek München

Der österreichische Maler Arnulf Rainer (geboren 1929 in Baden bei Wien) schenkt der Pinakothek der Moderne in München 40 Gemälde und 70 Arbeiten auf Papier aus allen Perioden seines Schaffens. Dies ist nicht nur die größte Schenkung, die der Künstler jemals einem Museum übergab, sondern dank ihrer beherbergt die Pinakothek der Moderne nun die größte Rainer-Sammlung außerhalb Österreichs. Das Konvolut besteht aus Hauptwerken aus dem Privatbesitz des Künstlers aus den frühen 50er-Jahren bis heute.

Festakt

Aus diesem Anlaß begingen die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen am Abend des 23. Jänner in der Pinakothek der Moderne einen Festakt mit dem Künstler sowie Wolfgang Heubisch, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Laudatio hielt der österreichische Kunstwissenschaftler Werner Hofmann, Weggefährte Arnulf Rainers und ehemaliger Direktor der Hamburger Kunsthalle. Im Anschluß las

Martin Kušej, Intendant des Residenztheaters München, aus den Schriften Arnulf Rainers. Der Abend wurde durch die International Patrons of the Pinakothek gefördert.

Bayerische Staatsgemäldesammlungen / Foto: Robert Zahornický



*Bretterkreuz (ohne Titel), 1980/83,
Öl/ Holz mit Christusfragmenten;
203,5 x 124,5 cm*

Die Schenkung

Die 110 Werke, die nun für immer in München bleiben, wurden 2010 in der Alten Pinakothek anlässlich der Ausstellung „Arnulf Rainer. Der Übermaler“ gezeigt, die die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen aus Anlaß des 80. Geburtstags des Künstlers ausgerichtet haben. In der Pinakothek der Moderne bestimmt sein Werk nun mit den Sammlungsbeständen von Joseph Beuys, Georg Baselitz, Palermo und Sigmar Polke sowie grossen Werkgruppen und Installationen US-amerikanischer Künstler wie Dan Flavin, Donald Judd, Fred Sandback oder Andy Warhol das Profil der Sammlung. Kunst nach 1945.

„Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen nehmen dieses großzügige Geschenk mit großer Dankbarkeit und Freude an“, sagte Klaus Schrenk, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen. „Arnulf Rainer hat einen entscheidenden Beitrag zur Abstraktion in der Kunst der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geleistet.“ Michael Semff, Direktor der Staatlichen Graphischen Sammlung, ergänzt:

Foto: Alte Pinakothek München / Nicole Wilhelms



Arnulf Rainer-Raum in der Pinakothek der Moderne

„Arnulf Rainer ist einer der autarksten Künstler unserer Zeit. Seine Arbeiten auf Papier entfalten die ganze Bandbreite der Themen und Materialien seines Schaffens.“

Corinna Thierolf, Hauptkonservatorin an der Pinakothek der Moderne und Kuratorin der Ausstellung „Arnulf Rainer. Der Übermaler“: „Arnulf Rainer gehört zu den international einflussreichsten lebenden Künstlern aus Österreich. Mit der heutigen Schenkung wird uns ein wahrer Schatz anvertraut; die Pinakothek der Moderne wird damit auch zu einem Zentrum für Arnulf Rainers gesamtes Schaffen.“

Arnulf Rainer und die staatlichen Sammlungen

1984 kamen die ersten beiden Bilder aus der Sammlung Prinz Franz von Bayern/Witelsbacher Ausgleichsfonds in die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen. Bis 1993 wuchs der Bestand durch drei weitere Gemälde, die dank der vereinten Kräfte von „PIN. Freunde der Pinakothek der Moderne“ und staatlichen Mittel erworben werden konnten. Seit der Eröffnung der Pinakothek der Moderne vergrößerte sich die Sammlung mit vier Erwerbungen, die je hälftig mit Hilfe von privaten Förderern und durch Schenkungen des Künstlers ihren Weg in die

Sammlung fanden. 2007 kamen sieben Übertragungen aus der Udo und Anette Brandhorst-Stiftung an die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen hinzu.

Auch die Staatliche Graphische Sammlung München war durch die Sammlung Prelinger und die Aktivitäten des ehemaligen Galerievereins (heute PIN.) bereits im Besitz mehrerer Dutzend Blätter Druckgraphik des Künstlers. Diese werden durch die Schenkung mit einer Fülle neuer Zeichnungen ergänzt, die das graphische Werk Arnulf Rainers von der Frühzeit bis heute exemplarisch vor Augen führen.

Während der Ausstellung „Arnulf Rainer. Der Übermaler“ 2010 in der Alten Pinakothek konnten Ernst und Bedeutung seines Austauschs mit der Geschichte der Kunst durch die unmittelbare Nachbarschaft Alter Meister eindringlich vermittelt werden. In diesem Kontext erschien auch die Publikation „Arnulf Rainer. Schriften. Selbstzeugnisse und ausgewählte Interviews“ (Hrsg. von Corinna Thierolf).

Der Erfolg der Ausstellung „Arnulf Rainer. Der Übermaler“ 2010 in der Alten Pinakothek und das in Europa einzigartige Sammlungsprofil der Pinakothek der Moderne sowie nicht zuletzt die Anerkennung und Wertschätzung seines Schaffens seit über

40 Jahren in München und Bayern, bewogen den Künstler dazu, die Werke der Ausstellung dauerhaft an die Pinakothek der Moderne zu übergeben.

Arnulf Rainer hierzu: „Seit über 40 Jahren erfahre ich in München Anerkennung für meine Arbeit, ich hatte immer wieder wichtige Ausstellungen in Galerien und Museen. Seit 2002 gibt es die enge Zusammenarbeit mit den Pinakotheken. Ich bekam einen eigenen Raum in der Pinakothek der Moderne und 2010 die wichtige, schöne Ausstellung in der Alten Pinakothek. Aus Dankbarkeit gegenüber der großen Wertschätzung möchte ich, daß meine Bilder in München bleiben – auch in der Hoffnung auf immer neue Ausstellungen.“

Aus Anlaß der Schenkung richtet die Pinakothek der Moderne zwei Räume ein und zeigt auf insgesamt 300 Quadratmetern eine Auswahl von 31 Gemälden der Schenkung: Von den zu fast vollkommener Ruhe überführten monochromen Bildern über die bewußt in hoher Geschwindigkeit geschaffenen, gestischen Fingermalereien, den „Kreuzen“, den „Body-Poses“ oder den „Face Farces“ sowie den meditativen, um das Jahr 2000 entstandenen „Schleierbildern“ und „Geologica“.

<http://www.pinakothek.de>

Ägypten, Nubien und die Cyrenaika

Die imaginäre Reise des Norbert Bittner (1786–1851) – zu sehen in der Akademie der bildenden Künste Wien bis 26. 02. 2012, danach in der Residenzgalerie Salzburg, im Winckelmann-Museum Stendal (D) und im Kölnischen Stadtmuseum



© Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien

Norbert Bittner, »Edfu. Der verschüttete Pronaos des Horus-Tempels« Feder in Schwarz, Aquarell, 501 x 723 mm

Mit der nach 1809 in Europa einsetzen- den „Ägyptomanie“ schuf der Akademie-Schüler Norbert Bittner eine Serie von Aquarellen einer fingierten Reise von Kairo über Assuan nach Nubien und in die Cyrenaika. Als Vorlage dienten Bittner, der selbst nie im Orient war, die „Description de l’Égypte ...“ (Paris 1809-1828) – die monumentale Dokumentation der französischen Expedition von 1798-1801 –, die bereits 1802 erschienene „Voyage dans la basse et haute Égypte ...“ von Dominique Vivant Denon sowie die Publikationen der Nubienreise des Kölners Franz Christian Gau von

1818-1820 und der Expedition von Jean Raymond Pacho in das antike Libyen bis zur großen Syrte zwischen 1824 und 1825.

Ergänzt werden die Blätter Bittners durch sich ebenfalls in der Sammlung des Kupferstichkabinetts befindende Zeichnungen bzw. Aquarelle von Gau und Franz Caucig sowie Skizzen des Begründers der Ägyptologie in Österreich, Simon Leo Reinisch, aus dem Institut für Ägyptologie und den erwähnten Publikationen aus der Universitätsbibliothek der Akademie der bildenden Künste Wien.

Die Ausstellung entstand im Zusammen-

hang mit der wissenschaftlichen Bearbeitung der sich im Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien aufbewahrten Ägypten-Serie von Norbert Bittner durch die Kunsthistorikerin Lisa Schwarzmeier. Ernst Czerny von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Kommission in Ägypten und die Levante, betreute die Ausstellung und den Katalog hinsichtlich ägyptologischer Fragestellungen. Für die sich ebenfalls in der Sammlung befindenden Blätter von Franz Christian Gau konnte der Autor der Gau-Monographie und Direktor des Kölner Stadtmuseums, Mario Kramp,



Norbert Bittner: »Architekturcapriccio mit dem Denderah-Tempel«

gewonnen werden. Ausstellungskuratorin: Monika Knofler, Direktorin des Kupferstichkabinetts der Akademie der bildenden Künste Wien.

Ausgelöst von der Ägypten-Expedition Napoleons zwischen 1798 und 1801 und den damit verbundenen Publikationen von Dominique Vivant Denon von 1802 und der monumentalen 22-bändigen Dokumentation „Description de l’Égypte“, die ab 1809 bis 1828 erschien, wurde Europa von einer wahren „Ägyptomanie“ erfaßt. In Österreich stellen die heute im Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien aufbewahrten 57 Aquarelle des Norbert Bittner die ersten Zeugen dieser Ägyptenbegeisterung des Biedermeier und einen frühen Beitrag zur Verbreitung der ägyptischen Monumente dar.

Da Bittner selbst nie im Orient war, dienten ihm die Publikationen dreier Expeditionen als Vorlage. Die getroffene Motivauswahl versucht offensichtlich die wichtigen Bau- und Kunstwerke zu erfassen und eine fingierte Reise von Nord nach Süd, von Kairo über Assuan nach Nubien und in die Cyrenaika zu rekonstruieren. Bittner geht in

seinen farblich reizvollen Blättern zwar von den Vorlagen aus, ohne sich aber exakt an diese zu halten. Ein freier Gestaltungswille verändert die Vorlage nicht nur in Details, sondern gelegentlich auch in der Hinzufügung neuer Architekturelemente, Staffagefiguren und Vegetationen. Er versucht die Vorlagen ästhetisch und kompositorisch durch eine bühnenartige Gestaltung der Monumente „aufzubessern“. Die Blätter erhalten so eine künstlerische Wertigkeit und suchen ein an der ägyptischen Kunst interessiertes Publikum zu erreichen. Die zarten Aquarelle vertiefen gegenüber den schwarz-weißen Kupferstichen das landschaftliche und emotionale Erlebnis der Nil-Expeditionen.

Ergänzt werden Bittners Blätter in der Ausstellung durch einige sich ebenfalls in der Sammlung befindende Zeichnungen bzw. Aquarelle von Franz Christian Gau und Franz Caucig sowie Skizzen des Begründers der Ägyptologie in Österreich, Simon Leo Reinisch, aus dem Institut für Ägyptologie der Universität Wien und den im folgenden beschriebenen Publikationen aus der Universitätsbibliothek der Akademie der bildenden Künste Wien.

Norbert Bittner studierte seit 1806 an der Akademie der bildenden Künste, wo bereits sein älterer Bruder Johann seit sechs Jahren eingeschrieben war. Anfangs Schüler der Landschaftsmalerei bei Laurenz Janscha und Christoph Anton Dies, wechselte er jedoch bald in die Architekturklasse zu Ferdinand Hetzendorf zu Hohenberg und Johann Martin Fischer. Aufgrund seiner hervorragenden Leistungen erhielt er bereits ab 1808 ein Stipendium, zu dessen Aufbesserung er Musikunterricht erteilte. Wahrscheinlich verließ er 1811 die Akademie, da das Protokoll von 1812 die „Nichtabholung“ des Stipendiums erwähnt. Von 1812 bis 1816 war Bittner im k. k. Konvikt als Zeichenlehrer tätig, wo er auch Franz Schubert unterrichtete, der dort von 1808 bis 1813 Stipendiat war. Bekannt wurde Bittner vor allem durch seine Radierungen von sämtlichen Bühnenentwürfen von Joseph Platzer (1751-1806) und Antonio de Pian (1784-1851). 1822 wurde er von dem Geologen und Mineralogen Gregor Graf Rasumofsky beauftragt, sein Werk „Observations Minéralogiques sur les Environs de Vienne“ zu illustrieren. In dem 1836 ebenfalls von Rasumofsky beauftragten „Collec-

Kultur

tion d'idées architectoniques puisées dans l'antiquité tant grecque que romaine“ finden sich bereits Zitate aus der Ägypten-Serie. Es ist daher anzunehmen, daß die Aquarelle, die aus folgenden Publikationen dreier Orient-Expeditionen schöpften, ebenfalls ein Auftragswerk Rasumofskys waren:

Die Napoleon-Expedition

von der Landung in Alexandria bis zum ersten Nil-Katarakt von 1798-1801 und deren 22 Bände umfassende Dokumentation „Description de l'Égypte“ (Paris 1809-1828) sowie die schon 1802 erschienenen zwei Foliobände der „Voyage dans la basse et haute Égypte pendant les campagnes du général Bonaparte“ von Dominique Vivant Denon. Denon war eine äußerst schillernde Persönlichkeit – selbst Künstler und Sammler, nahm er 1798/99 an dem Ägyptenfeldzug Napoleons teil, war seit 1804 Generaldirektor der Museen in Frankreich und Direktor des Musée Napoléon, für welches er Kunstwerke aus allen besiegten Ländern aussuchte. In dieser Funktion war er auch 1809 als Stadtkommandant in Wien und man kann sich gut vorstellen, daß sowohl die

Persönlichkeit Denons, als auch sein Druckwerk damals einen großen Einfluß auf junge Künstler gehabt hat. Bittner zitiert Denons Buch nicht direkt, man kann aber annehmen, daß er dieses kannte.

Die Nubienreise von 1818-1820

des Kölners Franz Christian Gau, der die Baudenkmäler zwischen dem ersten und zweiten Nil-Katarakt bis Abu Simbel zeichnete. Diese wurden 1821-1827 in Paris gedruckt und bei Cotta in Stuttgart in einer deutschen und französischen Fassung unter den Titeln „Neu entdeckte Denkmäler von Nubien an den Ufern des Nils, von der ersten bis zur zweiten Katarakte, gezeichnet und vermessen im Jahr 1819, und als Fortsetzung des französischen Werkes über Ägypten“ und „Antiquité de la Nubie, ou Monuments inédits des bords du Nil, situés entre la première et la seconde cataracte“ veröffentlicht.

Expedition des Jean Raymond Pacho,

der die Illustrationen seiner Expedition in das antike Libyen bis zur großen Syrte von 1824-1825 zwischen 1827 und 1829 in Paris unter dem Titel „Relation d'un Voyage dans

la Marmarique, la Cyrénaïque et les Oasis d'Audjelah et de Maradèh“ veröffentlichte.

Im Frühjahr 1840 kamen Bittners Ägypten-Aquarelle durch das Legat Franz II. Jäger an das Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien. Diese waren jedoch bereits im Übergabeinventar der Sammlung Jäger 1837 verzeichnet. ■

<http://www.akbild.ac.at>

Ausstellungstournee
04.05.–01.07.2012

Residenzgalerie Salzburg

<http://www.residenzgalerie.at/>
17.07.–16.10.2012

Winckelmann-Museum, Stendal (D)

<http://www.winckelmann-gesellschaft.de>

Frühjahr 2013: Kölnisches Stadtmuseum

<http://www.museenkoeln.de/koelnisches-stadtmuseum>

Sehen Sie hier Fotos von der Akademie der bildenden Künste Wien

<http://www.oesterreichfotos.at/galerien/museen/akademie-der-bildenden-kuenste-wien/>
die für den Beitrag „Rückkehr der alten Meister“ im „Österreich Journal“ Ausgabe 88 vom 13. Oktober 2010 entstanden sind
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_088.htm



© Kupferstichkabinett der Akademie der bildenden Künste Wien

Norbert Bittner: »Theben. Ansicht des Luxortempels von Norden«

Anselm Kiefer

Werke aus der Sammlung Essl – von 03. 02. – 29. 05. 2012



© Anselm Kiefer; Foto: Ulrich Ghezzi courtesy Galerie Thaddaeus Ropac Paris · Salzburg

Tönend wie des Kalbs Haut die Erde, 2011; Öl, Emulsion, Acryl, Schellack, Kohle und Blei auf Leinwand, 380 x 560 x 14 cm

Anselm Kiefer, einer der bedeutsamsten Künstler der Gegenwart, bildet im Feber 2012 den großen Auftakt des Ausstellungsjahres im Essl Museum in Klosterneuburg. Zu sehen ist eine von Sammler Karlheinz Essl persönlich eingerichtete Personale mit 15 Werken aus den vergangenen 10 Jahren, darunter vier neue Hauptwerke der jüngsten Schaffensperiode. „Es ist wohl ‚Liebe auf den zweiten Blick‘, die meine Beziehung zum Werk von Anselm Kiefer am treffendsten bezeichnen würde. Viel früher schon hatte meine Frau das vielschichtige Œuvre des Künstlers ins Herz geschlossen. Später, aber umso heftiger, trat dann meine Begeisterung hinzu, die in der Folge durch signifikante Ankäufe von Arbeiten der letzten zehn Jahre ihren Ausdruck fand“, so Prof. Karlheinz Essl.

Erstmals werden alle Werke von Anselm Kiefer, die sich in der Sammlung Essl befinden, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich

gemacht. Prof. Karlheinz Essl hat die Präsentation selbst kuratiert im Bestreben, jedem Werk den nötigen Freiraum zu geben und eine spannende Abfolge von Arbeiten zu schaffen, „um die Kraft, Ausstrahlung und Spiritualität der Werke spür- und erlebbar zu machen“.

Für Anselm Kiefer (geb. 1945 in Donaueschingen, Deutschland) spielt die Auseinandersetzung mit dem Erinnern, dem Gedächtnis, besonders auch mit der Vergänglichkeit und dem Vergessen eine eminent wichtige Rolle. Mit seinen oft raumgreifenden Arbeiten möchte er Zeit erlebbar machen. Die großformatigen, antihierarchischen Natur- und Historienbilder mit zerfallenen Monumenten, verwilderten Plätzen und morbiden Landschaften zeigen eine von der Vergangenheit zerfressene, zerstörte Gegenwart. Gegen die Leere setzt Kiefer Namen in ungelinker Schreibschrift – Namen von Orten, von Göttern, von Personen, gelegent-

lich ganze Gedichtzeilen, etwa von Ingeborg Bachmann oder Paul Celan.

Die Werke der Ausstellung spiegeln bedeutende Grundthemen des Künstlers wider. Die monumentale Arbeit „Horlogium (Sternenfall)“ ist einer der ersten Ankäufe des Ehepaars Essl und läßt – zusammen mit der „Skulptur mit Sternen“ – an den Kosmos oder auch die kosmische Dimension unserer Existenz denken. „Jeder muß sich seinen Sinn selbst schaffen“, so Kiefer. „Ein Künstler schafft einen Sinn und das kann man mit den Sternbildern, die ja willkürliche von Menschen gezogene Gebilde sind, assoziieren.“ „Für Paul Celan“ verweist auf Celans Gedicht „Die Todesfuge“, auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den Holocaust. „Ich denke in Bildern. Dabei helfen mir Gedichte. Sie sind wie Bojen im Meer. Ich schwimme zu ihnen, von einer zur anderen; dazwischen, ohne sie, bin ich verloren.“

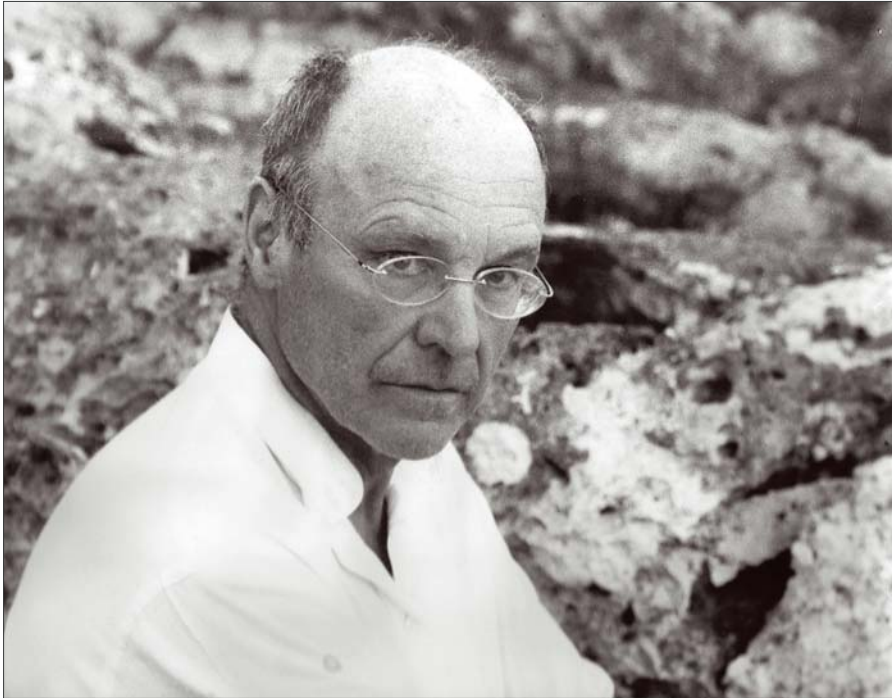


Foto: Renate Graf

Portrait Anselm Kiefer, 2007

Auch in den neuen Arbeiten bezieht sich Kiefer auf literarische Texte. Der Titel der Arbeit „tönend wie des Kalbs Haut die Erde“ ist einem Gedicht von Friedrich Hölderlin

entlehnt. Über der verbrannten Erde baut sich eine Berglandschaft auf, ein Stethoskop scheint den Klang der Erde nachzuspüren. Die Textzeile „Nur mit Wind mit Zeit und

mit Klang“ stammt hingegen von Ingeborg Bachmann. Eine aufgewühlte Wolken- und Seelandschaft erinnert an Gustave Courbet, im oberen Bildteil erscheint ein Buch aus Blei, ein häufig verwendetes Motiv Kiefers, Sinnbild für einen kollektiven Erinnerungsspeicher der Menschheit.

In den Materialbildern verwendet Kiefer Sand, Erde, Lehm, Asche, Haare, Samen, Draht, Zweige im Gipsmantel oder auch Textilien. Organische Materialien wie auch das Krustige, Zerbröselnde der Malerei versinnbildlichen, daß auch ein Kunstwerk vergänglich ist, daß Veränderung und Zerfall ein immanenter Bestandteil des Lebens sind. Zur Ausstellung erscheint ein umfassender Katalog mit zahlreichen Abbildungen und Detailansichten der Werke. Das Vorwort von Karlheinz Essl beschreibt den persönlichen Zugang des Sammlers zum Werk Kiefers, Wieland Schmied beleuchtet in seinem fundierten Aufsatz den unerschöpflichen Bilderkosmos des Künstlers und Erläuterungen des Kuratorenteams des Essl Museums zu allen 15 Arbeiten ermöglichen einen vertiefenden Einblick zu Bildkomposition und Inspirationsquellen der einzelnen Werke. ■

<http://www.essl.museum>



© Anselm Kiefer; Foto: Ulrich Ghezzi courtesy Galerie Thaddaeus Ropac Paris · Salzburg

Für Paul Celan, 2005; Öl, Emulsion, Acryl, Kohle, Bleistift und Gips auf Leinwand; 190 x 280 x 50 cm

Radikale Kompromisse und verlassene Räume

Zwei neue Ausstellungen in der Galerie im Traklhaus von 26. Jänner bis 3. März

Zwei neue Ausstellungen sind von 26. Jänner bis 3. März in der Galerie im Traklhaus in Salzburg zu sehen.

Im Programm „Die nächste Generation“ präsentiert die Galerie im Traklhaus junge Kunst in Kooperation mit Galerien und Institutionen, diesmal Arbeiten von Wolfgang Wirth in Zusammenarbeit mit der Charim Galerie, Wien. 1966 geboren, gehört Wolfgang Wirth altersgemäß nicht zu der ganz jungen Generation, er hat jedoch erst später seine Künstlerlaufbahn begonnen und paßt somit ins Konzept dieser Ausstellungsreihe. Wirths Arbeit kreist um die Frage nach Räumen. Für die Ausstellung im Traklhaus konzipiert er eine Installation speziell für diesen Ort. Der malerische Raum der Ölbilder wird direkt mit dem konkreten Ausstellungsraum in Beziehung gesetzt. Die Anordnung der Bilder im Raum, ihre Abfolge, der Rhythmus der Formate – alle diese Elemente gehören zum Gesamtkonzept der Präsentation. Mittels Holzleisten wird die Struktur des Bodens an den Wänden fortgesetzt, eine zweite Ebene entsteht vor der eigentlichen Wand. Auf dieser vorgelagerten Schicht werden die Bilder montiert. Der ohnehin schon unregelmäßige Raum erhält dadurch eine zusätzliche Unruhe.

Wolfgang Wirth wurde 1966 in Innsbruck geboren und lebt und arbeitet in Wien. Von 1986 bis 1992 absolvierte er an der Universität für Musik und darstellende Kunst im Mozarteum Salzburg die Klasse für Malerei, anschließend übte er verschiedene berufliche Tätigkeiten im Bildungs- und Kunstbereich aus. Von 2002 bis 2003 besuchte er die Universität für angewandte Kunst in Wien und war Mitglied des Künstlerkollektivs Alpine Gothic. In den Jahren 2006 und 2011 war er Artist in Residence in Warschau und Rotterdam. Seine Werke wurden unter anderem in Alegriras (Spanien, Rotterdam, Innsbruck, Madrid, Wien und Los Angeles gezeigt.

Verlassene und zum Abriß bestimmte Wohnräume, Häuser und Hotels bilden den Ausgangspunkt der in der Ausstellung „Domestic Sculpture Garden“ gezeigten Arbeiten. Michael Strasser verwendet die dort vorgefundenen Fußböden wie Teppich und



Foto: Galerie im Traklhaus

Wolfgang Wirth, „Head\|||||“, 2009

Parkett, um daraus Skulpturen zu bauen. Aus dem gleichen Fußbodenmaterial bildet er immer neue Gebilde. Der konkrete Ort spielt eine große Rolle, die Objekte sollen direkt am Ort erfaßt werden. Dafür setzt der Künstler Fotografie ein. Dabei dient ihm die Fotografie nicht als Dokumentation, vielmehr sind die Fotos das endgültige Kunstwerk. Der Künstler bestimmt zuerst den Kamerastandort, den Blickwinkel und Lichteinfall, die Skulpturen werden dann für die Fotografie aufgebaut. In der Ausstellung im Traklhaus zeigt er vor allem drei Fotoserien, die in New York, London und Schruns/Montafon (Vorarlberg) entstanden sind.

Michael Strasser wurde 1977 in Inns-

bruck geboren und lebt und arbeitet in Wien. Er besuchte die Schule für künstlerische Fotografie in Wien von Friedl Kubelka und studierte Fotografie bei Gabriele Rothemann an der Universität für angewandte Kunst in Wien. Vom Medium Fotografie ausgehend hat er bereits während des Studiums und verstärkt nach seinem Diplom 2006 sein Spektrum mehr und mehr erweitert. Heute changiert seine Arbeit zwischen Fotografie, Installation, Skulptur und Performance. Er erhielt Stipendien und Preise, wie das österreichische Staatsstipendium für künstlerische Fotografie 2008, und hatte viele Gruppen- und Einzelschauen im In- und Ausland. ■

<http://www.traklhaus.at>

The Urban Cultures of Global Prayers

metroZones – 28. 01. 12 bis 01. 04. 12 – Camera Austria Graz

Neue religiöse Bewegungen spielen in den Städten eine immer wichtigere Rolle. Sie verändern die urbane Topographie, sie treten als wirtschaftliche wie auch als politische Akteure auf und ersetzen nicht selten die Rolle des Staates – quer durch alle Weltregionen und Religionen.

In Lagos faßt die größte Pfingstkirche fünfmal mehr Gläubige als das weltgrößte Fußballstadion; am Rande der Megastadt entsteht eine eigene City of God. In Beirut übernehmen islamistische Einrichtungen den Wiederaufbau der kriegszerstörten Viertel und kontrollieren die Wohnungsver-sorgung. In Rio de Janeiro konvertieren Kinos zu Kirchen, in Mumbai werden öffentliche Räume zeitweise zur Bühne für religiöse Spektakel. Religiöse Gemeinschaften demonstrieren ihre Präsenz und besetzen urbane Räume.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das Forschungs- und Ausstellungsprojekt »global prayers · Erlösung und Befreiung in der Stadt«, initiiert von der Berliner Gruppe metroZones, seit 2009 mit neuen Glaubensgesellschaften in unterschiedlichsten städtischen Kontexten. Die zentrale Perspektive des Projektes bildet dabei die Stadt und die Wechselwirkung der neuen religiösen Praktiken mit lokalen urbanen Lebensumständen und globalen gesellschaftlichen Tendenzen.

Die internationale Ausstellung „The Urban Cultures of Global Prayers“ thematisiert die kulturellen und städtischen Praktiken der weltweit agierenden, neuen religiösen Bewegungen. Erfahrbar werden urbane Settings, Strategien und Sinnproduktionen religiöser Akteure und Gemeinschaften in Metropolen des Globalen Südens. Welchen Einfluß haben Glaubensrituale auf die räumliche Organisation der großen, höchst dynamischen Metropolen, wie Lagos, Mumbai, Jakarta, Istanbul, Rio de Janeiro, aber auch Berlin? Und wie eignen sich unterschiedliche religiöse Bewegungen die Städte als Bühne an, welche Bedeutungsverschiebungen erzeugen sie, wenn städtische Kulturen von neuen religiösen Praktiken durchdrungen werden?

„the Urban Cultures of Global Prayers“ ermöglicht einen differenzierten Blick auf die Zusammenhänge zwischen urbaner Entwicklung und sakralen Praktiken, zwischen



Foto: Camera Austria

Frida Hartz, Ninth anniversary of Santa Muerte, Tepito, Colonia Morelos, Mexico. From the series: Culto a la Flaquita, 2010

den Versprechen spiritueller Erlösung und sozialer Befreiung. Jenseits ideologischer Debatten um das „Wiedererstarken der Religionen“ wird in den Arbeiten von KünstlerInnen aus zwölf Ländern deutlich, daß große Städte immer auch Orte religiöser Innovation sind. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf visuellen und medialen Formaten Fotografie, Videoinstallation und Soundscape.

„global prayers“ ist als interdisziplinäre Recherche angelegt. In enger Zusammenarbeit zwischen künstlerisch und wissenschaftlich Forschenden lotet das Projekt aus, wie die neuen Politiken, Ökonomien und Kulturen des Glaubens im städtischen Raum funktionieren, welche Bilder und Klänge, Räume und Praktiken das Religiöse im Zeichen der Globalisierung hervorbringt. Erkundet werden Themen wie das Verhältnis zwischen neuen urbanen Religionsgemeinschaften, Stadtplanung und Staatlichkeit, Selbstorganisation, Medialität, Alltagskultur und die Lokalisierung transnational agierender Akteure.

Der Glaube ist allerdings auch ein Medium, über das sich Gemeinschaftlichkeit organisiert, indem gemeinsame Werte, Rituale und Ziele etabliert werden, die sich in den Alltag einschreiben und Transformationsmomente in bezug auf Fragen der sozialen und politischen Identität erzeugen. Die Ausstellung schließt damit an Fragestel-

lungen an, die Camera Austria im Jahr 2011 bereits in Ausstellungsprojekten und in der Zeitschrift verhandelt hat: an das zweiteilige Projekt „Communitas“ zu Fragen von Gemeinschaft, von Ein- und Ausschließungen, aktuellen Identitätspolitiken bzw. an die Frage der politischen Instrumentalisierung von kultureller Identität, aber auch an Fragen zum „Dokumentarischen als politische Praxis“, wie in Camera Austria International 114: Welche Rolle können künstlerische Praktiken mit und über Fotografie spielen, um eine Art visuelle Programmierung des politischen Raumes zu durchbrechen? Dabei kann es nicht darum gehen, die Widersprüche zwischen den Blickregimes eines vermeintlichen „Innen“ gegen ein vermeintliches „Außen“ auszuspielen, noch diese Blick- und Bildregime ineinander aufzulösen. Es geht im Gegenteil darum, diese sichtbar zu machen und als Teil des Projektes zu verhandeln. Die Ausstellung „the Urban Cultures of Global Prayers“ erzeugt mithin einen eminent visuellen Raum der Debatte über das Religiöse, den Stadtraum und Repräsentationspolitiken. In Camera Austria International 116 gehen Jochen Becker und Axel John Wieder in ihren theoretischen Texten, die anlässlich des Ausstellungsprojektes entstanden sind, den Zusammenhängen zwischen urbaner Entwicklung und neuen religiösen Bewegungen nach. ■

<http://www.camera-austria.at>

Die Breuer-Fidel

Elisabeth Breuer aus St. Valentin/NÖ ist die Erfinderin und Schöpferin »Mostviertler Stradivari«



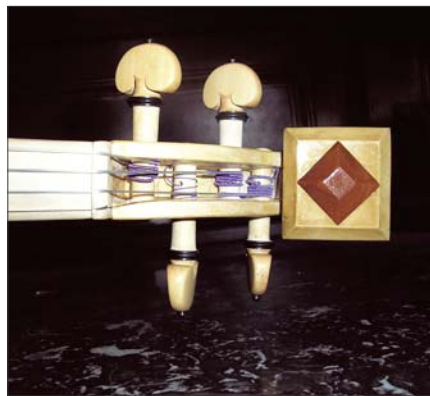
Foto: Elisabeth Breuer

Die allgemeine Optik und die Holzmaserung der »Mostviertler Stradivari« wurden von Elisabeth Breuer bewußt schlicht gewählt.

Elisabeth Breuer, die gelernte Geigenbauerin aus St. Valentin/NÖ ist die Erfinderin und Schöpferin der „Breuer Fidel“. Von ihren Fans auch liebevoll „Mostviertler Stradivari“ genannt, wurde das Instrument 2006 mit dem Innovationspreis der Stadtgemeinde St. Valentin und dem Anerkennungspreis beim Karl Ritter von Ghega 2006 Innovationswettbewerb im Bereich Lebensqualität ausgezeichnet. Völlig unerwartet löste dieses Instrument eine Welle an medialem Interesse aus.

Wie so vieles im Leben unterliegt auch die Musikinstrumentenbranche der Erweiterung und Weiterentwicklung. Aufgrund der steigenden Virtuosität beim Musizieren steigt die Nachfrage nach leicht spielbaren Musikinstrumenten. Die „Breuer Fidel“ entspricht diesen hohen Kriterien. Zugrunde liegt die Verschmelzung der mittelalterlichen Fidel slawischer Art mit der klassischen Violine. Die Breuer Fidel wurde speziell für den professionellen Spielanspruch von heute geschaffen.

Dieses Instrument ist leicht in Gewicht und Tonansprache. Gewohnte Halterungen



wie Schulter- und Kinnstütze, sowie Bünde am Griffbrett lassen sich anbringen.

Die „Breuer Fidel“ unterscheidet sich durch den flachen Boden von der klassischen Violinkonstruktion. Dadurch ergibt sich die Annäherung an den historischen Klang einer mittelalterlichen Fidel. Das Klangtimbre ist leicht „näselnd“ wie bei einer Gambe, jedoch auch kräftig und tragend wie bei der Violine.

Die allgemeine Optik und die Holzmaserung wurden bewußt schlicht gewählt, um

dem archaischen Erscheinungsbild zu entsprechen. Je nach Geschmack sind auch farbenreiche Gestaltungen möglich.

Die Stimmung der einzigartigen „Breuer Fidel“ ist nach heute üblichen Streichinstrumenten eingerichtet.

Der Konstruktion gingen folgende Zielsetzungen voraus: sich dem historischen Klang nähern, jedoch die gewohnte Spieltechnik – wie auf einer Violine bzw. Viola – nicht ändern zu müssen. So entstand die Verschmelzung von einer slawischen Fidel mit einer Violine. Gewisse Konstruktionsansätze sind von einer Gambe zugrundegelegt. Weiters wurde darauf geachtet, daß gewohnte Spielhilfen, wie Schulterstütze, Kinnhalter und Violinetuis verwendbar sind.

Da historische sowie nachgebaute Barockinstrumente ihrem Wert nach viel Geld kosten, stellt die „Breuer Fidel“ die leistbare Alternative dar. Das mit Darmsaiten bespannte Instrument ist ab 2500 Euro erhältlich – zur Zeit in den Dimensionen Violine und Viola. ■

<http://www.e-breuer.eu>

Von »Imago Dei« bis »Kontraste«

Programm der NÖ Festivals und Klanginstallationen 2012

Mit „*Imago Dei. Musik zur Osterzeit*“ startet am 10. März das diesjährige Programm der NÖ Festivals und Klanginstallationen. Bis 9. April bringt das Festival für alte und zeitgenössische Musik im frühgotischen Klangraum Krems Minoritenkirche in Krems/Stein dann an insgesamt neun Veranstaltungstagen unter dem Titel „Das Salz der Erde – Das Licht der Welt“ u. a. Konzerte des Lettischen Radio Chors, der Jungen Philharmonie Wien, von Kayhan Kalhor und Erdal Erzincan, des Choeur de Saint Yared & Alemu Aga aus Äthiopien, von Ludus Gravis sowie La Reverdie & Accordone. Dazu kommen ein Korea-Schwerpunkt und die musikalisch gestaltete Schifffahrt durch die Wachau „On a Slow Boat to China“
<http://www.klangraum.at>

„Die Vertreibung ins Paradies“ lautet der Arbeitstitel für das *Donaufestival*, das heuer vom 28. April bis 5. Mai in Krems über die Bühne geht. Artists in Residence des avantgardistischen Musik-, Kunst- und Performanceprogramms sind u. a. das Kunst- und Musikduo Cocorosie sowie das niederländische Figürinen-Medien-Theater-Kollektiv Hotel Modern. In der Kunsthalle Krems wird John Bock während des Festivals Musiker und Performer zu Interventionen in seine Großinstallation einladen; auch in der Factory wird die Ausstellung von Michael Strasser zur Bühne für die Performance „4 are better than 1“. Dazu zeigt im Forum Frohner der französische Fotograf Jean-Marc Ruelan seine Arbeiten und bittet die Performance-Truppe God's Entertainment zu einer künstlerisch-touristischen Entdeckungsreise in die Wachau.
<http://www.donaufestival.at>

Die *Klanginstallationen* im Klangraum Krems Minoritenkirche und Kapitelsaal werden heuer von Hans Peter Kuhn kreiert: „Aus der Tiefe“ verbindet vom 17. März bis 30. September neun große Stahlplatten mit 16 Baßlautsprechern, „Lineares Universum“ legt vom 25. Mai bis 1. Juli eine Klangwolke aus über 60 einzeln gesteuerten Lautsprechern über 60 Leuchtstoffröhren.
<http://www.klangraum.at>

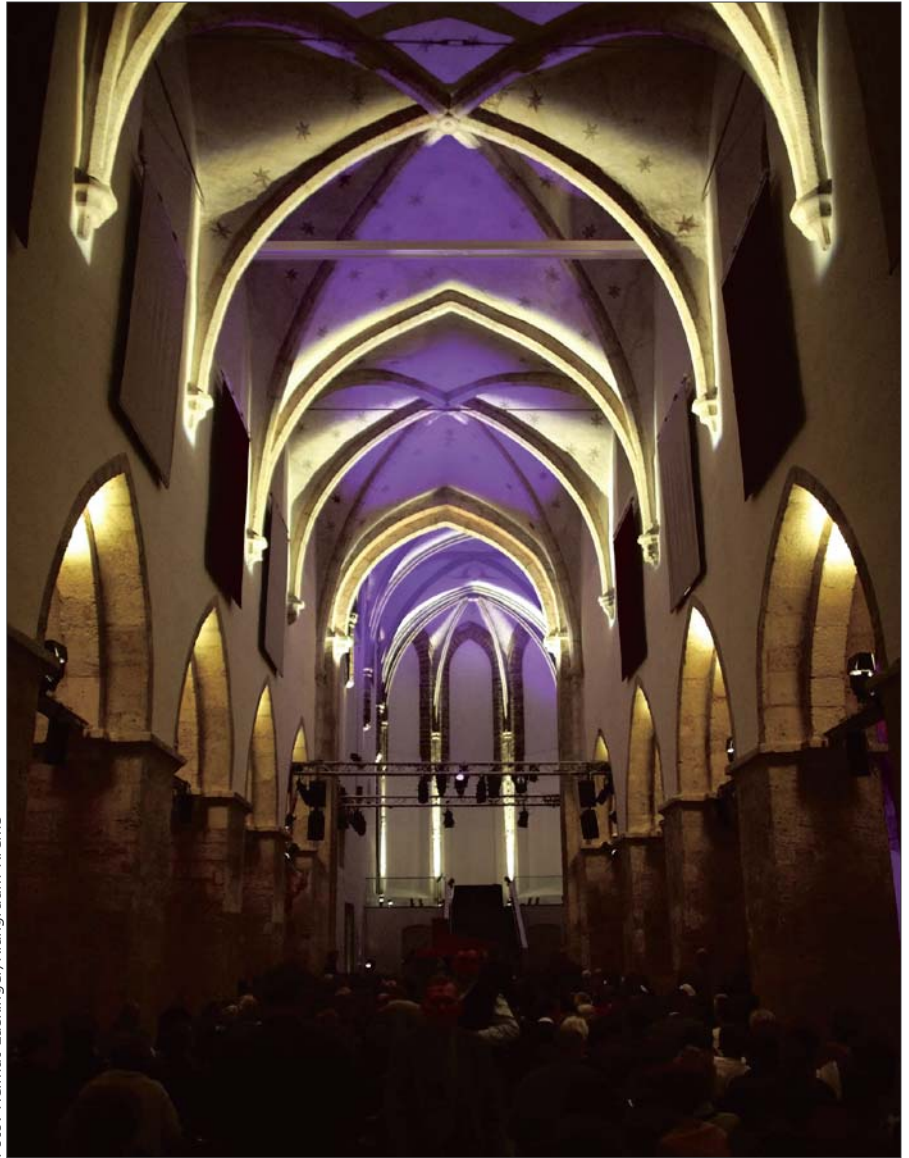


Foto: Helmut Lackinger/Klangraum Krems

Stellvertretend für alle anderen Veranstaltungen: eine Aufnahme vom Klangraum Krems Minoritenkirche aus dem Frühjahr 2011

Das Musikfestival „*Glatt & Verkehrt*“ spannt vom 28. Juni bis 29. Juli (Hauptprogramm bei Winzer Krems vom 25. bis 29. Juli) neuerlich einen Bogen von originärer traditioneller Musik bis hin zu zeitgenössischer Musik aus den verschiedensten Kulturkreisen und bringt heuer u. a. Klänge aus Kuba und Zentralafrika. Den Auftakt bildet der Schwerpunkt „Donauländer zu Gast in der Wachau“ inklusive einer musikalisch gestalteten Donau-Schifffahrt. Weitere Veranstaltungen finden im Schloß Spitz an der

Donau, im Klangraum Krems Minoritenkirche und im Stift Göttweig statt.

<http://www.glattundverkehrt.at>

Schließlich bringt das Festival „*Kontraste*“ in seiner zweiten Ausgabe unter der neuen künstlerischen Leitung von Sonic Acts vom 12. bis 14. Oktober wieder spartenübergreifende Klangexperimente, zeitgenössische Musik und anverwandte Kunstformen.

<http://www.kontraste.at>

Erfolgslauf für ORF-Kinofilme beim Österreichischen Filmpreis

Preisregen für »Atmen«, »Mein bester Feind«, »Whores' Glory« u. a.



Foto: ORF / Milenko Badzic

Alle Preisträger des Österreichischen Filmpreises 2012 bei der festlichen Gala in der Filmstadt Wien am Rosenhügel

Es ist der Abend des heimischen Films: Bei der Verleihung des zweiten Österreichischen Filmpreises am 27. Jänner in der Filmstadt Wien versammelte sich beinahe die gesamte heimische Filmszene, um herausragende Kinoproduktionen in insgesamt 13 Kategorien zu würdigen. Im Rahmen einer festlichen Gala, moderiert von Rupert Henning, kürten die Vorjahressieger Andreas Lust („Der Räuber“) und Barbara Romaner („Mahler auf der Couch“) die Preisträger. In jeder der 13 Kategorien gewannen Kinoproduktionen, an denen der ORF im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens maßgeblich beteiligt war: Gleich sechs Preise („Bester Spielfilm“, „Bestes Drehbuch“, „Beste Regie“, „Bester männlicher Darsteller“, „Bester Schnitt“ und „Beste Musik“) gingen an Karl Markovics' Regiedebüt „Atmen“. Weitere zwei Auszeichnungen konnten Michael Glawoggers Dokumentarfilm „Whores' Glory“ („Bester Dokumentarfilm“ und „Beste Kamera“) und Wolfgang Murnbergers „Mein bester Feind“ („Beste Maske“ und



Foto: ORF / Milenko Badzic

Ursula Strauss, beste Schauspielerin

„Bestes Kostümbild“) für sich verzeichnen. Der Österreichische Filmpreis 2012 ging weiters an „Michael“ („Bester Ton“), „Hexe Lilli – Die Reise nach Mandolan“ („Bestes Szenenbild“) und „Vielleicht in einem anderen Leben“ („Beste weibliche Darstellerin“).

Hervorragende Zusammenarbeit

ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner: „Filme wie ‚Atmen‘, ‚Michael‘ und ‚Whores' Glory‘ haben bereits für internationale Aufmerksamkeit gesorgt. Umso mehr freut es mich, daß auch beim Österreichischen Filmpreis diese und noch drei weitere großartige Produktionen, die in enger Zusammenarbeit mit dem ORF entstanden sind, ausgezeichnet wurden. Die Fülle an nationalen und internationalen Auszeichnungen für Fernseh- und Kinofilme mit ORF-Beteiligung verdeutlichen die hervorragende und enge Zusammenarbeit der österreichischen Filmwirtschaft mit dem ORF und bestärken mich in meinem Vorhaben, das eigenproduzierte fiktionale Programm noch weiter auszubauen.“

Der Wirtschaftsminister gratuliert

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner gratulierte den Gewinnern des Österreichischen Filmpreises 2012. Sowohl „Atmen“ von Karl Markovics als auch „Michael“ von Michael Schleinzer wurden durch die vom Wirtschaftsministerium lancierte Filmförderinitiative FISA unterstützt. „Beide Filme sind ein Symbol für die große Kreativität und Umsetzungskraft österreichischer Filmschaffender. Umso mehr freue ich mich, daß wir mit unserem Fördermodell einen Beitrag zum Erfolg leisten konnten, der sich auch an mehreren internationalen Auszeichnungen messen läßt“, sagt Mitterlehner.

Das Fördermodell FISA (Filmstandort Österreich) zeigt den großen Mehrwert einer gezielten Unterstützung der Filmwirtschaft. Seit dem Start Mitte 2010 wurden 36 Filme und Dokumentationen unterstützt. Mit Förderungen von zehn Millionen Euro wurden Projekte mit einem Investitionsvolumen von 85,8 Millionen Euro ermöglicht. Die in Österreich alleine aus der Herstellung erzielte Wertschöpfung beläuft sich auf rund 43 Millionen Euro. „Durch unsere Kreativitätspremie stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft und machen den Filmstandort Österreich noch attraktiver“, bekräftigt Mitterlehner.

Der Sieger: »Atmen«

Der 19jährige Roman Kogler steht kurz vor seiner möglichen vorzeitigen Haftentlassung aus der Jugendstrafanstalt. Doch Roman hat schlechte Karten – verschlossen, einzelgängerisch, ohne familiären Anschluß, scheint er für eine Sozialisierung unfähig.

Ausgerechnet der Freigängerjob bei einem Bestattungsunternehmen führt Roman über den Umweg Tod zurück ins Leben.



Foto: © filmstills-domenig/epofilm

Dieter Pochlatko (Produktion), Karl Markovics (Drehbuch und Regie), Martin Gschlacht (Kamera) und Hauptdarsteller Thomas Schubert (v.l.)

**Der Sieger: Karl Markovics
Drehbuch und Regie**

Geboren am 29. August 1963 in Wien, als erstes Kind von Edith Margarete und Karl Markovics; Mutter Verkäuferin, Vater Berufsfahrer. Aufgewachsen in Kapellerfeld, Gemeinde Gerasdorf bei Wien; Volksschule, Gymnasium, Matura, Bundesheer; zwei gescheiterte Versuche, an Schauspielschulen aufgenommen zu werden; ein Semester Alibistudium der Theater- und Sprachwissenschaften.

Er spielte – neben unzähligen anderen Rollen – die Hauptfigur Salomon Sorowitsch in Stefan Ruzowitzkys „Die Fälscher“, der 2008 den Oscar® als bester fremdsprachiger Film gewann. „Atmen“ ist Karl Markovics’ Debüt als Drehbuchautor und Regisseur.

<http://www.atmen-derfilm.at>

Der Filmpreis

Der Österreichische Filmpreis wurde von der Akademie des Österreichischen Films ins Leben gerufen und wurde am 27. Jänner 2012 zum zweiten Mal vergeben. Er zeichnet herausragende Leistungen des voran gegangenen österreichischen Filmjahres aus und wird in 13 Kategorien verliehen. „Der Aufschwung und die internationale Beachtung des österreichischen Filmschaffens ist in den letzten zehn Jahren unübersehbar. Ehrungen für österreichische Filme mit dem Goldenen Löwen, der Goldenen Palme oder dem Oscar manifestieren dies“, stellt der Obmann der Akademie des Österreichischen Films, Josef Aichholzer, fest. Er freut sich über das Bekenntnis der Politik, das österreichische Filmschaffen zu unterstützen. ■

<http://www.oesterreichische-filmakademie.at>

Die Kategorien im Überblick

Beste Tongestaltung:

„Michael“
Veronika Hlawatsch, Klaus Kellermann, Bernhard Maisch

Beste Maske:

„Mein bester Feind“
Michaela Oppl, Barbara Fröhlich

Bestes Kostümbild

„Mein bester Feind“
Martina List

Bestes Szenenbild:

„Hexe Lilli – Die Reise nach Mandolan“
Christoph Kanter

Beste Musik:

„Atmen“
Herbert Tucmandl

Bester Schnitt:

„Atmen“
Alarich Lenz

Beste Kamera:

„Whores‘ Glory“
Wolfgang Thaler

Bester männlicher Darsteller:

„Atmen“
Thomas Schubert

Beste weibliche Darstellerin:

„Vielleicht in einem anderen Leben“
Ursula Strauss

Bestes Drehbuch:

„Atmen“
Karl Markovics

Beste Regie:

„Atmen“
Karl Markovics

Bester Dokumentarfilm:

„Whores‘ Glory“
Produktion: Erich Lackner, Tommy Pridnig, Peter Wirthensohn;
Regie: Michael Glawogger

Bester Spielfilm:

„Atmen“
Produktion: Dieter Pochlatko, Nikolaus Wisiak; Regie: Karl Markovics

Diagonale 2012

Festival des österreichischen Films von 20. bis 25. März 2012 in Graz

Diagonale-Festivalleiterin Barbara Pichler hat bei einem Pressegespräch im Kunsthaus Graz am 2. Februar das Geheimnis um den diesjährigen Eröffnungsfilm gelüftet und eine erste Vorschau zu einzelnen Programmpunkten der Diagonale 2012 präsentiert:

Eröffnungsfilm 2012

„Spanien“, der erste Langspielfilm von Anja Salomonowitz, eröffnet die diesjährige Diagonale als österreichische Erstaufführung am 20. März 2012 in der Grazer Helmut-List-Halle. Entlang mehrerer Erzählstränge folgt der Film geschickt ineinander verbobener Schicksale auf einer visuell eindrucksvollen Suche nach Halt und Sicherheit. Wie in ihren Vorgängerfilmen, transportiert Anja Salomonowitz einen kritischen, gesellschaftspolitischen Subtext, indem sie anhand der charismatischen Figur Sava (Grégoire Colin) das Thema Migration und unseren Umgang damit beleuchtet.

Personale Ferry Radax in Kooperation mit Ö1

Einen der Höhepunkte des diesjährigen Festivals markiert die dem Filmemacher Ferry Radax gewidmete Personale. Radax, der 2012 seinen 80. Geburtstag feiert, zählt mit Filmen wie „Sonne halt!“ sowie dem Porträt „Thomas Bernhard – Drei Tage“ zu den international bekanntesten Vertretern des heimischen Avantgardefilms. Seine Arbeiten sind geprägt von Collage- und Montage-techniken, die die visuelle Erzählung auf das Essenzielle verdichten und dabei Erwartungshaltungen bewußt unterlaufen. Die Diagonale 2012 präsentiert – erstmals seit 1993 in Österreich – eine Werkauswahl in sechs Programmen.

Zu Gast: Avi Mograbi

Das diesjährige internationale Tribute ist dem israelischen Filmemacher und Videokünstler Avi Mograbi gewidmet. Als dezidiert politischer Regisseur befaßt sich Avi Mograbi in all seinen Arbeiten mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt, verweigert aber simple Antworten und findet in der Vermischung von Dokumentarischem, Autobiografischem und Fiktivem eine völlig individuelle Form der Auseinandersetzung.



Foto: Dor Film

»Spanien«: Grégoire Colin und Tatjana Alexander



Foto: Avi Mograbi

»August« des israelischen Filmemachers und Videokünstlers Avi Mograbi

Die Diagonale 2012 präsentiert eine Retrospektive seines bisherigen filmischen Werkes, ergänzt durch eine mehrteilige Videoinstallation in der Grazer ESC im LABOR.

Historisches Spezialprogramm Charles Korvin

Die Fortsetzung der Reihe „FilmExil“ gibt in Kooperation mit Synema und dem Österreichischen Filmmuseum Einblicke in das Filmschaffen des Kameramanns, Regisseurs und Schauspielers Charles Korvin. Einer breiteren Öffentlichkeit ist Korvin vor allem durch seine zahlreichen Nebenrollen in Filmen wie *This Love of Ours* (1937), *Berlin Express* (1948) oder *Ship of Fools* (1965) in Erinnerung geblieben.

Spezialprogramm Shooting Women 2: Space Invaders

Die im letzten Jahr erfolgreich etablierte Reihe „Shooting Women – Weibliche Pioniere des österreichischen Films“ wird

2012 fortgesetzt. In Kooperation mit dem Filmarchiv Austria präsentiert die Diagonale ein thematisches Schwerpunktprogramm, das diesmal ausgewählte weibliche Positionen im Dokumentarfilm in den Mittelpunkt rückt, die biografische Entwürfe umkreisen. Auf dem Programm stehen u. a. Filme von Karin Berger, Margareta Heinrich, Edith Hirsch, Käthe Kratz und Carmen Tartarotti.

Diagonale-Festivaltrailer 2012 – eine Koproduktion mit dem Kunsthaus Graz

Den diesjährigen Festivaltrailer hat die Filmemacherin und bildende Künstlerin Sofie Thorsen gestaltet. „Schnitt A-A“ führt uns entlang der Grenzen des Sichtbaren in das Freiluftkino der Slowakischen Nationalgalerie. In bewährter Kooperation präsentiert das Kunsthaus Graz ab 2. März 2012 die Einzelausstellung Sofie Thorsen: „Schnitt A-A“ mit drei großen Installationen der Künstlerin. ■

<http://www.diagonale.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **50. Folge** portraitiert er

Fritz Lang

Regisseur/Produzent



Foto: Filmarchiv Austria

Fritz Lang

Fritz (Friedrich Christian Anton) Lang, am 5. Dezember 1890 in Wien in bürgerlichen Verhältnissen geboren, studierte zunächst Architektur, besuchte 1908 die Akademie der Graphischen Künste und 1911 die Staatliche Kunstgewerbeschule in München. Er unternahm ausgedehnte Reisen, lebte 1913/14 als Maler und Karikaturist in Paris und diente im Ersten Weltkrieg als Artillerieoffizier. Die während Lazarett-Aufenthalten verfaßten Geschichten „Die Hochzeit im Exzentrik Club“ und „Hilde Warren und der Tod“ wurden vom arrivierten Wiener Produzenten Joe May (eigentlich Josef Mandel) angekauft und im Rahmen dessen erfolgreicher Joe-Deebs-Detektiv-Serie 1917 in Berlin verfilmt. Die Begegnung mit dem Produzenten Erich Pommer, der ihn im August 1918 zur Berliner Decla-Bioscop engagierte, entschied Langs weiteren Weg im Bann des Mediums Film.

Neben dramaturgischen Tätigkeiten und kleinen Rollen führte er 1919 bei „Halbblut“ (auch Autor, der Film ist verschollen) und dem Abenteuer-Zweiteiler „Die Spinnen“ erstmals Regie. 1921 gelang ihm mit dem poetischen und defätistischen Märchen „Der müde Tod“ nach einem gemeinsamen Drehbuch mit Thea von Harbou, seiner späteren zweiten Ehefrau (1933 geschieden), der künstlerische Durchbruch

auf internationaler Ebene. Die zweiteilige Kriminalgeschichte „Dr. Mabuse, der Spieler“ (1921/22), stilistisch und filmhistorisch ein Übergang vom Expressionismus zur Neuen Sachlichkeit sowie die in streng symmetrisch und ornamentalistischer Stilistik gehaltenen Teile „Siegfrieds Tod“ und „Kriemhilds Rache“ des Mythenthemas „Die Nibelungen“ (1922/24) fanden weltweite Aufmerksamkeit und Anerkennung. 1924 besuchte Lang zusammen mit Erich Pommer auf Einladung gewichtiger Hollywood-Repräsentanten die prosperierende Filmmetropole. Unter dem Eindruck des dreimonatigen Studienaufenthaltes entstand 1925/26 die virtuose futuristische Projektion „Metropolis“, die zu den absoluten Klassikern der Filmgeschichte zählt.¹⁾ Eigene Fotos, aufgenommen im Anschluß an den Kalifornienbesuch am New Yorker Broadway und dem Times Square, dienten als architektonische Vorlage für die filmische Gestaltung der fiktiven, zum Moloch mutierten Megacity. Langs Monumentalstil, vor allem aber seine Inszenierungskraft, die oft kolportagehaften Stories zu niveauvollen Bilderzählungen im Rahmen von Großproduktionen auszuarbeiten, prägten den Stummfilm der 20er Jahre und verknüpften seinen Namen aufs engste mit der künstlerischen Aufwärtsentwicklung des deutschen Films. Das gesellschaftskritische Thema seines ersten Tonfilms „M – Eine Stadt sucht einen Mörder“ (1931), mit Peter Lorre in der Hauptrolle eines triebhaften Kindermörders, markierte einen neuen Arbeitsabschnitt. Als die zum 24. März 1933 angekündigte Premiere seines Sequels „Das Testament des Dr. Mabuse“ (ein wahnsinniger Verbrecher mit Weltherrschaftsplänen) abgesetzt



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Hauptdarsteller Edward G. Robinson (l.) und Regisseur Fritz Lang während einer Drehpause am Kriminalklassiker »The Woman in the Window« (»Gefährliche Begegnung«) von 1944. Ein Psycho-Thriller in Spitzenbesetzung aus Hollywoods »schwarzer Serie«.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Fritz Langs futuristische Projektion »Metropolis«, die reiche Zukunftsstadt, (UA 10. Jänner 1927), vermutlich der Höhepunkt des expressionistischen Kinos, spielt im Milieu einer völlig technisierten Welt mit gesellschaftlichen Widersprüchen und sozialen Problemen.

und Aufführungen des Films durch die inzwischen an die Macht gelangten Nationalsozialisten überhaupt verboten wurden, als ihm anschließend der neue Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels dennoch die alleinige Verantwortung für das zukünftig verstaatlichte deutsche Filmwesen antrug, entschied sich der mütterlicherseits her halbjüdische Regisseur zusammen mit seiner neuen Lebensgefährtin Lily Latté für die Emigration.

Erste Exilstation war Paris, wo er Erich Pommer wiedertraf und Ende 1933 für dessen Fox Europa das Molnár-Stück »Liliom« in einer Zweisprachen-Version verfilmte. Im Juni 1934 verpflichtete ihn David O. Selznik in London für einen MGM-Film nach Amerika. Hollywood bereitete ihm einen großen Empfang, es dauerte allerdings zwei Jahre bis sein Erstlingswerk »Fury« (»Blinde Wut«), das sich mit dem Phänomen hysterischer Lynchwut auseinandersetzt, in die Kinos kam. Ursprünglich als B-Picture und Billigproduktion eingestuft, überraschte der große Erfolg bei Publikum und Kritik, der Streifen machte zudem den Hauptdarsteller Spencer Tracy zum Topstar.

Die Arbeitsweise und visuelle Maxime des Regisseurs blieben auch in Kalifornien unverändert, weder inhaltlich noch stilistisch gab es einen Bruch in seinem Werk. Ihm gelang die Anpassung an das neue Land, eine fremde Sprache und die vorgegebenen

kommerziellen Notwendigkeiten. In höchster Konzentration und mit sicherem Instinkt zeichnete der Europäer in epischer Breite das Leben in der Neuen Welt. Neben »Fury« vervollständigten die Dramen »You Only Live Once« (»Gehetzt«, 1937) und »You and Me«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Fritz Lang bei der Arbeit an einem Szenenmodell zu dem in Prag spielenden Anti-Nazi-Film »Hangmen Also Die« (»Auch Henker sterben«, 1943), mit dem die Produktionsfirma das amerikanische Publikum auf den NS-Terror hinweisen wollte.

Serie »Österreicher in Hollywood«

(1938), obwohl bei verschiedenen Studios realisiert, eine als thematische Trilogie erscheinende Reihe sozialkritischer Filme von erstaunlicher Realistik. Die an den Kinokassen erfolgreichen Western, dem spezifischsten aller amerikanischen Filmgattungen, „The Return of Frank James“ („Rache für Jesse James“, 1940) und „Western Union“ („Überfall der Ogalalla“, 1941) demonstrierten Langs handwerkliche Vielseitigkeit. Im Dienste des demokratischen Amerika brachte er vier Anti-Nazi-Filme auf die Leinwand: „Man Hunt“ („Menschenjagd“, 1941), „Hangmen Also Die“ („Auch Henker sterben“, 1943), eine lose auf den tatsächlichen Vorkommnissen beruhende Geschichte des Attentats auf den NS-Reichsprotector Heydrich nach einer gemeinsam mit Bertolt Brecht erstellten Originalstory, „Ministry of Fear“ („Ministerium der Angst“, 1944), basierend auf einem Roman von Graham Greene und „Cloak and Dagger“ („Im Geheimdienst“, 1946), in denen jeweils auch österreichische Emigranten Beschäftigung fanden. Für die 1945 zusammen mit Walter Wanger, dessen Frau Joan Bennett und dem Autor Dudley Nichols gegründete Diana Productions entstanden der optisch brillante Thriller „Scarlet Street“ („Straße der Versuchung“) sowie im Rahmen von Hollywoods psychoanalytischer Welle „Secret Beyond the Door“ („Das Geheimnis hinter der Tür“, 1947). Danach folgten Genrefilme und einige der besten Beispiele für den „film noir“, 1952 „Clash by Night“ („Vor dem neuen Tag“), ein Jahr später „The Blue Gardenia“ („Gardenia – Eine Frau will vergessen“) und Langs vermutlich bester



Foto: Filmarchiv Austria

und härtester Film „The Big Heat“ („Heißes Eisen“), der wütende Alleingang eines suspendierten Polizisten gegen einen Verbre-

cherring, der seine Frau bei einem Attentat tötete, das ihm selbst galt. 1954 folgte das düstere Leidenschaftsdrama „Human Desire“ („Lebensgier“), ein Remake der französischen Emile Zola-Verfilmung Jean Renoirs „La bête humaine“ von 1939. Fritz Lang, einer der bekanntesten Exil-Österreicher in der Movie Town, verband Realität mit Imaginärem und variierte auch im amerikanischen Filmschaffen mit konstanter Eindringlichkeit sein bevorzugtes Thema, den Kampf des Menschen gegen das Schicksal.

oben: Fritz Lang mit Kamera-Crew am Set der Walter Wanger-Produktion »You Only Live Once« (»Gehtzt«, 1937), der zweite Film des Wieners in Amerika und ein Klassiker seines Genres, den Kritiker zurecht als »one of Langs best efforts in Hollywood« einstufen.

links: Geburtstagsparty für Fritz Lang, 1952 während der Arbeit an »The Blue Gardenia« in den Studios der Warner Bros., (v.l.) die Darsteller Anne Baxter, Ann Sothorn und Richard Conte.



Foto: Archiv Rudolf Ullrich

Serie »Österreicher in Hollywood«

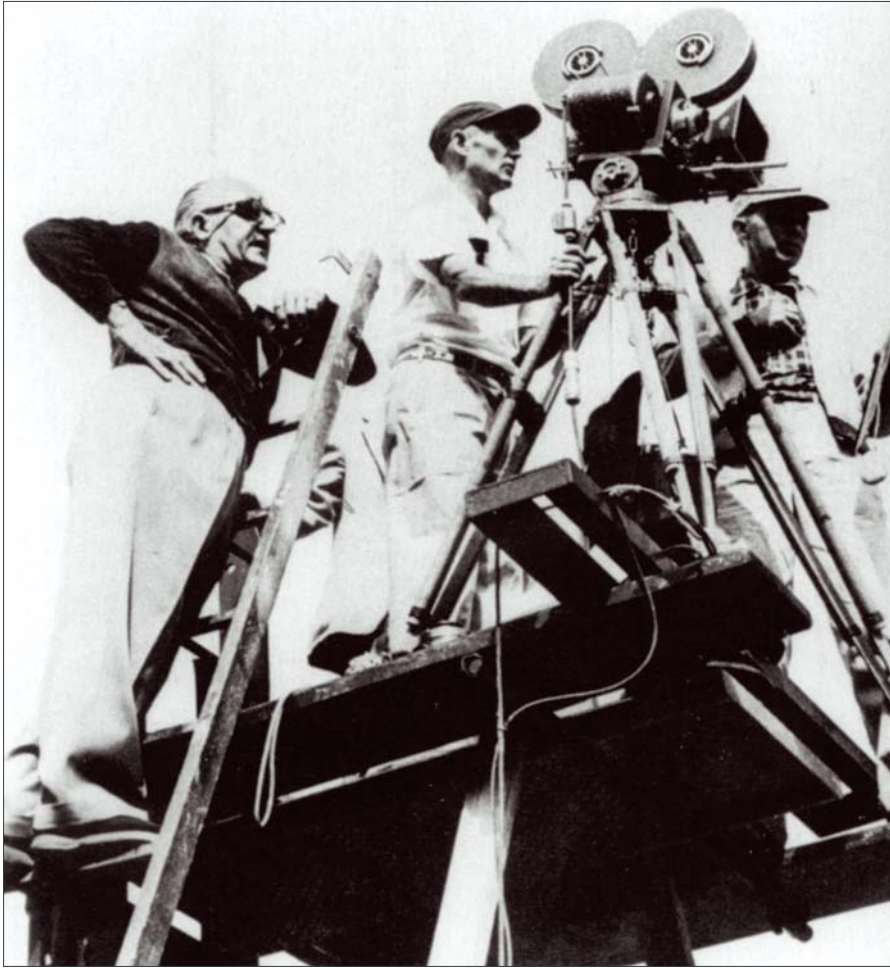


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Fritz Lang bei Dreharbeiten am Kameraturm

Wichtige Studiopartner waren 1935/36 MGM, 1940/42 Centfox, 1951/52 RKO, 1953/54 Columbia und 1955/56 erneut RKO. Daß er mit Brecht, Hanns Eisler und John Wexley zusammengearbeitet hatte, genügte dem Senator Joseph R. McCarthy und seinen Leuten (darunter der junge Rechtsanwalt Richard Nixon) im Rahmen der damaligen Untersuchungen „unamerikanischer Umtriebe“, um Lang 1952 ein Jahr auf die damals berüchtigte Verbotliste zu setzen. Diese negative Erfahrung schlug sich in seinen letzten Filmen und besonders in „Beyond a Reasonable Doubt“ („Jenseits allen Zweifels“, 1956) nieder. Kritiker bescheinigten Lang trotz des interessanten Plots abwertend eine „unterkühlte Regie“. Darob verbittert, nahm er Produzenten-Angebote aus Europa an. Die exotischen, auf stark abgewandelten Drehbüchern basierenden Wiederholungen „Der Tiger von Eschnapur“ und „Das Indische Grabmal“ (BRD/I/F, 1958/59) waren vor allem wirtschaftlich erfolgreich, mit der nächsten Produktion „Die 1000 Augen des Dr. Mabuse“ (1960), einer Adaption in Anpassung an die Zeitumstände in der frühen Bundes-

republik, gelang es Fritz Lang im deutschen Nachkriegskino jedoch nicht mehr, an die Erfolge der Stummfilmzeit bzw. seiner Hollywoodproduktionen anzuknüpfen und die Voraussetzung für eine weitere Filmarbeit in Deutschland zu schaffen. Bewogen durch die ablehnende Kritik gab der Pionier und einer der hervorragendsten Gestalten der Kinogeschichte die Regiearbeit auf.

1963 spielte er in Frankreich in einer Nebenrolle in Jean-Luc Godards „Le mépris“ („Die Verachtung“), ein Film über die Welt des Films, einen Regisseur, der englisch, französisch und zuweilen ein sehr wienerisches Deutsch spricht. Die Symmetrie seiner Filme spiegelt sich in der Symmetrie seiner Karriere, begonnen und endend in Deutschland. Lang, seit 1939 US-Bürger, der seine intellektuellen und emotionalen Wurzeln immer in Wien sah, lebte in den letzten Jahren zurückgezogen in seinem Haus am Summitridge Drive in Beverly Hills. Der vielfach ausgezeichnete Altmeister schuf in Hollywood über 25 Filme, wobei er neben seinem Renommee und Mythos wie schon der Wiener Erich von Stroheim zuvor, ob seines Perfektionszwangs als gefürchteter

„teutonischer“ Regisseur galt. Seine epochemachenden deutschen Filmwerke werden in Kinematheken und Film Instituten der ganzen Welt verwahrt. Fritz Lang (seit 1971 mit Lily Latté verheiratet) starb fast erblindet am 2. August 1976 in Beverly Hills, die Bestattung erfolgte im Forest Lawn Memorial Park in Los Angeles. Sein umfangreicher Nachlaß wurde 1997 teilweise von der Deutschen Kinemathek für das neue Filmmuseum am Potsdamer Platz in Berlin erworben, weitere umfangreiche Nachlaßteile befinden sich in Archiven in Los Angeles, Paris und Laramie. An seinem einstigen Wohnhaus in Wien-Josefstadt (Piaristengasse 28) ist eine Gedenktafel angebracht, die Stadt Los Angeles ehrte ihn mit einem Stern auf dem „Walk of Fame“ vor dem Haus 1600 auf der zum Hollywood Boulevard querlaufenden Vine Street.

¹⁾ Der Film wurde im November 2001 in das Weltkulturerbe aufgenommen, ein Programm, mit dem sich die UNESCO neben wertvoller Baukultur auch um den Erhalt repräsentativer immaterieller Kulturgüter bemüht.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich

„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Wellness, Beauty & Gesundheit in der Steiermark

Die Steiermark ist ein vielseitiges Land. Im Grünen Herz Österreichs finden Sportfreaks, Familienurlauber, aber auch Ruhesuchende das Richtige.



Foto: Therme Loipersdorf

Bei Bohrungen stieß man »nur« auf heißes Wasser – ist die Therme Loipersdorf eines der größten Thermenensembles Europas.

Und das Land hat sich in den letzten Jahren als *die* Gesundheits- und Wellnessdestination Nummer 1 entwickelt: Es beherbergt sage und schreibe neun Thermen, die sich ganz unterschiedlich positioniert haben. In 27 ausgewählten Wellness- und Beautyhotels, 11 speziellen Gesundheitshotels und 17 Alpen-Wellnesshotels zwischen Bad Aussee und Bad Radkersburg wird Wohlfühlgefühl groß geschrieben. Auf allen Ebenen, denn vom kostenlosen Bewegungsprogramm unter Anleitung qualifizierter Mitarbeiter bis zum Ernährungswissenschaftler, der die schmackhaften und gesunden Menüs zusammenstellt, setzt man auf Kompetenz. Regionale und saisonale Produkte als Basis für eine gesunde Mischkost sind ein absolutes Muß.

Und was so herrlich schmeckt, tut auch der Schönheit gut: Äpfel, Kürbisse und Wein wurden bereits von den Ahnen zur Heilung herangezogen. Dieses Wissen hat man sich zunutze gemacht, mit neuen Erkenntnissen

bereichert und als Apfelmassage oder Kernölpeeling kommen diese Anwendungen nun zum Tragen. Im Süden dominieren Äpfel, Wein und Kürbisse die „Streicheinheiten aus der Natur“, im Norden aalt man sich im Solebad, räkelt sich im Heu oder bettet sich in gesunde Zirbe.

Apropos Holz

64 Prozent der Steiermark sind mit Wald bedeckt. Gesunde Natur findet man auch im größten zusammenhängenden Almgebiet Europas, in 7 Naturparks und im Nationalpark Gesäuse. In den zahlreichen Seen läßt es sich herrlich unbeschwert untertauchen, denn was die Wasserqualität der Badegewässer betrifft, so erreichen diese Jahr für Jahr Spitzenwerte.

Und beim Gesundheitsthema Bewegung hat die Steiermark auch die Nase vorn: Von der Nordic Walking Academy bis zu 24 Golfplätzen – da bleibt kein Muskel unbe-nutzt.

Wellness und Beauty - Porentief steirisch

„Streicheinheiten aus der Natur“ eröffnen neue Wellness & Beauty-Dimensionen auf typisch steirisch. Frisch gepreßter Apfelsaft aus dem steirischen Süden wird mit warmem Leinöl vermischt. Eine solche Massage tut nicht nur dem Körper gut, sondern eint auch Geist und Seele.

Im Thermenland setzt man auch ganz auf Holunder. Styria Sambucus ist eine der ältesten Volksheilpflanzen, besser bekannt unter Schwarzer Holunder. Seine Schale ist reich an Antioxidantien und sein Öl enthält mehrfach ungesättigte Fettsäuren. Die Renaissance des Hollers findet sich als Massageöl und Holunder-Tresterpackung wieder. Frisch aufbereiteter Fango wärmt Wirbelsäule und Gelenke und die Kräuterstempelmassage mit heimischen Kräutern fördert die Durchblutung und regt den Stoffwechsel an. Auch das Weintrester-Peeling und die Kürbiskernöl-Packung sind steirische Schönheits-Geheimnisse des Südens.

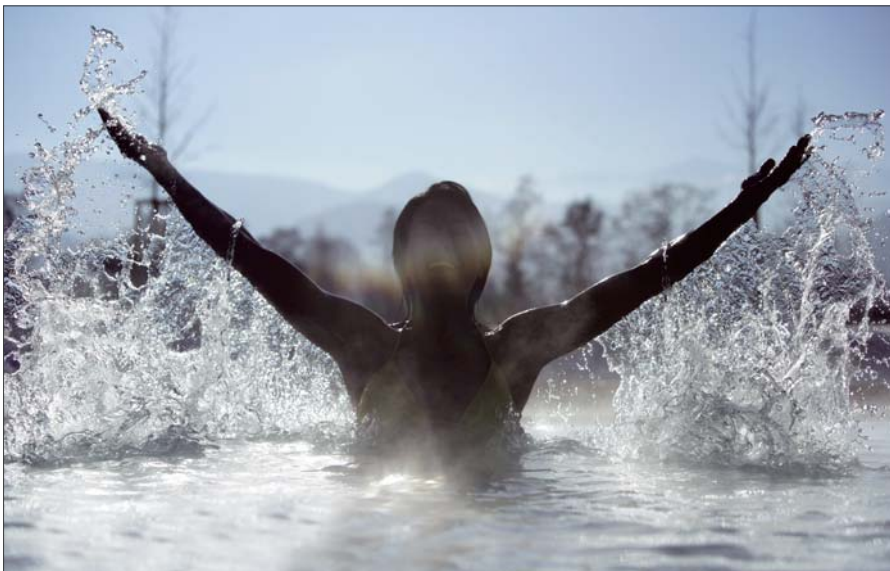
ÖJ-Reisetip

Foto: Steiermark Tourismus / ikarus.cc



In Apfelblüten baden im Garten Österreichs

Foto: Therme Aqualux / Harry Schiffer



Die Aqualux Therme in Fohnsdorf lockt mit Kinderbereich und Relax-Lounge.

Die Salzvorkommen im Norden nutzt man u. a. zu Soleschlamm packungen. Die anhaltende Wärme bewirkt eine starke Durchblutung und heilt erkrankte Organe. Auch die Zirbe ist im Norden der Steiermark zuhause. Dort erobert die „Königin der Alpen“ mit ihren Pfahlwurzeln Blockhalden und Rohböden und muß mit Standortextremen zurande kommen. Wird sie verarbeitet, bringt sie jene Charakterstärke in den Raum, die ihr in der Natur abverlangt wurde. Neuesten Studien zufolge schläft es sich in einem Zirbenbett besser.

Heupackung statt Heuhüpfen

Die Kombination von Natur, Körper und Kultur spricht auch Kinder an. Und weil 1. Entspannung jedem/r gut tut, und 2. die Kleinen gern den Großen nacheifern, haben

sich einige steirische Betriebe auch auf Kinderwellness spezialisiert. Von Aroma- oder Bauchmassage, Gesichtsbehandlung bis zu Rückenmassage und Heubad können es sich auch die Kleinen mal abseits von Bewegungsprogrammen gut gehen lassen. Auf der Turracher Höhe etwa hat man im Seehotel Jägerwirt ein umfangreiches Wellness-Angebot für die Kleinen entwickelt, in Mürzsteg ist der Appelhof unter Kindern und Eltern sehr beliebt und im oststeirischen Kaindorf setzt das Ballonhotel auf Kinder-Wellness.

Die Spezialisten: Wellnesshotels Steiermark

27 ausgewählte Wellnesshotels machen die Steiermark zum Mekka von Wellness-Urlaubern. Nichtraucherzimmer, regelmäßige

Weiterbildung der Mitarbeiter und Regionalität auf allen Ebenen – in der Auswahl der kulinarischen Basisprodukte sowie bei Wellness- und Beauty-Anwendungen – zeichnen sich diese Wohlfühltempel aus. Leichte vitaminreiche Mischkost nach den Erkenntnissen moderner Ernährungswissenschaften findet sich auf den Speisekarten, eine breite Auswahl an vegetarischen Speisen ist selbstverständlich und frisches steirisches Quellwasser kommt kostenlos auf den Tisch.

<http://www.steiermark.com/wellness>

Alpen-Wellness

Laut AMAS-Studie ist es nun wissenschaftlich erwiesen: Erholungsurlaub in den Bergen hält jung und macht gesund. Der Blutdruck sinkt, rote Blutkörperchen nehmen zu, während sich das Gewicht wie von selbst reduziert.

Regionale Produkte sind die köstliche Basis für eine gesunde Mischkost und tun neben alpinen Kräuterpackungen und Heubädern als Weintrester-Peeling, Apfel- oder Kernölmassage auch der Schönheit gut. Zu den Schönheits-Rezepten der Alpen zählt neben Salz und Sole auch die Zirbe. In einem Zirbenholzzimmer ist die Herzfrequenz vom Luftdruck unabhängig und die Schlafqualität ist deutlich besser – bis zu 3500 Herzschläge werden so pro Tag eingespart. Im „Brechlbad“ kitzeln Zirbenzweige die Fußsohlen und ätherische Öle regen die Atemwege an. Das alles bei wohligen 60 Grad, auf über 1000 Höhenmetern, umgeben von frischer Luft und einem herrlichen Bergpanorama.

Hochgradig gesund ist auch das Gradieren: Über ein Reisigbündel läuft die Sole herunter und reichert die Luft mit Salz an. Durch das Einatmen dieser salzigen Luft erweitern sich die Lungenbläschen, dadurch kommt mehr Sauerstoff ins Blut. Wirkt bei Ermüdungserscheinungen, senkt den Blutdruck und erleichtert bei Herz-, Kreislauf- und Gefäßerkrankungen

Für absolute Hochgefühle sorgt beim Wellness-Urlaub in den Bergen auch die gesunde Bewegung in der frischen Luft – Nordic Walking, Wanderungen oder Mountainbike-Touren bringen den Körper in Schwung und lassen auch Geist und Seele höher schwingen. 17 Alpen-Wellnesshotels sorgen von der Turracher Höhe über den Naturpark Zirbitzkogel-Grebenzen, Schladming-Dachstein und dem Ausseerland bis in den Naturpark Almenland dafür, daß Pro Aging in der Steiermark kein Kunstbegriff bleibt.

<http://www.steiermark.com/alpen-wellness>

ÖJ-Reisetip

Thermenland Steiermark

Neun Thermen gibt es im Grünen Herz Österreichs. Die Ursprünge der steirischen Thermen liegen in der vergeblichen Suche nach Erdöl. Auf Basis eines geologischen Gutachtens wurde man 1972 in der Gegend rund um Loipersdorf erst enttäuscht: In einer Tiefe von 1100 Metern stieß man statt auf das erwartete „Schwarze Gold“ „lediglich“ auf heißes Wasser. Man bewies aber das richtige Gespür und erste Badeversuche in der mineralhaltigen Quelle verhießen nur Gutes. Fazit: Die erste Therme wurde gebaut.

Der südlichste Thermenort der Steiermark, **Bad Radkersburg**, birgt die heilkräftigsten Quellen Österreichs. Sie wirken stärkend und regenerierend auf den Bewegungsapparat. Bad Gleichenberg, einer der ältesten Kurorte der Steiermark, sieht auf 170 Jahre Tradition zurück und kann heute das modernste Kurhaus Österreichs sowie einen nagelneuen Thermalbereich vorweisen. Eines der größten Thermenensembles Europas ist die Therme Loipersdorf. Sie schafft es, allen Bedürfnissen der Familienmitglieder gerecht zu werden: mit Babybeach und Schaffelbad. **Rogner Bad Blumau** steht für Sinnlichkeit der besonderen Art – Friedensreich Hundertwasser hat dort Natur und Architektur zu einer Symbiose veranlaßt, die der Hotel-, Bade- und Saunalandschaft das Tüpfelchen auf dem „i“ verschafft.

Die **Heiltherme Bad Waltersdorf** punktet mit innovativen Behandlungen nach der eigens entwickelten „Traditionell Steirischen Medizin“. Ein absoluter Hit für die Kinder ist die H₂O Hotel Therme Resort. Wobei man auch an die Eltern gedacht hat: Kinderbetreuung macht es möglich, die Saunalandschaft auch mal ganz genüßlich allein zu genießen.

Technisches Raffinement läßt einen in der **Therme Nova Köflach** in eine andere Welt eintauchen: Licht, Tropenwald und Indoor-Sportbecken lassen keine Wünsche offen. Die jüngsten Thermenprojekte finden sich im Norden der Steiermark. Die **Aqualux Therme** in Fohnsdorf lockt mit Kinderbereich und Relax-Lounge. Erst im Oktober 2009 eröffnete die **Grimming Therme** in Bad Mitterndorf. Abgesehen von den Annehmlichkeiten im warmen Wasser kann man sich auch außerhalb zum Beispiel an kulinarischen Köstlichkeiten erfreuen: Die Steiermark ist nämlich reich an innovativen Leuten, die voll auf Kulinarik setzen: Rund um die oststeirische Riegersburg gibt's gleich mehrere davon: An Josef Zotters handgeschöpfter Schokolade kommen Nachkatzen nicht vorbei, die Edelbrände von Alois Gölles sind genauso berühmt wie seine fantastischen Essige und so manch einer ordert statt des italienischen Pendants bereits steirischen Vulcanoschinken. Das eine oder ande-

re Glas Wein darf da nicht fehlen – ob weiß oder rot, die Qualität der hochwertig gekel-
terten Tropfen spricht für sich. Führende Köche empfehlen den steirischen Sauvignon blanc; dem Vernehmen nach ist das überhaupt der beste Österreichs.

Damit neben dem Relaxen die Fitness nicht zu kurz kommt, finden begeisterte Golfer, aber auch Radfahrer und Freunde des Nordic Walking beste Bedingungen vor.

Gesundheit für Körper, Geist und Seele

15 Kurorte gibt es in der Steiermark. Von den heilklimatischen Kurorten und Luftkurorten (Altaussee über Aflenz-Kurort bis zu Laßnitzhöhe oder Fischbach) bis zu den Badekurorten (Bad Waltersdorf, Bad Gams, Bad Blumau etc.)

11 Gesundheitshotels, verteilt über das gesamte Land, sorgen mit ihren genau festgelegten Qualitätskriterien für ganzheitliches Wohlbefinden der Gäste. Für die Leistungen werden ausschließlich Fachkräfte herangezogen und die Betriebe bieten mindestens drei Säulen modernen Gesundheitsverständnisses an. D. h. Aktivitäten für Körper, Geist und Seele. ■

Die besten Links zum Wellness, Beauty & Gesundheits-Urlaub in der Steiermark:

<http://www.steiermark.com/wellness>

<http://www.steiermark.com/alpen-wellness>

<http://www.steiermark.com/gesundheits>



Foto: Rogner Bad Blumau

Rogner Bad Blumau steht für Sinnlichkeit der besonderen Art – Friedensreich Hundertwasser hat dort Natur und Architektur zu einer Symbiose veranlaßt – die der Hotel-, Bade- und Saunalandschaft das Tüpfelchen auf dem »i« verschafft.